



Hessischer Landtag

IV. Wahlperiode

Drucksachen Abteilung III
Nr. 32

Ausgegeben am 4. Januar 1961

Stenographischer Bericht

über die

32. Sitzung

Wiesbaden, den 30. November 1960, 9.00 Uhr

Tagesordnung:

	Seite
Amtliche Mitteilungen	1205
1. Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs	1206
<i>Wahl durchgeführt</i>	<i>Seite 1206</i>
2. Erste, zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Übernahme von Bürgschaften im Wohnungsbau im Rechnungsjahr 1961	1207
— Drucks. Abt. I Nr. 824 —	
<i>Gesetz verabschiedet</i>	<i>Seite 1207</i>
3. Zweite Lesung des Landeshaushalts 1961	
a) Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den Einzelplänen 01 bis 18 und dem Außerordentlichen Haushalt	1207
— Drucks. Abt. II Nr. 174 —	
Einzelplan 09 — Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten	1214
<i>In zweiter Lesung angenommen und an den Haushaltsausschuß zurücküberwiesen</i>	<i>Seite 1233</i>
hierzu:	
Anträge der Fraktion der SPD	
— Drucks. Abt. I Nr. 830 bis 832, 864 und 865 —	
Anträge der Fraktion der CDU	
— Drucks. Abt. I Nr. 743, 744, 814, 855 bis 860 und 873 —	

Anträge der Fraktion der FDP

— Drucks. Abt. I Nr. 747, 748, 799, 815 und 902 —

Anträge der Fraktion des GB/BHE

— Drucks. Abt. I Nr. 745 und 746 —

Dem Haushaltsausschuß überwiesen

Seite 1233

Einzelplan 08 — Hessischer Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

1233

In zweiter Lesung angenommen und an den Haushaltsausschuß zurücküberwiesen

Seite 1243

hierzu:

Anträge der Fraktion der SPD

— Drucks. Abt. I Nr. 829 und 863 —

Anträge der Fraktion der CDU

— Drucks. Abt. I Nr. 849 bis 854, 871 und 872 —

Anträge der Fraktion der FDP

— Drucks. Abt. I Nr. 784, 785, 816, 817 und 901 —

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und des GB/BHE

— Drucks. Abt. I Nr. 834 —

Dem Haushaltsausschuß überwiesen

Seite 1243

Einzelplan 07 — Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr

1243

In zweiter Lesung angenommen und an den Haushaltsausschuß zurücküberwiesen

Seite 1260

hierzu:

Anträge der Fraktion der SPD

— Drucks. Abt. I Nr. 821 bis 823, 903, 906 und 908 —

Anträge der Fraktion der CDU

— Drucks. Abt. I Nr. 842 bis 848 —

Anträge der Fraktion der FDP

— Drucks. Abt. I Nr. 739 bis 742 —

Anträge der Fraktion des GB/BHE

— Drucks. Abt. I Nr. 895 bis 898 —

Dem Haushaltsausschuß überwiesen

Seite 1260

(Die Beratung der restlichen Einzelpläne erfolgt in der 33. Plenarsitzung am 1. Dezember 1960 und in der 34. Plenarsitzung am 2. Dezember 1960.)

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Zinn, Minister des Innern Schneider, Minister der Finanzen Dr. Conrad, Minister für Erziehung und Volksbildung Dr. Schütte, Minister für Wirtschaft und Verkehr Franke, Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen Hemsath, Minister für Landwirtschaft und Forsten Hacker; Staatssekretär Bach, Staatssekretär Dr. Krauß, Staatssekretär Dr. Müller, Staatssekretär Dr. Reuß; Ministerialdirigent Dr. Hennig, Landesforstmeister Weisgerber; Ministerialrat Reh; Regierungsrat Dr. Günther.

Rednerverzeichnis:

Präsident Zinnkann 1205, 1206, 1207,
1208, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214,
1233, 1234, 1235, 1237, 1240, 1249,
1252, 1255, 1256, 1257, 1260

II. Vizepräsidentin Kletke 1215, 1217,
1219, 1220, 1222, 1224, 1227, 1228,
1232, 1233

III. Vizepräsident Wittrock 1241, 1243,
1244

Abg. Ackermann 1224

Abg. Bachmann 1233

Abg. Buch 1211, 1212

Abg. Fischer 1244

Abg. Fleckenstein 1235

Abg. Frau Gärtner 1237

Abg. Dr. Großkopf 1208

Abg. Hasselbach 1220

Abg. Frau Kletke 1234

Abg. Kohl 1252

Abg. Dr. Löew 1249

Abg. Mengel 1214, 1232

Abg. Dr. Mix 1205, 1213

Abg. Schauß 1219, 1256

Abg. Frau Schnell 1215

Abg. Seiboth 1212, 1255

Abg. Waller 1222, 1240

Abg. Albert Weber 1243

Abg. Westernacher 1217, 1227

Abg. Willi Zinnkann 1205

Minister der Finanzen Dr. Conrad 1207, 1210, 1214

Minister für Wirtschaft und Verkehr Franke 1257

Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen Hemsath 1241

Minister für Landwirtschaft und Forsten Hacker 1228

Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Schröder 1206

(Beginn der Sitzung 9.14 Uhr)

Präsident Zinnkann:

Die Sitzung ist eröffnet. Das Haus ist beschlußfähig. Ich habe das festgestellt.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Werden Einwendungen gegen die Tagesordnung erhoben?

(Abg. Dr. Mix [FDP] meldet sich zum Wort)

— Bitte, Herr Dr. Mix!

Abg. Dr. Mix (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf dieser Tagesordnung steht als dritter Punkt die zweite Lesung des Landeshaushalts 1961. Als der Ältestenrat unter Vorsitz des Herrn Präsidenten darüber beschloß, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, war niemand von uns im Besitz der inzwischen herausgegebenen Vorlage der Landesregierung, die uns unter dem Datum vom 24. November am 25. und zum Teil wahrscheinlich sogar erst am 26. November erreichte; das waren also vier oder fünf Tage vor Beginn der zweiten Lesung.

Meine Damen und Herren, ich habe namens der Fraktion der FDP den Einwand zu erheben, daß wir die Nachholung einer ersten Lesung für diese Vorlage vermissen, eventuell auch — mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Vorlage — eine ergänzende Etatrede des Herrn Finanzministers. Wir dürfen uns doch über eines nicht im Zweifel sein: Es dreht sich hier nicht nur um eine Vorlage, die annähernd eine Viertelmilliarde disponibel machen will und entsprechende Ausgabenvorschläge enthält.

Der ordentliche Etat belief sich ursprünglich auf 2,6 Milliarden DM. Nun wird man vielleicht sagen, daß seien also nicht einmal 10 Prozent. In Wirklichkeit aber — das wissen wir alle aus der Praxis — verhalten sich die Dinge ganz anders. In dem ordentlichen Haushalt von 2,6 Milliarden DM sind ungefähr neun Zehntel festliegende Ausgaben, die auf Gesetz oder Vertrag beruhen. Nur etwa ein Zehntel ist wirklich freibeweglicher Raum für die Ausübung des Budgetrechtes durch das Parlament. Und hier, meine Damen und Herren, ist der Hebel anzusetzen.

Wenn wir jetzt plötzlich noch einmal eine Viertelmilliarde — in Einnahmen und Ausgaben — auf den Tisch des Hauses gelegt bekommen, dann handelt es sich nahezu um eine Verdoppelung dieses freibeweglichen Raumes. Nachdem sich die Fraktionen, wie ich aus der Zahl von mehr als hundert Anträgen, die inzwischen vorgelegt worden sind, entnehmen muß, mit großem Eifer darangemacht haben, an dem Etat mitzuarbeiten, der uns am 14. September zur ersten Lesung vorgelegt wurde, kann ich heute nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß uns diese Möglichkeit der Ergänzungsvorlage nicht früher geboten wurde.

Neben dem Recht zur Bildung einer Regierung ist die Ausübung des Budgetrechtes das wichtigste Recht des Parlaments. Gegen jede Beschränkung dieses Rechts — sei es auch durch die zeitliche Behandlung — müssen wir im Interesse derjenigen, die uns dieses Mandat übertragen haben, Einspruch erheben. Meine Damen und Herren, wenn wir uns überlegen, daß jetzt schon die Planung für die dritte Lesung dahin geht, daß am 14. Dezember die dritte Lesung stattfinden soll, daß in der Zwischenzeit nur zwei Tage für die Beratungen des Haushaltsausschusses vorgesehen sind und daß sich nunmehr der Haushaltsausschuß bei noch nachzuholender erster Lesung für die Ergänzungsvorlage, die jetzt gekommen ist, mit beidem beschäftigen muß, während ein Teil der Anträge neu zu überarbeiten ist, weil die betreffenden Anträge von dieser Ergänzungsvorlage irgendwie berührt werden, dann sehe ich schwarz dafür, daß wir die dritte Lesung am 14. Dezember durchführen können, es sei denn, daß wir in der Ausübung des Budgetrechtes des Parlaments

Abg. Dr. Mix

nicht mehr sehen als eine Formalität; ich will nicht das harte Wort von der „Farce“ anwenden.

Ich bedauere namens meiner Fraktion, daß wir in diese Lage gekommen sind. Ich vermag auch nicht zu übersehen, ob die Landesregierung nicht in der Lage gewesen wäre, uns mit diesem neuen Zahlenmaterial — nach dem wir ja schon in der ersten Lesung gefragt hatten und das wir sozusagen täglich erwarteten — früher als vier oder fünf Tage vor der zweiten Lesung zu versehen.

(Abg. Rodemer [FDP]: Sehr richtig!)

Wieviel unnötige Arbeit ist in der Zwischenzeit geleistet worden, wieviel Schwierigkeiten sind entstanden und ausgeräumt worden, um erst an diesen Punkt zu kommen! Wir sind nun nicht so unfriedlich, daß wir etwa in dieser Stunde der Durchführung der zweiten Lesung widersprechen wollten. Wir haben uns entschlossen, diesen Einwand nicht zu erheben,

(Abg. Fischer [SPD]: Ist schon erhoben!)

mahlen aber an, daß erstens bezüglich der Ergänzungsvorlage, die sich auf einen Betrag von nahezu einer Viertelmilliarde DM bezieht, die erste Lesung nachgeholt werden muß, daß zweitens jetzt schon eine Zeiteinteilung ins Auge gefaßt wird, die eine gründliche Beratung der Haushaltsansätze und auch dieser Ergänzungsvorlage zum Gegenstand hat; eine solche Zeiteinteilung sollte nunmehr Platz greifen. Ich finde, daß die Staatsbürger es nicht verstehen werden, wenn die Mitglieder des Parlaments sich in dieser Weise in der Ausübung ihrer Rechte beschränken lassen; man würde uns mit Recht Vorwürfe machen.

Daß wir keinen überflüssigen Einwand erheben, mögen Sie aus der gedruckten Vorlage des Landes Niedersachsen entnehmen. Gerade Montag früh kam mir die Tagesordnung des niedersächsischen Landtages auf meinen Tisch. Dort steht unter anderem: Zweite Lesung, II. Ergänzungsvorlage, erste Lesung.

Sie sehen, das ist das richtige, das geschäftsordnungsmäßige und das der Würde des Hauses und der Größe unserer Aufgabe entsprechende Verfahren. Ich warne davor, daß wir eine überstürzte dritte Lesung durchführen, selbst wenn wir heute dazu kommen, die zweite Lesung bezüglich der Anträge in ordnungsmäßiger Weise durchzuführen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Willi Zinnkann.

Abg. Willi Zinnkann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Frage, ob wir am 14. Dezember die dritte Lesung des Haushaltsplans durchführen, läßt sich, glaube ich, durchaus reden. Wenn wir bei den Beratungen im Haushaltsausschuß, die sich diesen drei Plenarsitzungstagen anschließen werden, zu der Feststellung kommen müssen, daß wir nicht rechtzeitig mit unseren Beratungen zu Ende kommen, bietet es sich als eine Selbstverständlichkeit an, daß dann die dritte Lesung auf einen späteren Termin verlegt wird.

Ich gehe damit ein auf Ihre Forderung, Herr Dr. Mix, daß wir uns in unserem Budgetrecht nicht beschränken lassen dürften. Ich bin völlig Ihrer Meinung. Bis jetzt habe ich aber nicht den Eindruck, daß die Landesregierung eine solche Absicht mit dieser Vorlage verbindet.

Im übrigen, Herr Kollege Dr. Mix, glaube ich, irren Sie. Die Vorlage ist den Mitgliedern des Landtages rechtzeitig zugegangen; sie ist mindestens drei Tage vor dieser jetzigen Sitzung im Besitz der Abgeordneten gewesen.

(Abg. Jansen [CDU]: So kann man es auch sagen!

Bei großen Vorlagen nimmt man drei Tage, bei kleinen Anträgen 14 Tage! — Weitere Zurufe)

Abg. Willi Zinnkann

— Verzeihen Sie, Herr Jansen. Wir haben uns nach den Vorschriften der Geschäftsordnung zu richten. Ich kann mich also nur zu den Vorschriften der Geschäftsordnung äußern.

(Abg. Jansen [CDU]: Es ist ein Skandal, wie wir in der letzten Zeit von Ihnen behandelt werden, meine Herren!)

Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß Vorlagen, bevor sie behandelt werden, mindestens drei Tage im Besitz der Abgeordneten sein müssen. Das ist im vorliegenden Fall gesehen. Im übrigen glaube ich, daß das Verfahren, das hier angewandt wird — — —

(Weitere Zurufe des Abg. Jansen [CDU])

— Herr Jansen, vielleicht hören Sie einmal einen Augenblick zu!

(Abg. Buch [SPD]: Sehr gut!)

Ich glaube, daß das Verfahren, das hier angewandt wird, sachlich durchaus in Ordnung ist. Es handelt sich um kein besonderes Gesetz. Das, was zur Beratung gestellt werden soll, ist eine Anlage zu den Einzelplänen,

(Abg. Dr. Mix [FDP]: Haushaltsgesetz!)

und die Einzelpläne sind ein Teil des Haushaltsgesetzes.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Dann ist das auch ein Teil des Haushaltsgesetzes!)

— Selbstverständlich! Aber eine Anlage zum Haushaltsgesetz, genauso wie die Einzelpläne! Infolgedessen bedarf es hier keines besonderen Tagesordnungspunktes, sondern es genügt, wenn der Präsident des Hessischen Landtags — und das ist geschehen, die Ergänzungsvorlage ist ja allen Abgeordneten zugegangen — zu Beginn der Sitzung mitteilt, daß der Hessische Minister der Finanzen zu dieser Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz eine Erklärung abgeben will. Bitte, meine Damen und Herren, wenn Sie die Erklärung heute nicht haben wollen — ich glaube, der Herr Finanzminister wird darauf verzichten können. Ich aber meine, es liegt im Interesse des Parlaments, wenn eine Vorlage, die ein derartiges Volumen beinhaltet, auch vor dem Parlament begründet wird.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ja! — Beifall bei SPD und GB/BHE — Abg. Dr. Ludwig Schneider [FDP]: Das ist erste Lesung!)

Präsident Zinnkann:

Meine Damen und Herren! Nachdem gegen die Tagesordnung bzw. gegen die Vorlage Einwendungen erhoben worden sind, muß ich abstimmen lassen. Die Damen und Herren, die der Tagesordnung ihre Zustimmung geben wollen, bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD und GB/BHE)

Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP und teilweise CDU)

— Das erste war die Majorität. Die Tagesordnung ist genehmigt.

Ich habe dann noch mitzuteilen, daß folgende Abgeordnete um Urlaub gebeten haben: die Herren Dr. Engel, Blum, Dr. Fay, Dr. Hans Wagner, v. Zworowsky, Dr. Dörinkel und Frau Dr. Walz wegen dienstlicher Verhinderung. Herr Abg. Meißner hat für die Zeit vom 29. November bis 6. Dezember 1960 und Herr Abg. Arndt für die Zeit vom 14. November bis 17. Dezember Urlaub wegen Erkrankung beantragt. Darf ich Ihre Zustimmung voraussetzen? — Ich höre keinen Widerspruch. Die Urlaube sind genehmigt.

Ich erinnere nochmals an den Umtausch der Bundesbahnfahrkarten. Ich bitte, diesen Umtausch vorzunehmen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf **Punkt I:**

Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs

Bevor wir zur Wahl kommen, habe ich Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Die Amtszeit der richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs, Landgerichtspräsident Dr. Schröder und Oberlandesgerichtsrat Dr. Krebs, und die Amtszeit deren erster und zweiter Stellvertreter ist am 3. November 1960 abgelaufen. Die Wahlmänner des Landtags haben in ihrer Sitzung am 25. Oktober 1960 folgende neuen Mitglieder gewählt: 1. Ständige Mitglieder: Landgerichtspräsident Dr. Schröder und Vizepräsident Pawlik; 2. I. Stellvertreter: Landgerichtsdirektor Dr. Boersch und Amtsgerichtspräsident Karnath; 3. II. Stellvertreter: Landgerichtsdirektor Dr. Nazarenus und Landgerichtsdirektor Dr. Wirtz.

Wir kommen nunmehr zur Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofes. Von den Fraktionen des Landtags wird Herr Präsident Dr. Schröder zur Wiederwahl vorgeschlagen. Darf ich annehmen, daß wir per Akklamation abstimmen können? — Ich höre keinen Widerspruch.

Die Damen und Herren, die dem Vorschlag zustimmen wollen, daß der jetzige Präsident des Staatsgerichtshofs, Herr Dr. Schröder, wiedergewählt wird, bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle einstimmige Zustimmung fest. Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs werden nunmehr den Saal betreten.

(Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs betreten den Saal)

Meine Herren Mitglieder des Staatsgerichtshofs! Der Landtag hat soeben Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Schröder zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs wiedergewählt. Ich darf Sie hiervon in Kenntnis setzen und Herrn Präsidenten Dr. Schröder bitten, hierherzutreten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Herr Dr. Schröder, Sie haben am 4. Mai 1960 folgenden Eid geleistet: „Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.“

Ich weise Sie gemäß § 9 Absatz 3 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof darauf hin, daß dieser Eid Sie auch für Ihre neue Amtszeit bindet.

Ich darf Sie nun bitten, Herr Präsident Dr. Schröder, Herrn Vizepräsidenten Pawlik in gleicher Form auf den bereits geleisteten Eid hinzuweisen. Herr Pawlik, darf ich Sie bitten, hierherzutreten.

Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Schröder:

Herr Vizepräsident Pawlik! Am 11. März 1949 haben Sie bei einer Sitzung des Staatsgerichtshofs, die an diesem Tage in Marburg stattgefunden hat, vor dem damaligen Präsidenten des Staatsgerichtshofs einen Eid geleistet, und zwar sind Sie damals als Stellvertreter eines verhinderten richterlichen Mitglieds zu dieser Sitzung beigezogen worden. Ich lese das Protokoll vor, das darüber aufgenommen worden ist:

„Der Staatsgerichtshof.

Marburg an der Lahn, 11. März 1949.

Gegenwärtig:

der Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Lehr.

Es erschien der Oberlandesgerichtsrat Pawlik. Der Erschienene leistete gemäß § 9 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vom 12. Dezember 1947 als Stellvertreter folgenden Eid: Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will. So wahr mir Gott helfe.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Pawlik, Dr. Lehr.“

Ich weise Sie daraufhin, daß dieser Eid, den Sie damals geleistet haben, Sie auch für Ihr neues Amt als richterliches Mitglied des Staatsgerichtshofs bindet.

Minister Dr. Conrad

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein — Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs verlassen den Saal)

Präsident Zinnkann:

Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Erörterung unserer Tagesordnung fort. Ich rufe auf **Punkt 2:**

Erste, zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Übernahme von Bürgschaften im Wohnungsbau im Rechnungsjahr 1961

— Drucks. Abt. I Nr. 824 —

Ich glaube, es ist eine Verständigung darüber erzielt worden, daß über diesen Gesetzentwurf heute gleich in drei Lesungen abgestimmt werden soll. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf in erster, zweiter und dritter Lesung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Ich danke schön. Die Gegenprobe bitte. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zu **Punkt 3:**

Zweite Lesung des Landeshaushalts 1961

a) Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den Einzelplänen 01 bis 18 und dem Außerordentlichen Haushalt

— Drucks. Abt. II Nr. 174 —

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß zu dem Landeshaushalt insgesamt 153 Abänderungsanträge vorliegen. Ich schlage vor, daß wir zweckmäßigerweise so wie in den vergangenen Jahren verfahren, das heißt, daß diese Anträge jeweils im Anschluß an die Berichterstattung über die Einzelpläne von den Fraktionsrednern mitbegründet werden. Nach beendeter zweiter Lesung werden dann die Anträge mit den Einzelplänen zur weiteren Behandlung dem Haushaltsausschuß überwiesen. Die zu den Einzelplänen jeweils vorliegenden Abänderungsanträge können Sie aus der Ihnen vorgelegten Zusammenstellung entnehmen. Ich kann mir also eine Aufzählung der einzelnen Anträge ersparen.

Gemäß einer Anregung des Ältestenrats schlage ich weiter vor, daß wir heute zunächst mit der Beratung des Einzelplans 09 beginnen und dann mit dem Einzelplan 08 usw. fortfahren bis zu dem Einzelplan 01. Morgen soll mit der Beratung des Einzelplanes 04 begonnen werden; daran wird sich die Beratung der restlichen Einzelpläne anschließen. Diese Reihenfolge entspricht — ich wiederhole es — einer Anregung des Ältestenrats. Wird dem widersprochen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich weise ferner darauf hin, daß alle Abegordneten — es ist das vorhin bei der Debatte über die Tagesordnung schon gesagt worden — eine Vorlage der Landesregierung zur Ergänzung des Entwurfs des Landeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1961 erhalten haben. Hierzu hat Herr Finanzminister Dr. Conrad um das Wort gebeten. Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Minister der Finanzen Dr. Conrad:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir brauchen diese Vorlage nicht zu dramatisieren, wie es hier geschehen ist, denn es handelt sich tatsächlich um eine Ergänzung des Haushaltsentwurfs, und ich bedauere — ich kann darüber keine Auskunft geben, es entzieht sich meiner Kenntnis, weshalb das so ist —, daß die Ergänzungsvorlage nicht auf der Tagesordnung steht. Meine Vorlage ist jedenfalls pünktlich gemacht worden. Ich will auch nicht die gesamte Vorlage hier in allen Einzelheiten begründen, sondern nur darauf hinweisen — das kann ich sagen —, daß diese Vorlage, wie das so oft der Fall ist, unter Zeitdruck entstanden ist. Der Ursachen sind verschiedene. Einmal beschließen wir eine Gehaltserhöhung. Aus der Vorlage ersehen Sie, daß 72 Millionen DM dafür eingestellt sind. Wir beabsichtigen,

die Bezüge unter Umständen bereits im Dezember auszuführen. Dazu brauchen wir einen Beschluß des Haushaltsausschusses, rechtzeitig im Dezember. Darüber hinaus spielt eine besonders große Rolle die Frage der Entwicklungshilfe. Der Bundesfinanzminister bzw. die Bundesregierung legt Wert darauf zu wissen, ob und welche Beträge gegebenenfalls für die Entwicklungshilfe bereitgestellt werden.

Das sind einige der Gründe, warum wir — ich muß es noch einmal sagen — diese Vorlage unter Zeitdruck haben machen müssen. Sie sehen, diese Vorlage schließt in Einnahme und Ausgabe mit dem erheblichen Betrag von 224 Millionen DM ab. Wir waren uns ja seinerzeit, als wir den Haushalt vorlegten, darüber im klaren, daß wir bei dieser Zeitferne wahrscheinlich zu Änderungen des Haushalts kommen müssen, und das ist nun diese Änderung, die ich heute vortragen muß.

In den Einnahmen von 224 Millionen DM befinden sich Mehreinnahmen von 165 Millionen DM. Ich will Ihnen erklären, wie diese zustandekommen. Wir hatten 1960 ein Soll von 1352 Millionen DM. Der Steuereingang ist so, daß wir mit einer Mehreinnahme rechnen können und daß wir etwa 1500 Millionen DM erreichen. Auf diese 1500 Millionen DM haben wir neun Prozent zugeschlagen, weil wir glauben, daß für das Jahr 1961 diese neun Prozent Zuschlag gerechtfertigt sind. Vom Bundesfinanzministerium wird offiziell mit einer Produktivitätszuwachsrate zwischen 6 und 7 Prozent gerechnet. Erfahrungsgemäß können wir aber, da die Steuereingänge in den letzten Jahren darüber hinausgegangen sind, mit einem höheren Anwachsen rechnen, so daß insgesamt eine Einnahme von 1641 Millionen DM angenommen werden kann, das heißt eine Mehreinnahme von 165 Millionen DM. Darüber hinaus haben wir in den Einnahmen von 224 Millionen DM Mehreinnahmen aus dem laufenden Jahr 1960 mit 50 Millionen DM; das ergibt die Gesamtsumme.

Sie haben wahrscheinlich aus den Mehrausgaben ersehen, daß hier einige Posten verzeichnet sind, die ich bereits angekündigt hatte. Dazu gehört — Sie alle waren der Meinung, daß man etwas tun müsse im Interesse einer antizyklischen Politik — eine Rücklage von 25 Millionen DM für die Tilgung der Hessenanleihe. Es steckt ferner in der Vorlage die Entwicklungshilfe in Höhe von 30 Millionen DM. Die Bundesregierung hat von den Ländern eine Summe zwischen 600 und 750 Millionen DM erwartet. Diese Summe wird aller Voraussicht nach nicht aufkommen. Wir werden uns mit der Bundesregierung darüber unterhalten, ob die Gesamtsumme in zwei Jahren aufgebracht werden kann. Wir haben zunächst einmal 30 Millionen DM hier eingesetzt, weil die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der Wirtschaft wissen muß, welche Beträge insgesamt zur Verfügung gestellt werden können. Parallel mit diesen Verhandlungen laufen gleichzeitig die Verhandlungen über die Umwandlung der Wiederaufbaubank zu einer Entwicklungsbank. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir uns über diese Entwicklungshilfe sehr bald einigen könnten, weil das schließlich eine der hochpolitischen Fragen ist, die im Rahmen des Gesamthaushalts gelöst werden müssen.

Wir haben u. a. in der Ergänzungsvorlage zwangsläufige Beträge, und zwar zum Beispiel 9,3 Millionen DM für die Erhöhung des Landesbeitrages zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues. Wir haben weiterhin darin einen Mehrbetrag für den Länderfinanzausgleich mit 11,8 Millionen DM. Zum Teil sind uns diese Beträge erst in den letzten Wochen mitgeteilt worden. Wir haben nicht darin die Nachzahlung in Höhe von 25 Millionen DM, die in den Länderfinanzausgleich gegeben werden muß, die aber aus Mitteln des Jahres 1960 geleistet wird. Nicht zuletzt haben wir noch einen sehr hohen Betrag in der Vorlage, der sich aus der Steuerhörschätzung ergibt, und zwar mit 28,3 Millionen DM für den kommunalen Finanzausgleich.

Minister Dr. Conrad

Ich glaube, damit habe ich — neben der Gehaltserhöhung — die wesentlichsten Mehrausgaben genannt, die in der Vorlage enthalten sind, und ich möchte meinen, meine Damen und Herren, daß das zunächst genügt. Wir werden ja im Haushaltsausschuß Gelegenheit haben, über die einzelnen Positionen der Vorlage zu verhandeln.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU] meldet sich zum Wort)

Präsident Zinnkann:

Ich denke, das wird mitbehandelt bei der Beratung der Einzelpläne?

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ist das beschlossen worden? Ich wollte einige allgemeine Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers machen!)

— Nein, das ist nicht beschlossen worden!

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Wenn der Herr Minister allgemein über diese Vorlage spricht, kann man doch auch allgemein dazu sprechen!)

— Bitte, ich kann das nicht ändern! Das Wort hat Herr Abg. Dr. Großkopf.

Abg. Dr. Großkopf (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wenn eine solche Vorlage eingebracht wird und der Herr Finanzminister dazu spricht, dann ist es gutes Recht, daß auch die Fraktionen dazu sprechen können.

(Abg. Willi Zinnkann [SPD]: Das wird Ihnen nicht bestritten!)

— Es wird nicht bestritten! Ich glaube, es ist auch gut, wenn wir uns über solche globalen Vorschläge zunächst einmal allgemein unterhalten. Ich will über die Methodik dieser Vorlage, insbesondere über die Art der Einbringung — Zeitpunkt und Kennzeichnung — nichts weiter sagen. Formal hat Herr Kollege Dr. Mix absolut recht. Man hätte diesen Punkt besonders auf die Tagesordnung stellen sollen. Es hätten keine Bedenken bestanden, die Vorlage heute in erster Lesung zu verabschieden, sie später dann mit der übrigen Vorlage zu bündeln, und dann wäre abzusehen gewesen, ob man noch fertig werden würde.

Ich persönlich halte es für richtig, den Haushalt bis zum Jahresschluß zu verabschieden, denn was bisher schon geschehen ist, läßt erwarten, daß wir noch eine Nachtragsvorlage bekommen. Bei der gegenwärtigen Entwicklung des Steueraufkommens kann man immer wieder neue Schätzungen machen, und es ist kein Ende abzusehen.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr gut!)

Dieses letzte Faktum muß auch bei dieser Ergänzungsvorlage einmal unterstrichen werden. Ich will gerecht sein und dem Herrn Finanzminister bescheinigen, daß er bei der ersten Lesung angekündigt hat, daß noch gewisse Änderungen kommen würden. Das lag begründet in den langwierigen Verhandlungen um die Entwicklungshilfe und in einigen anderen Dingen, die vom Bund auf uns zukommen. Das lag wohl oder übel auch begründet darin, daß man erst in den Spätherbstmonaten absehen kann, wie sich das Steueraufkommen entwickelt. Nun ist es Tatsache, und das spricht sachlich für die Einbringung dieses Nachtragsetats — wenn ich die Vorlage so nennen darf —, daß wir alle wünschen, daß die Gemeinden schnell in den Besitz der Verbundmasse, und zwar der richtigen Verbundmasse, kommen, denn wir sehen aus diesem Nachtrag, daß durch den höheren Ansatz des Steueraufkommens natürlich automatisch die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden erhöht werden. Das wollten wir selbst schon durch unsere Vorlage bewerkstelligen.

Ich möchte aber eins sagen: Natürlich ist ein solches Verfahren gegenüber der Opposition nicht sehr erwünscht; denn durch eine nachträgliche Vorlage der Landesregierung wird

ein Teil der Oppositions-Anträge — ich möchte fast sagen — überrundet, und das macht dann für die Zukunft die Haushaltsberatung doch recht schwierig. Der Herr Finanzminister erklärt in seiner ersten Lesung immer, daß er hart am Rande des Defizits vorbeimarschiert, und wenn man am Ende die Dinge betrachtet, dann hat er noch beträchtliche Zusätze gemacht. Gerade weil dem so ist, weil die Situation sich täglich ändert, wäre zu wünschen, daß man den Haushalt noch vor Ende des Jahres unterbringt; denn wer weiß, was um die Jahreswende noch geschehen wird.

Nun überrascht uns allerdings eine Meldung des Herrn Finanzministers, daß die Erhöhung der Gehälter um 8 Prozent bereits für Dezember vorgesehen sei. In der Besprechung, die wir mit ihm hatten, war die Rede vom Inkrafttreten am 1. Januar. Wir hätten auch über das Inkrafttreten am 1. Dezember mit uns reden lassen; aber daß das hier nun gerade so aus der hohlen Hand auf das Parlament zukommt — — —

(Zuruf: Nur Auszahlung im Dezember! — Weitere Zurufe)

— Ah so, entschuldigen Sie. Ich sehe an sich aber auch keinen Sinn darin, daß man die Auszahlung des Januargehalts auf den 19. Dezember vorverlegt.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Wegen Weihnachten! — Weiterer Zuruf: Der Bund ja auch!)

— Es ist, wie ich eben höre, keine hessische Erfindung, sondern es kommt von der Bundesregierung.

(Abg. Wild [SPD]: Dann ist es gut!)

Ich möchte aber eines sagen: Ich weiß nicht, ob es richtig ist, in diesem Fall eine Maßnahme der Bundesregierung als vorbildlich zu betrachten

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Hört, hört!)

und sie nachzuziehen. Ich würde wünschen, daß Sie bei den vielen anderen Maßnahmen des Bundes auch so schnell mitziehen

(Abg. Arndt [SPD]: Wir sind doch schon dabei, was wollen Sie denn?!)

und sie so billigen, wie in diesem Fall.

Aber, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu der Entwicklung bei der Weihnachtsgratifikation. Im Hinblick auf die Erklärung, die heute schon in der Presse steht, möchte ich doch namens meiner Fraktion hier einmal eindeutig unseren Standpunkt klarmachen. Wir haben einem Appell des Herrn Finanzministers, in dieser Sache von einem gegenseitigen Überbieten Abstand zu nehmen, Folge geleistet. Wir haben damals erklärt, daß wir seiner Konzeption, die wohl auch die Konzeption der gesamten Regierung sei, zustimmen, jede Bundesregelung auf diesem Gebiet automatisch zu übernehmen, und daß wir es nicht für richtig halten, daß diese Frage im Parlament etwa durch verschiedenartige Anträge zum Gegenstand von schlechten Auseinandersetzungen gemacht wird. Wir waren sehr überrascht, als wir nun gestern hörten, daß die Sozialdemokratische Partei ihrerseits von der Festlegung der Landesregierung, von der Vereinbarung der Finanzminister untereinander und von dem Gentleman's Agreement zwischen den Parteien des Landtags abgeht und in einem gewissen Umfang gewillt ist, Weihnachtsgratifikation zu bewilligen. Ich möchte hier namens meiner Fraktion sagen: Wir haben auch dazu nicht sofort nein gesagt,

(Abg. Buch [SPD]: Im Gegenteil!)

sondern haben uns vorbehalten, über die Frage zu sprechen. Wir haben dann erklärt, wir seien gestern mit unseren Beratungen noch nicht fertig geworden, die Frage müsse noch einmal erörtert werden. Dennoch ist nun in der Presse schon verlautbart worden, daß die sozialdemokratische Fraktion — zwar nur mit Stimmenmehrheit — beschlossen habe, für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 eine Weihnachtsgratifikation

in der Höhe derjenigen für die Angestellten zu bewilligen. Ich muß hier namens meiner Fraktion erklären, daß bei uns die Meinungen sehr unterschiedlich waren, daß wir in keiner Weise alle der Auffassung waren, diese Regelung sei ideal oder ausreichend oder sie dürfe überhaupt nicht Platz greifen, sondern wir haben uns sehr ernst darüber Gedanken gemacht,

(Abg. Walter [GB/BHE]: Nur Sie?!)

wie das noch mit der Demokratie zu vereinbaren ist, ob die Demokratie noch einen Sinn hat, wenn man in einer solchen Frage in einer solchen Weise verfährt.

(Abg. Arnoul [SPD]: Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie das alles gar nicht so leicht. Wenn man auf der einen Seite — und das ist von der SPD aus geschehen — den übrigen Parteien nahelegt, in der Sache von jeglicher Regelung abzusehen, die von der Bundesregierung und von der Vereinbarung der Finanzminister abweicht,

(Beifall bei der CDU)

dann kann man das nicht 14 Tage später umwerfen und die anderen Parteien, sozusagen wieder zum Gegenteil erpressen. Das geht einfach nicht, das ist einer Demokratie und einer Partei unwürdig. Wenn wir so weitermachen, dann machen wir die Demokratie kaputt!

(Starker Beifall bei der CDU)

Man darf auch nicht vergessen, daß in der Bevölkerung die Annahme sehr nahe liegt, daß jetzt etwas unter dem Druck der Proteste, unter dem Druck der Demonstrationen geschieht.

(Richtig! bei der CDU — Abg. Wild [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!)

Ich möchte auch ein Weiteres sagen, meine Damen und Herren. Ich halte es auch für eine wenig gute Art, daß man in einer solchen Frage nun eine Regierungspartei vorschickt oder die Regierungspartei etwas Derartiges tun läßt, während die Landesregierung so tut, als halte sie das Gentleman's Agreement mit den anderen Ländern ein.

(Sehr gut! und Sehr richtig! bei der CDU)

Das ist nicht mehr fair. Wenn eine Regierung von einer großen Partei getragen wird, dann sollte sie nicht nach außen hin so tun, als ob sie eine Vereinbarung einhalte, während sie sich von der eigenen Mehrheitspartei zu Konzessionen verleiten läßt.

(Abg. Arnoul [SPD]: Aber die Finanzminister sind doch nicht die Partei!)

— Ja, das ist natürlich richtig, Herr Arnoul! Aber sonst sind Sie doch so lammfromm, warum in dieser Sache nicht?

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Arnoul [SPD]: Sie schätzen mich völlig falsch ein! — Weitere Zurufe)

Wir sollten uns alle vornehmen, in Zukunft ein solch wenig eindruckvolles Schauspiel nach außen hin nicht zu geben. Denn darüber wollen wir uns doch auch im klaren sein: Was in diesem Beschluß der SPD steckt, das ist doch nichts anderes als eine Konzession an die vielen, vielen Vorstellungen, die erhoben werden, ein Abgehen von dem einmal als richtig Erkannten. Seit Jahren haben wir hier darauf verzichtet, uns vor Weihnachten auf Kosten des Steuerzahlers gegenüber den Verbänden und dergleichen beliebt zu machen. Wir haben immer dem Ernst der finanzpolitischen Kalkulation, dem Ernst der finanzpolitischen Erwägungen des Herrn Finanzministers Rechnung getragen. Und wer will denn leugnen, daß die Landesregierung ebenfalls auf dem Standpunkt steht, eine solche Methode, wie sie die SPD gestern angewandt hat, sei einfach nicht erträglich, wenn man die Demokratie erhalten will?

(Abg. Willi Zinnkann [SPD]: Darf ich einmal eine Frage stellen?!)

— Bitte sehr!

(Abg. Willi Zinnkann [SPD]: Warum haben Sie gestern bei der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit dem Finanzminister diese Einwendungen nicht gemacht?! — Abg. Buch [SPD]: Eben! Da hat er überhaupt keine gemacht! — Weitere lebhaftere Zurufe)

— Langsam, langsam, langsam! Herr Kollege Zinnkann, wir sind gestern so verblieben, daß wir unserer Fraktion über die neue Sachlage, durch die SPD hervorgerufen,

(Abg. Buch [SPD]: Nein!)

berichten wollten. Wir sind sofort in die Beratungen über diesen Vorschlag eingetreten. Als wir in der Sache zu der Auffassung kamen, daß diese Regelung nicht gut sei, haben wir sofort der SPD eine entsprechende Mitteilung gemacht und haben erklärt, daß wir gegen diese Form Bedenken haben, wobei wir uns gar nicht geäußert haben, ob in der Höhe oder nicht in der Höhe, ob grundsätzlich oder nicht grundsätzlich. Wir müßten in der Sache noch reiflich erwägen und möchten am nächsten Tag noch einmal interfraktionell verhandeln. Und heute morgen lesen wir in der Zeitung, daß die SPD diesen Beschluß gefaßt hat, daß der GB/BHE sich angeschlossen hat und die FDP auch, glaube ich, daß man also die interfraktionelle Vereinbarung nicht einhält. Nehmen Sie es mir nicht übel, meine Damen und Herren: Das sind keine sachlichen Erwägungen um die Weihnachtsgratifikation, sondern das ist Popularitätshascherei übelster Art!

(Beifall bei der CDU — Abg. Willi Zinnkann [SPD]: Herr Dr. Großkopf, das muß ich ganz entschieden zurückweisen! Sie werden nicht den Nachweis führen können, daß wir das kolportiert haben! Fragen Sie die Pressevertreter!)

— Dann müssen die tatsächlich bei Ihnen Mäuschen gespielt haben.

(Abg. Buch [SPD]: Vielleicht haben Sie das gesagt! Das ist doch eine Unterstellung! Das ist doch unerhört! — Abg. Jansen [CDU]: So unerhört ist es auch wieder nicht! — Abg. Buch [SPD]: Ich unterstelle einmal, daß Sie es vielleicht gesagt haben! — Abg. Picard [CDU]: Das war jetzt eine Unterstellung!)

— Dann müßte ich es geträumt haben!

(Glockenzeichen des Präsidenten — Anhaltend weitere Zurufe)

Ich glaube nicht, daß man uns unterstellen kann, daß wir etwa der Presse diese Angaben gemacht haben. Das ist absurd. Ich habe mit der Presse gesprochen, sie haben mich ausgefragt: Was halten Sie von dem Antrag der SPD?

(Abg. Buch [SPD]: Es liegt ja gar kein Antrag vor!)

Ich hätte also, selbst wenn der Herr Minister gar nicht mit uns gesprochen hätte, von der Presse erfahren, was die SPD beschlossen hat.

(Zurufe von der SPD)

Im übrigen wurde mir dabei gesagt, daß Sie so laut verhandelt hätten, daß man es auf der Straße hätte hören können.

(Heiterkeit und Zurufe)

Also, meine Damen und Herren, ich möchte namens meiner Fraktion hier ganz entschiedene Einwendungen erheben.

Um aber wieder auf das Thema zurückzukommen, das hier zur Debatte steht: Der Nachtragshaushalt — — —

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Wie stehen Sie denn aber in der Sache selbst?!)

— In der Sache selbst stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir, wie wir gestern zugesagt haben, interfraktionell noch einmal eine Besprechung abhalten wollen. Und nun will ich

Abg. Dr. Großkopf

Ihnen meine Auffassung sagen, die auch die Fraktion gestern einstimmig gebilligt hat, die aber natürlich nicht das Letzte zu dieser Vorlage sagt: Ich bin der Auffassung, daß es bei der gesamten Sachlage nur eine redliche Lösung gibt, und diese redliche Lösung ist folgende: Die Herren Finanzminister der Länder haben sich vergattert, keine Weihnachtsgratifikation vorzuschlagen.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Und die Parlamente?!)

Sie haben das getan im Einvernehmen mit dem Bund, das ist völlig klar. Es ist also an der Zeit, daß die Landesregierung alsbald mit den übrigen Regierungen und mit der Bundesregierung verhandelt, damit eine bundeseinheitliche Regelung für die Weihnachtsgratifikationen getroffen wird.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Für nächstes Jahr! — Weitere Zurufe)

— Ich merke aus Ihren Worten, daß Sie es eben nicht abwarten konnten! Ich bitte Sie aber, demnächst dann auch bei den ursprünglichen Verhandlungen Ihre Beauftragten mit richtigen Weisungen zu versehen und konsequent zu bleiben

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr gut!)

und nicht dann, wenn Polizisten demonstrieren, zu sagen: Jetzt müssen wir es machen bis zum Polizeiwachmeister!

(Abg. Wild [SPD]: Stimmt doch gar nicht! — Weitere Zurufe — Abg. Jansen [CDU]: Es ist interessant, daß Sie mit Ihren Zwischenrufen zugeben, daß für Sie die Angelegenheit eine Wahlpropaganda ist! Für uns nicht!)

Meine Damen und Herren, Sie werden uns doch wohl gestatten, daß wir nicht so phantasielos sind; als ob wir nicht wüßten, was man heute machen sollte, um sich am populärsten zu machen. Das wissen Sie wahrscheinlich genau so wie ich. Wer hindert mich denn, bei der günstigen Haushaltslage hier einen Antrag einzubringen, daß die Weihnachtsgratifikation in derselben Höhe wie für Angestellte gezahlt werden soll, und zwar an alle Beamten? Was hindert mich daran? Doch einzig und allein das Verantwortungsgefühl, sonst gar nichts!

(Beifall bei der CDU — Zuruf von der SPD: Warum schreien Sie denn so?)

Wenn Sie aber glauben, Verantwortungsgefühl sei nicht ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie: Nun schön, sagen Sie es uns, dann können auch wir in diesem Hause so verfahren!

(Abg. Frau Platzi [SPD]: Wer sagt denn das?)

Aber schreien Sie dann nicht, wenn es an einer Stelle kommt, an der es Ihnen unerwünscht ist.

(Abg. Buch [SPD]: Zunächst schreien Sie, Herr Dr. Großkopf!)

Meine Damen und Herren, damit habe ich, glaube ich, mit aller Deutlichkeit gesagt, was zu dem Nachtragshaushalt zu sagen ist. Im übrigen aber möchte ich eines hinzufügen: Ich weiß nicht, ob unser Etatrecht — nicht nur in Hessen, sondern allgemein — noch den modernen Erfordernissen entspricht. Wenn ich einmal die ganze letzte Entwicklung betrachte mit all den Problemen der Konjunkturstabilisierung, der Kontraktion der öffentlichen Ausgaben, der Verhinderung von Preissteigerungen, der vielen Überlegungen auf diesem Gebiete, und wenn ich auf der anderen Seite sehe, wie eine gewisse Entwicklung der Hochkonjunktur und der Konsequenzen aus der Exportsituation die Haushalte verflüssigt, wenn ich bedenke, daß die Haushaltsflüssigkeit heute nicht zuletzt auch darauf beruht, daß wir im Begriff sind, zurückgestellte Veranlagungen nun aufzuholen, so daß einmalige Ballungen eintreten mit zeitweilig sehr hohen Steueraufkommen, die für die lange Entwicklung nicht typisch sein werden — jedenfalls nicht in dem Ausmaß —, dann weiß ich nicht, ob unsere Haushaltsmethoden und Haushaltsberatungsmethoden noch rich-

tig sind, ob wir nicht in einem modernen Zeitalter auch an modernere Methoden im Haushaltsrecht und in der Haushaltsführung denken müssen.

Ich glaube, es schreit alles nach einer Neugestaltung des Haushalts im Hinblick auf die Konjunktur, das heißt nach einer Konjunkturklausel in den Haushaltsgesetzen, die den Staat und die Parlamente zwingt, in Zeiten außergewöhnlicher Ballung des Steuervolumens zeitlich einfach diese Mittel zu reservieren, sie ausgleichend für die Zukunft als Rückstellung zu behandeln. Teilweise wird das hier gemacht, allerdings nach meiner Auffassung nicht in ausreichendem Umfang. Ich bin der Auffassung, Regierung und Parlament bedürfen heute einer zwingenden Vorschrift, daß das geschehen muß. Dann würde manche Begehrlichkeit nicht mehr gegeben sein, mancher Übermut — auch in den Parlamenten — würde ebenfalls nicht mehr gegeben sein.

(Abg. Albert Weber [SPD]: Dann könnten Sie nicht mehr so viele Anträge stellen!)

Meine Damen und Herren! Solange die Konjunkturklausel nicht da ist, werden wir dieses Übel, werden wir diese Schwierigkeit nur beseitigen, wenn man kräftig an eine Steuersenkung herangeht. Erst wenn wir entschlossen in einer solchen Situation die Steuer senken, würde die Begehrlichkeit in den Parlamenten und bei den Regierungen aufgehören.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

Wer könnte leugnen, daß das im Augenblick das Richtige wäre!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Minister Dr. Conrad.

Minister der Finanzen Dr. Conrad:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur zu einem Teil dessen, was Sie gesagt haben, Herr Dr. Großkopf, etwas bemerken und richtigstellen. Zunächst zu dem, was Sie zuletzt über die Steuersenkung ausführten. Dazu werden die Bundesregierung und auch Herr Blessing nur noch den Kopf schütteln, und zwar angesichts der Konjunkturlage, in der wir uns befinden. Mehr will ich darüber nicht sagen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich etwas zur Frage der Weihnachtsgratifikation sagen, damit in diesem Hause nicht ein falscher Eindruck hinsichtlich der Haltung des Finanzministers oder der Finanzminister der Länder entsteht, die ja allen Parteien angehören. Mit der Bundesregierung, mit dem Bundesfinanzminister bzw. Bundesinnenminister, ist vereinbart, daß die Finanzminister wegen der Frage der Weihnachtsgratifikation keine Initiative ergreifen, sondern daß genau wie bei der Besoldung eine bundeseinheitliche Regelung vorgesehen werden sollte. Zahlt der Bund eine Weihnachtsgratifikation, sollte in den Ländern möglichst auch Weihnachtsgratifikation gezahlt werden. Das ist die Absprache.

(Abg. Rodemer [FDP]: Vier Länder sind ausgeprescht!)

— Einen Moment! Die vier Länder sind gar nicht ausgeprescht! In den drei Stadtstaaten wird die Weihnachtsgratifikation ja nicht erst seit heute gezahlt, sondern bereits seit Jahren. Dort liegen doch ganz andere Verhältnisse vor. Es ist doch typisch, daß es nur die drei Stadtstaaten sind, während bei den Ländern die vielen Gemeinden mit in Frage kommen. Das ist doch der Grund, und das ist doch das Entscheidende. Diesen Unterschied muß man doch sehen. Das ist eine Absprache, die ihren Sinn hat.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, ich war der Meinung, im Hessenparlament sollte es so gehandhabt werden, daß keine

Fraktion für sich in Anspruch nimmt, einen Antrag wegen der Weihnachtsgratifikation zu stellen,

(Abg. Buch [SPD]: Sehr richtig!)

weil die Weihnachtsgratifikation nicht Gegenstand eines solchen Antrags sein sollte. Dem hat die Fraktion der SPD von Anfang an zugestimmt.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Wir auch!)

— Die Fraktion der GB/BHE selbstverständlich auch!

Mir ist unerklärlich, wer das in die Zeitung gebracht hat. Jedenfalls ist das nicht von der Landesregierung aus gesehen; ich spreche hier für die Landesregierung.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Das glauben wir!)

— Immerhin, Herr Dr. Großkopf, Sie haben so etwas gesagt, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe. Ich habe mir die Worte aufgeschrieben: „Während die Landesregierung so tut, als ob sie das Gentleman's Agreement einhält“ — die Landesregierung hat das Gentleman's Agreement eingehalten!

(Abg. Frau Gärtner [SPD]: Unverschämt!)

Die Ursache für die wiederholten Besprechungen über die Weihnachtsgratifikationen sind nicht die paar Wagen gewesen, die am Samstag oder Sonntag auf der Autobahn gefahren sind,

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Bundestag und Innenminister!)

die Ursache ist die Beantwortung der Anfrage der SPD im Bundestag gewesen und ist die Weihnachtsgratifikation, die der saarländische Landtag beschlossen hat.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD. — Abg. Seiboth [GB/BHE]: Jawohl!)

Das muß einmal klargestellt werden, Herr Dr. Großkopf! Ich habe Ihnen bei der Besprechung ausdrücklich gesagt, daß das die Ursachen sind und daß mich das bewegt hat, nachdem der saarländische Landtag die Gratifikation beschlossen hat und damit die Einheitlichkeit der Länder praktisch durchbrochen ist, mit Ihnen darüber zu sprechen, ob wir nicht zu einem akzeptablen Vorschlag kommen, die Weihnachtsgratifikation in einem Rahmen zu zahlen, der dem Bund — wie soll ich sagen — nicht eine Regelung unmöglich macht und die jederzeit die Möglichkeit vorsieht, auch im Bund zu einer einheitlichen Regelung zu kommen. Ich wäre jederzeit gern bereit, mit der Bundesregierung und mit dem Bundesfinanzminister hierüber zu reden.

Aber, Herr Dr. Großkopf, nachdem das Saarland zahlt, müßte doch der Appell an die saarländische Regierung gerichtet werden. Ich meine, wir sollten das Thema für heute fallen lassen, der Aufwand nutzt gar nichts. Es hat auch keinen Sinn, heute darüber zu streiten. Wir sollten uns nachher noch einmal zusammensetzen und versuchen, zu einer Lösung zu kommen, die eine vernünftige Lösung ist.

(Abg. Jansen [CDU]: Bis zu dem Punkt, zu dem wir jetzt gekommen sind, ist die Sache auch in Ordnung! Von da ab fängt es an!)

— Nein, Herr Landrat, Herr Dr. Großkopf hat gesagt, wir würden so tun, als ob wir das Gentleman's Agreement einhielten. Die Hessische Landesregierung hat sich daran gehalten! Der Vorschlag ist auch nicht von der saarländischen Regierung gemacht worden — ich darf das ausdrücklich sagen —, sondern das saarländische Parlament hat diese Weihnachtsgratifikation beschlossen.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Wer hat dort die Mehrheit?!)

— Das überlasse ich Ihnen! Sie wissen genau, wer dort die Mehrheit hat.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Dort ist Wahlkampf!)

Minister Dr. Conrad

Meine Damen und Herren! Ich stelle ausdrücklich richtig, daß das, was Herr Dr. Großkopf gesagt hat und was die Landesregierung betrifft, nicht den Tatsachen entspricht.

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Buch.

Abg. Buch (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beklage sehr, Herr Dr. Großkopf, daß Sie heute hier einen Stil vorexerziert haben, der sehr bedauerlich ist.

(Abg. Jansen [CDU]: Ja, wenn wir etwas vorexerzieren!)

— Herr Jansen, ich werde jetzt berichten, und ich werde auch die Gesprächspartner zu Zeugen aufrufen!

(Unruhe — Glockenzeichen)

Zunächst einmal stelle ich fest, daß gar kein Antrag vorliegt und daß deshalb auch kein Anlaß besteht, über die Sache zu sprechen.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Sehr richtig!)

Die Fraktion der SPD hat sich nach langer Diskussion, getragen aus der Verantwortung heraus,

(Zuruf von der CDU: Nur?!)

mit Mehrheit entschlossen, möglicherweise einen Antrag auf Zahlung einer Weihnachtsgratifikation an Beamte der Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 zu stellen.

(Abg. Willi Zinnkann [SPD]: Gemeinsam mit den anderen Fraktionen!)

— Das will ich ja noch sagen! — Also eine Weihnachtsgratifikation an Beamte der Besoldungsgruppen A 1 bis A 5. Wir waren uns darüber klar, daß man bei dieser Regelung mit den Grundsätzen des Beamtenrechts in Konflikt kommen kann. Wir haben deshalb die Betonung darauf gelegt, allein aus sozialen Gründen diese Weihnachtsgratifikation zu zahlen. So sind es auch nur die Beamtengruppen, die unterhalb der Sekretärgruppe liegen. Es sind also Boten, Oberboten, Hauptboten und was weiß ich, was es da noch alles gibt. Wir haben aber gleichzeitig beschlossen, und zwar aus Gründen der Loyalität, und weil wir diese Sache nicht zu einer Propagandasache machen wollen, an die anderen Fraktionen mit der Bitte heranzutreten, daß dieser Antrag ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen des Hessischen Landtags sein sollte. Mit diesem Auftrag habe ich zunächst Herrn Dr. Großkopf, dann Herrn Dr. Mix und dann Herrn Seiboth zu einem Gespräch gebeten. Dieses Gespräch hat gestern nachmittag stattgefunden. Das Gespräch ist, das muß ich doch sagen, Herr Dr. Großkopf, sehr freundschaftlich verlaufen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Durchaus! — Abg. Frau Gärtner [SPD]: Ja, aber heute brüllt er!)

Ich habe nachher meiner Fraktion berichtet, daß ich den Eindruck hatte — und zwar aus der Antwort, die Herr Dr. Großkopf mir gegeben hat —, daß wohl in seiner Fraktion wenig Bereitschaft war, eine Weihnachtsgratifikation zu zahlen, daß er aber persönlich der Meinung gewesen sei, es handle sich um einen gangbaren Weg. Und jetzt stellen Sie, Herr Dr. Großkopf, die Sache so dar, als wenn Sie überhaupt keine Zusage gegeben hätten.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Genau!)

Herr Dr. Großkopf, Sie haben eine Zusage gegeben. Wir sind am Ende des Gesprächs, das wir vier, Herr Seiboth, Herr Dr. Mix, Herr Dr. Großkopf und ich, geführt haben, wir sind am Ende des Gesprächs so verblieben, daß ein interfraktioneller Antrag gestellt wird, wenn nicht bis 17 Uhr von einer der Fraktionen Einspruch eingelegt wird.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Jawohl!)

Abg. Buch

Und dann haben Sie — das muß man einräumen — bis 17 Uhr Einspruch eingelegt. Es ist bis jetzt ein interfraktioneller Antrag nicht vorbereitet.

(Zuruf von rechts: Doch, ich habe ihn hier! — Große Heiterkeit!)

— Aber von uns ist er nicht vorbereitet!

Ich darf noch einmal sagen, Herr Dr. Großkopf, diese Vereinbarung wurde positiv abgesprochen mit einer Einschränkung. Das ist ein großer Unterschied. Wenn Herr Dr. Großkopf gesagt hätte, ich muß erst meine Fraktion fragen, dann wäre dies ein wirklicher Einwand gewesen und hätte uns veranlassen müssen, noch einmal über die Sache zu reden. Das ist aber gar nicht notwendig gewesen. Herr Dr. Großkopf hat gesagt, ich bin einverstanden mit diesem Antrag, wenn bis 17 Uhr kein Einspruch kommt.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Nun, und dann ist er doch gekommen!)

— Ja, er ist gekommen, und deshalb liegt ja der Antrag noch nicht vor!

Ich weiß nicht, wer die Presse orientiert hat. Herr Jansen, ich habe als Antwort auf die Behauptung, daß wir die Presse orientiert hätten, gesagt, das ist eine Unterstellung. Genauso gut hätte ich unterstellen können, Herr Jansen habe die Presse orientiert. Ich tue das nicht.

(Lachen bei der CDU)

Aber genauso wenig können Sie uns unterstellen, wir hätten die Presse orientiert.

(Zurufe)

— Herr Jansen, Sie sind doch von heute! Sie wissen doch, wie das geschieht!

(Abg. Arndt [SPD]: Nein, er ist von gestern!)

Wir wollen uns hier im Landtag verantwortlich unterhalten. Wenn man behauptet, wir hätten die Presse orientiert, dann muß man das auch nachweisen. Sonst bleibt es eine Unterstellung, die wir entschieden zurückweisen müssen.

Eine naheliegende Vermutung ist noch kein Beweis. Wenn Sie so weitermachen, dann werde ich erst recht — — —

(Zurufe)

Präsident Zinnkann — unterbrechend —:

Herr Abg. Jansen, unterlassen Sie doch die ständigen Zwischenrufe! Wir kommen überhaupt nicht weiter!

Abg. Buch (SPD) — fortfahrend —:

Ich stelle also noch einmal fest: Bis jetzt ist ein Antrag nicht gestellt. Ich stelle weiter fest und rufe die Herren Dr. Mix und Seiboth zu Zeugen auf, daß Sie (zur CDU gewandt) Ihre Zustimmung zur Einbringung des interfraktionellen Antrages gegeben haben mit der Einschränkung, falls bis 17 Uhr keine Einwendung der Fraktion erfolgt. Diese Einwendung ist erfolgt, und aus diesem Grunde ist von uns der Antrag noch nicht gestellt worden. Nach Ihrer Darstellung hat es aber so ausgesehen, als wenn Sie von vornherein Einspruch eingelegt hätten. Das haben Sie nicht, im Gegenteil, Ihre Zustimmung, Herr Dr. Großkopf, war freundlicher als die Zustimmung des Herrn Dr. Mix.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Jawohl! — Beifall bei der SPD)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Seiboth.

Abg. Seiboth (GB/BHE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin hier als Zeuge aufgerufen worden, aber ich hätte mich auch selbst zu Wort gemeldet, einfach deshalb, Herr Dr. Großkopf, weil ich der Meinung bin, daß Ihr heutiges Auftreten hier aus

umgekehrten Gründen wahlpropagandistischen Erfordernissen entsprach.

(Beifall bei SPD und GB/BHE — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Wenn es so geht, werden wir noch einen Antrag stellen, dann können wir uns auch den Vorwurf wirklich machen lassen!)

Es ist vorhin schon der Zwischenruf — und zwar der richtige Zwischenruf — gemacht worden, man könnte eher im Saargebiet von Wahlpropaganda sprechen, denn dort ist nächsten Sonntag Landtagswahl, und dort haben vielleicht doch die Mehrheitsparteien ein Interesse daran, sich in bestimmten Schichten beliebt zu machen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Um so weniger haben wir Veranlassung!)

Ich möchte hier ausdrücklich sagen, daß wir uns gestern sehr sachlich unterhalten haben. Ich beispielsweise habe zunächst für eine andere Lösung plädiert; meine Fraktion war der Meinung, eine Weihnachtsgratifikation sollte für Einkommen bis zur Höchstgrenze von 600 DM gewährt werden. Da haben Sie, Herr Dr. Großkopf, mich sehr nachhaltig davon überzeugt, daß die andere Lösung, wie sie vorgeschlagen worden ist, die richtigere ist. Schon daraus geht doch hervor, daß Sie in der Sache mit uns einig waren.

(Zurufe)

Ich sage auch ein Zweites: Als wir uns einig waren und gefragt wurde, wie die Fraktionen zu dieser Sache vermutlich stehen, hat Herr Dr. Mix erklärt, er müsse über diese Dinge noch sehr gründlich mit seiner Fraktion sprechen. Herr Buch und ich haben zum Ausdruck gebracht, bei uns sei die Sache mehr oder weniger ausgestanden, und Sie, Herr Dr. Großkopf, haben — soweit ich mich erinnere — erklärt: Es wird nicht eine Meinung sein, aber es geht wohl in Ordnung.

Herr Dr. Großkopf, ich möchte noch ein Drittes sagen: Es wurde die Frage erörtert, wie wir das mit dem Antrag halten wollten, weil ja eine Gesetzesvorlage kommen muß. Als die Meinung auftauchte — vielleicht kam sie von mir, ich weiß es nicht —, ob nicht die Regierung eine Vorlage machen solle, da haben Sie, Herr Dr. Großkopf — Sie saßen neben mir — ausdrücklich erklärt: Das können wir dem Herrn Finanzminister nach seiner bisherigen Haltung nicht zumuten; das sollen die vier Fraktionen tun.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Jawohl!)

— Ja! Aber heute haben Sie gesagt, Sie hätten den Eindruck, daß sich die Landesregierung in dieser Sache sozusagen aus dem Agreement der Landesfinanzminister herausschleichen wolle. Ich weiß nach wie vor nicht genau, was Ihre Fraktion oder Sie in der Sache machen. Deshalb hatte ich Sie gefragt.

Ich bin der Auffassung, wir sollten wirklich — wie jetzt von Herrn Buch vorgeschlagen wurde — die Diskussion beenden, und die vier Fraktionsvorsitzenden sollten sich noch einmal mit dem Herrn Finanzminister zusammensetzen, um, wie das ja gestern schon besprochen und beabsichtigt war, gemeinsam zu einer vernünftigen Regelung zu kommen; niemand soll vorprellen, und niemand soll nachgezogen werden.

(Beifall bei SPD und GB/BHE)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Großkopf.

Abg. Dr. Großkopf (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es bedarf noch einmal der Richtigstellung, da der Schwerpunkt offenbar ständig verschoben wird. Wir haben uns in einer ersten Sitzung dem Appell angeschlossen, eine einheitliche Haltung aller Parteien — gemeinsam mit der Landesregierung — zu zeigen. Ich habe es sofort getan, weil ich grundsätzlich der Auffassung bin — und das ist auch ein Beschluß dieses Land-

Abg. Dr. Großkopf

tags —, daß wir uns in Besoldungsfragen immer an die Regelung im Bund anschließen sollten, damit nicht vielleicht ein Land vom anderen Beamte und Angestellte abwirbt und ein unmöglicher Zustand in der öffentlichen Verwaltung entsteht.

In der kurzen Besprechung, die dann gestern nachmittag stattfand, teilte man uns mit: In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei bestehen zwar auch unterschiedliche Meinungen, aber man möchte doch aus sozialen Gründen etwas tun. Ich habe gesagt: Wenn es sein muß, dann vertrete ich nach wie vor den Standpunkt, den ich praktiziert hatte, daß es einheitlich geschehen solle. Aber selbstverständlich ist doch wohl, daß, wenn es einheitlich geschehen soll, dem Partner Gelegenheit gegeben wird, sich einigermaßen darüber mit der Fraktion auszutauschen.

Sicherlich habe ich gesagt: Ich bin das alles leid. Wenn es sein muß, dann will ich verhindern, daß hier nun ein Überbieten beginnt, daß etwa die SPD sagt: Wir sind doch eigentlich die richtigen Sozialen usw.; nach Möglichkeit sollte also einheitlich vorgegangen werden. Insoweit gibt es überhaupt keine Abweichung.

Ich habe aber ausdrücklich erklärt: Ich werde jetzt mit meiner Fraktion darüber sprechen, und sollte bis 5 Uhr keine gegenteilige Mitteilung von uns kommen, dann gilt eben dieser mein Standpunkt, den ich eingenommen habe, als akzeptiert. Im anderen Falle werden Sie das sofort hören.

Wir haben diskutiert über die Frage, und in der Fraktion bestand einhellig die Auffassung, daß diese Lösung nicht gut sei, wie gesagt: mit Ausnahme von meiner Person. Es war nicht so, daß etwa die Fraktion gesagt hätte: Überhaupt keine Weihnachtsgratifikation! oder: Soundsoviel mehr und für die und die Gruppen, sondern es war eben so, daß man zu einer einheitlichen Meinung nicht kam und also über die Sache noch einmal sprechen mußte.

Ich habe das pflichtgemäß sofort durch Herrn Bachmann mitteilen lassen. Ich habe Herrn Bachmann gebeten, den anderen Fraktionen davon Kenntnis zu geben, daß wir noch nicht in der Lage seien, an diesem Nachmittag eine endgültige Entscheidung zu treffen, so daß wir am nächsten Tag noch einmal zu einer interfraktionellen Aussprache kommen müßten.

Soweit einig! Es ist in keiner Weise irgendein Stellungswechsel meinerseits zu verzeichnen.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Nur Ihre große Rede vorhin!)

Und nun kommt doch die große Sensation: Es stellte sich heraus, daß — ehe man zu einer Einigung gekommen ist — der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion der Presse übergeben wird.

(Abg. Buch [SPD]: Nein, das ist eben falsch! — Weiterer Widerspruch bei der SPD)

— Jedenfalls hat die Presse es erfahren, woher weiß ich nicht!

(Abg. Buch [SPD]: Fragen Sie doch die Presse! —
Abg. Seiboth [GB/BHE]: Die ist eben intelligent! —
Abg. Jansen [CDU]: Die haben es doch von mir! —
Zuruf: Das sind eben tüchtige Jungen!)

Nun sagen Sie mir bitte, was würden Sie sagen, wenn ich nun das Faktum, daß die Presse das wußte, dazu ausgenutzt hätte, mich auf den Standpunkt zu stellen: Ich bin frei, wir können jetzt machen, was wir wollen!?

(Abg. Buch [SPD]: Daß die Presse das wußte, das können Sie uns doch nicht zum Vorwurf machen!)

Sie würden mich der Illoyalität beschuldigen!

Nun noch ein Wort zu dem Herrn Finanzminister: Herr Finanzminister, ich habe erklärt, daß Sie eine Vereinbarung einzuhalten haben, daß es sich um ein Gentleman's Agreement handelt und daß es natürlich immer einen schlechten Eindruck macht, wenn die Mehrheitsfraktionen etwas be-

schließen, was nicht mit diesen — jetzt möchte ich einmal sagen: — „außenpolitischen“ Verpflichtungen in Übereinstimmung steht.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß, wenn die Finanzminister eine solche Vereinbarung getroffen haben, sie — auch wenn ein Parlament oder eine Partei sie zwingen will, diese Vereinbarung zu desavouieren — von dem Recht des Rücktritts Gebrauch machen müssen,

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD)

wenn sie als wortgerecht, als korrekt und als loyal betrachtet werden wollen.

(Abg. Arndt [SPD]: Dann müßten sämtliche Bundesminister schon zurückgetreten sein! — Weitere lebhaftige Zurufe von SPD und GB/BHE)

— Entschuldigen Sie bitte, ich bin keine Verbindlichkeiten, keine Absprachen eingegangen, sondern habe lediglich meine persönliche Meinung gesagt;

(Abg. Buch [SPD]: Nein, nein, Sie sind Fraktionsvorsitzender, das stimmt schon!)

ich habe hinzugefügt: letztlich bestimmt meine Fraktion!

Insofern möchte ich sagen: Ob das Hessen ist oder das Saarland, wenn solche Vereinbarungen getroffen werden, würde ich wünschen, daß sie auch gehalten werden. Was nutzen alle Vereinbarungen, wenn das Prestigebedürfnis einer Regierungspartei die Worte des Finanzministers wieder ad absurdum führen kann? Das ist kein guter Stil. Da muß man mehr kämpfen. Das wäre, meine Herren von der Sozialdemokratie, richtig gewesen.

Wenn Sie loyal gewesen wären, hätten Sie nicht erst einen Beschluß gefaßt, in dieser Weise Gratifikationen zu verteilen, sondern hätten erst mit uns gesprochen, ob wir uns nicht von der damaligen Abmachung freimachen und erneut in eine Diskussion eintreten. Das wäre fair gewesen für alle Parteien, und dann wären wir nicht in dieser Weise doch de facto erpreßt worden, wie es jetzt der Fall ist.

Herr Zinnkann hat erklärt, man müsse überlegen wie es weitergeht. Ich habe heute morgen noch erklärt, daß wir selbstverständlich bereit sind, in eine Diskussion einzutreten, unter der Voraussetzung — und nur unter der Voraussetzung —, daß der Beschluß der Fraktion der SPD dann nicht die einzige Grundlage der Beratung ist, sondern daß alle Fraktionen frei sind in ihren Entschlüssen und daß eine Lösung frei ausgehandelt werden kann, nicht unter dem Druck des Votums einer Partei.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Mix.

Abg. Dr. Mix (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Letzte derjenigen, die an der Besprechung teilgenommen haben.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Der letzte Zeuge!)

Ich möchte dazu zunächst zwei Dinge feststellen:

1. Ich kann im wesentlichen die Darstellung von Herrn Seiboth — das ist diejenige, die mir am besten im Gedächtnis ist — bestätigen.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Gut!)

2. Ich bedauere es außerordentlich, daß es schlechte Perspektiven für die Zukunft ergeben muß, wenn interfraktionelle Gespräche zum Gegenstand einer Auseinandersetzung im Plenum gemacht werden.

(Sehr gut! und Beifall bei SPD und GB/BHE)

Abg. Dr. Mix

Meine Damen und Herren, in diesen Sitzungen werden selbstverständlich viele persönliche Äußerungen gemacht, die sich bestimmt nicht immer dafür eignen, Gegenstand einer Auseinandersetzung in der Presse oder in den Plenarsitzungen zu werden.

Hier ist von einem Gentleman's Agreement die Rede gewesen; ich hoffe, daß wir wieder zu einem Verfahren kommen, das gentlemanlike ist.

(Beifall bei SPD und GB/BHE)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Minister der Finanzen Dr. Conrad:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich zu diesem Thema als Letzter spreche.

Jetzt wird die Sache lustig, und zwar deshalb, weil Herr Dr. Großkopf mir anrät, zurückzutreten.

(Schallende Heiterkeit bei der SPD)

Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Dr. Großkopf: Das ist doch lächerlich! Denken Sie an Herrn Etzel. Der hätte schon zehnmal zurücktreten müssen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ist das ein Argument?
Das ist doch kein Argument!)

— Jawohl! Herr Etzel hätte das nämlich wegen grundsätzlicher Dinge tun müssen; Herr Etzel hat z. B. die Erklärung abgegeben, daß er für die Abschaffung der Subventionen sorgen werde. Herr Adenauer hat gesagt: Kommt gar nicht in Frage! Und Herr Etzel ist trotzdem geblieben. Das wäre ein Grund gewesen.

(Bravo! und Heiterkeit bei der SPD — Weitere lebhafte Zurufe — Unruhe)

— Herr Präsident, die Glocke!

(Heiterkeit — Glockenzeichen des Präsidenten)

Und im übrigen, meine Damen und Herren: Wieviel Bundesminister sind denn bisher wegen Meinungsverschiedenheiten zurückgetreten? Der einzige ist Herr Heinemann. Das wäre dann der Mann mit Charakter.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie haben noch einen zweiten Bundesminister; der ist aber nicht zurückgetreten, sondern zurückgetreten worden, das ist Herr Oberländer.

(Zurufe — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Dazu können wir auch nichts!)

— Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, sondern antworte Ihnen nur auf eine Redensart.

Sie glauben doch im Ernst nicht, meine Damen und Herren, daß ein hessischer Finanzminister zurücktritt wegen einer Weihnachtsgratifikation. So etwas gibt es überhaupt gar nicht!

(Sehr gut! Heiterkeit und Beifall bei SPD und GB/BHE)

— Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Aber jetzt wissen wir, was wir von Ihnen zu halten haben! Das wissen wir jetzt! — Abg. Seiboth [GB/BHE]: Na, na! — Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Vereinbarung zwischen den Finanzministern ist kein Vertrag, sondern das ist eine Vereinbarung.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Kein Minister, kein Wort!)

— Dazu kann ich nur sagen: Kein Minister, kein Wort — Herr Dr. Großkopf, mit einer solchen Forderung machen Sie sich in diesem Parlament lächerlich!

(Abg. Buch [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD)

Präsident Zinnkann:

Meine Damen und Herren! Nun sind wir endlich über diese Sache hinweg. Ich rufe auf:

Einzelplan 09

— Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten —

hierzu:

Anträge der Fraktion der SPD

— Drucks. Abt. I Nr. 830 bis 832, 864 und 865 —

Anträge der Fraktion der CDU

— Drucks. Abt. I Nr. 743, 744, 814, 855 bis 860 und 873 —

Anträge der Fraktion der FDP

— Drucks. Abt. I Nr. 747, 748, 799, 815 und 902 —

Anträge der Fraktion des GB/BHE

— Drucks. Abt. I Nr. 745 und 746 —

Berichterstatter ist Herr Abg. Mengel. Ich erteile ihm das Wort.

(II. Vizepräsidentin Kletke übernimmt den Vorsitz)

Berichterstatter Abg. Mengel:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat am 5. Oktober den Einzelplan 09 des Ministers für Landwirtschaft und Forsten beraten. Herr Minister Hacker führte folgendes aus: Die Gesamtausgaben haben sich im Einzelplan 09 für das Haushaltsjahr 1961 von 239 Millionen DM auf rund 258 Millionen DM erhöht. Diese Steigerung ist jedoch nicht ganz echt, weil in dieser Erhöhung ein durchlaufender Posten von rund 1 Million DM enthalten ist, sowie Darlehen, die zur Zeit im außerordentlichen Haushalt eingepplant sind, und zwar von zusammen 3,5 Millionen DM. Außerdem sind 2 Millionen DM für erhöhte Einnahmen abzusetzen.

Die wesentlichsten Mehrausgaben sind 400 000 DM für die Förderung der Höhenlandwirtschaft, 9,2 Millionen DM für Kredite zur Aufstockung und Aussiedlung; bisher wurden dazu Kapitalmarktmittel mit herangezogen und in Anspruch genommen und Zinsverbilligungsmittel gewährt. An weiteren Mehrausgaben sind vorgesehen 1,9 Millionen DM für die Flurbereinigung, da namentlich in den Höhengebieten bedeutend höhere Kosten zu verzeichnen sind. Erhöht wurden auch die Darlehen für die Althofsanierung.

Als neuer Posten steht im Haushaltsplan — auf Grund des Hessischen Wassergesetzes — ein Ansatz für die Unterhaltung von Gewässerstrecken II. Ordnung. Vorgesehen sind ferner Landesbeihilfen für den Ausbau der Nidda und der Wohra. Der Herr Minister führte dazu weiter aus, daß die Kosten für den Ausbau der Nidda mit 52 Millionen DM veranschlagt sind. Die Kostenbeteiligung für diese Maßnahme ist wie bei der Weschnitz geregelt, und zwar sollen 47,5 Prozent der Kosten vom Land, 47,5 Prozent vom Bund und schließlich 5 Prozent von den jeweiligen Wasserverbänden getragen werden.

Erhöht wurden auch die Mittel für die Holzwerbkosten, und zwar auf Grund von Lohnerhöhungen; der Mehrbetrag beläuft sich auf 500 000 DM. Die Personalmehrausgaben auf Grund tarifrechtlicher und gesetzlicher Bestimmungen betragen rund 800 000 DM.

Eine Ausgabenminderung ist durch den Wegfall des Titels, der die Förderung der Tbc-Sanierung vorsah, zu verzeichnen. Eine Mehreinnahme von 2 Millionen DM ergibt sich durch einen größeren Holzeinschlag infolge der Dürreschäden. Sie wissen, daß das Dürrejahr 1959 erhebliche Schäden in den Fichtenbeständen gebracht hat.

Für die Schuldendiensthilfe für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen ist ein Mehrbetrag von 1 Mil-

lion DM vorgesehen. Bei den Mitteln des Grünen Planes ist keine Veränderung zu verzeichnen.

Herr Minister Hacker betonte noch, daß trotz eines größeren Arbeitsanfalls, namentlich bei den Kulturämtern und überhaupt der Landeskulturverwaltung, neun Planstellen eingespart werden können, so daß hier eine Ausnahme gegenüber der sonstigen Entwicklung zu verzeichnen ist.

Bei der Beratung der einzelnen Kapitel wurden die Kapitel 09 01 bis 09 12 unverändert angenommen. Bei Kapitel 09 13 entspann sich eine Diskussion über die Lehr- und Versuchsanstalt für Bienenzucht in Marburg und die Einrichtung in Oberursel. Das Kapitel wurde unverändert angenommen. Eine längere Debatte gab es bei dem Kapitel 09 15 — Landeskulturverwaltung. Ein Sprecher der Fraktion der FDP erinnerte an die vorjährige Diskussion im Plenum betreffend Höhergruppierung der leitenden technischen Beamten bei den Landeskulturämtern. Für eine Höhergruppierung sprachen sich auch die Vertreter der Fraktionen der CDU und der SPD aus. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses schlug vor, die Frage dem Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten zur Stellungnahme zu überweisen. Der Haushaltsausschuß hat hierzu folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Haushaltsausschuß bittet den Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten, die Frage einer Höhergruppierung der leitenden technischen Beamten der Landeskulturverwaltung von A 13 nach A 14 zu erörtern und dem Haushaltsausschuß dann eine Empfehlung für eine Beschlußfassung zu geben.“

(Abg. Kersten [GB/BHE]: Sie müssen objektiv berichten, Sie dürfen keine Parteien nennen! — Abg.

Arndt [SPD]: Es dürfen keine Parteien genannt werden!)

— Ich darf nur keine Namen nennen, und ich habe keine Namen genannt.

(Abg. Arndt [SPD]: Das steht in der Geschäftsordnung! — Abg. Waller [GB/BHE]: Das ist auch nicht im Sinne der Geschäftsordnung!)

— Bis jetzt ist es immer so gewesen. Auf den Bericht wird doch Bezug genommen, und es muß deshalb zum Ausdruck kommen, daß diese Höhergruppierung von sämtlichen Fraktionen gutgeheißen worden ist. Darauf wird später ja wahrscheinlich einmal Bezug genommen werden. Ich habe im übrigen keinen Namen genannt.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Der Ausschuß hat mit Mehrheit beschlossen!)

— Ich stelle fest, daß das bislang so gehandhabt worden ist!

Kapitel 09 17 wurde unverändert angenommen, ebenso die Kapitel 09 19, 09 21 und 09 23. Bei Kapitel 09 24 — Domänenverwaltung — wurde auf die sehr unterschiedlichen Pachtpreise bei den landwirtschaftlichen Domänen aufmerksam gemacht. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde der Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten gebeten, diese Frage einmal zu erörtern. Im übrigen wurde Kapitel 09 24 unverändert angenommen.

Die Kapitel 09 25, 09 26, 09 27, 09 28 und 09 29 wurden ebenfalls unverändert angenommen.

Bei Kapitel 09 51 — Forstabteilungen — kam es zu einer längeren Debatte, als von einem Abgeordneten nach den Wildschäden gefragt wurde. Landesforstmeister Weisgerber, der dazu Stellung nahm erklärte, daß er den Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten demnächst darüber ausführlich unterrichten werde. Es schloß sich dann eine Diskussion über die weitere Motorisierung der Forstbeamten an, und der Haushaltsausschuß beschloß, den Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten zu bitten, einmal die Frage zu erörtern, ob es zweckmäßig ist, das Motorrad der Revierförser durch einen Kleinwagen zu ersetzen. Im übrigen wurde Kapitel 09 51 unverändert angenommen.

Abg. Mengel

Zu den Kapiteln 09 52, 09 53, 09 54 und 09 55 war nichts zu bemerken. Der Haushaltsausschuß empfiehlt dem Landtag, dem Einzelplan 09 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

II. Vizepräsidentin Kletke:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Es hat sich Frau Abg. Schnell zum Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Frau Schnell (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als Sprecherin meiner Fraktion darf ich der Freude Ausdruck geben, daß der Einzelplan 09 heute an erster Stelle hier rangiert, ein Zeichen dafür — da wir sonst immer erst kurz vor dem Schlußlicht kamen —, daß man der Landwirtschaft doch einige Bedeutung zumißt. Zum Einzelplan 09 wird auch noch mein Kollege Westernacher sprechen.

Lassen Sie mich kurz die Anträge begründen, die mir besonders am Herzen liegen, und zwar die Anträge Drucks. Abt. I Nr. 743 und 744. Es heißt in dem ersten Antrag:

„In den Erläuterungen sind unter

1. die zwei Ku.A-12-Vermerke zu streichen“,

in dem zweiten Antrag:

„In den Erläuterungen ist unter

1. der Ku.A-12-Vermerk zu streichen.“

Meine Damen und Herren! Es handelt sich einmal um die Stelle der Direktorin der Landfrauenschule in Bad Weilbach und zum anderen um die beiden Stellen der Landwirtschaftsrätinnen in Kassel und Frankfurt. Das sind, außer der Stelle im Ministerium, die drei einzigen Stellen für Frauen im gehobenen Dienst im Landwirtschaftsetat. Ich muß schon sagen, meine Damen und Herren, daß meine Fraktion, besonders aber wir Frauen, zutiefst erschüttert sind, daß nach einem Wechsel in der Besetzung der Stellen die Nachfolgerinnen nach der Bes.Gr. A 12 eingestuft werden sollen,

(Abg. Mengel [CDU]: Hört, hört!)

und das bei einer fortschrittlichen SPD-Regierung in Hessen,

(Abg. Arndt [SPD]: Sehr gut! — Heiterkeit bei der SPD)

die doch angeblich mit der Zeit gehen will! So geht es nicht, meine Damen und Herren!

(Abg. Waller [GB/BHE]: Sehr wahr!)

Wenn man die Frauenarbeit so einschätzt, dann ist das rückschrittlich

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr gut!)

und verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz und gegen das Grundgesetz. So etwas wäre bei den Herren nie möglich!

Nehmen wir die Stelle der Direktorin in Bad Weilbach. In Bad Weilbach ist die einzige Landfrauenschule in Hessen. In Niedersachsen zum Beispiel gibt es deren elf. Sie bildet die Voraussetzung für die Ausbildung der landwirtschaftlichen Lehrerin und erfüllt damit einen Staatsauftrag. Augenblicklich sind 90 Schülerinnen in Bad Weilbach, darunter 24 Abiturientinnen. Nach dem Lehrerbildungsgesetz vom November 1958 ist auch die Ausbildung der landwirtschaftlichen Oberlehrerin eine akademische. Die Direktorin der Vereinigten Hausfrauenschulen in Frankfurt wird nach A 14 besoldet, die Direktorin der Schule für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen in Darmstadt nach A 13 und die Direktorin einer Berufsschule mit vier Planstellen nach A 13. Weilbach hat acht Planstellen. Zum mindesten müßten auch in Weilbach von diesen Stellen zwei nach A 12 bezahlt werden. Und jetzt die Herren im Vergleich dazu: Die Direktoren der

Abg. Frau Schnell

höheren Landbauschulen in Michelstadt und in Witzenhäusern sind nach A 14 eingestuft, die Dozenten nach A 13. Wir können in Weilbach nur eine Akademikerin einsetzen und müssen deshalb unbedingt darauf bestehen, daß die A-13-Stelle bleibt und der erwähnte Vermerk wegfällt. Die beiden Landwirtschaftsrätinnen in Frankfurt und Kassel haben ein derart großes Aufgabengebiet und ihr Auftrag hat sich dermaßen vergrößert, daß es wirklich eine Diffamierung der Frauenarbeit wäre, wollte man die Nachfolgerinnen wieder nach A 12 einstufen.

Lassen Sie mich noch etwas Grundsätzliches dazu sagen: Ich wage zu behaupten, daß wir Frauen unsere Arbeit genauso gut und mit viel Idealismus erledigen, ja vielleicht noch mit mehr als die Herren.

(Bravo!)

Nur sprechen wir nicht darüber. Das wird als selbstverständlich hingenommen, auch wenn unser Arbeitstag 10, 12 und mehr Stunden beträgt.

(Allgemeiner Beifall)

Die Herren, nehmen Sie mir das bitte nicht übel, hätten bestimmt in diesem Falle schon längst eine Höhergruppierung der Stellen beantragt. Das wollen wir aber gar nicht. Wir wollen nur, daß unsere Arbeit entsprechend gewertet und anerkannt wird. Deshalb hoffe ich zuversichtlich, daß Sie alle unsere Anträge zustimmen werden, daß diese ku.-Vermerke wegfallen, vor allem Sie, meine Damen von der SPD. Ich kann mich entsinnen, daß Sie, Frau Kollegin Gärtner, unlängst, als wir uns im Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit bei der Vorstandssitzung sprachen, auch sagten, daß die Frauenarbeit noch viel zu wenig anerkannt werde. Genau darauf kommt es uns an, und das möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen.

Jetzt zu unserem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 856 zu Kapitel 09 12 Titel 600 — Finanzierungszuschüsse an die Land- und Forstwirtschaftskammern. Der Antrag lautet:

„In den Erläuterungen sind unter Ziffer 1 die kw.-Vermerke bei den Bes.Gr. A 13 und A 11 zu streichen.“

Bei diesem Antrag handelt es sich einmal um die landwirtschaftlichen Oberlehrerinnen und zum anderen um acht Landwirtschaftsräte der Kammern in Frankfurt und Kassel. Ich bekenne mich dazu, daß sich in der Landwirtschaft ein großer Umbruch vollzieht, aber ich meine, man sollte — wie im Elternhaus — diese Entwicklung in Ruhe abwarten und keine vorzeitige Kurzschlusshandlung begehen. Auch wir haben große Sorge über den teilweise sehr schlechten Schulbesuch, doch möchte ich betonen, daß wir eine Einsparung an Stellen im landwirtschaftlichen Schul- und Beratungswesen in dieser augenblicklichen agrarsozialen Krise für agrarpolitisch falsch halten. Im Förderungsprogramm für die Landwirtschaft ist das landwirtschaftliche Schul- und Beratungswesen einer der Hauptfaktoren. Dieses Schul- und Beratungswesen sollte man gerade jetzt nicht beschneiden. Soweit ich unterrichtet bin, sind tragbare Einsparungsmaßnahmen im Gange. Es fallen auch sehr viele Lehrerinnen durch Heirat aus, die dann ausgezeichnete Hausfrauen abgeben.

(Sehr gut!)

Das will ich nur am Rande sagen. Andere werden vorzeitig pensioniert oder fallen durch Krankheit aus. Man sollte also diese Stellen auf keinen Fall im Etat streichen, sondern sie vorübergehend unbesetzt lassen. Wir haben leider in diesem Jahr in Hessen-Nassau erstmalig fünf Schulen und in Kurhessen eine Schule, die keine Schüler haben. Zum Teil sind die geburtenschwachen Jahrgänge schuld. Draußen wird immer wieder gesagt: Damit wollt ihr euch betäuben. Aber ich wollte Ihnen nur eines sagen: Von der Landwirtschaftskammer in Frankfurt sind Untersuchungen angestellt worden, die ergeben haben, daß 1964 die geburtenschwachen Jahrgänge aufhören, und ich meine, daß wir so lange warten sollten.

Der sich rückläufig entwickelnde Schulbesuch wird dadurch ausgeglichen, daß in den Schulen Aufbaukurse für ehemalige Schülerinnen und Bäuerinnen stattfinden. In einzelnen Schulen liegen 70, ja bis über 100 Anmeldungen vor. Die Lehrerinnen müssen nun als weiteren Bildungsauftrag diese Erwachsenenbildung betrachten. In schwach besetzten Schulen laufen parallel zum Unterricht Lehrgänge für Frauen. Dies ist natürlich eine große Mehrbelastung für die Lehrerinnen, und aus diesem Grund bitte ich Sie wirklich, doch einzuschwenken, daß auf zwei Lehrerinnen nicht verzichtet werden kann. Wo es tragbar ist, wird gespart. Außerdem hat die hauswirtschaftliche Beratung ein Ausmaß angenommen, dem die Lehrerinnen oft nicht mehr gerecht werden können. Ich bin zu den Schulen hingefahren und habe mich an Ort und Stelle informieren lassen. Im Haushaltsausschuß kann ich einmal vorlegen — hier würde es zu weit führen —, was die Lehrerinnen außerhalb des Unterrichts noch alles zu tun haben. Es ist immer erneut festzustellen, daß die Lehrerinnen für diese Arbeit viel Idealismus mitbringen, auch für unsere Landfrauenarbeit. Das ist ja auch die Nahtstelle, wo sie die Sorgen und Nöte der Bäuerinnen kennenlernen. Glauben Sie mir, es ist eine der Hauptaufgaben und Haupt Sorgen unserer berufsständischen Organisationen — Bauernverband, Landfrauenverband, Landjugend —, den bäuerlichen Eltern und der bäuerlichen Jugend immer wieder klarzumachen, daß eine gute Ausbildung eine weit bessere Kapitalanlage ist als die augenblicklich sich ergebenden guten Verdienstmöglichkeiten. Eine gute Ausbildung schafft Werte, die nie genommen werden können, und mehr denn je wird das Behaupten auf den Betrieben und das Erreichen eines angemessenen Lebensstandards eine Ausbildungsfrage sein. Die EWG wird dies zwangsläufig herausfordern. Es wird weniger Bäuerinnen und Bauern geben, aber diese müssen Qualität haben.

Hinsichtlich der Landwirtschaftsräte ist Ihnen allen, zumindest den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, sicherlich das Schreiben des Verbandes Deutscher Diplom-Landwirte zugegangen. Ich darf Sie bitten, sich den dort gemachten Ausführungen anzuschließen und auch diese Stellen vorübergehend als nicht besetzt gelten zu lassen. Ich kann mich entsinnen, daß 1952/53 die Schulen von 45 und mehr Schülern besucht wurden, aber da ist niemand auf den Gedanken gekommen, noch eine Kraft mehr anzustellen, damit die Herren entlastet werden. Außerdem könnte sich das auch in negativem Sinne auswirken: Die guten Kräfte laufen weg und gehen in die Industrie, wenn sie wissen, daß die Stellen wegfallen. Das können wir im Augenblick unserem landwirtschaftlichen Berufsstand nicht zumuten. Deshalb meine Bitte an Sie, diesen unseren Anträgen zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, nun habe ich noch kurz den Antrag Drucks. Abt. I Nr. 857 zu begründen, den Ansatz bei Kapitel 09 13 Titel 620 — Förderung besonderer Bildungseinrichtungen für das Landvolk — um 14 000 DM zu erhöhen. In den Erläuterungen soll der unter Ziffer 1a aufgeführte Betrag um 10 000 DM und der unter Ziffer 3 aufgeführte Betrag um 4 000 DM erhöht werden. Der Antrag erinnert den Herrn Minister an sein Versprechen, der Landvolk-Hochschule in Neustadt 10 000 DM mehr zu geben. Beim Haushaltsplan 1960 ist der Antrag nicht zum Zuge gekommen; es ist ja auch nur ein Rumpffjahr gewesen. Wir möchten nun aber bitten, den Ansatz von 40 000 DM auf 50 000 DM zu erhöhen, und zwar in Anbetracht der gestiegenen Unterhaltungskosten, so zum Beispiel der Personalkosten durch Tarifierhöhungen. Hinzu kommt der Umzug der Landvolk-Hochschule von Neustadt nach Friedrichsdorf, was eine größere Unterhaltung bedingt. Ich glaube, 10 000 DM sind da nicht zuviel und wären bei diesem Etat zu verantworten.

Bei den 4 000 DM handelt es sich um Zuschüsse für den Landfrauenverband. Der Landfrauenverband besteht aus den Landesverbänden Kurhessen und Hessen-Nassau. Er bekommt seit 1953 Staatszuschüsse in Höhe von 6 000 DM.

Abg. Westernacher

1953 hatte der Landfrauenverband insgesamt 3 000 Mitglieder, und ich darf mit Freude sagen, daß der Landesverband Hessen-Nassau heute 8 675 Mitglieder zählt und der Landesverband Kurhessen 4 500. Die Staatsgelder werden zur Belebung der Vereinsarbeit verwendet. Es werden Lehrgänge mit fachlichem und kulturellem Inhalt veranstaltet, und dafür werden die Mittel genommen. Die wachsenden Erfolge bringen auch wachsende Aufgaben mit größeren Ausgaben mit sich. Natürlich sind auch kleine Mehreinnahmen vorhanden, aber die Landfrauen können keinen hohen Mitgliedsbeitrag zahlen. Es gibt mehr Ortsvereine, und da müssen mehr Lehrgänge gehalten werden. Unsere Frauen müssen ja auch mit der Technik vertraut werden. Es handelt sich um eine fachliche Weiterbildung, was in unseren Augen auch eine Unterstützung der Beratungsarbeit ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß oft 50 Prozent dessen, was der Jugend in den Schulen beigebracht wird, nicht zum Zuge kommen kann, weil die Eltern rückständig sind und nicht mit der Zeit gehen wollen.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Jawohl!)

Deshalb ist es eine Hauptaufgabe des Landfrauenverbandes, die Frauen zu erfassen und weiterzubilden. Wir wären sehr dankbar, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden. Wir müssen unsere Frauen bilden und sie beweglich halten für die nächste Generation.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Ich darf noch sagen, daß ich über den Antrag der Fraktion des GB/BHE, 10 000 DM für die Kolonialschule Witzenhäuser zur Verfügung zu stellen — Drucks. Abt. I Nr. 745 — sehr erfreut bin und ihn voll und ganz unterstütze. Ich selber habe einen solchen Antrag vor zwei Jahren — drüben im alten Plenarsaal — schon einmal begründet. Der Herr Minister hatte sich damals wohlwollend dazu geäußert, aber leider wurde der Antrag im Haushaltsausschuß abgelehnt. Ich hoffe, daß das diesmal nicht der Fall sein wird.

(Bravo! und Beifall bei CDU und GB/BHE)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat Herr Abg. Westernacher.

Abg. Westernacher (CDU):

Hochverehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf in Fortführung dessen, was meine Kollegin Frau Schnell gesagt hat, zu den anderen Anträgen Stellung nehmen.

In dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 855 fordern wir eine Erhöhung des Ansatzes bei Kapitel 09 04 Titel 608 um 100 000 DM auf 350 000 DM. Wegen der Nasseschäden, wie wir sie in diesem Jahr hatten, wegen der fortschreitenden Technisierung und wegen des verstärkten Einsatzes von Mähdreschern sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die notwendigen Trocknungsanlagen zu bezuschussen, damit diese Anlagen in den Betrieben geschaffen werden können. Ich bin mir natürlich klar darüber, daß hier kein Anreiz für Fehlinvestitionen geschaffen werden soll, aber eine sinnvolle Einrichtung solcher Anlagen wäre im Hinblick auf die Technisierung und auf solche Jahre, wie es das gegenwärtige gewesen ist, absolut notwendig.

Zum Kapitel 09 17 haben wir bei Titel 530 a beantragt — Drucks. Abt. I Nr. 873 —, den Ansatz für laufende Förderungsmaßnahmen um 2 Millionen DM zu erhöhen. Dieser Betrag ist für die Ausstattung und Inventarisierung der Siedler- und Aussiedlergehöfte gedacht. Es hat sich gezeigt, daß die Mittel hierfür sehr oft äußerst knapp sind. Wenn wir die Förderungsmaßnahmen weiterhin in dem Maße durchführen wollen, dann müssen wir auch für die Ausstattung und Inventarisierung der Höfe einen größeren Betrag zur Verfügung haben. Wir können diesen Antrag auch mit den Anträgen der Fraktion der SPD zu Kapitel 09 17 Titel 600 —

Drucks. Abt. I Nr. 832 und 864 — in Verbindung bringen. Wenn, was wir begrüßen, die Ansätze für die Anschaffung von Höfen für Sowjetzonenvertriebene bzw. für Siedler und Aussiedler erhöht werden sollen, dann können Sie auch verstehen, daß wir analog diesen Betrag zur Ausstattung des Wirtschaftshofes und alles dessen, was für den Betrieb im Innern des Hauses notwendig ist, brauchen. Ich glaube, daß es berechtigt ist, wenn wir hier einen höheren Betrag fordern, der unbedingt notwendig ist, da die Mittel hierzu in letzter Zeit des öfteren nicht ausgereicht haben.

Zu demselben Kapitel haben wir für die Althofsanierung einen höheren Betrag gefordert. Es ist dies der Antrag Drucks. Abt. I Nr. 858. So schön und so notwendig die Aussiedlung ist, sie wird immer nur in gewissen Relationen zu den Betrieben stehen, die im Dorf verbleiben. Wenn wir für unser Land etwa 200 000 Betriebe veranschlagen, das heißt etwa 100 000 hauptberufliche Landwirte, und wenn wir zur Zeit bei einer Aussiedlung von — ich weiß nicht genau — 3 000 bis 4 000 Gehöften sind und es vielleicht einmal 20 000 werden, so zeigt dies, daß immer noch der größere Teil der Betriebe im Dorf verbleiben wird. Um unseren Berufsfreunden, die im Dorf verbleiben, die Ausstattung ihrer Betriebe zu ermöglichen, um die Rationalisierung allen zugute kommen zu lassen, sollten wir diesen Betrag erhöhen. Der Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 747 — läuft ja etwa in derselben Richtung, nur ist er noch etwas weitergehend. Wir sollten also bei allem Schönen der Aussiedlung nicht die Betriebe vergessen, die im Dorf verbleiben, und ihnen einen höheren Betrag zur Verfügung stellen. Es sind ja Darlehen, die dann wieder zurückfließen.

Ich bitte auch um das, was vorhin der Herr Berichterstatter schon bei der Betrachtung der Verbesserung der Agrarstruktur sagte: daß der Haushaltsausschuß die Höhergruppierung von 7 Stellen der Besoldungsgruppe A 13 nach A 14 genehmigen möge. Bei den Leistungen, die auf diesem Gebiet vollbracht worden sind und auch weiterhin vollbracht werden, ist hier absolut eine Berechtigung vorhanden.

Unser Antrag Drucks. Abt. I Nr. 859 betrifft Kapitel 09 19 Titel 610 — Landesbeihilfen zum Ausbau der landwirtschaftlichen Wirtschaftswege. Wir bitten, den Ansatz um 1 180 000 DM auf 4 500 000 DM zu erhöhen, das heißt, wir wollen den Ansatz in alter Größe wieder eingesetzt haben. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen, um Sie von der Notwendigkeit zu überzeugen. Wer dieses Jahr erlebt hat, wer gerade diesen nassen Herbst wieder erlebt hat und die fortschreitende Technisierung und Motorisierung unserer Betriebe verfolgt, der kann sich vorstellen, in welchem katastrophalen Zustand sich unsere Wirtschaftswege in der Feldmark befinden, und der wird verstehen, daß hier unter allen Umständen etwas getan werden muß.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Andernfalls ist alle Technisierung in Jahren mit solchen Niederschlägen illusorisch. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir diesen Ansatz zum Ausbau der Wirtschaftswege unter allen Umständen erhöhen sollten, wobei die laufende Verteuerung je Kilometer unserer Wege noch zu berücksichtigen ist. Diese beiden Momente sollten uns veranlassen, den alten Ansatz wieder herzustellen.

Unser Antrag Drucks. Abt. I Nr. 860 zu Kapitel 09 51 Titel 416 verlangt eine Änderung der Zweckbestimmung in „Landschaftspflege und Naturschutz“. Wir dachten uns dabei, daß die Landesstelle für Landschaftspflege und Naturschutz erweitert und besser ausgebaut werden soll im Hinblick auf die Aufgaben, die auf sie zukommen. Ich stelle hier fest, daß die Fraktion der SPD später einen ähnlichen Antrag — Drucks. Abt. I Nr. 865 — eingereicht hat, in dem ebenfalls eine Erhöhung des Ansatzes um 50 000 DM gefordert wird, so daß ich also glaube, daß wir hier weiterkommen können.

Abg. Westernacher

Meine verehrten Anwesenden! Zu diesen Fragen der Verbesserung der Agrarstruktur glaube ich sagen zu können, daß wir mit den Leistungen, die im Lande Hessen vollbracht worden sind, zufrieden sein können und daß die Leistungen sich auch sehen lassen können. Aber, meine verehrten Anwesenden, ich glaube, es ist noch ein anderes zu diesem Etat zu sagen. Wie sehr wir die Verbesserung der Agrarstruktur auf der einen Seite begrüßen, so sehr müssen wir auf der anderen Seite zu unserem Bedauern feststellen, daß neben dieser Frage der Agrarstrukturverbesserung die Frage der Verbesserung des Einkommens in der Landwirtschaft, das heißt die Frage der Erlöse für unsere Erzeugnisse, nicht so beachtet wird, wie das mit den Strukturverbesserungsmaßnahmen geschieht.

Ich will es an folgendem Beispiel sagen, und ich komme dabei auf unseren nächsten Antrag zurück. Vor einigen Jahren hat die Hessische Landesregierung einen Betrag ausgeworfen, um den Betrieben, die ihren Viehbestand umstellen und die Tbc-Sanierung durchführen, einen Pfennig Zuschuß je Liter Milch zu gewähren. Leider ist dieser Zuschuß, hervorgerufen dadurch, daß die Milchmengen aus Tbc-freien Beständen immer größer wurden, nacheinander abgebaut worden. Wir haben zur Zeit noch einen Betrag von 0,3 Pfennig je Liter Milch. Unser Antrag — Drucks. Abt. I Nr. 814 — läuft darauf hinaus, diese 0,3 Pfennig je Liter Milch unseren landwirtschaftlichen Betrieben zu erhalten. Nun weiß ich, daß das aus haushaltsrechtlichen Gründen, was die Tbc-Sanierung anlangt, nicht möglich ist, da ja praktisch die Tbc-Sanierung abgeschlossen wurde. Aber ich bin der Meinung, wir sollten dem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen und diese 0,3 Pfennig, die zur Zeit noch vorhanden sind, als Gütepfennig gewähren, das heißt als Gütezuschlag für die Verbesserung der Milch, um damit auf der einen Seite eine finanzielle Unterstützung auf dem Gebiete des Milchsektors zu gewähren und auf der anderen Seite eine weitere Qualitätsverbesserung unserer Milch anzustreben.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr richtig!)

Ich glaube, verehrter Herr Minister, daß dieser Antrag absolut begründet ist. Wir stellen fest, daß der Molkereiabgabepreis für die Butter und der Milchauszahlungspreis noch nie in den letzten Jahren so niedrig waren wie in der letzten Zeit.

(Abg. Mengel [CDU]: Hört, hört!)

Wir haben zur Zeit einen Molkereiabgabepreis von 5,75 DM. Ich darf zum Vergleich die Preise der letzten drei Jahre anführen: in diesem Jahr 5,75 DM, vorher 6,03 DM, 6,15 DM und 6,30 DM. Ich glaube also, daß die Situation auf dem Milchmarkt, hervorgerufen durch den im vorigen Jahr vorhandenen Butterberg und alles, was damit verbunden ist — ich will die Ursachen hier nicht näher untersuchen —, den Druck auf den Preis für die Milch hervorgerufen hat. Ich glaube deshalb, daß wir uns auch von Landesseite her bemühen sollten, hier der Landwirtschaft finanziell zu helfen.

Ich möchte auch hier gleich sagen, daß nicht allein der Erzeuger weniger für die Butter und damit für die Milch bekommt, sondern daß auch der Verbraucherpreis noch nie so niedrig war wie in der letzten Zeit. Wir haben heute einen Verbraucherpreis von 6,52 DM. Der Preis betrug in den letzten Jahren 6,75 DM, 6,97 DM, 7,15 DM und 7,07 DM. Es ist also der Wunsch meiner Fraktion, diese 0,3 Pfennig als Stützung für den Milchpreis für unsere Betriebe zu erhalten, absolut berechtigt. Ich glaube, daß das Land Nordrhein-Westfalen es getan hat ebenfalls im Hinblick auf dieselbe Situation mit den niedrigen Butter- und Milchpreisen. Ich glaube, daß wir hier mit Recht diesen Antrag vertreten können, ohne daß daraus irgendwelche Nachteile haushaltsrechtlicher Art entstehen.

Ein zweites: Ich glaube, daß wir unseren landwirtschaftlichen Betrieben eine weitere Hilfe angeeignet lassen müssen, weil der neue Grüne Bericht mit Sicherheit eine Minder-

einnahme von etwa 800 Millionen DM aufweisen wird. So wird wahrscheinlich der Grüne Bericht aussehen, der im Februar vorgelegt wird. Ich glaube also, daß wir aus diesen beiden Punkten heraus ruhig diesen Beitrag in Höhe von 2 Millionen DM zur Verbesserung der Einkommenslage unserer Landwirtschaft erhalten müssen.

Ich möchte hier folgendes anschließen, verehrter Herr Minister, weil Ihre Entscheidung bei der Ernteschadenregelung in diesem Jahr nicht so ausgefallen ist, wie es die Landwirtschaft im großen und ganzen gewünscht hat: Ich glaube, wenn wir die Möglichkeit haben, diesen Betrag für die Milch zu erhalten, daß wir damit ein gewisses Äquivalent für die Landwirtschaft geben.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr richtig!)

Wir haben uns über die Frage der Ernteschadenregelung, Herr Minister, im Ausschuß eingehend unterhalten. Ich habe erklärt, daß ich die Art und Weise, wie hier etwas getan wird, nicht für richtig halte. Ich darf sagen, daß ich nach wie vor der Meinung bin, daß wir durch eine individuelle Entschädigung, das heißt durch die Vergabe von Krediten, im Grunde genommen nichts anderes haben, als daß wir, wenn die nächste schwierige Situation kommt; uns immer wieder über diese Kredite zu unterhalten und damit zu befassen haben und wir die Dinge an und für sich nicht lösen werden. Und dann die einfache Frage: Warum erst helfen, wenn die Existenz eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Tat gefährdet ist? Herr Minister, Sie sagten, ein 10-Hektar-Betrieb würde meinetwegen 170, 180 oder 200 DM bekommen. Das ist doch dann unter Umständen genau soviel, wie ihm durch die Zinsverbilligung gegeben wird. Der Betrag wird gegeben, und dann kann eben der Mann sein Geld holen, wo er will. Ich bin der Meinung, man soll nicht dem Staat bis ins letzte hinein gewisse Möglichkeiten der Bindung geben, sondern man soll bei dieser Hilfe, bei dieser großzügigen Hilfe, dem Menschen die freie Entscheidung weiterhin überlassen, wie er sein Schicksal gestalten will. Ich bin deshalb der Meinung, daß diese Vorschläge, wie wir sie gemacht haben, richtig sind, weil sie gewissermaßen eine Globalhilfe darstellen, die auch denen gegeben würde, die zwar keinen unmittelbaren Rechtsanspruch haben, die aber dennoch betroffen sind. Das heißt, es bekommt dann derjenige, der den Schaden hat. Das hätte sich von dem einzelnen über die Gemeinden bis in größere regionale Gebiete bezogen, so daß ich der Meinung bin, daß wir, da wir diesen Vorschlag nicht durchsetzen konnten, vielleicht doch über die Hilfe bei der Milch ein gewisses Äquivalent für unsere Betriebe in der Landwirtschaft erhalten können.

Ich bin auch folgender Meinung, Herr Minister: Ich glaube, diese Hilfe sollte in erster Linie den bäuerlichen Familienbetrieben zugute kommen und den Betrieben, die wir als Höhenlandwirtschaft besonders fördern wollen.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr richtig!)

90 Prozent unserer gesamten Milch stammt aus Ställen mit einer Kuhzahl unter zehn, und nur der Rest kommt aus größeren Betrieben. Ich glaube, wir helfen also in erster Linie unseren bäuerlichen Familienbetrieben.

Ich möchte von dieser Stelle aus eines im Zusammenhang mit den Ernteschäden und dem Erntenotstand in diesem Sommer sagen. Ich glaube, daß wir die Pflicht haben, dem Herrn Bundesverteidigungsminister und der Bundeswehr für ihre großzügige Hilfe und den Kommandeuren für ihre hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Verbänden und unseren Landwirtschaftsämtern zu danken.

Meine verehrten Anwesenden! Ich möchte zum Schluß noch auf eines eingehen. Wenn ich vorhin feststellte, daß die Hilfe zur Verbesserung der Einkommenslage im Lande Hessen sukzessive abgebaut worden ist, dann möchte ich auch noch ein Weiteres sagen. Ich weiß, Herr Minister, das betrifft nicht Sie persönlich, sondern in erster Linie die Mehr-

Abg. Westermacher

heitspartei dieses Hauses. Es handelt sich um die Frage der Einstellung zur EWG. Hier muß ich leider feststellen, daß unsere Landwirtschaft mit großer Sorge die Haltung der SPD in dieser Frage verfolgt. Wir wissen, daß allein mit der Höhe des Getreidepreises und damit im Zusammenhang des Futtergetreidepreises die Einkommenslage unserer Landwirtschaft und unserer bäuerlichen Familienbetriebe steht und fällt. Ich verstehe nicht, daß in dieser Frage die SPD eine Haltung einnimmt, die unserer deutschen Landwirtschaft nur zum Nachteil und zum Schaden gereichen kann.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr richtig!)

Wenn wir heute allein bei den Agrarpreisen auf das Niveau der EWG — auf das mittlere Niveau — einschwenken, erleidet die Landwirtschaft einen Einkommensverlust von 1,5 Milliarden DM. Das ist das, was heute die Landwirtschaft durch den Grünen Plan bekommt. Ich bin der Meinung, daß wir hier hart bleiben müssen. Ich verstehe nicht, daß man hier — in welcher Höhe dann die Preise gestaltet werden, das wollen wir dahingestellt sein lassen — bei der SPD in dieser Frage bereit ist, Konzessionen zu machen. Das führt nach meiner Meinung zu dem, dem wir mit Sorge entgegensehen. Wenn ich die Frage der Höhe der Agrarpreise sehe, dann betrifft es wieder in erster Linie unsere bäuerlichen Familienbetriebe. Mit dem Brotgetreidepreis hängt der Futtergetreidepreis zusammen. Ein niedriger Futtergetreidepreis führt zu einer verstärkten Veredelungsproduktion, und eine Überproduktion in der Veredelung führt wieder zu Preiseinbrüchen, und diese tragen wieder, weil die Veredelung eine Haupteinnahme unserer bäuerlichen Familienbetriebe ist, zu einer Schmälerung des Einkommens bei. Es ist auch nicht so entscheidend, daß billige Futtermittel gegeben werden, weil 80 Prozent sämtlicher Produktionsmittel für die Veredelung aus dem eigenen Betrieb kommen und nur 20 Prozent Zukauf sind. Deshalb sehe ich mit großer Sorge dieser Haltung entgegen. Ich verstehe Herrn Kriedemann nicht, ich verstehe auch leider den Herrn Staatssekretär nicht; er ist heute nicht anwesend. Der Herr Staatssekretär hat anlässlich einer Tagung in Hamburg erklärt, daß es Kirchtumpolitik sei, auf dem Getreidepreis beim derzeitigen Stand zu bestehen. Ich schließe mich voll und ganz dem Herrn Bundesernährungsminister, unserem Freund Schwarz, an, ich bin vor allen Dingen auch dem Herrn Bundeskanzler dankbar, daß sie diese Argumente verstanden haben und in dieser Frage zunächst hart geblieben sind.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Zunächst! — Minister Hemsath: Wie denkt denn Herr Erhard darüber?!)

— Verehrter Herr Minister Hemsath, die Frage steht nicht zur Diskussion! Mir ist entscheidend, wie der Herr Bundeskanzler denkt, da er die Richtlinien unserer Politik bestimmt. Ich möchte aber sagen, Herr Minister, daß ich hier absolut den Argumenten des Herrn Ministers Schwarz folge. Wenn wir die Zeit hinausschieben und in Verhandlungen über diese Frage des Getreidepreises eintreten, wird die Zeit für uns arbeiten. Das heißt, die Differenz zwischen dem Getreidepreis in anderen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und uns wird wahrscheinlich eine geringere werden, so daß wir uns in einigen Jahren leichter über diese Frage unterhalten können zum Wohle unserer deutschen Landwirtschaft.

Davon, Herr Minister, daß den wahren Einkommensverhältnissen unserer deutschen Landwirtschaft Rechnung getragen würde, ist zur Zeit in diesem Etat und bei der Einstellung der SPD nichts zu spüren. Ich kann deswegen dem Etat in dieser Form meine Zustimmung nicht geben. Wenn wir die Agrarstruktur verbessern, wenn wir diese einfach unbedingt notwendigen Maßnahmen durchführen, dann müssen wir dem Rechnung tragen, daß diese Maßnahmen letztlich wieder bezahlt werden müssen. Sie können aber nur bezahlt werden, wenn die Einkommensverhältnisse unserer bäuerlichen Betriebe entsprechend gestaltet sind.

All das, was wir heute unseren Aussiedlern auferlegen, was wir unseren Siedlern auferlegen, die tragbare Rente und alles, was dazu gehört, ist auf unser heutiges Preisniveau und auf die heutigen Einkommensverhältnisse abgestellt. Dem müssen wir Rechnung tragen, sonst laufen wir Gefahr, daß alle die Annuitäten, die diese Betriebe auf sich genommen haben, in einiger Zeit nicht mehr bewältigt werden können.

Ich bin also, verehrter Herr Minister, der Meinung, wir können sagen: Der Bund, und wir können sagen: Das Land. Wie es auch im Grünen Plan zum Ausdruck kommt, sollte man etwa zu einem Verhältnis von 50 : 50 zwischen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse gelangen, und das Land sollte etwas tun, wo es dazu in der Lage ist.

Wenn der Bund drei Pfennig für die Milch gibt und das auch im Grünen Plan in erhöhtem Maße wieder tut, dann sollte das Land seinen Teil auch dazu beitragen. Beides steht in engem Zusammenhang. Es geht nicht nur mit Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur; die anderen Maßnahmen müssen auch sein. Beides zusammen führt meiner Ansicht nach erst zu der Möglichkeit für unsere Landwirtschaft, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gesunde Betriebe zu haben. Ich würde mich freuen, Herr Minister, wenn in der Frage der Milch eine Entscheidung zur Verbesserung der Ertragslage in positivem Sinne erfolgen würde.

Zunächst müssen wir unsere Zustimmung zu dem Einzelplan 09 wegen dieser Frage verneinen. Wir hoffen, daß sich die Situation ändert. Aber auch die Gesamtkonzeption der Agrarpolitik der SPD gestattet es uns nicht, dem Einzelplan 09 in dieser Frage zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat Herr Abg. Schauß.

(Zuruf: Bienezüchter!)

Abg. Schauß (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe lediglich einen Antrag meiner Fraktion — Drucks. Abt. I Nr. 748 — zum Einzelplan 09 zu begründen, während mein Kollege Hasselbach das übrige dazu sagen wird.

Meine Damen und Herren, bei den letzten Etatberatungen zum Haushaltsjahr 1960 hatte ich schon zu dem Thema der Beseitigung der Hochwasserschäden im Ulmbachgebiet im Kreis Wetzlar gesprochen und hier eine Landesbeihilfe zu den Kosten für die vorbereitenden Arbeiten gefordert. Herr Minister Hacker, damals entgegneten Sie mir, daß es noch nicht entschieden sei, ob man eine Talsperre bauen werde oder ob eine andere Regelung für dieses Gebiet getroffen werden sollte. In beiden Fällen aber braucht man nun Mittel, Herr Minister, um diese Frage zu klären und zu untersuchen, und darum ging es mir vor einem halben Jahr.

Damals erwiderten Sie mir aber auch, Herr Minister Hacker, daß man eine Rangordnung einhalten müsse. Nach Ihren seinerzeitigen Ausführungen kam erst das Gebiet der Weschnitz in Frage und dann das Gebiet der Nidda. Ich bin nun erstaunt, zu sehen, daß Sie sich — obwohl das Ulmbachgebiet mit seinen Hochwasserschäden hier schon in der Diskussion stand — jetzt im Einzelplan 09 bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen einem anderen Gebiet zuwenden, nämlich dem Gebiet der Wohra, für das ein Etatansatz von 400 000 DM vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, schon seit Jahren wird in unserem Kreisgebiet über die Beseitigung der Hochwasserschäden im Ulmbachgebiet gesprochen. Nicht nur, daß der Kreistag sich einstimmig für diese Maßnahme ausgesprochen hat, nicht nur, daß das Wasserwirtschaftsamt Dillenburg ein-

Abg. Schauß

schlägige Untersuchungen zu diesem Projekt ausgearbeitet hat und es befürwortet, auch in Ihrem Haus, Herr Minister — ich darf Sie daran erinnern —, liegt eine Vorlage, die sich auf die Beseitigung der Hochwasserschäden im Ulmbachgebiet bezieht.

Ich kann es deshalb nicht verstehen, daß man die Maßnahmen im Ulmbachgebiet wieder einmal aus dem Etat ausklammert, obwohl — wie schon erwähnt — das Wasserwirtschaftsamt Dillenburg dem Landwirtschaftsministerium eingehende Untersuchungsergebnisse und einen genauen Plan vorgelegt hat. In diesem Vorschlag ist ein Rückhaltebecken mit einem Fassungsvermögen von zirka $\frac{3}{4}$ Millionen Kubikmeter vorgesehen. Die Kosten für das ganze Objekt einschließlich Grunderwerb und Nutzungsentschädigung für eine Fläche von zirka 17 Hektar werden unter Einkalkulierung eines Teuerungszuschlags von 1,2 Prozent auf zirka 3,5 Millionen DM veranschlagt.

Gleichzeitig mit seinem Vorschlag auf Errichtung eines Rückhaltebeckens, Herr Minister, erklärte das Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, daß natürlich die Schäden am Bachlauf ebenfalls zu beseitigen seien. Das Wasserwirtschaftsamt Dillenburg hebt hervor, daß nur durch den Bau eines Rückhaltebeckens in der Zukunft Schäden verhütet werden können.

In dem Vorschlag des Wasserwirtschaftsamtes Dillenburg wird das von Ihnen seinerzeit erwähnte Gutachten von Professor Kirwald herausgestellt, nach dem man die Schäden, die im Bachlauf auf einer Streckenführung von 10 km eingetreten sind, im Rahmen eines Lebendverbaues beseitigen will. Das Wasserwirtschaftsamt Dillenburg kommt hier auf einen Betrag von zirka 300 000 DM.

Herr Minister, man hat damals dem Kreis Wetzlar die Auflage gemacht, zunächst müßten sich einmal die betroffenen Gemeinden — angefangen oben von Holzhausen über Allendorf, Ulm, Bissenberg bis Biskirchen — zu einem Zweckverband zusammenschließen. Dieser Zweckverband hatte seine Gründungsversammlung bereits vor anderthalb Jahren. Er hat seine Satzung eingereicht. Ich habe schon bei meinen letzten Ausführungen in der Frage der Ulmbachregulierung beanstandet, daß die Sache auf dem Dienstwege viel zu langsam behandelt wird, denn bis heute sind diese Satzungen, die schon über ein Jahr eingereicht sind, von den zuständigen Behörden noch nicht genehmigt worden.

Woran das liegt, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Minister Hacker, wenn Sie mir diese Frage nachher einmal präzise beantworten würden. Ohne Genehmigung der Satzung kann sich der Zweckverband nicht konstituieren, er kann keinen Vorsitzenden wählen, und er kann natürlich auch keine Mittel bekommen, weil noch keine Legitimierung vorhanden ist.

Um nun die Maßnahmen zur Hochwasserbeseitigung im Ulmbachgebiet durchführen zu können, ist meine Fraktion der Auffassung, daß man im Rechnungsjahr 1961 in Anbetracht der gleichen dringlichen Situation, genauso wie man das bei der Wohra getan hat, bei Kapitel 09 19 einen Sondertitel 959 schafft mit der Zweckbestimmung: Landesbeihilfen für den Ausbau des Ulmbaches und Herstellung eines Rückhaltebeckens zur Regelung des Hochwasserabflusses im Ulmbachgebiet.

Darum ging es mir. Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, unseren Antrag zu prüfen.

(Beifall bei der FDP)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat Herr Abg. Hasselbach.

Abg. Hasselbach (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ein stimmungsvoller Auftakt für die zweite Lesung unseres Etats, daß der Einzelplan 09 einmal zuerst besprochen wird.

Ich glaube, daß schon dadurch von der Gesamtheit dieses Hauses zum Ausdruck gebracht wird: den landwirtschaftlichen Problemen Vorrangstellung einzuräumen! Ich will diese Vorrangstellung nicht überbewerten, aber das Zeichen ist immerhin günstig, und ein Parlament hat sicherlich auch ein offenes Ohr für die Anliegen der Landwirtschaft.

Ich möchte eingangs einige Bemerkungen machen, die sich weniger aus den Abänderungsanträgen ergeben als aus der allgemeinen Situation. Es ist durchaus wünschenswert, daß wir uns bei der Beratung der Details das Gesamtgeschehen kurz vergegenwärtigen. Ich darf mich insofern einigen Bemerkungen anschließen, die meine Herren Vorredner schon zum Ausdruck gebracht haben.

Wir haben ganz nüchtern festzustellen, daß die Lage in diesem Bereich unserer Volkswirtschaft äußerst dramatisch ist. Wer nicht in diesem Geschehen steht, der kann es gar nicht empfinden, was sich in diesem Bereich vollzieht. Daß wir diese Krise überwinden, ist das klassische Anliegen. Die Einkommensverhältnisse muß ich nicht noch einmal unterstreichen. Ich darf darauf hinweisen: Wir haben sehr interessante Parallelen. Sie können in den Tageszeitungen täglich feststellen — das ist auch heute vormittag wieder der Fall —, daß man Ansprüche auf mehr Lohn und Gehalt damit begründet, die Lebenshaltung sei teurer geworden. Dann, muß ich schon sagen, haben wir auch als Landesparlament die Verpflichtung, dieser Verkehrung der Tatsachen entgegenzutreten.

Wenn Sie Zeit haben, die statistischen Unterlagen und Vorlagen, die uns in Fülle dargeboten werden, durchzusehen, werden Sie finden, daß wir im letzten Jahr ein ständiges Absinken der Verkaufspreise der Landwirtschaft haben feststellen müssen. Das läßt sich nachweisen. Ich darf Ihnen sagen, auch die Milch ist abgebröckelt in ihrem Preis. Wir haben gegenüber dem Vorjahr Preiseinbußen von 5 Prozent hinnehmen müssen. Die Eier als hochwertiges Grundnahrungsmittel sind im letzten Jahr ebenfalls 9 Prozent im Verkaufspreis billiger gewesen, Schlachtrinder waren 6 Prozent billiger, Schlachtschweine waren 8 Prozent billiger.

(Abg. Wild [SPD]: Aber nur der Verkaufspreis!)

— Ja, der Erzeugerverkaufspreis! Das ist natürlich eine Sache, die nur relativ Bezug hat auf die Preise, die der Verbraucher zahlt. Aber auch hier bitte ich jeden, gut nachzudenken, denn wir haben mit dem Absinken der Preise zwar da und dort einige Preiserhöhungen bei Qualitätsnahrungsmitteln erfahren, aber generell ist eine Erhöhung nicht erfolgt; die Nachfrage nach den Qualitätslebensmitteln hat in einem Maße zugenommen, mit dem die Produktion nicht Schritt halten konnte.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr richtig!)

Das muß man sich vergegenwärtigen. Nicht das Land, sondern die Großstadt ist das klassische Hauptverbrauchsgebiet. Sie finden eine Summe von Ursachen, die letztlich maßgebend sind für diese Disharmonie in der Entwicklung. Das müssen wir immer sehen. Wir wollen der Preiswahrheit und -klarheit die wünschenswerte Objektivität bei der Behandlung einer jeden Frage widmen.

Auch ich habe Anlaß, eine Bemerkung zu zitieren, die der zuständige Staatssekretär als der Vertreter der Landesregierung gelegentlich einer Tagung der Untersuchungs- und Forschungsanstalten in Hamburg oder Kiel gemacht hat. Er hat sich zu dem Agrarpreisniveau im Rahmen des europäischen Marktes geäußert und dabei erklärt, er könne nicht verstehen, daß der Bundesernährungsminister Schwarz die stufenweise Senkung des Getreidepreises verhindern wolle. Man dürfe die Landwirtschaft nicht in Watte einpacken und keine Kirchtumspolitik betreiben.

Ich glaube, daß hier der Herr Staatssekretär sicherlich eine Fehlleistung gebracht hat. So können wir die Dinge nicht

Abg. Hasselbach

pauschalieren, besonders nicht von Hessen aus. Wir brauchen für eine gewisse Übergangszeit harmonische Preise, damit überhaupt noch eine gewisse Minderheit bereit ist, die Aufgabe zu übernehmen, die dann hoffentlich in eine bessere Struktur führt. Untersuchen Sie einmal die hessischen Verhältnisse. Davon müssen wir immer wieder ausgehen. Wir haben es doch in überwiegender Zahl mit Familienbetrieben zu tun, und auf diesen Familienbetrieben ruht eine ungeheure Last. Sie sollen mechanisieren, sie sollen rationalisieren, sie sollen aufstocken, und sie sollen nebenher auch noch einen einigermaßen vergleichbaren Lebensstandard haben, wenn sie nicht von Beginn an der Jugend und der nachwachsenden Generation das Interesse an der Landwirtschaft nehmen wollen. Und aus dieser hessischen Sicht gesehen ist das Getreidepreinsniveau berechtigt. Wir müssen um einer harmonischen Überführung willen natürlich der Strukturverbesserung als einer klassischen Maßnahme zur Überwindung der Agrarkrise in erster Linie das Wort reden.

Und hier noch eine Bemerkung zu einer Idee, die im Grünen Plan und auch im Haushalt noch nicht verankert ist. Wir müssen zu einer inneren Wettbewerbsentschärfung kommen und die Strukturmaßnahmen in der Landwirtschaft darauf abstimmen und auch den Einsatzwillen und die Agrarpolitik des Landes auf diese Dinge ausrichten. Wir haben in Hessen nur eine sehr eng begrenzte landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese Nutzfläche läßt es bei den heutigen ökonomischen Wirtschaftsverhältnissen nicht zu, daß wir mit der bisherigen Zahl von Betriebsinhabern in der Zukunft weiter arbeiten können. Eine Aufstockung und Vergrößerung der Betriebe ist unbedingt erforderlich. Hier gilt es einzugreifen und die Maßnahmen der Landesregierung einheitlich darauf auszurichten. Ich glaube, daß wir die Entschärfung der Situation in bezug auf die Existenzgefährdung in der Weise durchführen können, indem wir dazu übergehen, eine Prämie zu gewähren, wenn ein Landwirt gesonnen ist, eine Restbetriebsfläche in eine bessere Einheit zu übertragen. Damit würde die Freizügigkeit in der Bodenwanderung endlich einmal in Gang kommen.

(Zurufe: Sehr gut! und Sehr richtig!)

Wir haben eine Erstarrung auf dem Grundstücksmarkt festzustellen. Man kann zwar Ländereien pachten und damit Betriebe aufstocken, aber das Risiko wird erhalten und die Zufriedenheit und die Existenzsicherheit wird in keiner Weise gefördert. Ein landwirtschaftlicher Betrieb ist gut beraten, wenn er höchstens ein Viertel oder ein Fünftel seiner Fläche dazupachtet. Das muß die Tendenz der Agrarpolitik sein. Der Rahmen, der uns in Hessen dabei gezogen ist, ist naturgegeben, den können wir aus der Theorie heraus nicht ändern. Wir müssen die realen Fakten in den Raum des tatsächlichen Geschehens stellen. Wir dürfen nicht mit illusionären Vorstellungen Agrarpolitik machen wollen. Das wollte ich eingangs einmal sagen. Unter diesem Gesichtspunkt ist unser agrarpolitisches Handeln bestimmt, und ich hoffe, daß die Landesregierung diese unsere Vorstellungen in den vielen Diskussionen und praktischen Maßnahmen auch berücksichtigt.

Nun darf ich auf die Einzelheiten, auf die sogenannten Schönheitsreparaturen eingehen, die in der zweiten Lesung an diesem Etat vorgenommen werden sollen. Die Ergänzungsvorlage der Landesregierung hat den Landwirtschaftsetat nur unbedeutend berührt. Ich bedauere dies insofern, weil der Geldsegen, der den Herrn Finanzminister veranlaßt hat, diese Vorlage einzubringen, am Landwirtschaftsressort vorübergeht. Es wäre durchaus wünschenswert gewesen, wenn ein größerer Betrag — es ist schon ein ansehnlicher Betrag — noch in die Strukturverbesserung hätte eingeschleust werden können. Ich hätte es diesem Einzelplan 09 gegönnt.

Die einzelnen Kapitel im Landwirtschaftsressort sind schon besprochen worden. Ich möchte eingangs feststellen, daß nur ganz geringfügige Änderungen in der personellen

Besetzung stattgefunden haben. Die Zahl der ausgewiesenen Stellen ist quasi gleichgeblieben, und wir haben lediglich zu untersuchen: Ist der Stellenplan und ist die landwirtschaftliche Verwaltung mit den ihr angegliederten Organisationen in der jetzigen Besetzung in bezug auf die Aufgaben richtig ausgestattet und sind die Sach- und Aufgabengebiete richtig gewählt? Hier darf ich sagen: Der größte Teil des Personals in der Landwirtschaftsverwaltung entfällt auf die Forstverwaltung und die Kammern. Hier melde ich an: Der Einsatz unseres landwirtschaftlichen Personals, der Bediensteten in den Kammern, erfolgt nicht immer zeitgemäß, und es wäre wünschenswert, wenn wir hier mit einer größeren Beweglichkeit sowohl der Damen und Herren, die dem Lehrkörper angehören, als auch der Damen und Herren, die im Beratungsdienst tätig sind, rechnen könnten und wenn sie in ständiger Tuchfühlung auch mit dem Landesparlament wirken würden. Das Bildungsbedürfnis, um es generell zu sagen, ist ungeheuer, aber die Systematik, die diese Bildungseinrichtungen sich im Laufe der Jahrzehnte angewöhnt haben, kommt unserem heutigen Bildungsbedürfnis nicht entgegen, weil die jungen Bauern und die Jungbäuerinnen im landwirtschaftlichen Betrieb keine Zeit finden und auch keine Zeit haben, sich dieses Bildungsangebot wegen der äußeren Erstarrung zunutze zu machen. Ich möchte vorschlagen, daß die Bediensteten des landwirtschaftlichen Lehrkörpers mehr als bisher mit der sogenannten Abendschule und mit Wochenkursen in die landwirtschaftlichen Gemeinden hineingehen, um aktuelle Fragen zu behandeln.

Ein weiteres Anliegen an die Herren der Agrarverwaltung ist, daß man das Beratungswesen nicht an ein bestimmtes Thema bindet und nicht generell bestimmte Weisungen erteilt, daß das oder das zu forcieren sei. Wir wünschen, daß man im Einvernehmen mit den Kreisstellen der Landwirtschaftskammern die Themenstellung vorbereitet und nicht von Neckarsteinach bis Karlshafen einheitlich eine bestimmte Frage forciert und dadurch Maßnahmen fördert, die für gewisse Gebiete nicht passen. Also auch die Beratung muß individueller gestaltet werden.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Das kann man ja regional machen!)

Das ist eine Detailfrage, die aufgegriffen werden soll und die ich mit dieser kritischen Bemerkung versehen darf.

Nun zu unseren Abänderungsanträgen. Wir haben nicht mit der Zahl der Abänderungsanträge die Dinge in Bewegung zu bringen versucht, sondern einige gezielte Anträge gestellt, die in der finanziellen Auswirkung wirklich sehr maßvoll sind. Ich darf zunächst unseren Antrag Drucks. Abt. I Nr. 799 zu Kapitel 09 15 Titel 650 begründen. Dieser Antrag bezieht sich auf die Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen. Wir wollen durch diesen Antrag lediglich sichergestellt wissen, daß dem Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten einmal über die Tätigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft berichtet wird. Die Herren des Agrarausschusses haben sicherlich Gelegenheit gehabt, die Glanzpapierblätter zu betrachten. Da wird vom richtigen Standort gesprochen, diese Spritze würde ihnen gut tun usw. usw. Die Erkenntnisse, die hier geboten werden, sind zweifellos — ich will sie nicht überbewerten — heute fast Allgemeingut, und es gilt, dafür zu sorgen, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis zu übertragen. Diese Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur untersteht nicht der Verantwortung des Parlaments und untersteht nicht der Ressortverwaltung. Ich halte es nicht für richtig, daß außerstaatliche Vereine in einem solchen Maße Vorschläge machen. Sie müssen vielmehr durch die Ressortverwaltung und das Parlament gehen, damit wir Fehler ausmerzen können. Generell ist nicht zu sagen, daß man diese wünschenswerte Zusammenarbeit ablehnen solle. Aber wir wollen das Ergebnis im zuständigen Fachausschuß besprechen, um darüber hinaus neue weitere Hilfs-

Abg. Hasselbach

quellen und Erkenntnisse zu mobilisieren, um die richtige Strukturanalyse zu finden und dementsprechend unsere Maßnahmen einzurichten.

Wir haben weiter zum Kapitel 09 17 Titel 531 den Antrag Drucks. Abt. I Nr. 747 gestellt. Es handelt sich hier um das Problem der Althofreitensanierung. Mit unserem Antrag wollen wir lediglich eine andere Verwendung des Ansatzes von 2 Millionen DM erreichen, und zwar derart, daß ein bestimmter Betrag den Betrieben zugewendet wird, die mit der Sanierung der Althofreite eine Aussiedlung vermeiden. Das ist ein staatspolitisch und wirtschaftspolitisch durchaus vernünftiger Grundsatz. Meine Damen und Herren! Wir geben für die Aussiedlung am Ortsrand oder Gemarkungsrand viel mehr an Beihilfe. Ich muß Ihnen nicht sagen wieviel; es ist das Drei- und Vierfache von dem, was wir als Höchstbetrag für Beihilfen hier fordern. Ich glaube, wir werden dem Landwirt, der im Dorffinnern verbleibt, am ehesten gerecht, wenn wir ihm durch diese Beihilfe ein Mittel geben, seine unwirtschaftlichen Betriebsgebäude, die meistens eine Belastung bedeuten, umzugestalten und durch Rationalisierung und Umstellung den Betriebserfolg zu vergrößern. Maßgebend ist, mit welchem Aufwand von Mitteln welcher Gewinn erzielt wird. Ich glaube, daß dieser Antrag einem Problem entgegenkommt, das in unseren Dörfern aktuell ist und das im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur bisher immer als Schönheitsfehler zurückgeblieben ist.

Ich komme nun zu einer weiteren Frage, und zwar zu einer personellen Frage in Zusammenhang mit der Verwaltung, die auf dem Gebiet der Verbesserung der Agrarstruktur tätig ist. Bei den Haushaltsberatungen habe ich schon Gelegenheit genommen, auf einige Dinge hinzuweisen. Ich darf auch heute freimütig anerkennen: die größte Bewegung in unserer Agrarverwaltung und die Summe der Aufgaben, die dabei entsteht, rollt durch die Kapitel 09 15 und 09 17. Dort ist die große Unruhe drin. Das in dieser Verwaltung tätige Personal ist enorm strapaziert. Es kommt sehr viel nach draußen und muß mit den Landwirten verhandeln, wenn es um die Veränderung von Besitzverhältnissen geht usw. Manchen Anfeindungen bis zur Beleidigung sind diese Beamten ausgesetzt. Die Landeskulturverwaltung und die Flurbereinigungsbehörde haben eine Aufgabe zu bewältigen, die auf dem Gebiete der Umgestaltung unseres landwirtschaftlichen Lebensraumes ganz eminent ist. Wer mit offenen Augen durch die Landschaft fährt, kann feststellen, daß dort, wo eine Flurbereinigung durchgeführt wurde, wenigstens nach der äußeren Fassade hin sich manches gebessert hat. Wer das sieht, muß anerkennen, daß die Arbeit dieser Herren verdienstvoll ist und muß sich frei machen von Auffassungen und Manschetten, die in unserer sonstigen Stellenplanung dem ganzen System anhaften. Die Landeskulturverwaltung ist zweigleisig. Wir haben eine klassische Verwaltungsabteilung und eine technische Abteilung, die den größeren Umfang hat, und ihr haben wir uns in besonderem Maße zu widmen. Deshalb auch der Antrag auf Höhergruppierung, eine bescheidene Sache, die nur einige tausend Mark an Mehrausgaben verursachen wird. Die Dinge sind aktuell, und sie sind parlamentarisch noch nicht endgültig entschieden. Ich hoffe sehr, daß nicht durch irgendwelche arithmetischen Gesichtspunkte die Verwirklichung unseres Antrages, der auch im Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten volle Zustimmung fand, wieder verhindert wird. Ich darf im übrigen darauf hinweisen — das ist interessant, meine Damen und Herren, wir wollen nicht nur den äußeren Erfolg mit dem Erfolg anderer Länder in Vergleich setzen, sondern auch die personellen Dinge dabei berücksichtigen —, daß in anderen Ländern in dieser technischen Verwaltung ein Stellenkegel vorhanden ist, der dem nahekommt, was hier beantragt wird. Ich will es Ihnen nicht vorlesen. Die Zahlen sind bekannt, und ich empfehle bei der Prüfung und Erörterung der Sache, sich auch dieses Material zu Gemüte zu führen.

Damit darf ich meine Ausführungen zum Kapitel 09 15 — Landeskulturverwaltung — abschließen und nun noch einige Wünsche zur Forstverwaltung anmelden. Das ist eine weitere wichtige Sorge in unserem Ressort, und der Herr Landesforstmeister spielt im Rahmen unserer hessischen Agrarpolitik eine nicht unbeträchtliche Rolle. Er ist jetzt allerdings mit seinen Erträgen und mit seinen Erfolgswerten etwas in Verzug gekommen; das ist eine zeitbedingte Entwicklung. Aber er bemüht sich, und ich hoffe sehr, daß wir demnächst dann wieder mit einem höheren Überschuß als dem, der in diesem Jahr veranschlagt wird, in Erscheinung treten können.

Wir haben den Antrag — Drucks. Abt. I Nr. 902 — gestellt — auch hier nur ein bescheidenes Anliegen —, den Ansatz im Kapitel 09 51 Titel 602 um 12 000 DM auf 30 000 DM zu erhöhen und der Zweckbestimmung folgende Fassung zu geben: „Beihilfen an Waldarbeiter zur Beschaffung von Motorsägen und technischem Kleingerät zur Holzwerbung“. Es ist eine kleine Sache, die aber für die Waldarbeit von eminenter Bedeutung ist. Draußen im Land wie auch hier in der Stadt Wiesbaden hapert es heute an Arbeitskräften. Wer die Waldwirtschaft kennt, der weiß, daß sehr viele Kleinlandwirte im Winterhalbjahr im Holzeinschlag beschäftigt sind. Wir haben es im vergangenen Jahr erleben müssen, daß Beihilfen für die Beschaffung von Motorsägen usw. wegen mancher Dinge nicht gewährt werden konnten. Auf Grund der Beschäftigungs- und Arbeitslage, die Ihnen ja bekannt ist, haben wir daher hier einen gewiß bescheidenen Mehransatz beantragt, um außer den Motorsägen vielleicht auch — zunächst versuchsweise, vielleicht geschieht es schon in der Praxis — einige Entrindungsmaschinen zu beschaffen. Wenn in Finnland und anderswo diese Geräte zum Einsatz kommen, wo ein bedeutender — —

(Abg. Mengel [CDU]: Das machen doch bei uns die Hirsche! — Heiterkeit)

— Das ist auch nur relativ, Herr Kollege Mengel! Wir bitten also, auch diese Sache zu prüfen, um die Waldarbeit zu erleichtern. Ich hoffe, daß unser Anliegen bei Ihnen Verständnis findet und der Antrag angenommen wird.

Mit diesen Bemerkungen darf ich die Besprechung von Einzelplan 09 abschließen und für meine Freunde erklären, daß wir auf Grund der allgemeinen Auffassung der Landesregierung zu den Fragen der Agrarpolitik und auch auf Grund der Tatsache, daß bei der Durchführung die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Organisationen und Verbände nicht in dem wünschenswerten Maße herangezogen wird, wie das eigentlich geschehen könnte, zunächst nicht in der Lage sind, diesem Etat zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP.)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat Herr Abg. Waller.

Abg. Waller (GB/BHE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ehe ich auf den Einzelplan 09 eingehe, möchte ich doch dem Herrn Kollegen Mengel als dem Berichterstatter zum Einzelplan 09 empfehlen, einmal § 33 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags durchzulesen.

(Abg. Mengel [CDU]: Ach, da waren Sie nicht genannt worden?!)

— Herr Mengel, es geht nicht darum, ob meine Partei hier genannt wurde oder nicht,

(Abg. Mengel [CDU]: Sie haben ja auch nichts dazu gesagt!)

sondern es geht hier um tiefere Fragen. Wenn ich die Diskussion, die Ihr Herr Fraktionsvorsitzender heute morgen wegen einer Pressemitteilung entfacht hat, dem gegenüber-

Abg. Waller

stelle, daß Sie hier in Gegenwart der Presse bei Ihrem Ausschußbericht Parteien namentlich genannt haben, dann könnten wir morgen unter Umständen genau die gleiche Diskussion über eventuelle Presseveröffentlichungen haben.

(Abg. Mengel [CDU]: Das ist bis jetzt immer geschehen!)

— Lesen Sie bitte den § 33! Mehr möchte ich jetzt dazu nicht sagen.

Meine Damen und Herren! Es ist von den beiden Herren Vorrednern verschiedenes Grundsätzliches zur Agrarpolitik gesagt worden. Deshalb möchte auch ich auf einige Grundsätze der Agrarpolitik eingehen, weil ich meine, daß doch etwas im Prinzip richtiggestellt werden muß. Ich stimme völlig mit Ihnen überein — und ich glaube, hier werden wir wohl alle einer Meinung sein —, daß die Diskrepanz zwischen den Erträgen aus den Preisen und den Mitteln, die heute aufgewendet werden müssen, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe in die Lage zu versetzen, in der sie eigentlich sein müßten, um Schritt halten zu können, sehr groß ist. Aber ich weiß nicht, ob man diese Frage nur allein über Subventionen regeln kann. Wir sollten dieses Problem tatsächlich — da bin ich mit Ihnen einer Meinung — sehr ernsthaft diskutieren; denn wir werden es uns auf die Dauer wohl kaum leisten können, daß auf diesem Sektor die Kluft zwischen Bedarf und echtem Einkommen zu groß ist.

(Abg. Westernacher [CDU]: Dann erhöhen Sie den Preis!)

Wenn Sie nun, Herr Kollege Westernacher — und auch mein Herr Vorredner von der Fraktion der FDP —, auf den Getreidepreis anspielen, den der Herr Staatssekretär auf einer Kundgebung in Hamburg, glaube ich, angesprochen hat,

(Abg. Mengel [CDU]: Auf einer Arbeitstagung!)

dann möchte ich Ihnen eines sagen: Sie sollten das jetzt nicht im einzelnen sehen. Wenn ich dazu spreche, dann deshalb, weil meine Partei das mit ruhigem Gewissen kann; sie hat damals, als die Verträge zur EWG und zum sogenannten Gemeinsamen Markt im Bundestag zur Diskussion standen, als einzige Partei zu diesen Dingen nein gesagt.

(Abg. Mengel [CDU]: Das war doch schlecht!)

— Lassen Sie mich doch ausreden, ich habe Sie doch auch ausreden lassen! Sie können doch hier nicht aus einem Vertrag ausbrechen, aus einem großen Vertragswerk, das Sie selbst geschaffen und beschlossen haben im Deutschen Bundestag.

(Sehr richtig! und Beifall beim GB/BHE und bei der SPD)

Sie können doch nicht heute einer Landesregierung den Vorwurf machen, daß sie sich nicht an diese Verträge hält und sich aus der Entwicklung, die sich auf Grund dieser Verträge anbahnt, hinausschleicht oder hinausstiehlt. Die Frage müssen Sie doch in Ihrem Gremium diskutieren und nicht hier von dieser Tribüne aus und vor diesem Hohen Hause. Die Landesregierung ist ja schließlich gehalten, entsprechend dieser Entwicklung vorzugehen.

(Abg. Mengel [CDU]: Das steht aber im Zusammenhang)

— Herr Mengel, man kann nicht eine nach Ihrer Auffassung große politische Entwicklung einleiten und sich dann in den Ländern von Station zu Station aus dieser Entwicklung hinausstellen wollen. Das geht eben nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall beim GB/BHE und bei der SPD — Abg. Westernacher [CDU]: Das wollen wir doch gar nicht! Wer will denn das?!)

das ist doch keine politische Auffassung und Linie.

(Anhaltend lebhafte Zurufe von der CDU)

— Entschuldigen Sie, Sie haben das Problem angeschnitten, und ich möchte dazu unsere Meinung sagen. Sie sagen, Sie sind dankbar, daß der Herr Bundeskanzler zunächst diesem Preis zugestimmt hat.

(Zuruf von der SPD: Bis nach der Wahl!)

Er wird es nicht halten können, und er wird es auch nicht halten, denn er kann ja jetzt nicht plötzlich seiner eigenen Konzeption und der folgenden Entwicklung einen Bremsklotz entgegenseetzen.

(Abg. Dr. Holtzmann [CDU]: Kennen Sie die eigene Entwicklung vom Bundeskanzler?!)

Wir hätten nur gewünscht, daß die Bundesregierung und der Bundestag damals, als diese Fragen anstanden, genau dieselbe Haltung eingenommen hätten wie jetzt bei den Stationierungskosten, wo man plötzlich darauf kommt, daß man noch viele besondere deutsche Anliegen zu regeln hat, bevor man eine Entwicklung einleitet, die Geld in andere Kanäle abfließen läßt.

(Beifall beim GB/BHE und teilweise bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube auch nicht, daß man einfach den Einzelplan 09 ablehnen kann, weil er angeblich eine SPD-Konzeption darstellt. Dazu möchte ich gar nicht allzu viel sagen, denn andererseits anerkennt man das, was die Hessische Landesregierung tut. Das haben Sie getan, Herr Westernacher, und dafür bin ich Ihnen dankbar.

(Abg. Westernacher [CDU]: In Sachen Agrarstruktur ohne weiteres!)

Auch die Fraktion der FDP hat nur von kleinen Schönheitsfehlern gesprochen, die in diesem Etat zum Ausdruck kommen. Wir als Regierungspartei können ja eigentlich sehr zufrieden sein, daß nicht stärkere Einwände gegen diesen Etat erhoben wurden. Aber ich darf Ihnen sagen — ich erwähnte das ja eingangs schon —: Wir werden die Anträge Ihrer Fraktionen nicht nach den Maßstäben der „SPD-Konzeption“ messen, sondern wir werden sie im Ausschuß von unserer Seite her nach den zwingenden Notwendigkeiten diskutieren.

Und nun darf ich noch unsere beiden Anträge, die wir zum Einzelplan 09 gestellt haben, begründen. Ich danke der Frau Abg. Schnell, daß sie einen Antrag unserer Fraktion — Drucks. Abt. I Nr. 745 zu Kapitel 09 13 Titel 600 — bereits mitbegründet und auch schon ihre Zusage dafür gegeben hat. Es handelt sich um die Lehranstalt für tropische und subtropische Landwirtschaft in Witzenhausen. Wir möchten den Ansatz um 10 000 DM auf 20 000 DM erhöht haben. Wir wissen, daß es eine Bundesanstalt ist, daß aber die Länder gehalten sind, Zuschüsse zu dieser Bundesanstalt zu leisten. Das Land Hessen ist ja in bezug auf Entwicklungshilfe vorbildlich.

(Jawohl! bei der SPD)

Die Maßnahme für die Schule in Witzenhausen ist vielleicht im letzten auch ein Teil der Entwicklungshilfe, denn in dieser Schule werden Ingenieure für die tropische und subtropische Landwirtschaft ausgebildet. Wir sollten alles tun, um dieser Schule ein möglichst breites Betätigungsfeld zu geben. Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung zur Erhöhung des Ansatzes.

Einen zweiten Antrag haben wir zu Kapitel 09 13 Titel 604 — Drucks. Abt. I Nr. 746 — gestellt. Die Viehbestände in Hessen sind im Laufe der Jahre so weit aufgefüllt und züchterisch verbessert worden, daß alljährlich eine größere Menge von Zuchtieren, aber auch Nutzvieh, zum Verkauf bereitgestellt werden kann. Um diese Möglichkeiten noch zu vergrößern und hier eine breitere Basis zu finden, muß auch an eine Erweiterung der Einrichtungen gedacht werden, die für diese Zwecke in Kassel und in Korbach vorhanden sind. Wir meinen, daß es notwendig ist, um die Entwicklung nicht zu hemmen, sondern um sie zu forcieren, daß man hier etwas mehr tun muß. Wir sollten dabei nicht die Frage der Beteiligung der Verbände so stark in den Mittelpunkt stellen und eine glücklich angelaufene Entwicklung, die für unser Land Hessen zweifellos auch ein positives Aushängeschild ist, nicht hemmen, sondern forcieren und fördern. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, den Ansatz um 100 000 DM zu erhöhen.

Abg. Waller

Ich darf Sie bitten, den beiden Anträgen zuzustimmen. Wir haben die Wünsche zu einem jeden Etat immer unter dem Gesichtswinkel der Verantwortung zu sehen und meinen, daß die hessische Agrarpolitik verantwortlich geleitet wird. Man sollte auf diesem Sektor weiterhin alles tun, um diese Entwicklung fortzuführen. Ich darf Sie also bitten, unseren Anträgen zuzustimmen.

(Beifall beim GB/BHE und teilweise bei der SPD)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat Herr Abg. Ackermann.

Abg. Ackermann (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf als Sprecher meiner Fraktion erklären und feststellen, daß meine Fraktion mit dem Einzelplan 09 durchaus zufrieden ist. Auch in diesem Jahr findet in dem Einzelplan 09 die doch recht vielgestaltige Agrarpolitik der Hessischen Landesregierung ihren Niederschlag und gleichzeitig auch eine sinnvolle Fortsetzung all der Maßnahmen, die sowohl die Landesregierung als auch wir für notwendig halten, um der hessischen Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit zu dienen und überall dort Hilfeleistung zu gewähren, wo es sich um echte und notwendige Förderungsmaßnahmen handelt. Schon allein die Zahlen beweisen, daß wir in Fortsetzung all des bisher Begonnenen nichts anderes zum Ziel haben, als eine echte Verbesserung der Agrarstruktur zu erreichen, weil wir der Meinung sind, daß diese notwendige Verbesserung der Agrarstruktur einfach eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß sich auch die Einkommensverhältnisse und die wirtschaftlichen Verhältnisse schlechthin auf dem Agrarsektor verbessern. Wir dürfen feststellen, daß die Haushaltsansätze im Rechnungsjahr 1961 mit einer Gesamtsumme von 258 276 300 DM doch immerhin eine Verbesserung von 19 284 700 DM gegenüber dem Vorjahr bringen. Der Gesamtansatz von Einzelplan 09 beträgt fast zehn Prozent der gesamten Haushaltssumme.

Auch diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Ich glaube, auch das Echo draußen im weiten Rund unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung ist ein durchaus positives. Der Zuschußbedarf hat sich in diesem Jahr um 20 Millionen DM auf rund 80 Millionen DM erhöht. Wir wollen auch daraus erkennen, daß sowohl die Hessische Landesregierung wie nicht zuletzt wir als sozialdemokratische Fraktion dieses Hohen Hauses Gewicht darauf legen, daß hier nicht etwa einzelne Maßnahmen storniert oder rückläufig werden, sondern daß sie alle zielstrebig nach vorn in Bewegung gehalten werden.

Der Einzelplan 09 ist doch in seiner gesamten Konzeption auf die Situation der hessischen Landwirtschaft abgestellt. In ihm ist all das eingebettet, was an notwendigen und echten Staatsaufgaben einfach ganz zwangsläufig erfüllt werden muß. In ihm ist eingebettet, was die Kammern in vielen Fällen als Auftragsorgane der Landesregierung zu tun haben. Es ist auch das Landwirtschaftsschulwesen als weitere Aufgabe bei den Kammern entsprechend berücksichtigt.

Ich darf auch feststellen, daß in diesem Haushaltsplan des Jahres 1961 wieder die besondere Beachtung der Gebiete sichtbar in Erscheinung tritt, bei denen es in erster Linie darum geht, alles das zu tun, was zu einer möglichst baldigen Existenzsicherung notwendig ist, was aber auch auf der anderen Seite aus dem Zeitgeschehen heraus möglich ist. Wir wissen, daß wir im vergangenen Jahr erstmalig die Frage diskutiert haben, was müssen wir über alle Möglichkeiten aus dem Grünen Plan heraus tun. Wir sind dabei auf ein Aufgabengebiet gestoßen und haben es zusammengefaßt unter „Förderung der Höhenlandwirtschaft“. Wir dürfen hier nichts unversucht lassen, um über den Grünen Plan hinaus mit Landesmitteln in verstärktem Umfang alle die Maßnahmen einzuleiten, die nun einmal notwendig sind, um über eine Verbesserung der Agrarstruktur dann auch zu jener

Existenzsicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe zu kommen, wie sie uns vorschwebt. Die bisherigen Erfahrungen sind durchaus positiv, und auf Grund dieser Erfahrungen dürfen wir feststellen, daß die Erhöhung dieses Haushaltsansatzes im Jahre 1961 um 1,5 Millionen DM durchaus berechtigt ist.

Darüber hinaus sind es immer noch — und eine Reihe von Jahren wird es so sein — drei Hauptprobleme, die in der Landwirtschaft einer Endlösung zugeführt werden müssen. Das ist einmal die Flurbereinigung, das ist die Aufstockung, und das ist die Aussiedlung. Die Haushaltsansätze sagen uns in diesem Jahr, daß wir gerade für die Flurbereinigung und für die Aufstockung nicht nur mit Zinsverbilligungen arbeiten wollen wie bisher, und zwar in einer Größenordnung bis 800 000 DM, sondern wir finden im Haushaltsplan 1961 auch einen recht ansehnlichen Betrag von 10 Millionen DM, der für Darlehen gegeben werden soll, um diese Maßnahmen — Flurbereinigung, Aufstockung usw. — durchzuführen. Darüber hinaus wissen wir, daß die Höhengebiete noch einmal, weil dort die Flurbereinigung und Aussiedlung besonders notwendige Maßnahmen sind, erhöhte Beträge erfordern. Wir finden hier einen Ansatz, der zusätzlich für die Höhenlandwirtschaft in einer Größenordnung von 6,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt wird.

Die Erfahrungen, die wir mit der Aussiedlung gemacht haben, sind jedenfalls positiv zu bewerten. Auf der anderen Seite stellt sich zwangsläufig die Frage, daß auch die Althofsanierung vorgenommen werden muß, die Sanierung der Höfe, die in den Dörfern zurückbleiben. Auch sie können nicht so bleiben, wie sie sich in all den Jahrzehnten mehr oder weniger — manchmal behelfsweise — entwickelt haben, um dem landwirtschaftlichen Betrieb und seiner Arbeit gerecht zu werden. Wir haben hierfür in diesem Jahr einen zusätzlichen Betrag von 2 Millionen DM im Etat stehen, um auch in Richtung der Althofsanierung mit günstigen Darlehen zu helfen. Wir können also feststellen, daß diese Grundmaßnahmen, die uns vorschweben, wenn wir zu einer echten Verbesserung der Agrarstruktur kommen wollen — und erst darauf kann sich doch im letzten auch die Betriebssicherheit aufbauen —, vorangetrieben werden. Die Ertragslage unserer landwirtschaftlichen Betriebe erfordert einfach diese Voraussetzungen, denn sonst wird es immer nur ein Gerede sein, und wir werden nie zu einer Endlösung kommen. Alle diese Maßnahmen spielen in den Überlegungen der Hessischen Landesregierung eine Rolle, und wir als sozialdemokratische Fraktion und Partei unterstützen diese Maßnahmen, weil wir gerade bei unserer Arbeit den Erfolg dieser Maßnahmen immer wieder im weiten Rund unserer Dörfer feststellen. Manche Diskussion, die wir draußen mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung — auch mit den landwirtschaftlichen Organisationen — hierüber führen, bestätigt uns immer wieder, daß wir in diesen großen Fragen mit unseren Überlegungen ganz bestimmte und wichtige Ziele anstreben.

Das, was in diesem Jahre auf dem Gebiete der Wasserwirtschaftsverwaltung an neuen Aufgaben zu erfüllen ist, findet im Haushaltsplan ebenfalls seinen Niederschlag. Seit der Schaffung des Wassergestezes haben wir uns mit diesen Fragen etwas stärker beschäftigt, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Nach § 47 Absatz 1 des Wassergesetzes ist die Hessische Landesregierung für die Unterhaltung der Wasserläufe II. Ordnung verantwortlich. Wir finden einen Haushaltsansatz von 1 Million DM, während auf der anderen Seite ein entsprechender Einnahmetitel vorhanden ist, da die Gemeinden in einer Größenordnung von 30 Prozent zu diesen Ausgaben herangezogen werden müssen. Wir können nur hoffen und wünschen, daß im Jahre 1961 diese Aufgaben endlich in Fluß kommen, wissen wir doch alle — es ist schon wiederholt darüber diskutiert worden —, welche Sorgen uns das Wasser im allgemeinen und welche Sorgen uns das Grundwasser im besonderen macht, weil wir dabei an die

Wasserversorgung von Mensch und Tier zu denken haben. Das Jahr 1959 hat uns manchmal einen recht großen Schrecken versetzt. Ich wünsche, daß alle, die dazu berufen sind, an die Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmungen Hand anlegen und die Dinge vorantreiben.

Die großen Wasserbaumaßnahmen: Wir dürfen erfreulicherweise feststellen, daß die Ausbaumaßnahmen der Weschnitz so langsam ihrem Ende entgegengehen. Wir finden in diesem Haushaltsplan für den Ausbau der Nidda einen ersten Betrag von 1,3 Millionen DM bei einem Gesamtkostenaufwand von 52 Millionen DM. Es ist auch eine erste Anlaufquote für den Ausbau der Wohra in Höhe von 400 000 DM vorgesehen. Wenn Herr Kollege Schaub vorhin noch den Ulmbach in die Diskussion gestellt hat, dann möchten meine Freunde und ich nur dazu sagen, daß man nicht allzu großzügig an diese Aufgaben herangehen sollte. Ich habe im Moment die Summe nicht im Kopf, die für den Ausbau der Weschnitz aufgewendet werden mußte. Wenn allein schon 52 Millionen DM aufgewendet werden müssen, um den Ausbau der Nidda voranzutreiben, und wenn dazu noch der Ausbau der Wohra und weiterhin der Ausbau des Ulmbachs in Frage kommen, dann, glaube ich, müssen wir uns sehr wohl über die Frage der Priorität verständigen. Ich glaube, es ist überall notwendig, daß auch nach dieser Richtung hin etwas geschieht. Wir freuen uns darüber, daß gerade in den letzten Jahren wirklich etwas geschehen ist, sei es der Ausbau der Weschnitz, sei es nunmehr die Inangriffnahme des Ausbaues der Nidda usw. Ich glaube, wir können uns insoweit mit den Großbaumaßnahmen auf dem Sektor der Wasserwirtschaft durchaus einverstanden erklären; jedenfalls von unserer Fraktion darf ich das sagen.

Ich bin auch erfreut darüber, daß in diesem Jahr neben dem Schuldendienst im Haushalt ein ansehnlicher Kapitalbetrag vorgesehen ist für Ausbaumaßnahmen für Trinkwasser- und Abwasseranlagen. Das ist ein zusammenhängender Komplex. Wir stellen auf der einen Seite erfreulicherweise fest, daß die Zahl der Gemeinden, die noch nicht eine zentrale Wasserversorgungsanlage haben, kleiner wird, aber wir wissen auch, daß die Aufgaben der Abwasserbeseitigung nunmehr gerade im ersten Stadium angelaufen sind, und wir werden uns wahrscheinlich heute noch gar keine abschließende Vorstellung davon machen können, welche Summen auf diesem Sektor, nämlich der Abwasserbeseitigung aufgebracht werden müssen.

Wenn in diesem Jahr für die Schuldendiensthilfe ein Betrag von 5 Millionen DM, also eine weitere zusätzliche Million DM, eingeplant ist und dann noch für weitere Kapitalbeihilfen eine Summe von 17,2 Millionen DM, dann glaube ich, daß damit die Bedürfnisse wie überhaupt auch die Möglichkeiten — vom Bauvolumen her gesehen — im Jahre 1961 durchaus erfüllt werden können.

Die Ansätze für den Grünen Plan bewegen sich im Rahmen dessen, was wir als Landesanteil zu bringen haben, so daß wir auch hier durchaus im Rahmen der bisherigen Erfahrungen und im Rahmen des Grünen Planes die Mittel zur Verfügung stellen, die als Landesanteil zu den Bundesmitteln aufgebracht werden müssen. Wenn vorhin davon gesprochen worden ist — und ein Antrag, der hier vorliegt, hat das auch zum Inhalt —, daß man den Ansatz für den Ausbau der Wirtschaftswege aufstocken sollte, dann weiß ich nicht, ob man hier auf diesem Gebiet nunmehr aus dem Grünen Plan ausbrechen sollte. Vielleicht ist es eine Aufgabe, bei der Mittelverteilung im Rahmen des Grünen Plans gerade nach der Richtung hin in Zukunft etwas mehr Mittel freizustellen, als das bisher der Fall war.

(Abg. Mengel [CDU]: Der alte Ansatz!)

Wir sind alle davon überzeugt, daß auf dem Gebiet unserer Wirtschaftswege ganz allgemein — nicht zuletzt auch ausgelöst durch die Umstellung der Landwirtschaft selber vom

Abg. Ackermann

Kuh- und Pferdefuhrwerk hin zum Traktor und zum Gummwagen — noch ein recht umfangreicher und großer Nachholbedarf vorhanden ist. Wir werden uns das zu überlegen haben. Es kommt auch im letzten darauf an, ob über die bisherigen Erfahrungssätze hinaus mehr Mittel in einem Jahr verbraucht werden können. Ich glaube, hierzu können auch das Ministerium und der Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten einiges sagen.

Dieser Einzelplan 09 beinhaltet das alles. Auch die Einzelmaßnahmen sind so dotiert, daß wir, die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses — und das möchte ich sehr nachdrücklich betonen —, durchaus davon überzeugt sind, daß wir die mit soviel Erfolg begonnene Agrarpolitik der Hessischen Landesregierung fortzuführen in der Lage sind. Was müssen wir tun, um unsere hessische Landwirtschaft mit der gesamten Landwirtschaft der Deutschen Bundesrepublik hinüberzuleiten in einen größeren landwirtschaftlichen Verband, wie es vorhin bei der Behandlung der Frage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in dieser oder jener Form angesprochen worden ist? Diese Aufgabe müssen wir erfüllen, weil sie uns eben gestellt ist. Wir Sozialdemokraten fühlen uns im Hinblick auf diese Frage durchaus in voller Verantwortung, und wir werden nichts unversucht lassen, immer wieder die Wege freizulegen, die freigelegt werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich komme zur Forstwirtschaft. Hier haben wir in diesem Jahre erfreulicherweise — oder auch nicht erfreulicherweise — einen höheren Einnahmenansatz. Er ist nicht erfreulich, weil wir wissen, daß er aus den Dürreschäden des Jahres 1959 herrührt; es sind 2 Millionen DM mehr, so daß also wieder 84 Millionen DM aus der Forstwirtschaft zur Verfügung stehen.

Wir haben auch vorgesehen, daß auf dem Gebiete der Naturschutzmaßnahmen, und zwar zur Errichtung von Naturparks, etwas mehr geschehen sollte. Zwei Anträge liegen vor. An Stelle von 100 000 DM sollen 150 000 DM eingeplant werden. Mein eigener Kreis gehört dazu; auch wir stehen am Vorabend der Schaffung eines Naturparks, nicht Naturschutzparks. Die schönen, weiten Waldgebiete, zu denen auch der Odenwald zählt, sollen freigehalten und so gestaltet werden, daß die Erholung suchenden Menschen aus den Ballungsräumen dort ihr Wochenende verbringen können.

Wir dürfen feststellen, daß Personalvermehrungen im Einzelplan 09 nicht vorgesehen sind. Herr Kollege Hasselbach warf vorhin die Frage auf, ob eigentlich der Personalbestand für alle die Aufgaben, die aus dem Einzelplan heraus — sei es im agrarpolitischen, sei es im forstwirtschaftlichen Raum — geleistet werden müssen, ausreichend sei. Wir wollen uns hier auf das Urteil des Ministeriums und des zuständigen Fachministers, des Herrn Ministers Hacker, verlassen und sind davon überzeugt, daß er in der Lage ist, alle diese Arbeiten mit seinem Personal durchzuführen, und zwar so, wie wir es auch vom Parlament wünschen und wie es die Landesregierung in ihrer Gesamtheit wünscht.

Ich darf also zusammenfassend sagen, daß wir, die sozialdemokratische Fraktion, das Positive dieses Einzelplans 09 durchaus erkennen und daß wir uns auch aus diesem Grunde über die Ansätze im einzelnen freuen und selbstverständlich diesem Einzelplan 09 durchaus zustimmen.

Nun lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu dem machen, was vorhin in der Diskussion vorgetragen worden ist. Herr Westernacher hat einleitend gesagt, daß er mit den Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung durchaus einverstanden sei; er hat hinzugefügt, er könne dem Einzelplan 09 aber doch nicht zustimmen, weil eben keine echten oder sogar überhaupt keine Ansatzpunkte vorhanden seien, die darauf hindeuteten, daß hierzulande in unserer hessischen Landwirtschaft eine eindeutige Verbesserung des Arbeitsein-

Abg. Ackermann

kommens ausgelöst werde. Ich weiß nicht, Herr Kollege Westernacher, ob Sie hier nicht von der falschen Stelle aus zu einem Problem sprechen, das durchaus ein echtes Anliegen darstellt, ein Anliegen nicht nur allein in Richtung der Agrarstruktur, in Richtung der Ernährungswirtschaft, sondern es scheint mir doch im letzten und in seiner Gesamtheit ein echtes Anliegen volkswirtschaftlicher Art zu sein.

Ich verstehe auch nicht so recht, warum Sie nunmehr glauben, die SPD besonders kritisch beleuchten zu sollen, weil die SPD sich die Freiheit nimmt, bei der Diskussion um all die Fragen, die um die EWG im Raum stehen, das Wort zu nehmen. Ich will das nicht wiederholen, was Herr Kollege Waller gesagt hat, aber ich habe das Gefühl, Sie sind vielleicht noch einmal froh, daß die SPD in diesen wichtigen Fragen, die im Rahmen der großen Vertragswerke auf uns zukommen, überhaupt das Wort nimmt. Seien Sie davon überzeugt, die Sozialdemokratische Partei hat durchaus eine Vorstellung von den volkswirtschaftlichen Gesamtproblemen, und die Landwirtschaft ist nichts anderes und darf im letzten auch nichts anderes sein als ein echter, aber gesunder Bestandteil der Volkswirtschaft schlechthin. Darum geht es, nicht eben speziell um den Roggenpreis hier und da.

(Abg. Westernacher [CDU]: Ums Einkommen!)

— Das ist Ihre persönliche Meinung. Sie müssen erst einmal abwarten, welches Resultat die Gesamtdiskussion in dieser Frage überhaupt noch zeitigt. Die Vorstellungen, die Sie hier entwickelt haben, mein lieber Herr Westernacher, das sind Vorstellungen, die Sie sich selber gemacht haben.

(Abg. Westernacher [CDU]: Oho!)

Die passen jedenfalls in das Gesamtproblem nicht hinein.

Ich halte Herrn Staatssekretär Dr. Tröscher gar nicht für so dumm, daß er etwa in Hamburg seine Gedanken abgeleitet hätte von den Verhältnissen in der hessischen Landwirtschaft.

(Abg. Westernacher [CDU]: Eben darum!)

Er hat eine ganz bestimmte Vorstellung, wie auch wir Sozialdemokraten eine ganz bestimmte Vorstellung darüber haben, daß diese Gesamtpläne — EWG-Pläne usw. — an der Landwirtschaft eben nicht vorübergehen dürfen. Die Landwirtschaft muß ein echter Bestandteil auch in dieser großen europäischen Wirtschaft sein. Darum diskutieren wir.

(Abg. Westernacher [CDU]: Eben!)

Vielleicht sind wir auf einem weit besseren Weg als Sie, weil Sie die Dinge doch etwas zu eng sehen und nicht so, wie sie gesehen werden müssen.

(Zuruf des Abg. Mengel [CDU])

Vielleicht sind Sie auch etwas einseitig beeinflußt, weil Sie das, was wir aufzeigen, so etwa als freie Marktwirtschaft in den verschiedensten Variationen sehen, daß Sie sich zu sehr von diesen Überlegungen leiten lassen und nicht daran denken, daß es in einem größeren Raum wahrscheinlich auch andere Wege geben wird und muß, um das große Ziel, wie es uns vorschwebt, nämlich eine gesunde Volkswirtschaft, auch in den einzelnen Ländern zu erreichen, eine gesunde Volkswirtschaft, die alle Betriebsgruppen, also auch die Landwirtschaft, einschließt. Also bitte, machen Sie sich keine allzu großen Gedanken über das, was wir dazu zu sagen haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir werden auch bereit sein, mit Ihnen darüber zu diskutieren;

(Abg. Westernacher [CDU]: Das wollen wir ja!)

so kleinlich und so ängstlich sind wir nicht. Aber Sie sollen es nicht in dieser polemischen Form hier tun, wie Sie es getan haben, weil Sie damit der Sache wahrscheinlich am wenigsten dienen. Mit uns können Sie über die Fragen der Landwirtschaft im engeren Raum und auch im großen europäischen

Raum durchaus reden. Aber Sie sollten diese Fragen doch nicht als Aufhänger benützen, um zu sagen: Weil das alles so nicht im Etat steht, deshalb lehnen wir den Einzelplan 09 ab. So kann man es nicht ganz machen. So hat es jedenfalls nicht die Note, die wir diesen großen Fragen auch gerade im agrarpolitischen Raum und im agrarpolitischen Geschehen beimessen. Wir möchten darüber offen diskutieren, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß unsere deutsche Landwirtschaft jedenfalls nicht schlechter behandelt werden kann wie die Landwirtschaft anderer Länder.

(Abg. Westernacher [CDU]: Eben darum!)

Über die Frage, welche Voraussetzungen notwendig sind, wird diskutiert.

(Abg. Westernacher [CDU]: Eben!)

Wenn Herr Staatssekretär Dr. Tröscher sich zu diesen Fragen äußert, dann äußert er sich nicht, weil er glaubt, die hessische Landwirtschaft müsse Musterbeispiel für die EWG sein, sondern er äußert sich dazu, weil er sich etwas vorstellt im Sinne dessen, was uns im letzten als Ziel vorschwebt.

(Abg. Westernacher [CDU]: Das wissen wir nicht, was er sich darunter vorgestellt hat!)

— Wenn Sie jetzt sagen, das wissen Sie nicht, dann dürfen Sie sich nicht beschweren, daß darüber gesprochen wird. Dann müssen Sie besser hinhören, und erst dann können Sie auch etwas besser mitreden.

Herr Abg. Hasselbach hat sich mit den gleichen Dingen beschäftigt. Das sind doch Fragen, die nicht über den Einzelplan 09 im Rahmen eines Landeshaushalts gelöst werden können. Sie beklagen sich über das Absinken der Erzeugerpreise. Es ist der Zwischenruf gemacht worden, daß man von einem Absinken bei den Verbraucherpreisen nichts gemerkt habe. Sie haben schon wiederholt aus unserem Munde gehört, daß eine Diskrepanz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen unter keinen Umständen in die Zeit und am wenigsten in die Entwicklung hineinpaßt. Zwischen Erzeugern und Verbrauchern liegt auch noch etwas. Dazu kommt, daß ja die bundesrepublikanische Wirtschaft eine freie Marktwirtschaft ist.

Vielleicht ist auch der Einzelplan 09 des hessischen Etats nicht der richtige Aufhänger, um diese Frage so aufzugreifen, wie Sie das hier getan haben. Auch sie haben von der Äußerung des Herrn Staatssekretärs Dr. Tröscher gesprochen. Vielleicht haben auch Sie nicht ganz gehört, was er dazu gesagt hat. Wir als Sozialdemokraten haben eine gute Vorstellung auch von den großen Problemen, die auf uns zukommen und die uns manchmal auch mit etwas Sorge erfüllen.

Herr Waller hat es schon gesagt: Die Verträge sind ja nun da, und wir müssen uns in und nicht neben den Verträgen bewegen. Deshalb wird es etwas schwieriger. Deshalb kann man auch Fragen dieser Art nicht so behandeln und so tun, als sei etwa die Hessische Landesregierung oder die böse Sozialdemokratie daran schuld, daß das so ist. So sehen wir die Dinge, und deshalb wollte ich das dazu gesagt haben.

Und nun, Herr Kollege Westernacher, haben Sie noch einmal die Ernteschäden 1960 angesprochen. Lassen Sie mich auch dazu noch ein Wort sagen. Sie haben auch heute nach der Richtung hin Ihre Darstellung nicht gegeben; ich hoffe nicht, daß das, was am Montag in der Neuen Presse gestanden hat, wahr ist, daß, wie es dort gesagt worden ist, auf einer Sitzung des Bauernverbandes erklärt worden sein soll, daß die Maßnahmen, die die Hessische Landesregierung glaubte, im Zusammenhang mit den Ernteschäden ergreifen zu sollen, nicht richtig und aus der Sicht der Landwirtschaft heraus gesehen würdelos seien. Ich hoffe nicht, daß das wahr ist, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihr sehr verehrter Herr Präsident Jakob sich dieses Zungenschlages bedient hätte. Ich wünsche aber sehr, daß man hier die Frage so behandelt, wie

sie behandelt werden muß. Wir haben ja die Kabinettsvorlage im Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten besprochen. Natürlich kann man über das Problem sehr wohl verschiedener Meinung sein. Sie sagen: Wenn wir pro Zentner Roggen 2 DM geben, dann haben wir alles das getan, was zu tun übrig bleibt. Wir haben gesagt, in dieser Maßnahme sehen wir nicht die letzte Notwendigkeit, um auch dem zu helfen, der kein Getreide abgeliefert hat, der sein Getreide, weil es nicht mehr gut genug war, verfüttert hat, aber trotzdem einen recht großen Schaden erlitten haben kann und wahrscheinlich auch erlitten hat.

Wir wollen doch in aller Offenheit und Freiheit diese Meinungsverschiedenheiten abklären. Das, was Sie sagen, ist Ihre Meinung. Wir können uns damit nicht ganz befreunden. Wir haben uns hinter das gestellt, was die Hessische Landesregierung glaubte, von sich aus tun zu sollen, und das ist nun einmal die Meinung der Mehrheit gewesen. Ich würde es bedauern — wenn dem so sein sollte —, daß der Bauernverband keine Neigung verspürt, in den Feststellungsausschüssen tätig zu werden. Ich glaube, Herr Kollege Westernacher, damit beschreitet man einen Weg, der nicht ganz in Ordnung ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß einige Ihrer Mitglieder Beauftragte im Kammerbereich sind, und wenn dieser Antrag der Landesregierung über die Kammern hinausgegeben wird, werden sich diese Leute in einem inneren Zwiespalt befinden; sie werden nicht wissen, was sie tun sollen: Sollen sie nun der Anweisung des Bauernverbandes folgen und nicht mitmachen, oder sollen sie den Weisungen der Kammern folgen, die sie beauftragen, mitzumachen? Ich glaube, man sollte auch hier die Dinge nicht einseitig sehen.

Wir haben im Ausschuß von der Vorlage der Landesregierung zustimmend Kenntnis genommen und haben darüber hinaus, um dem Anliegen, das Sie und Ihre Freunde vorgetragen haben, gerecht zu werden, das Ministerium gebeten, uns eine Aufstellung zu geben, die bis auf die Kreisebene hinunterreicht. Herr Dr. Haas als Vertreter des Ministeriums mußte erklären, daß die statistischen Erhebungen nicht bis in die Kreisebene hineinreichen. Es müssen also erst Feststellungen getroffen werden. Daran müssen wir uns halten, und es wäre sehr bedauerlich, wenn sich zwischen der Hessischen Landesregierung auf der einen Seite und dem Bauernverband auf der anderen Seite eine Kluft auftun würde. Das liegt nicht im Interesse einer gesunden Agrarpolitik in diesem Lande.

Wenn Herr Kollege Hasselbach vorhin gesagt hat, daß seine Fraktion dem Einzelplan 09 um deswillen nicht zustimmen könnte, weil die Gesamtkonzeption der Hessischen Landesregierung nicht die ihre wäre und weil die Mitarbeit der Landwirtschaft nicht gewährleistet sei — mein lieber Kollege Hasselbach, da scheinen Sie doch die Dinge aus einer sehr engen Perspektive zu sehen. Mir ist aus meiner Funktion als Abgeordneter und als Landrat bekannt, daß die Landwirtschaft mit all diesen Maßnahmen sehr eng verbunden ist, und auch mitarbeitet und daß bisher nichts geschehen ist, ohne die hessischen Bauernverbände neben den Kammern zu den einzelnen Fragen zu hören.

Ich kann also auch hier sagen, daß das, was Sie darüber hinaus vorgetragen haben, nicht unsere Zustimmung finden kann, weil Sie von ganz anderen Voraussetzungen an die Probleme herangehen, ganz im Gegensatz zu unserer Meinung, die gegenüber den Fragen, die die Landwirtschaft angehen, eine recht positive ist.

Ich kann es mir ersparen, in dieser Minute auf die einzelnen Anträge einzugehen. Auch wir haben einige Anträge gestellt, die zum Teil bedingt sind durch höhere Zuwendungen des Bundes. Wir werden uns sowohl innerhalb der Fraktion als auch im Haushaltsausschuß mit diesen Anträgen sehr eingehend beschäftigen, und ich kann nur sagen, dort, wo wir Ihre Anträge für vertretbar oder für notwendig hält-

ten, weil sie in den Rahmen dessen, was wir anstreben, hineinpassen, sind wir gerne bereit, auch Ihren Anträgen Rechnung zu tragen.

Meine Fraktion stimmt dem Einzelplan 09 zu. Wir danken dem Herrn Minister und seinen Mitarbeitern recht herzlich für die Arbeit, die in diesem Einzelplan 09 enthalten ist und hoffen, daß auch im kommenden Jahr mit diesen Haushaltsansätzen etwas erreicht wird, was wir alle anstreben: eine echte Verbesserung der Situation und der Hilfe für unsere hessische Landwirtschaft!

(Beifall bei der SPD)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat noch einmal Herr Abg. Westernacher.

Abg. Westernacher (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz zu den Ausführungen Stellung nehmen, und zwar zuerst zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Waller. Herr Kollege Waller, Sie haben es sich recht einfach gemacht, wenn Sie glauben, den Etat des Landwirtschaftsministeriums

(Abg. Waller [GB/BHE]: Sie haben es sich einfach gemacht!)

— Lassen Sie mich doch ausreden —, Sie haben es sich recht einfach gemacht, wenn Sie glauben, daß es bei dem Etat des Landwirtschaftsministeriums einfach mit meiner Zustimmung für das, was auf dem Gebiete der Verbesserung der Agrarstruktur geschehen ist, getan sei. Hier haben Sie sich getäuscht. Zumindest kann es in diesem Falle nicht damit getan sein, weil das, was auf dem Gebiete der Verbesserung der Agrarstruktur geschieht, mit dermaßen großen Bundesmitteln beinhaltet ist, daß Sie das gar nicht auf Ihr Konto verbuchen können. Mit dieser Verbesserung der Agrarstruktur — ich erkenne die Leistungen auf diesem Gebiete durchaus an, das habe ich eingangs gesagt — ist für mich noch nicht verbunden die Anerkennung des agrarpolitischen Programms und des agrarpolitischen Willens dieser Regierung hier und die Honorierung mit der Zustimmung zum Einzelplan 09.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut! — Zurufe beim GB/BHE)

Sie mögen zu den Dingen stehen wie Sie wollen. Sie können aber nicht daraus schließen, wenn wir die Verbesserungen in der Agrarstruktur anerkennen, daß wir damit praktisch auch für den ganzen Etat stimmen könnten. Das sind zwei verschiedene Dinge. Ich habe gesagt: Das eine muß sein, und das andere, die Frage der Preise, muß auch sein. Wenn ich darauf hingewiesen habe, daß Sie zu der Regierungskoalition gehören, dann trifft das zu. Sie tragen die Verantwortung der Regierung mit. Sie müssen auch in bezug auf die agrarpolitischen Preismaßnahmen mit die Verantwortung tragen. Sie können nicht die Unterscheidung machen: Einmal ist es die SPD und einmal ist es der GB/BHE. Wenn Sie mir genau zugehört haben, dann haben Sie gehört, daß ich zu Beginn meiner Ausführungen klar gesagt habe, daß ich weiß, daß der Herr Minister persönlich in der Frage der Agrarpreise auf einem anderen Standpunkt steht.

(Abg. Mengel [CDU]: Jawohl!)

Zu der Frage, wer über die Agrarpolitik im Lande Hessen entscheidet, möchte ich mich nicht äußern, das ist Ihrer Betrachtungsweise überlassen und Ihrer Einstellung dazu.

Wenn Sie sagten, daß wir zuerst ein Vereintes Europa gewollt hätten und nun nicht mehr mitgehen wollten, und zwar wegen der Agrarpreise — — —

(Lebhafte Zurufe)

— Sie haben von den Verträgen gesprochen. Der Herr Bundeskanzler hat aber gesagt, daß die Durchführung dieser

Abg. Westernacher

Verträge nicht zu Lasten der deutschen Landwirtschaft gehen kann, und darauf kommt es an!

(Sehr richtig! bei der CDU — Zurufe bei SPD und GB/BHE)

— Ich habe von der Wahl nicht gesprochen, ich habe das Argument von der Wahl nicht gebraucht, aber ich hätte es vorhin sagen können, das hätte ich im Zusammenhang mit der Regulierung der Ernteschäden genauso gut erwähnen können. Vor den Kommunalwahlen sind Versprechungen im nordhessischen Raum gemacht worden, nach der Wahl werden sie nicht eingehalten.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Das ist ja nicht richtig! — Weitere Zurufe)

— Herr Kollege Waller, meine Fairneß und mein Anstand verboten es mir, das in meinen Ausführungen vorhin zu sagen. Aber wenn der Herr Bundeskanzler aus ehrlicher Überzeugung sagt, daß wir die Agrarpreise nicht senken können, dann ist das bei Ihnen Wahltaktik.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Ich habe über die Wahl überhaupt nicht gesprochen!)

— Sie sind so empfindlich! Wenn wir etwas sagen, dann gehen Sie hoch! Aber wenn Sie uns etwas „anbieten“, dann dürfen wir nichts sagen. Sehen Sie, das sind die großen Unterschiede. Man kann uns nicht kommen und sagen, wir seien gegen Europa. Wir haben für Europa gesprochen, als manche anderen noch nicht daran gedacht haben.

(Lautes Lachen und Zurufe bei der SPD)

Die Zeiten ändern sich bei Ihnen sehr schnell.

(Beifall bei der CDU — Zurufe bei SPD und GB/BHE)

Ich weiß, die Zeiten ändern sich bei Ihnen sehr schnell. Das geht sehr schnell, und ich hoffe, daß sich Ihre Ansichten auch in den Fragen der Agrarpolitik, nämlich in der Preisfrage, auch ändern werden. Es ist ja noch nicht lange her, da hat sich vieles bei Ihnen geändert, und wir haben die berechtigte Hoffnung, daß Sie auch in dieser Frage noch schlicht zu uns übertreten werden.

(Schallendes Gelächter links — Beifall bei der CDU)

Ich darf noch eines sagen, Herr Kollege Waller, und zwar in bezug auf Herrn Staatssekretär Dr. Tröscher. Auch das wollte ich ursprünglich nicht sagen. Es hat aber am 6. Oktober in der Presse gestanden. Da hat der Herr Staatssekretär Dr. Tröscher gesagt, die Not der Landwirtschaft sei zum Teil nur die Not ihrer Funktionäre. Sehr verehrter Herr Kollege Waller! Ich hatte das in meinen Ausführungen auch nicht gesagt.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Das habe doch ich nicht gesagt!)

— Nein! Ich wollte Ihnen aber auf Ihre Ausführungen antworten. Sie haben den Staatssekretär in Schutz genommen, und ich bedauere sehr, daß er heute nicht hier ist, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Eben deswegen mußte ich ihn in Schutz nehmen!)

Ich wollte im Grunde genommen nur beweisen, daß ich absolut nicht Dinge behaupte oder in den Raum stelle, die geeignet sind, die Atmosphäre zu verschlechtern.

Herr Kollege Ackermann, Sie haben gesagt, ich würde die Dinge nur aus einem sehr engen Raum sehen. Mein junges Alter, Herr Kollege Ackermann bzw. Ihr Alter, verbieten es mir, mit Ihnen darüber zu streiten, wer mehr von der Sache versteht. Ich möchte nur sagen, daß ich die Fragen nicht engstirnig betrachte, sondern sie mit genügend Weitblick überschaue. Nehmen Sie es uns doch bitte nicht übel, wenn wir unsere Ablehnung des Einzelplans 09 damit argumentieren, daß uns die agrarpolitische Konzeption der SPD, was die Einkommensverhältnisse der deutschen Landwirt-

schaft anbelangt, mißfällt. Und so lange diese agrarpolitische Konzeption — falls Sie eine haben, das weiß ich nicht —, Herr Kollege Ackermann,

(Heiterkeit bei der CDU)

jedenfalls was die Preise anbelangt — Herr Kollege Ackermann, es ist ja darüber in Ihren engeren Gremien viel diskutiert worden, ich weiß davon, wir wollen hier darüber nicht sprechen — sich nicht ändert, können wir dem Einzelplan 09 nicht zustimmen. Wir sehen darin eine echte Gefahr, und weil wir diese Gefahr sehen, deshalb lehnen wir den Einzelplan 09 ab. Ein Etat ist ja auch mit dem politischen Willen einer Partei verbunden, und mit diesem politischen Willen dieser Partei können wir uns nicht befreunden.

(Sehr gut! bei der CDU — Abg. Ackermann [SPD]: Sie dürfen nur den Standort nicht verwechseln! — Weitere Zurufe)

— Es paßt auch hierher, nicht nur in den Bundestag. Sie haben die Gelegenheit, bei der Frage der Milchsubventionen ja oder nein zu sagen, um damit zu sagen, ob Sie für die Verbesserung der Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft sind oder nicht, das liegt ganz bei Ihnen.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr gut!)

Zum Schluß, Herr Kollege Waller, möchte ich noch sagen: Die deutsche Landwirtschaft will keine Subventionen, aber sie will einen gerechten Preis und einen gerechten Lohn. Auf welche Weise das geschieht, ob mit Subventionen oder einer Erhöhung der Preise, das ist eine andere Frage.

(Lachen bei der SPD)

Ich wollte damit auf die Verbesserung der Einkommensverhältnisse zurückkommen, Subventionen oder Erhöhung der Preise. Nur fürchte ich, Herr Kollege Waller, um bei dem Wort Subventionen zu bleiben, Sie können die Frage nicht beantworten, wie Sie eine Erhöhung der Lebensmittelpreise erreichen wollen. Sie können doch nur durch Subventionen geändert werden. Sehen wir doch die Dinge real. Wir wollen aber das Thema Subventionen nicht weiter vertiefen. Ich wollte nur zu den einzelnen Punkten noch Stellung nehmen. Unser Standpunkt, aus dem heraus wir diesen Etat ablehnen, ist klar, nämlich wegen des Wollens, das dahinter steht.

(Beifall bei der CDU)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Das Wort hat Herr Minister Hacker.

Minister für Landwirtschaft und Forsten Hacker:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich müßte eigentlich dankbar sein für die nicht nur sachliche, sondern auch lebenswürdige Behandlung des Einzelplanes 09, denn das letzte Streitgespräch war eigentlich gar nicht zur Sache und beinahe überflüssig. Ansonsten darf ich feststellen, daß die Fraktionen in ihrer gesamten Einstellung, die sie zum Einzelplan 09 vertreten, keine Dinge gefunden haben, die sie selber nicht auch vertreten und verantworten könnten.

Ich möchte sagen, daß schon bei der Aufstellung des Einzelplans 09 davon ausgegangen werden konnte, daß es die Haushaltslage erlaubte und daß es die Situation in der Landwirtschaft geboten erscheinen ließ, die Förderungsmittel zugunsten der Landwirtschaft in diesem Jahr nicht zu vermindern. Im Gegenteil, die Hessische Landesregierung hat in der Agrarpolitik gewisse Schwerpunkte erkannt, sich dementsprechend eingestellt und die Förderungsmittel zugunsten der Landwirtschaft im Haushaltsplan 1961 erhöht.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich sagen zu können, daß alle Anträge der Fraktionen eigentlich in derselben Richtung verlaufen. Ich habe bei nicht einem der 24 Anträge feststellen können, daß Sie mir vorgewor-

Minister Hacker

fen hätten, ich sei zu wenig sparsam gewesen. Die Anträge besagen in jeder Richtung nichts anderes als ein Fortführen der Gedanken, die wir im Einzelplan 09 ohnedies entwickelt hatten.

Ich komme nun auf einige Schwerpunkte zu sprechen, weil hier die Entscheidung liegt. Ich darf anschließen an das, was Herr Kollege Ackermann ausgeführt hat. Den Herrn Kollegen Westernacher kann ich darauf hinweisen, daß wir in der Förderung der Höhenlandwirtschaft etwas für Hessen sehr Bedeutsames getan haben. Durch die Aufstockung des Ansatzes haben wir nun 1,5 Millionen DM zur Verfügung. Als wir seinerzeit den Anfang machten und 500 000 DM einsetzten, da waren Sie es, Herr Kollege Westernacher, der erklärte: Nein, diese Beihilfen sind falsch, wir wollen Zinsverbilligungsmittel.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ein größeres Volumen wollten wir!)

— Sie wollten mit Krediten der Landwirtschaft helfen, während wir davon ausgingen, Beihilfen, echte Beihilfen einzusetzen. Sie äußerten damals, höchstwahrscheinlich sei es so, daß man bei dem Betrag werde bleiben müssen, ein höherer Betrag werde auch künftig nicht zustande kommen. Ich darf sagen, in der Zwischenzeit hat sich das insoweit geändert, als nicht mehr 500 000 DM, sondern 1,5 Millionen DM in dem Haushaltsplan zur Verfügung stehen.

Ich kann im Zusammenhang damit auch auf den anderen Schwerpunkt verweisen, der wiederholt angesprochen worden ist; ich möchte ihn nur noch einmal unterstreichen. Es handelt sich um die Agrarstrukturmaßnahmen. Im Mittelpunkt steht hier die Frage der Flurbereinigung. Ich glaube, die hier gefallenen Äußerungen haben genugsam dargetan, wie sich das Land Hessen in der Richtung stets bemüht hat. Aus dem Haushalt ist zu ersehen, daß es sich um eine Umstellung von Zinsverbilligungsmitteln auf Beihilfen handelt. Ich verweise darauf, daß wir mit den Beihilfen von 1,9 Millionen DM auf 6,5 Millionen DM in die Höhe gegangen sind.

Ein weiterer bedeutsamer Schwerpunkt ist die Frage der Wasserwirtschaft. Sie kennen die Zahlen, die im Haushalt als Erhöhung festgesetzt sind; ich muß sie nicht wiederholen. Ich meine, daß aber auch hier deutlich zum Ausdruck gekommen ist: Die Schwerpunkte sind erkannt, und aus diesen Schwerpunkten heraus wird auch im Jahre 1961 die Arbeit vorangetragen werden.

Nun noch zu den einzelnen Anträgen und zu den Stellungnahmen. Zur Frage der Schulen, sehr verehrte Frau Schnell, möchte ich folgendes sagen: Sie wissen genau, daß wir über die Frage nicht das erste Mal diskutieren, sondern daß wir das schon wiederholt getan haben. Ich gebe Ihnen zu, daß es Vergleiche gibt, aus denen heraus man sagen kann, daß auch hier eine A 13-Stelle gerechtfertigt wäre, aber auch, daß es aus diesen oder jenen Gründen nicht geht.

(Zuruf der Abg. Frau Schnell [CDU])

— Ich möchte dazu sagen, Frau Schnell, daß das wohl Fragen sind, die wir im Detail hier nicht besprechen wollen. Sie haben die Herren dieses Hohen Hauses angesprochen, zuvorkommend und liebenswürdig zu Ihren Anträgen zu sein. Wir wollen einmal abwarten, ob sie das auch tun werden.

(Heiterkeit)

Nur eins, Frau Schnell, dürfen Sie mir nicht wieder machen, daß Sie von der Hessischen Landesregierung sprechen und diese mit der Sozialdemokratischen Partei gleichstellen. So ist es ja nicht. Es gibt hier immer noch eine Koalitionsregierung, und die besteht aus der Sozialdemokratischen Partei und dem Gesamtdeutschen Block/BHE. Aber das war sicher nur eine Redensart. Ich weiß, daß Sie das auch nicht so gemeint haben.

Eines darf allerdings nicht unterlassen werden festzustellen, und ich möchte es gleich bei dieser Gelegenheit tun: Die Frage der kw-Vermerke bei den Landwirtschaftskammern und Landwirtschaftsschulen hängt mit einem Problem zusammen, und das ist die Frage des Besuchs der Landwirtschaftsschulen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Hier ist deutlich zu sehen, daß das Land Hessen in den letzten Jahren getan hat, was auf dem Gebiete möglich war, und es ist mir durchaus nicht recht, wenn ich feststellen muß, daß auch vom vorigen auf dieses Schuljahr ein Rückgang bei den 50 Landwirtschaftsschulen von 2375 auf 1910 Schüler zu verzeichnen ist. Ich mache nachdrücklich darauf aufmerksam, daß auch hier der Platz ist, allen mit der Landwirtschaft verbundenen Menschen und Organisationen zu sagen, daß sie sich Mühe geben müssen, damit hier eine Änderung erfolgt. Das kann man nicht von Staats wegen allein tun, und genauso wende ich mich gegen die meinerseits andererseits willkommene Anregung, für die Landwirtschaftsschulen gewissermaßen eine Verpflichtung durch ein Gesetz zu schaffen. Ich glaube, daß das eine große Aufgabe des Bauernverbandes, der Kammern und aller landwirtschaftsverbundenen Kräfte ist. Wenn wir nicht erkennen, daß die Landwirtschaft für die Zukunft bestvorgebildete Leute haben muß, dann werden manche unserer Bemühungen und manche Mark, die wir heute ausgeben, vergeblich sein. Es ist ein Appell, den ich hier an alle richte, sich darum zu kümmern und dafür zu sorgen, daß wir wieder zu einem besseren Besuch unserer Landwirtschaftsschulen kommen. Und damit hängt ja die Frage, die Sie aufgeworfen haben, zusammen.

Die Fragen, die Sie angeschnitten haben, sehr verehrter Herr Westernacher, zeigen mir, daß wir uns keinesfalls weit auseinander befinden, bis auf eine Sache, auf die ich noch zu sprechen komme. Zunächst, Herr Kollege Westernacher, eine Frage: War nicht vieles von dem, was Sie hier gesagt haben, absolut am falschen Platz? Ich bin der Meinung, daß es völlig am falschen Platz war.

(Abg. Mengel [CDU]: Der Herr Staatssekretär hat doch die Verantwortung für das, was er gesagt hat!)

— Moment mal, Herr Mengel, ich meine etwas ganz anderes! Ich meine den Tatbestand, daß sowohl Herr Westernacher als auch Herr Hasselbach erklärten, mit den Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Lande Hessen seien sie zufrieden, nicht aber mit den Preisen für Landesprodukte.

Und nun zu der Frage der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. Ich muß feststellen, daß ich mit Ihrer Auffassung übereinstimme,

(Abg. Mengel [CDU]: Das wissen wir!)

daß der Landwirtschaft nicht nur durch die Verbesserung der Agrarstruktur geholfen werden muß, sondern daß auch das Preisproblem eine Rolle spielt, das heißt das Problem der Rentabilität der Landwirtschaft.

(Abg. Mengel [CDU]: Sehr richtig!)

Aber, Herr Westernacher, das müssen Sie doch dem Deutschen Bundestag sagen!

(Beifall beim GB/BHE und bei der SPD)

Hier liegt nach meiner Auffassung die große Entscheidung. Die Länder können und sollen in der Frage der Agrarstrukturverbesserung — das also, was den Betrieb ordentlich hinstellt — etwas tun. Hier haben die Länder zu geben, und hier haben wir etwas getan. Aber Preispolitik, Steuerpolitik, Zollpolitik, das alles sind doch ausgesprochene Fragen des Bundes, und ich kann nicht verstehen, daß man im Landtag von den Sozialdemokraten oder von uns verlangt, hier eine Entscheidung zu treffen. Wenn die Christlich-Demokratische Union will, dann ist

Minister Hacker

sie doch in der Lage festzusetzen, daß andere Preise für die landwirtschaftlichen Produkte gezahlt werden.

(Beifall beim GB/BHE und bei der SPD)

Das ist überhaupt keine Frage: Es liegt allein bei der großen Regierungspartei, bei der Partei, die die alleinige Mehrheit im Bundestag hat. Sie dürfen jetzt den Sozialdemokraten nicht Vorwürfe machen, wenn Sie selber nicht in der Lage sind, die Preise so zu gestalten, daß sie der Landwirtschaft entsprechen.

(Beifall beim GB/BHE und bei der SPD — Abg.

Westernacher [CDU]: Wir geben doch für die Milch!)

— Ich nehme auch dazu noch Stellung! — Ich glaube, ich urteile in der Preisfrage nicht falsch. Ansonsten haben Sie die Frage zu Recht angeschnitten, weil sie zum Agrarproblem gehört; ich stimme da mit Ihnen überein. Sie können aber nicht Herrn Staatssekretär Dr. Tröscher einen Vorwurf machen, dessen Partei ja in der Opposition steht, wenn Sie, obwohl Sie die absolute Mehrheit im Bundestag haben,

(Abg. Walter [GB/BHE]: An der entscheidenden Stelle)

nicht in der Lage sind, der Landwirtschaft die Preise zu bieten, die sie verlangt.

(Abg. Westernacher [CDU]: Wir wollen doch ein Absinken vom heutigen Stand verhindern, und das tut doch die Bundesregierung!)

— Gut! Ich möchte es Ihnen an dem Beispiel erklären, das Sie angezogen haben, Herr Westernacher. Sie verlangen vom Hessischen Landtag, daß er ja sagt zu einem Antrag, mit dem Sie 2 Millionen DM haben wollen für die Förderung der Qualitätsmilch, und Sie begründen es mit der Frage des Preises. Herr Kollege Westernacher, darf ich Sie daran erinnern, daß wir doch einmal eine Milchsubvention vom Bund in Höhe von 4 Pfennig hatten, die dann auf 3 Pfennig herabgesetzt worden ist? Daran ist doch nicht die Hessische Landesregierung schuld!

(Zuruf des Abg. Westernacher [CDU])

— Aber warum haben Sie denn zugelassen, daß die Subvention von 4 auf 3-Pfennig herabgesetzt wurde? Und jetzt verlangen Sie, daß das Land Hessen 0,2 Pfennig als Milchsubvention gibt.

(Abg. Mengel [CDU]: Weil es im Rahmen des Grünen Planes eine Verschiebung gegeben hat!)

Nach meiner Auffassung ist dieses Verlangen völlig unlogisch und falsch. Ich möchte das auch begründen. Wie war es denn mit dem Pfennig, den das Land Hessen gegeben hat? Der war dazu bestimmt, einen Anreiz zu geben, um die Ställe von Tbc frei zu machen. Das war die Aufgabe, und das Land Hessen hat mehr getan, als damals in der ersten Zeit beabsichtigt war. Es hat nicht den ganzen Pfennig durchgehalten — infolge der gestiegenen Milchablieferung war das nicht möglich —, aber es hat den gleichen Betrag durchgehalten bis ins letzte Jahr, wobei wir zu einer Freimachung der Bestände bis auf 99,6 Prozent gekommen sind. Ich weiß, was Sie sagen. Sie sagen jetzt: Schaut das Land Nordrhein-Westfalen an, das zahlt weiterhin einen Pfennig.

(Abg. Westernacher [CDU]: Die fragen nicht nach dem Bund!)

— Jawohl! Aber das Land Nordrhein-Westfalen sieht finanziell doch ein bißchen anders aus als das Land Hessen. Und warum, Herr Westernacher, reden Sie nicht vom Land Baden-Württemberg? Das Land Baden-Württemberg nämlich hat diesen Tbc-Pfennig nur solange gezahlt, bis im Einzugsbereich einer Molkerei 50 Prozent der Viehbestände Tbc-frei waren, und dann nicht mehr.

(Abg. Westernacher [CDU]: Das ist eine SPD-Regierung! — Große Heiterkeit und Lachen bei der SPD)

Vielleicht haben Sie Verständnis dafür, Herr Westernacher,

(Abg. Höhne [SPD]: Herr Minister, Sie müssen nicht mit den Mitteln der Logik gegen Herrn Westernacher kämpfen wollen! — Abg. Seiboth [GB/BHE]: Bauernregell)

wenn ich jetzt folgendes sage: Es war richtig, daß der Staat geholfen hat, daß er einen Anreiz gab. Aber wenn Sie jetzt diese 2 Millionen DM verlangen, dann sind das erstens einmal nicht mehr als 0,2 Pfennig je Liter — Sie können das nachrechnen —, und dann ist dies doch eine Veranlassung — das sagten Sie ja im Zusammenhang mit Ihrem Hinweis auf die Preise —, daß diese 2 Millionen DM dann dauernd im Haushalt bleiben müssen.

(Richtig! bei der SPD)

Ich bin nicht der Meinung, daß das Land Hessen oder ein anderes Land in der Lage ist, das, was der Bund nicht kann, mit Mitteln des Landes durchzuführen. Ich weiß nicht, ob der Bund in der Lage sein wird, die 3 Pfennig für alle Zukunft durchzuhalten. Wahrscheinlich werden Sie da mit mir übereinstimmen — vielleicht wird es auch bei Ihnen Gegner dieser Auffassung geben —, daß dann die Landwirtschaft gar nichts anderes tun kann, als für die Milch eine Preiserhöhung zu verlangen. Das ist meine Meinung, die ich hier zum Ausdruck bringe.

Aber ich will Ihnen eines sagen: Es sind doch auch genügend Gründe dafür zu erkennen, daß es völlig falsch ist, nun einen Betrag von 0,2 Pfennig als zusätzliche Subvention zu den 3 Pfennig, die der Bund gibt, vom Land Hessen haben zu wollen. Das ist nicht zu machen, das ist ausgeschlossen, das ist falsch aus grundsätzlichen Erwägungen. Das war der nach meiner Meinung bedeutsamste Antrag, den Sie gestellt haben und der auch den größten Betrag erfordert.

Aber nun noch eine Frage, zu der ich Stellung nehmen muß, weil ich auch den Ton nicht mißverstanden habe, den Sie hineingelegt haben: Natürlich kann zwischen meiner Auffassung und der Auffassung des Herrn Staatssekretärs in der einen oder anderen Frage ein Unterschied sein. Ich gestehe Ihnen gern zu, daß sich der Herr Staatssekretär Überlegungen macht, die dahin gehen, wir hätten in der Veredelungswirtschaft die Möglichkeit, das wieder herinzubringen, was beim Getreide an Preisabfall vorauszusehen ist. Sie wissen auch, daß ich den gegenteiligen Standpunkt vertrete; ich bin der Meinung, daß es richtig ist von der Bundesregierung, an dem Getreidepreis festzuhalten, solange es nur geht. Das ist meine Meinung, Herr Westernacher, da dürften wir uns nichts zu sagen haben. Was aber den Gegensatz anbelangt, da habe ich gehört, daß es manchmal auch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Vizekanzler geben soll.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich bin in der Tat der Meinung, daß die Frage auf uns zukommt: Sind wir wirklich in der Lage, diese Getreidepreise zu halten? Jetzt muß ich Ihnen wieder sagen: Ich glaube nicht, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft daran scheitern wird. Dann wird sie früher am de Gaulle'schen Plan scheitern als an deutschen Agrarfragen. Davon bin ich völlig überzeugt. Nur denken Sie bitte daran, der Bundesernährungsminister hat schon gesagt, die 10 DM Roggenprämie werden wegfallen.

(Abg. Westernacher [CDU]: Die fallen nicht!)

— Ich kann mich auf nichts anderes berufen als auf das, was Herr Bundesernährungsminister Schwarz in einer Versammlung in Hessen gesagt hat.

(Abg. Westernacher [CDU]: In Frankfurt?!)

— Jawohl!

Minister Hacker

Darf ich, meine Damen und Herren, zu den Anträgen noch folgendes sagen: Was beispielsweise die Trocknungs- und Lagerräumlichkeiten anbelangt, so haben wir mit den Mitteln, die bisher zur Verfügung standen, immer die Anträge befriedigen können. Die Beträge sind vom Bund her erhöht worden. Der Landesanteil kann infolgedessen erhöht werden, aber das steht bereits in einer Anmerkung zum Haushaltsplan. Infolgedessen ist der Ansatz eines höheren Betrages nicht notwendig.

Naturschutz: Wollen wir alle, die dazu gehören, ja dazu sagen!

Ich möchte aber doch noch zu der Frage der Ernteschäden Stellung nehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Jakob eine Äußerung, wie sie in der Presse wiedergegeben wurde, getan hat. Aber ich glaube, daß man hier dem Bauernverband eines sagen muß. Der Beschluß ist sehr böse, der Beschluß, der besagt, daß der Bauernverband bei den Schadenskommissionen nicht mittun will.

(Abg. Westernacher [CDU]: Der ist eindeutig gefallen!)

Ich würde mir als Bauernverband diesen Beschluß noch einmal sehr wohl überlegen und würde diesen Beschluß sehr bald revidieren. Das kann ich dem Bauernverband nur empfehlen; ob er es tut, das ist seine Angelegenheit.

Meine Damen und Herren! Denken Sie einmal daran, wieviel Angehörige des Bauernverbandes wir in Hessen als Kreislandwirte haben, die in einen Gewissenskonflikt gebracht werden, und denken Sie daran, ob es überhaupt die rechte Art ist, sich in den Winkel zu stellen, und zwar deswegen, weil ein Wunsch des Bauernverbandes von der Hessischen Landesregierung nicht erfüllt wurde. Ich kann Ihnen genug Mitteilungen darüber machen, daß es Wünsche und Anregungen des Bauernverbandes gegeben hat, die, als notwendig und vernünftig anerkannt, ohne weiteres von uns bewilligt, genehmigt oder zugestanden wurden. Wenn das jetzt aber einmal nicht geschieht, dann zu sagen, ich stelle mich in den Winkel, ich tue nicht mit, dann hat nicht nur die Hessische Landesregierung das nicht verdient, sondern auch der hessische Bauer nicht, denn der Bauernverband hat die Interessen der Bauern in diesen Kommissionen wahrzunehmen.

(Beifall bei SPD und GB/BHE — Abg. Westernacher [CDU]: Diese Entscheidung erfolgte im Interesse der Bauern, Herr Minister!)

— Das ist aber ein unerhörter Irrtum! Ich kann mich doch nicht in den Winkel stellen und nicht mittun, weil mein Antrag nicht in Erfüllung gegangen ist!

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, meine Damen und Herren, mit dieser Regulierung der Ernteschäden hat die Hessische Landesregierung etwas getan, was nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus annehmbar war, sondern was auch den Grundsätzen entsprach, die der Bund für richtig hält, nämlich die Existenzgefährdung in den Vordergrund zu stellen. Hier hat also die Hessische Landesregierung das getan, was wirklich möglich und was richtig ist.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD — Abg. Walter [GB/BHE]: . . . und was notwendig ist!)

Wenn ich höre, daß der Bauernverband sagt, statt dieser Regelung empfehle er zwei Mark je Zentner abgewertetes Getreide, dann muß ich mich fragen, wie man überhaupt zu einem solchen Beschluß kommen kann, denn dann schließen Sie doch alle die, die wirklich existenzgefährdet sind, aus, denn Sie geben nur das Pauschale von zwei Mark je Zentner abgewertetes Getreide.

(Abg. Westernacher [CDU]: Und Katastrophenfonds hat er gesagt!)

— Einen Moment! Lesen Sie genau durch, was aus Ihrer Präsidiumssitzung mitgeteilt wurde, dann kommen Sie zu dieser Erkenntnis. Im übrigen war mir der Beschluß auch deshalb unerfreulich, weil er genau entgegen einem auch von Ihnen mitgefaßten Beschluß, Herr Westernacher, steht, in dem Sie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten einstimmig die Maßnahmen der Hessischen Landesregierung gebilligt haben.

(Abg. Westernacher [CDU]: Gegen meine Stimme, Herr Minister! — Abg. Walter [GB/BHE]: Also einstimmig!)

Ich erinnere an den damaligen Beschluß, den Ihre Fraktion mitgefaßt hat.

(Abg. Westernacher [CDU]: Aber gegen meine Stimme, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren! Als Herr Kollege Schauß zum Rednerpult trat, wußte ich, jetzt geht es um den Ulmbach oder um die Bienen. Es ging um den Ulmbach. Ich möchte doch darauf hinweisen — das ist bereits von Herrn Ackermann ausführlich mitgeteilt worden —, es gibt eine bestimmte Rangordnung. Die Weschnitz erfordert 14,9 Millionen DM, die Nidda 52 Millionen DM, die Wohra 4,7 Millionen DM.

(Abg. Schauß [FDP]: Nach welchen Gesichtspunkten geschieht denn das?!)

Herr Kollege Schauß, auch der Ulmbach kommt noch dran! Wollen wir doch einmal ein Jahr zuwarten. Alles auf einmal kann man nicht tun. Es wäre sogar schlecht, wenn man das alles auf einmal tun würde. Lassen wir doch für die übrigen Jahre auch noch etwas übrig!

In der Zwischenzeit ist der Satzungsantrag eingebracht worden. Die Planung ist umgestellt worden. Sie haben vorher bereits vorgetragen, wie die Planung aussieht. Der Satzungsentwurf ist mit einer Änderung zurückgegeben worden. Der Verband soll gebildet werden, und ich hoffe, daß das im Jahre 1961 möglich ist. Ohne Verband kommt keine Regulierung. Hoffen wir, daß wir im Jahre 1962 auf Ihren Antrag zurückkommen können. Ich nehme an, daß das möglich sein wird.

(Zuruf des Abg. Schauß [FDP])

Herr Abg. Hasselbach, Sie haben einige Ausführungen gemacht, die sehr stark aus dem Theoretischen kommen, denen man aber gerne zustimmen kann. Vieles von dem, was Sie beispielsweise der hessischen Landeskulturverwaltung oder der Forstverwaltung gegenüber gesagt haben, war auch für mich erfreulich. Wenn Sie verlangen, einen Bericht über die Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur zu erhalten, so ist das ein Wunsch, der selbstverständlich erfüllt werden kann.

Sie haben auch zur Frage der Althofreiten gesprochen. Ich glaube, das kommt auch in einem Antrag der Fraktion der CDU zum Ausdruck. Da geht es um etwas Neues. Sie wollen Beihilfen, während bisher nur Darlehen gegeben wurden. Ich darf daran erinnern, daß wir die Althofreitensanierung in einer Zeit begonnen hatten, in der der Bund noch nicht so mitzog. Das hat er aber sehr bald getan, aber die Richtlinien sehen bis jetzt nur Darlehen vor. Wir können nicht so ohne weiteres über diese Tatsache hinausgehen. Vielleicht ist es möglich, noch einmal auf Ihren Antrag zurückzukommen. Sie wissen, daß wir jetzt in der ersten Phase dieser Frage sind. Wir haben bis jetzt 144 Anträge beschieden. Lassen Sie uns erst einmal die entsprechenden Erfahrungen sammeln.

Herr Kollege Ackermann, ich bin Ihnen dankbar, auch dem Herrn Kollegen Waller, für die Hinweise zu den Anträgen. Wenn wir die Probleme vor uns haben, die heute ein wenig ausführlicher als sonst besprochen worden sind, so haben wir daran, zu denken, daß alles in einer Zeit

Minister Hacker

passiert, in der die Landwirtschaft in einer noch nie dagewesenen Wandlung sich befindet. Von Hessen aus muß insbesondere darauf hingewiesen werden, daß uns die letzte Betriebszählung gesagt hat, daß wir in zehn Jahren 45 000 Betriebe verloren haben. Dazu müssen einige Worte gesagt werden, meine Damen und Herren, und zwar deshalb, weil sich auf diese Mitteilung auch die Leute aus der Sowjetzone stürzen. Ich könnte Ihnen gut und gern Zeitungsartikel vorlegen, in denen mir aus der Sowjetzone vorgeworfen wird, das sei der Beweis dafür, daß der Landwirtschaftsminister Hacker zum größten Bauernlegen in Hessen geschritten sei, denn es gebe in der Zwischenzeit 45 000 Betriebe weniger in Hessen.

Ich möchte dazu sagen, daß wir nicht vergessen dürfen, daß hier von den Betrieben ausgegangen wird, die mit einer Betriebsgröße von 0,5 ha beginnen, daß wir also hier vielfach gar nicht von richtigen landwirtschaftlichen Betrieben sprechen können. In dieser Wandlung ist aber inbegriffen, daß in derselben Zeit 5 400 Familienbetriebe zugewachsen sind. Und hier liegt jener Teil der Agrarpolitik, zu dem die Länder — in diesem Fall das Land Hessen — beitragen können. Hier liegt die Entscheidung. Wenn wir eine Vermehrung des Familienbetriebes von 10 auf 16 Prozent haben, dann ist noch zu berücksichtigen, daß nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Landwirtschaft die Zukunft im Familienbetrieb liegt. Ich möchte allen Meinungen widersprechen, die darauf hinweisen, daß wir in der Großraumwirtschaft irgendeine Zukunft zu sehen hätten. Solche Meinungen gibt es, sie tauchen hin und wieder auf. Manchesmal kommen sie vielleicht auch aus dem Gedanken heraus, daß die Großraumwirtschaft in der Lage sein könnte, die landwirtschaftlichen Produkte billiger zu erzeugen. Meine persönliche Auffassung ist die, daß der Familienbetrieb gerade in unserem Raum seine Überlegenheit bewiesen hat, und meine Überzeugung ist, daß wir deshalb alles zu tun haben, um diesen Familienbetrieb wirklich existenzstark in die Zukunft, also in die Weite der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zu führen. Lassen wir solche Gedanken, die die Großraumwirtschaft befürworten, nicht eindringen. Sie sind verbunden, nicht nur aus dem Ökonomischen heraus, mit jenem Geiste, von dem wir wissen, daß er uns umbringen will. Meine verehrten Freunde, ich bin der Meinung, wer Großraumwirtschaft sagt, muß auch Kolchose oder Sowchose dazu sagen. Ich bin der Meinung — das glaube ich auch aus meiner bäuerlichen Erfahrung heraus sagen zu können —, daß die Kolchose genauso menschenfeindlich ist wie der Kommunismus selber. Wenn wir das wissen, wenn wir das erkannt haben, dann, glaube ich, können wir Schwierigkeiten, die es natürlich geben muß, im Streit um die eine oder andere Frage gut und gern überwinden. Wir finden uns dann als wahre grüne Front eingeordnet in das Ganze, in unserem Fall in unser Land Hessen.

(Beifall bei SPD und GB/BHE)

II. Vizepräsidentin Kletke:

Wir wollten um 13 Uhr eine Mittagspause machen. Es hat sich nun noch Herr Abg. Mengel gemeldet.

(Abg. Mengel [CDU]: Nur ganz kurz!)

Das Wort hat Herr Abg. Mengel.

Abg. Mengel (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich mich noch einmal zum Wort gemeldet habe, so deshalb, weil ich die Regierungsparteien noch einmal darauf ansprechen möchte — insonderheit die sozialdemokratische Fraktion und auch den Herrn Minister —, vielleicht einige Dinge doch noch einmal zu überlegen. Der Herr Minister hat als den bedeutsamsten Antrag denjenigen bezeichnet,

mit dem 1,9 oder 2 Millionen DM für die Verbesserung des Milchpreises bereitgestellt werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich sehe das mehr als eine Entschädigung für die Erntekatastrophe dieses Jahres an, weil wir mit allen Vorschlägen — Herr Minister, ich glaube, da sind wir uns einig —, die die Regierung gemacht hat und die auch von der berufsständischen Organisation gemacht worden sind, nicht dem kleinen Landwirt helfen können.

Gerade in den Hauptschadensgebieten — ich denke an meinen Heimatkreis — konnte von den kleinen Betrieben von 10 bis 15 Hektar kaum Getreide abgeliefert werden, weil die Auswuchsschäden so hoch sind, daß der Markt das Getreide überhaupt nicht annimmt. Diese Möglichkeit wäre — wie in den vergangenen Jahren — nur über die Milch gegeben. Ich kenne Ihre Sorge, Herr Minister; Sie haben damals gesagt, es solle das letztemal sein. Aber ich bin der Meinung, daß das auch der Finanzminister verstehen kann. Ich bedaure, daß er im Augenblick nicht da ist; immerhin ist der Herr Ministerpräsident da.

Ich darf annehmen, daß er versteht, daß wir nur durch diese gezielte Maßnahme auch dem kleinen Landwirt eine Hilfe geben können, wenn sie auch bescheiden ist. Sie wird zeigen, daß wir den guten Willen in Hessen haben, daß auch das Parlament den guten Willen hat, etwas in bezug auf diese Ernteschäden zu tun.

Noch etwas Grundsätzliches — und das gerade auch an die Adresse der Sozialdemokratischen Partei —: Die Diskussion in der EWG — ich bin durchaus nicht der Meinung, daß das nicht hierher gehört, sondern das ist für die Landwirtschaft in Zukunft entscheidend — geht um den Getreidepreis. Die Sozialdemokraten aller Länder — insbesondere unter Führung Hollands — glauben, man sollte den Weltmarktpreis oder den Hollandpreis als Niveau nehmen. Ich bin der Meinung, wenn das geschehen würde, würden alle bäuerlichen Familienbetriebe und alle kleinen Landwirtschaftsbetriebe vor die Hunde gehen. Warum? Wenn wir heute nur die Möglichkeit hätten, auf Weltmarktgetreidepreisbasis zu produzieren und Veredelungsprodukte herzustellen, dann würde es gar nicht mehr interessant sein, in Deutschland noch Getreidebau oder überhaupt noch Ackerbau zu treiben, weil wir dann mit den Weltmarktpreisen — ich glaube, der Herr Minister hat soeben gesagt, er sei derselben Auffassung — den Tod des deutschen Bauern heraufbeschwören würden. Wir würden gewerbliche Schweinemästereien haben und gewerbliche Eierproduktionen, wie es heute schon in fruchtigsten Ländern oben an der See der Fall ist; das würde sich verhundertfachen, und das bedeutete den Tod des deutschen Bauern. Deshalb sind wir dafür, daß das Niveau des deutschen Getreidepreises im EWG-Raum zugrunde gelegt wird.

Herr Staatssekretär Dr. Tröscher, der heute angegriffen wurde — ich bedaure sehr, daß er nicht da ist, es ist immer besser, wenn man etwas sagt, und der Betreffende ist anwesend —, hat sehr stark betont, man solle das holländische Getreidepreisniveau als Norm nehmen, und er hat sogar — und das ist sehr übel in der Landwirtschaft angekommen — gesagt, die deutsche Landwirtschaft müsse mit der Wirklichkeit konfrontiert werden und man könne die deutsche Landwirtschaft nicht in Watte packen.

Der Bauer, der das hört, steht draußen auf seinem Rübenfeld, es regnet ihm jeden Tag auf seinen Buckel, und auch bei schlechtem Wetter muß er seine Arbeit leisten; dieser deutsche Bauer ist nicht in Watte gepackt. Mein Kollege Westernacher hat das auch bereits gesagt. Die Sozialdemokratische Partei sollte sich einmal überlegen, ob man sich in Zukunft nicht doch mehr Gedanken darüber machen sollte, ob es richtig ist, daß man so sehr von dieser Seite aus dem niedrigen Getreidepreis, wie

Präsident Zinnkann

ihn Holland nun einmal hat, das Wort redet. Bei Holland haben wir es mit ganz anderen Verhältnissen zu tun. Holland hat heute sogenannte Dumping-Preise. Die Ausfuhr wird dort sehr stark subventioniert. Aus diesem Grunde sind die Marktverzerrungen da.

Wenn wir im EWG-Raum diese Marktverzerrungen einmal nicht mehr haben, dann werden wir uns auch darüber unterhalten können, ob die deutschen Subventionen fallen können. Der deutsche Landwirt wird wahrscheinlich dasselbe leisten wie seine anderen europäischen Kollegen auch, aber zuvor müssen diese Marktverzerrungen beseitigt werden.

Herr Minister, Sie haben auch über die Ernteschäden gesprochen. Der Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten, haben Sie gesagt, habe sich dem angeschlossen, was die Regierung dazu vorgeschlagen habe. Selbstverständlich haben wir das akzeptiert, aber wir haben uns die Freiheit behalten, darüber hinaus noch etwas zu fordern, und das ist auch protokolliert. Das darf ich hier zum Schluß feststellen.

(Beifall bei der CDU)

II. Vizepräsidentin Klefke:

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir haben diesen Einzelplan wirklich sehr ausführlich beraten. Ich habe eben ausgerechnet: Wenn wir in dem gleichen Tempo fortfahren und die 40-Stunden-Woche einrechnen, dann haben wir ungefähr zehn Tage mit der Beratung des Haushaltsplans zu tun.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Einzelplan 09 — Minister für Landwirtschaft und Forsten — gemäß den Beschlüssen des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD und GB/BHE)

— Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU und FDP)

Wer möchte sich der Stimme enthalten? — Keine Stimmenthaltung! Ich stelle fest, daß dem Einzelplan 09 gegen die Stimmen von CDU und FDP zugestimmt worden ist. Der Einzelplan 09 wird mit den dazu vorliegenden Anträgen an den Haushaltsausschuß zur Vorbereitung der dritten Lesung zurückverwiesen.

Wir machen jetzt eine Mittagspause von 1½ Stunden. Wir treffen uns also 10 Minuten vor 15 Uhr wieder.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: 15 Uhr!)

— Gut! Eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung treffen sich die Fraktionen in ihren Fraktionszimmern. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 13.22 Uhr)

(Wiederbeginn der Sitzung 15.03 Uhr)

Präsident Zinnkann:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in unseren Beratungen fort. Ich rufe auf:

Einzelplan 08

— Hessischer Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen —

hierzu:

Anträge der Fraktion der SPD

— Drucks. Abt. I Nr. 829 und 863 —

Anträge der Fraktion der CDU

— Drucks. Abt. I Nr. 849 bis 854, 871 und 872 —

Anträge der Fraktion der FDP

— Drucks. Abt. I Nr. 784, 785, 816, 817 und 901 —

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und des GB/BHE

— Drucks. Abt. I Nr. 834 —

Berichterstatter ist Herr Abg. Bachmann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Karl Bachmann:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 08, der den Geschäftsbereich des Herrn Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen umfaßt, wurde in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 5. Oktober 1960 beraten. Die gesamten Ausgaben in diesem Einzelplan betragen 118 Millionen DM und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5 Millionen DM erhöht. Die Haupterhöhung ist bei den Kapiteln 08 30 — Maßnahmen für das Gesundheitswesen —, 08 40 — Volkswohlfahrt — und 08 45 — Hessen-Jugendplan — eingetreten.

Zu diesen drei Gruppen ist im einzelnen folgendes zu sagen: a) Gesundheitswesen: Die Zuschüsse an nichtöffentliche Krankenanstalten sind von 3,5 Millionen DM auf 4 Millionen DM erhöht worden, um den erhöhten Investitionsbedarf für Neu- und Erweiterungsbauten und Sanierungsmaßnahmen in einer angemessenen Zeit decken zu können. Für die kommunalen Krankenhäuser und Gesundheitsämter stehen im Rahmen des Finanzausgleichs 5 638 000 DM zur Verfügung. Dazu kommen 6 500 000 DM Verstärkungsmittel als Zuschüsse; zusammen sind das also 12 138 000 DM. Insgesamt stehen mithin für den Bau und die Modernisierung sowie für die Ergänzung der Einrichtung der Krankenhäuser 16 138 000 DM bereit. Das sind 3 405 000 DM mehr als im Vorjahr. Wie groß aber auf der anderen Seite der Bedarf ist, geht daraus hervor, daß zur Zeit Anträge zur Förderung des Krankenhauswesens in Höhe von mehr als 500 Millionen DM vorliegen. 180 000 DM wurden erstmalig in diesem Haushaltsplan neu als Zuschuß für die Ergänzung und Modernisierung der Gemeinde-Pflegestationen eingesetzt.

b) Volkswohlfahrt: Die Mittel für den Sozialplan für alte Menschen sind von 7,5 Millionen DM auf 10 Millionen DM erhöht worden. Davon entfallen 3 Millionen DM auf die Modernisierung und 7 Millionen DM auf die Neuerrichtung von Alten- und Pflegeheimen. Der Betrag von 7 Millionen DM für Neubauten teilt sich in 3 480 000 DM für kommunale Einrichtungen und 2 800 000 DM für Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.

c) Hessen-Jugendplan: Die Beihilfen für den Bau und die Einrichtung von Kindertagesstätten wurden von 1,3 Millionen DM auf 2 Millionen DM erhöht. Der Mehrbetrag von 700 000 DM wird der Finanzausgleichsmasse aus dem Steuerverbund für die Gemeinden und Landkreise entnommen.

Der Einzelplan 08 enthält insgesamt 72 neue Stellen. Davon entfallen allein 10 auf die Gewerbeaufsicht, 28 auf die Technische Überwachung und 13 auf das Ministerium selbst. Meine Damen und Herren, diese Stellenvermehrungen sind nach meiner Überzeugung durch drei Ursachen bedingt, einmal durch neue Aufgaben, zweitens durch wachsende Aufgaben und drittens durch — sagen wir einmal — stärkere Intensivierung bestimmter Aufgaben. Zu den neuen Aufgaben gehört — um nur einige zu nennen — die Durchführung des Atomgesetzes, der Strahlenschutzverordnung und des Lebensmittelgesetzes. Die wachsenden Aufgaben sind bedingt durch die Erhöhung der Titel für das Gesundheitswesen, die Volkswohlfahrt und den Hessen-Jugendplan. Die Intensivierung der Arbeiten im Ministerium selbst ist, wie uns berichtet wurde, eine Folge der Verstärkung der Mitarbeit im Bundesrat; ich denke hier insbesondere an die Neuordnung des Kriegsgesetzes, das Lebensmittelgesetz mit seinen 13 Durchführungsverordnungen, das Jugendarbeitsschutzgesetz,

Abg. Karl Bachmann

die Unfallversicherung, die Krankenversicherung, das in Vorbereitung befindliche Landessozialhilfegesetz und auch das Jugendgesetz.

Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 08 hat bei den Beratungen im Haushaltsausschuß die meisten Änderungen erfahren. Sie sind aber alle nur formaler Art, bedingt durch haushaltsrechtliche Vorschriften. Inhaltlich hat sich bei den Beratungen im Haushaltsausschuß nichts geändert. Ich darf Sie deshalb bitten, sich der Einfachheit halber die Drucks. Abt. II Nr. 174 zur Hand zu nehmen, um aus ihr die formellen Änderungen zu entnehmen.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt die Annahme des Einzelplans 08 unter Berücksichtigung der formalen Änderungen.

(Beifall)

Präsident Ziannkann:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abg. Kletke.

Abg. Frau Kletke (FPD):

Herr Präsident, meine Herren und Damen! Bei Durchsicht des Einzelplans 08 fällt uns zunächst auf, daß dieser Haushaltsplan gegenüber dem Rechnungsjahr 1960 5 Millionen DM mehr an Ausgaben für 1961 vorsieht. Außerdem darf ich daran erinnern, daß über 70 neue Stellen eingesetzt worden sind. Die Entwicklung ist also so gekommen, wie es der Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten bei der ersten Beratung des Haushaltsplans in dieser Legislaturperiode vorausgesagt hat. Er hat damals gemeint, wenn erst einmal der Grundstein zu einem neuen Ministerium gelegt sei, dann würde es sehr schnell aufgestockt werden, und der dann notwendige Personalbedarf erweitere sich zusehends. Er hat also mit seiner Behauptung recht behalten.

Wir wissen — wir sehen das auch ohne weiteres ein —, daß sich die Aufgaben in diesem Ministerium verstärkt haben. Wenn wir zum Beispiel in gesundheitspolitischer Hinsicht die Probleme betrachten, müssen wir einsehen, daß neue Aufgaben auf uns zugekommen sind. Ich erinnere nur an die Aufgaben des Strahlenschutzes sowie an die Aufgaben, die durch den starken Zuwachs des Straßenverkehrs entstehen, weil sich gerade der Lärm in gesundheitlicher Hinsicht sehr nachteilig auswirkt. Ich erinnere an die immer stärker werdende Verunreinigung der Luft und des Wassers, und ich erinnere auch daran, daß sich durch die Neuregelung im Lebensmittelgesetz neue Aufgaben für das Ministerium ergeben haben. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß man bei der starken Vergrößerung möglichst vorsichtig zu Werk gehen sollte, denn neue Stellen und überhaupt die Stellen im Etat haben — das ist aus jahrelanger Erfahrung bekannt —, ein gewisses Beharrungsvermögen. Wenn sie einmal im Etat stehen, bleiben sie hartnäckig auch weiter bestehen und sind kaum wieder einmal wegzubekommen.

Zum Kapitel 08 12 Titel 101 haben wir mit Drucks. Abt. I Nr. 901 beantragt, bei der Bes.Gr. A 16 — Senatspräsidenten beim Landessozialgericht — die eingesetzte Zahl 6 durch die Zahl 5 zu ersetzen. Ein gleicher Antrag liegt auch von der Fraktion der CDU vor.

Die Fraktion der FDP hat vor einigen Jahren ganz dringend gefordert, die Senate beim Landessozialgericht zu vermehren, um erhebliche Rückstände, die sich damals besonders bei der Kriegsofferversorgung angesammelt hatten, endlich aufarbeiten zu können. Diesem Vorschlag, den wir gemacht haben, ist damals nicht Rechnung getragen worden, und zwar mit dem Bemerkten, daß man keinen neuen Senat bilden wolle, weil man befürchte, in absehbarer Zeit für diesen Senat nicht genügend Arbeit zu haben.

Man ist damals dazu übergegangen, die Zahl der Landessozialgerichtsräte zu vermehren und den einzelnen Senaten anstatt zwei nunmehr drei oder gar vier Berichterstatter zu-

zuteilen. Schön, das ist gut. Inzwischen hat sich auch die Geschäftslage der gesamten Sozialgerichtsbarkeit gewandelt. Nach einer im Bund durchgeführten neuen Erhebung sind beispielsweise die anhängigen Klagen in Kriegsofferversorgungssachen von 48 Prozent aller eingereichten Klagen im Jahre 1957 auf 27 Prozent im Jahre 1960 zurückgegangen. Gewiß, die Klagen in der Rentenversorgung haben dafür etwas zugenommen, aber im allgemeinen ergibt sich doch daraus, daß die etwa entstehenden Berufungen beim Landessozialgericht ebenfalls stark zurückgehen.

Sie selbst, Herr Minister, haben einmal geäußert, daß es einem Senat, der mit zwei Berichterstatter besetzt ist, durchaus möglich sei, 400 Sachen im Jahre zu erledigen. Wenn nun die Senate inzwischen mit drei oder gar mit vier Berichterstatter besetzt sind, dann muß sich doch daraus ergeben, daß mindestens 400 oder 500 Berufungen im Jahre erledigt werden können. Die Zahl der anhängigen Berufungen beträgt augenblicklich etwa 2400. Sie müßten also in einem Jahr erledigt sein, und diese Laufzeit ist dem Haushaltsausschuß als durchaus normal angegeben worden.

Wenn man nun noch dabei berechnet, daß die Zahl der Neueingänge im Jahre 1961 weiterhin zurückgehen wird, so ist es uns unverständlich, warum man jetzt auf einmal einen neuen Senat mit einem Senatspräsidenten einsetzen will. Ich glaube, daß für sechs Senate mit je drei Berichterstatter überhaupt keine Arbeit mehr da sein wird.

Zu Kapitel 08 30 Titel 950 liegt ein Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. Abt. I Nr. 849 — vor, der die Zuschüsse für nichtöffentliche Krankenanstalten um 2 Millionen DM erhöhen will. Wir stimmen diesem Antrag voll zu.

Wir haben auch den Einsatz von 16 Millionen DM für die Krankenhausförderung begrüßt. Ich möchte dabei nur darauf hinweisen, daß dem Landtag ein Nachweis der bisher bewilligten Mittel für die Krankenanstalten und auch für den Sozialplan für alte Menschen zugesagt worden ist. Ich hoffe, wir werden ihn bald bekommen.

Bei dem verstärkten Bau von Krankenanstalten erscheint uns allerdings ein Mangel jetzt recht bedrohlich zu werden, und das ist der immer stärker werdende Mangel an Assistenzärzten. Nach neueren Feststellungen fehlen jetzt schon in Westdeutschland 2050 planmäßige Assistenten. In dieser Aufstellung ist die Zahl der fehlenden Assistenzarzt-Stellen nicht mit eingerechnet; ebenso fehlen die Assistenten für die Belegärzte der Krankenhäuser, außerdem die unbesetzt bleibenden Stellen für Fachärzte, zum Beispiel Röntgenologen, Bakteriologen, Serologen, Pathologen usw.

Es hat sich ergeben, daß die erleichterte Zulassung der Ärzte zu den Krankenkassen und der verstärkte Bedarf an recht gut bezahlten Ärzten für die pharmazeutische Industrie eine erhebliche Abwanderung der Assistenzärzte bei den Krankenhäusern bewirkt haben. Außerdem müssen wir auch feststellen, daß bei der Bundeswehr und auch bei der Sozialversicherung für junge Ärzte sehr gute Möglichkeiten bestehen.

Wir schlagen vor, einmal eine Erhebung anzustellen, wieviel Assistenzärzte bei uns in hessischen Krankenhäusern fehlen, wieviel Stellen unbesetzt bleiben. Wir sollten uns noch einmal Gedanken darüber machen, wie wir diesem Mangel in absehbarer Zeit abhelfen können. Der Verband der leitenden Krankenhausärzte hat Maßnahmen bekanntgegeben, die er zur Behebung des Assistenzärztemangels vorschlägt. Er sieht eine Ursache besonders darin, daß die Ausbildungsmöglichkeiten klinischer Art für die Medizinstudenten nicht ausreichen. Der Verband schlägt zum Beispiel vor, andere Krankenhäuser mit in den Lehrbetrieb der Universitätskliniken einzubeziehen, vielleicht auch qualifizierte Chefärzte zu außerordentlichen Professoren zu ernennen und ihnen Pflichtvorlesungen zu übertragen.

Abg. Frau Kletke

Jedenfalls ergibt sich neben dem empfindlichen Mangel, den wir jetzt schon an Haus- und Pflegepersonal bei den Krankenhäusern haben, auch noch ein dritter großer Mangel, nämlich der Mangel an Assistenzärzten. Wir sollten ihn nicht so stark erwachsen lassen, ohne zu versuchen, hier einzugreifen.

Zu Kapitel 08 16 begrüßen wir es, daß bei der Gewerbeaufsicht ein Frauenreferat eingerichtet werden soll. Ich glaube, bei der sehr starken Beschäftigung von Frauen ergeben sich Probleme sozialer Art usw., die absolut von einer Frau für die Frau am besten geregelt und gelöst werden können.

In unserem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 784, den wir zu dem Kapitel 08 30 gestellt haben, ist der Titel 260 angegeben. Das ist inzwischen im Haushaltsplan geändert; es muß jetzt heißen: Titel 301. Zu diesem Titel beantragen wir, den Ansatz von jetzt 17 000 DM um 13 000 DM auf 30 000 DM zu erhöhen. Diese 17 000 DM waren angesetzt für Fort- und Ausbildungslehrgänge der Gemeindefachschwestern, Lehrschwestern der Krankenpflegesulen, Ausbildung der Impfärzte, Teilnahme von Medizinalpersonen an Fachtagungen.

Das ist bestimmt ein umfangreicher Katalog, und ich glaube, der Ansatz ist dafür auch nicht so hoch bemessen. Wir haben deshalb eine Erhöhung beantragt, weil wir hinter dem Wort „Impfärzte“ eingefügt haben möchten: sowie zur Fortbildung der Ärzte für die Krebsberatungsstellen hinsichtlich der neuesten Ergebnisse der Forschung, der Krebsuntersuchung und der Früherkennung des Krebses. Wir glauben, daß das eine Maßnahme ist, über die wir nicht weiter zu sprechen brauchen, die aber unumgänglich notwendig ist.

Zu Kapitel 08 30 Titel 956 und zu der von der Fraktion der CDU mit Drucks. Abt. I Nr. 850 geforderten Erhöhung des Zuschusses für Gemeindepflegestationen sind wir der Ansicht, daß das Ministerium jetzt beschleunigt die Prüfung der Fragebogenaktion durchführen soll und daß nach dem Resultat dann aber auch die Mittel eingesetzt werden sollen, die notwendig sind, um vor allen Dingen die großen Mängel zu beheben. Wir glauben, daß man jetzt eine bestimmte Summe dafür noch nicht einsetzen kann, aber wir möchten uns mit halben Maßnahmen auf diesem Gebiet durchaus nicht einverstanden erklären.

Zu Kapitel 08 37 Titel 3 d — Gebühren für die Schlachtier- und Fleischschau — haben wir mit Drucks. Abt. I Nr. 816 beantragt: „Dem Einnahmeansatz ist in Verbindung mit Titel 303 ein Haushaltsvermerk anzufügen; aus diesem Vermerk muß lückenlos ersichtlich sein, welchem Verwendungszweck die Gebühren in ihrem Gesamtaufkommen zugeführt werden.“ Der Gebührenansatz ist in den Einnahmen sehr beträchtlich. 5,9 Millionen DM Gebühren sind zweckgebundene Einnahmen; ihre Verwendung muß in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Sache stehen.

Wir sehen nicht ein, daß ein Überschuß von mehr als 1 Million DM erzielt und daß dieser Überschuß eventuell zur Abdeckung anderer Aufgaben verwendet wird. Wir beantragen deshalb eine detaillierte Übersicht über die Verwendung der Gebühren zu Kapitel 08 37 Titel 3 d.

Zu Kapitel 08 40 Titel 605 neu — Ausbildung von Haus-, Familien- und Altenpflegerinnen — möchten wir nur darauf hinweisen, daß wir heute nicht in die mißliche Lage gekommen wären, einen solchen Mangel an diesen Pflegekräften zu haben, wenn das Hohe Haus unseren wiederholt gestellten Anträgen auf Einsetzung von Mitteln zur Ausbildung von Hauspflegerinnen früher einmal Rechnung getragen hätte.

Zu Kapitel 08 45 Titel 615 — Förderung von Freizeiteinrichtungen sowie der Ferien- und Urlaubserholung — haben wir mit Drucks. Abt. I Nr. 785 beantragt, den Ansatz um 300 000 DM zu erhöhen und in den Erläuterungen in Absatz 4 den Ansatz von 785 000 DM auf 1 085 000 DM zu erhöhen.

Inzwischen hat auch der Sozialpolitische Ausschuß eine Empfehlung gegeben, diesen Ansatz nicht um 300 000 DM, sondern um 400 000 DM zu erhöhen. Wir sind bei unserem Antrag davon ausgegangen, daß die Mittel für die gestellten Anträge nicht ausreichen. Wir sehen diese Maßnahme für die Jugend als ganz besonders förderungswürdig an und möchten auch verhindern, daß Jugendliche in Ferienlager der Ostzone abwandern.

(Abg. Höhne [SPD]: Was sowieso verboten ist!)

Aus diesen Gründen haben wir den Antrag auf Erhöhung gestellt.

Zum Kapitel 08 45 Titel 618 — Förderung der Jugendberufshilfe — haben wir mit Drucks. Abt. I Nr. 817 beantragt, den Ansatz um 100 000 DM zu erhöhen und in den Erläuterungen einen Absatz 2 einzufügen: Zu Ausbildungskursen in Hauswirtschaft für schulentlassene Mädchen.

Das ist ein Anliegen, das uns ganz besonders am Herzen liegt und von dem wir glauben, daß die Mittel hier sehr nutzbringend angesetzt wären. Für die jungen Mädchen soll die Möglichkeit geschaffen werden, neben ihrer Berufsausbildung auch noch eine Ausbildung in Hauswirtschaft durchzumachen. Diese Kurse können gut durch die Volkshochschulen durchgeführt werden. Sie können in Verbindung mit den Frauenverbänden, aber auch in Verbindung mit den bestehenden Berufsschulen und Berufsfachschulen abgehalten werden.

Wir wissen alle, wie wertvoll eine ordentliche Familienführung für den Staat ist, wir wissen aber auch, wie unwertschenswert es für die Volkswirtschaft ist, wenn die Haushalte bei uns wirtschaftlicher geführt werden. Wie viele soziale Schäden hängen davon ab, wenn eben eine Frau nicht zu wirtschaften versteht, wenn sie nicht in der Lage ist, ihre Familienangelegenheiten in Ordnung zu halten?! Die meisten jungen Mädchen gehen heute nach der Schulentlassung sofort in die Berufsausbildung. Sie haben deshalb kaum die Möglichkeit, eine hauswirtschaftliche Ausbildung durchzumachen.

In vielen Haushalten ist heute auch die Mutter berufstätig. Es fehlt an der rechten Anleitung, und es gibt leider auch eine ganze Anzahl Haushalte, die nicht so geführt sind, daß die jungen Mädchen etwas lernen könnten. Es ist wirklich oft erschütternd zu sehen, mit wie wenigen Kenntnissen die jungen Mädchen dann, wenn sie verheiratet sind, den Anforderungen ihres Haushaltes gegenüberstehen. Wenn nach der Verheiratung noch viele junge Frauen berufstätig sein wollen, dann ist es für sie sehr vorteilhaft, wenn sie beizeiten gelernt haben, zeit- und arbeitssparend zu wirtschaften. Dann können sie Beruf und Haushalt viel besser miteinander verknüpfen.

Bedauerlich ist es auch, daß unsere jungen Mädchen in den höheren Lehranstalten nach Obertertia keinen Unterricht in technischen Fächern mehr haben. Diese Tatsache wird von ihnen und auch von den Eltern immer wieder beklagt. Wenn diese jungen Mädchen zur Berufsausbildung von zu Hause weggehen müssen, dann können sie sich doch nur sehr schlecht helfen, weil sie manches einfach nicht gelernt haben. Deshalb glauben wir, daß diese Mittel besonders gut im Jugendplan eingesetzt wären.

Im übrigen habe ich für meine Fraktion zu sagen, daß wir dem Einzelplan 08 zustimmen werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Fleckenstein.

Abg. Fleckenstein (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Anträge zu dem Einzelplan 08, die ich im Namen meiner Fraktion zu begründen habe, gruppieren sich im wesentlichen um die große Aufgabe der Volksgesundheit. Wir alle wissen, wie intensiv und wie beständig uns gerade diese Fragen in allen

Abg. Fleckenstein

Variationen in diesem Hohen Haus und in seinen Ausschüssen seit Jahren bis zum heutigen Tag beschäftigt haben, und das wird auch in der Zukunft der Fall sein. Wir sahen uns daher veranlaßt, die vorliegenden Anträge zu stellen, die begründet und gerechtfertigt sind und für die wir Ihre Unterstützung erwarten.

Zu den Anträgen selbst. Zunächst der Antrag Drucks. Abt. I Nr. 849 zu Kapitel 08 30 Titel 950: Er betrifft Zuschüsse zu Baumaßnahmen, zur Modernisierung und zur Ergänzung der Einrichtungen nichtöffentlicher Krankenanstalten. Der Ansatz soll um 2 Millionen DM auf 6 Millionen DM erhöht werden. Unsere Begründung: Für die kommunalen Krankenhäuser sind im kommunalen Finanzausgleich sowie bei Zuweisungen an die Gemeinden rund 12 138 000 DM vorgesehen, für die nichtöffentlichen Krankenanstalten jedoch nur 4 Millionen DM insgesamt. Wenn man bedenkt, daß es in Hessen zusammen 46 834 Krankenbetten gibt, wobei die Krankenbetten in Kuranstalten, Sanatorien und Strafanstalten nicht eingerechnet sind, so bedeutet das aufgeschlüsselt 27 743 Betten bei öffentlichen und 19 091 bei nichtöffentlichen Krankenanstalten. Bettenzahl und finanzieller Aufwand in Relation gesetzt, läßt sofort erkennen, daß das gute Relation ist: 12 138 000 DM für 27 700 Betten, aber nur 4 Millionen DM für 19 100 Betten. Deshalb unser Aufstockungsantrag, obwohl wir wissen, daß auch dann noch nicht die Rede von einem ausgewogenen Verhältnis sein kann.

Unser zweiter Antrag Drucks. Abt. I Nr. 850 zu Kapitel 08 30 Titel 956 neu befaßt sich mit den Gemeindepflegestationen, auf die auch Frau Kollegin Kletke schon zu sprechen gekommen ist. Es gibt in Hessen rund 1200 dieser Gemeindepflegestationen. Lassen Sie mich den seitherigen Verlauf der Behandlung im parlamentarischen Raum kurz rekonstruieren. Meine Fraktion hat erstmals zum Haushaltsplan 1960 beantragt, Zuschüsse für die Gemeindepflegestationen zu leisten. Leider wurde unser Antrag seinerzeit abgelehnt. Es kam aber als kleine Frucht erfreulicherweise eine Fragebogenaktion in Gang, um einen Überblick zu verschaffen über die Zahl der Pflegestationen sowie ihre Unterhaltung und Finanzierung. Wiederum erfreulicherweise wurden im laufenden Haushaltsjahr 1960 erstmals 140 000 DM aus Lottomitteln zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Gemeindepflegestationen bewilligt. Wir dürfen diesen Beginn einer Hilfe wohl mit der überzeugenden Berechtigung unseres Antrages motivieren, ebenso wenn jetzt zum ersten Male für 1961 ein Zuschuß von 180 000 DM zur Ergänzung und Modernisierung der Einrichtungen im Etat vorgesehen ist. Und doch meinen meine Freunde, das könne nicht alles sein, das entspreche ja nicht einmal unserem Antrag von 1960. Deshalb unser jetziger Antrag auf Erhöhung des Ansatzes auf 600 000 DM, diesmal freilich als Zuschuß des Landes zur Unterhaltung der Gemeindepflegestationen, wie dies in anderen Bundesländern bereits geschieht.

Bei 1200 Stationen in Hessen und durchschnittlichen Jahreskosten von 5000 DM je Station = 6 Millionen DM, sind die beantragten 600 000 DM ohnedies nur 10 Prozent der tatsächlichen laufenden Kosten. Frau Kollegin Kletke hat bereits auf die Fragebogenaktion hingewiesen. Ich hatte ohnedies vor, darauf hinzuweisen, und zwar bleibt die Frage offen, wie weit diese Fragebogenaktion gediehen ist. Für September 1960 war im Sozialpolitischen Ausschuß ein Bericht über den Stand der Pflegestationen in Aussicht gestellt. Dieser Bericht unterblieb. Wie ich höre, wurden stattdessen neue Erhebungsbogen verschickt. Ich möchte meinen, das Ergebnis der Erhebungen sollte nicht nur für den Sozialpolitischen Ausschuß, sondern auch für den Landtag selbst von großem Interesse sein.

Unser dritter Antrag Drucks. Abt. I Nr. 851 zu Kapitel 08 37 Titel 310 befaßt sich mit der Feststellung von Tier-

krankheiten und mit Maßnahmen zur Förderung des Tiergesundheitsdienstes. In dem Antrag heißt es:

„Der Ansatz ist um 35 000 DM auf 100 000 DM zu erhöhen. In die Erläuterungen ist eine neue Ziffer 3 mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„3. Förderung von Tierheimen im Interesse des Tier-schutzes 35 000 DM.“

Hier, so können wir feststellen, verbinden sich also vorsorgliche Maßnahmen, nämlich die frühzeitige Feststellung von möglicherweise auch für den Menschen gefährlichen Tierkrankheiten, mit der Förderung des Tiergesundheitsdienstes und des Tierschutzes. Es ist bekannt, daß die Mittel für den Tierschutz und für Tierheime häufig mehr als kümmerlich sind.

(Abg. Waller [GB/BHE]: Sehr wahr!)

In Zeiten reichlich fließender Steuereinnahmen sollten wir uns der Hilfe für das Tier, oft genug der beste Freund des Menschen, nicht verschließen.

(Abg. Frau Kletke [FDP] und Frau Dr. Strecker [CDU]:
Sehr gut, sehr wahr!)

Unser vierter Antrag Drucks. Abt. I Nr. 852 zu Kapitel 08 40 Titel 603 befaßt sich mit der Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Es heißt in dem Antrag:

„Der Ansatz ist um 150 000 DM auf 1 150 000 DM zu erhöhen.

In den Erläuterungen ist unter Ziffer 1 die Zahl 750 000 DM durch 900 000 DM zu ersetzen.“

Ich muß hier auf die freiwilligen großen Leistungen der freien Wohlfahrtsverbände hinweisen. Soviel bekannt ist, betragen diese etwa 24 Millionen DM im Jahr. Bei ihrem Ausfall müßte eine andere Stelle — die Öffentlichkeit, das heißt also letztlich der Staat — mit dieser Leistung einspringen. Deshalb unser Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 150 000 DM. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Die beiden letzten Anträge Drucks. Abt. I Nr. 853 zu Kapitel 08 45 Titel 63 und Drucks. Abt. I Nr. 854 zu demselben Kapitel Titel 613 sind im Zusammenhang zu sehen. Titel 63 ist ein Einnahmetitel, Titel 613 ein Ausgabebetitel. Aus dem kommunalen Finanzausgleich werden in dem genannten Titel 3 700 000 DM vereinnahmt, während der Ausgabebetitel 613 des gleichen Kapitels 2 Millionen DM zur Bezuschussung beim Neubau von Kindertagesstätten zweckgebunden vorsieht. Nach den Richtlinien des Hessischen Jugendplanes erhalten die kommunalen Kindergärten 30 Prozent, die freigemeinnützigen Kindergärten aber nur 20 Prozent als Zuschuß. Wir betonten bereits bei früheren Gelegenheiten, daß wir diese unterschiedliche Behandlung für ungerrecht halten, weil es nach dem noch gültigen Reichsjugendwohlfahrtsgesetz eigentlich umgekehrt sein müßte, wobei noch hinzukommt, daß die freien Verbände und die Kirchen selbst keine Anträge auf Bezuschussung stellen können, sondern daß diese Anträge nur von der politischen Gemeinde eingereicht werden können, so daß hier die Verquickung zwischen dem kommunalen Finanzausgleich und der Bezuschussung aller Kindergärten gegeben ist. Wir sind der Meinung, daß dies dadurch geändert werden sollte, daß in der Ausgabe die Zuschüsse für kommunale und freigemeinnützige Kindergärten getrennt in Ansatz gebracht werden, so daß die Träger der freigemeinnützigen Einrichtungen auch wieder die Möglichkeit haben, ihre Anträge selbst einzureichen. Nach den Ausführungen des Herrn Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen im Verlaufe einer Polemik in Presse und Rundfunk im Jahre 1959 ist der gesamte Haushaltsansatz mit 45 Prozent an die kommunalen und mit 55 Prozent an die Einrichtungen der freigemeinnützigen Verbände gegangen. Nach diesen Angaben sind wir der Meinung, daß man den Haushaltsansatz für 1961 entsprechend aufschlüsseln sollte, das heißt mit 45 Prozent =

Abg. Frau Gärtner

900 000 DM und 55 Prozent = 1 100 000 DM von den insgesamt 2 Millionen DM für die Einrichtungen der kommunalen bzw. freigemeinnützigen Verbände. Das bedeutet aber, daß aus dem kommunalen Finanzausgleich 1 100 000 DM herausgenommen werden müßten, um hier verfügbar zu sein. Daraus wird sich notwendigerweise ergeben, daß man auch die Richtlinien für die Bezuschussung von Kindertagesstätten ändern muß.

Nun ein letztes zum Titel 613. Das Land Hessen gibt Zuschüsse für die Einrichtung von Mütterschulen. Schwierigkeiten der Finanzierung erfordern aber auch Zuschüsse zu den Unterhaltungskosten durch das Land. Auch hier liegen beispielhafte Regelungen anderer Länder vor. Der Herr Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen kennt das aus seiner Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen, wo das Land 40 bis 50 Prozent aller laufenden Unterhaltungskosten dieser Schulen als Zuschuß trägt. Dabei spielt die Trägerschaft selbst keine Rolle. In Hessen gibt es fünf Mütterschulen. Die laufenden Unterhaltungskosten je Schule betragen pro Jahr 50 000 bis 60 000 DM. Wenn wir nur eine zehnpromzentige Bezuschussung ins Auge fassen, ergibt das einen Landeszuschuß von etwa 30 000 DM insgesamt.

Abschließend darf ich sagen, daß wir uns freuen würden, wenn Sie den von mir begründeten Anträgen zustimmen würden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Frau Abg. Gärtner.

Abg. Frau Gärtner (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich zunächst zu den Anträgen Stellung nehme. Der Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 901 — zu Kapitel 08 12 Titel 101 befaßt sich mit der Vermehrung der Stellen für Senatspräsidenten beim Landessozialgericht von fünf auf sechs. Ich möchte dazu im Gegensatz zu Frau Kollegin Kletke feststellen, daß ich mir die Zahlen aus dem Jahre 1959 angesehen und dabei festgestellt habe, daß das Verhältnis der Klagen zu den Berufungen so ist, daß von 11 000 Klagen 60 Prozent aus dem gleichen Jahre stammen, während bei 980 Berufungen nur rund 22 Prozent aus dem gleichen Jahre stammen. Der Anteil der Berufungen liegt zum Teil mit 27,2 Prozent bzw. 33,9 Prozent zwei bis drei Jahre zurück.

(Abg. Wöll [SPD]: Fünf Jahre!)

— Ja, auch, aber diese hohen Zahlen liegen zwei bis drei Jahre zurück. Es ergibt sich daraus, daß Berufungsfälle schwierigere Fälle sind, abhängig von Gutachten, die manchmal bis zu einem Jahr dauern, so daß in diesem Fall der Überhang an Berufungen die Rechtfertigung für die Höhe der Zahl der Senate darstellt. Bei einer fortschreitenden Entlastung der Berufungssenate kann natürlich nach und nach auch eine Verringerung der Stellen ins Auge gefaßt werden, um so mehr, als einer der älteren Herren am 31. Dezember 1961 in den Ruhestand tritt.

Zu dem Antrag der Fraktion der FDP zu Kapitel 08 30 Titel 301 — Drucks. Abt. I Nr. 784 — den wir schon verändert haben, wäre zu sagen, daß die Heil- und Pflegeberufe, also die Gemeindegewerkschaften, Lehrschwwestern, Krankenpfleger usw., hieraus Mittel erhalten, um an entsprechenden Fachtagungen teilzunehmen. Die Ärzte, die wir in den Krebsberatungsstellen brauchen, erhalten die Mittel zu ihrer notwendigen Ausbildung aus dem Titel 603, der mit 180 000 DM ausgewiesen ist, und zwar für Zuschüsse zur Errichtung und Unterhaltung von Geschwulstberatungsstellen. Die hier vorgesehenen Mittel sind ausreichend, so daß wir den Antrag abzulehnen bitten.

Im Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. Abt. I Nr. 849 — zu Kapitel 08 30 Titel 950 werden für die nicht-öffentlichen Krankenanstalten 2 Millionen DM mehr, nämlich 6 Millionen DM insgesamt, für das Jahr 1961 erbeten. Hierzu ist zu sagen, daß die Mittel ohnedies von 3,5 auf 4 Millionen DM erhöht worden sind. Sie sind von Jahr zu Jahr erhöht worden. Es kommt hinzu, daß der Krankenhaus-Fünfjahresplan vorbereitet worden ist, der für die antragstellenden Träger auch eine Erleichterung in der Finanzierungshilfe bringt. In der Relation der Bettenzahl scheint mir das Größenverhältnis durchaus berechtigt, um so mehr, als wir wissen, daß die Kommunen — die Kreise und Städte — sich an der Erstellung der privaten und freigemeinnützigen Krankenhäuser beteiligen und außerdem der Bund 25 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat, die ausschließlich für freie Krankenhäuser bestimmt sind. Nach der Schlüsselzahl würden damit allein vom Bund 2,5 Millionen DM auf Hessen für den Bau und die Verbesserung seiner nichtöffentlichen Krankenhäuser entfallen.

In dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 850 zu Kapitel 08 30 Titel 956 geht es um die Frage der Gemeindepflegestationen. Wir haben diese Frage im Sozialpolitischen Ausschuß sehr eingehend besprochen. Damals waren die Vertreter aller Fraktionen zu der Überzeugung gekommen, daß zunächst eine Summe von 180 000 bis 200 000 DM durchaus entsprechend sei, um so mehr, als wir es für erstrebenswert hielten — und es wird nun auch so praktiziert —, daß sowohl die Landesversicherungsanstalt als auch der Landeswohlfahrtsverband sich etwa in gleicher Höhe an der Aufbringung der Mittel für die Gemeindepflegestationen beteiligen. Wenn wir es auch für notwendig halten, daß kleine finanzschwache Gemeinden unterstützt werden, daß sie Hilfestellung zur Einrichtung der Gemeindepflegestationen bekommen — auch im Interesse der Behebung der Krankenhausbettennot —, so sehr müssen wir doch auch den Standpunkt vertreten, daß die Bereitstellung einer Krankenpflegestation eine echte Selbstverwaltungsaufgabe ist. Wir sollen den Bericht über die Auswertung der großen Umfrage im Sozialpolitischen Ausschuß noch bekommen. Ich glaube, daß der gegenwärtige Augenblick nicht der rechte ist, um jetzt schon die Mittel zu erhöhen,

(Abg. Wöll [SPD]: Sehr gut!)

sondern daß das sicher noch einer eingehenden Prüfung auf Grund der Ergebnisse dieser Erhebung bedarf.

Zum Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 816 — zum Kapitel 08 37 Titel 3 d möchte ich nur kurz sagen, daß wir den Haushaltsvermerk in dieser Veränderung ablehnen.

Zum Antrag Drucks. Abt. I Nr. 851 der Fraktion der CDU zu Kapitel 08 37 Titel 310 darf ich ebenso kurz erwähnen, daß wir damit einverstanden sind, daß 35 000 DM für die Unterhaltung von gemeinnützigen Tierschutzheimen gegeben werden, natürlich nur, soweit es sich nicht um Erwerbsunternehmen handelt.

Der Antrag Drucks. Abt. I Nr. 852 der Fraktion der CDU fordert, daß die freie Wohlfahrtspflege mit noch höheren Mitteln dotiert wird, als es im Haushaltsplan vorgesehen ist. Der Ansatz bei Kapitel 08 40 Titel 603 soll um 150 000 DM erhöht werden. Auch diese Ansatzsumme ist von Jahr zu Jahr vergrößert worden, mit vollem Recht und durchaus in unserem Sinne. Wir möchten aber doch darauf hinweisen — der Herr Berichterstatter hat es vorhin sehr eingehend mit Zahlen belegt —, daß der Sozialplan für alte Menschen und der Fünfjahresplan zum Ausbau und Neubau von Krankenhäusern doch eine so beachtliche und anerkanntswerte Leistung gerade auch für die Träger der freigemeinnützigen Einrichtungen darstellen, daß es uns ungerechtfertigt erscheinen würde, wenn wir jetzt auch noch diese Mittel erhöhten; denn die eigentlich umfassenden Investitionsmittel werden ja für die Träger der freigemeinnützigen Einrichtungen frei, so daß

Abg. Frau Gärtner

is in dem Sinne also viel besser dotiert sind als in den Jahren vorher, was wir begrüßen und gutheißen.

In den beiden Anträgen der Fraktion der CDU zum Kapitel 08 45 Titel 63 — Drucks. Abt. I Nr. 853 — auf der Einnahmenseite und Titel 613 — Drucks. Abt. I Nr. 854 — auf der Ausgabenseite geht es im wesentlichen um die Kindertagesstätten und um die Unterhaltung von Mütterschulen und Elternschulen. Wir haben uns auch darüber im Fachausschuß schon mehrfach unterhalten, daß es nicht richtig ist, wenn man sagt, 20 Prozent bekommen die freigemeinnützigen Kindertagesstätten vom Land und 30 Prozent bekommen die kommunalen. Sie wissen ganz genau — und wenn Sie es nicht wüßten, so ist es doch oft genug gesagt worden —, daß diese Dotierung ja berücksichtigt, daß sich die beantragenden kommunalen Stellen — die Gemeinden, die Kreise, die Städte — an der Dotierung der Kindertagesstätten selbst beteiligen müssen, daß also ein wesentlicher Teil der Ausgaben auch durch die kommunalen Stellen an die freigemeinnützigen Kindertagesstätten geht, und daß weiter auch die großen Verbände vom Bund unmittelbar in sehr beträchtlicher Höhe für ihre eigenständigen Aufgaben dotiert werden. Wir möchten deshalb durchaus aufrechterhalten, daß der Einnahmetitel bleibt wie er war, und daß wir innerhalb des Ausgabentitels 613 in Ziffer 1 keine Unterscheidung machen zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Kindertagesstätten, sondern für alle Sparten dieser Kindertagesstätten den Titel so ohne Erläuterung ansetzen.

Erlauben Sie mir, hier aus den Ergebnissen der Jahre 1958 und 1959 noch einmal kurz die Relationen anzusagen:

Für den Neubau und die Erweiterung wurden bezuschußt: kommunale Träger für 50 Kindergärten mit 773 000 DM, das waren 45,1 Prozent; freie Träger für 67 Kindergärten mit 939 400 DM, das waren 54,9 Prozent. Hinzu kamen für die Verbesserung bestehender Kindergärten in den Jahren 1958 und 1959 insgesamt für kommunale Träger für 31 Kindergärten 68 380 DM, das waren 21,8 Prozent, für freie Träger für 110 Kindergärten 244 150 DM, das waren 78,2 Prozent. Sie ersehen aus der tatsächlichen Situation, daß wir mehr freie und gemeinnützige Kindergärten haben als kommunale. Wir sind froh, alle diese Kindertagesstätten für unsere hessischen Kinder zu besitzen. Es ergibt sich ganz von selbst eine gerechte Verteilung der Mittel, und wir möchten deswegen in den Erläuterungen keine Änderungen vornehmen.

Im Kapitel 08 45 Titel 615 — Zur Förderung von Freizeiteinrichtungen sowie der Ferien- und Urlaubserholung — ist der Betrag für die Errichtung, Einrichtung und Ausstattung von Zeltlagern usw. — Punkt 4 der Erläuterungen zu Titel 615 — vom Vorjahr 600 000 DM auf 785 000 DM erhöht worden. Es ist richtig, daß wir im Sozialpolitischen Ausschuß die Empfehlung an den Haushaltsausschuß beschlossen hatten, daß sowohl das Kindererholungsheim des Kreises Waldeck als auch das Kindererholungsheim der Stadt Frankfurt auf der Wegscheide mit je 200 000 DM berücksichtigt werden sollten. Da aber innerhalb meiner Fraktion der Beschluß gefaßt wurde, dies jetzt nicht zum Antrag zu erheben, sondern beide Einrichtungen, die im Laufe des nächsten Jahres ihre Bauten fertigstellen müssen, auf Lottomittel zu verweisen und sie ihnen zuzusichern, möchten wir, daß der Ansatz nun hier nicht weiter erhöht wird, sondern daß es bei der Erhöhung um 185 000 DM im Titel 615 für Punkt 4 der Erläuterungen bleibt. Es ist damit durchaus dem organischen Wachstum sowohl der Einrichtungen als auch der Vermehrung und Intensivierung der Erholungsmöglichkeiten von Jahr zu Jahr Rechnung getragen worden.

Zum Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 817 — zum Kapitel 08 45 Titel 618 — Förderung der Jugendberufshilfe — ist zu sagen, daß durchaus die Möglichkeit angestrebt werden muß, junge Mädchen der Haushaltungszuführung. Es dürfte Sie, Frau Kleitke, und auch die

anderen Damen, soweit sie in der Arbeitsgemeinschaft hessischer Frauen mitarbeiten, interessieren, daß diese Arbeitsgemeinschaft eine Petition geschickt hat, die an den Kulturpolitischen Ausschuß ging, mit der Bitte, daß die Haushaltungsschulen in Hessen doch so vermehrt werden, daß kein Mädchen mehr wegen Platzmangels von der Aufnahme zurückgewiesen werden muß. Ich muß sagen, daß im Augenblick die Berufsnot insofern nicht so groß ist, als jetzt die geburten-schwachen Jahrgänge die Schule verlassen und die Wirtschaft sich um die Jugendlichen reißen und nicht einmal alle Lehrstellen besetzt werden können.

Ich möchte aber noch auf eine Möglichkeit hinweisen. Es ist heute bei der Besprechung des Einzelplans 09 gesagt worden, daß die landwirtschaftlichen Schulen nicht mehr voll ausgenützt worden sind. Das klingt beinahe ein bißchen nach einer Fehlinvestition. Das ist den Frauenverbänden neulich auch innerhalb der Landwirtschaftskammern gesagt worden mit der Bitte, daß wir versuchen sollen, die Mädchen, die woanders keine Möglichkeit zu hauswirtschaftlicher Ausbildung haben, in die landwirtschaftlichen Schulen zu schicken

(Zuruf)

— die sind innerhalb der Städte! —, wo gegen eine ganz geringe Finanzierung die Möglichkeit besteht, die Mädchen der Haushaltungsschulung zuzuführen. Zu dem Titel selber muß ich aber sagen: Es handelt sich hier um berufsschwache und berufs-unreife Jugendliche. Der Titel enthält keine Mittel zur Ausbildung von gesunden Jugendlichen. Für berufsschwache und berufs-unreife Jugendliche ist er zunächst ausreichend, und wir bitten deswegen auch, dem Antrag auf Erhöhung nicht stattzugeben.

Der Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. Abt. I Nr. 872 — zu Kapitel 08 46 Titel 611 befaßt sich mit dem Bund Europäischer Förderalisten, Landesverband Hessen. Das ist ein Bund von Jugendlichen, die auch im Europahaus in Marienberg arbeiten. Diese Jugendlichen haben im Rahmen des Landesjugendplans im Jahre 1960 einen Betrag von 3000 DM erhalten. Sie haben ihn — wie alle anderen Verbände — entsprechend dem Nachweis ihrer Tätigkeit erhalten. Sie haben Tagungen mit jugendlichen Teilnehmern abgehalten und sind genau nach ihrem Bedarf bezuschußt worden. Sie werden selbstverständlich weiter, wie alle anderen Jugendverbände auch, entsprechend ihren Anträgen und Begründungen dazu im Rahmen des Hessenjugendplans einen Zuschuß erhalten.

Alle bisher behandelten Anträge waren wohl mehr eine Frage des Maßes und der Abstufung, und mir scheint das ein recht gutes Zeichen dafür zu sein, daß das vor zwei Jahren so umstrittene Ministerium sich inzwischen einen festen Platz geschaffen hat, daß es zu einer inneren Festigung gekommen ist — es kam ja aus zwei verschiedenen Ministerien —, daß die Persönlichkeit des Herrn Ministers sich allenthalben auswirkt — wir haben ihn ja wegen seiner reichen Erfahrungen aus einem anderen Land geholt —, und daß die Abteilungen um so lebendiger arbeiten, je besser wir sie mit Fachleuten ausstatten können.

Ich möchte zum Personalbedarf, der vorhin von Ihnen, Frau Kleitke, noch einmal beanstandet wurde, doch sagen, daß er mir durch das, was der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, begründet erschien. Sie selbst haben dem nachher ja auch Rechnung getragen. Es ist von den Rednern, die vor mir gesprochen haben, deutlich gesagt worden, wie erfreulich es ist, daß der Schwerpunkt der Gesundheitspolitik eine so hervorragende Rolle spielt. Es erweist sich doch, daß Hessen hier im Laufe der Jahre im Interesse der Volksgesundheit sehr planvoll und vorausschauend Vorsorge und Fürsorge getrieben hat. Eine Reihe von großen vorsorgerischen Maßnahmen — z. B. die Impfkation, die Jugendzahnpflege, die Tuberkulose- und Geschwulstkrankheitenbekämpfung — wird systematisch weitergeführt. Das Krankenhaus mit allen dazu-

Abg. Frau Gärtner

gehörigen Problemen, auch der Menschen, die in ihm arbeiten, hat seine Beachtung gefunden, und daß für Jahre hinaus großzügig Landesmittel angesetzt werden, begrüßen wir alle.

Vor allem aber scheint es mir besonders wichtig, daß die Planung des Krankenhausbaues ein sorgsam geflochtenes Netz über das ganze Land legt, so daß dann Krankenhäuser und Spezialkliniken für die Bevölkerung überall zur Verfügung stehen. Auch der Sozialplan für alte Menschen ist ein Markstein in unserer Entwicklung, weil er den geänderten Verhältnissen Rechnung trägt, daß wir mehr alte Menschen, daß wir länger lebende alte Menschen haben und daß diese alten Menschen heute im wesentlichen ohne Familienpflege ihr Alter verbringen.

Wenn ich das vorausgeschickt habe, dann ist es mir um den letzten Antrag zum Einzelplan 08 zu tun, um den Antrag Drucks. Abt. I Nr. 863 der Fraktion der SPD, der den einzigen Satz enthält: „Die Zahl der Planstellen nach TO.A IVb ist um 3 auf 4 zu erhöhen.“ Dieser Satz hat in seinen wenigen Worten stärkere politische Bedeutung als alle anderen Anträge vorher. Ich möchte das begründen: In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben wir uns in diesem Hause sehr eindringlich mit der fortschreitenden Entwicklung bei einigen Berufsgruppen befaßt, deren Bedeutung um so mehr erkannt wurde, je mehr Mangel an Fachkräften spürbar wurde. Es waren dies Lehrer, Krankenschwestern und auch Ärzte. Wir haben im Laufe der Jahre durch vorausschauende Maßnahmen rechtzeitig abhelfen können, und es zeigte sich langsam ein Erfolg.

Anders ist es mit den sozialpädagogischen Berufen beim Ausbau der sozialpädagogischen Einrichtungen zur notwendigen Stärkung und Ergänzung der Familie, wie sie vor allem im Landesjugendplan vorgesehen sind, wie sie aber auch schon in den Dorfgemeinschaftshäusern praktisch werden, wie sie draußen von den kommunalen Jugendämtern, von den Gemeinden und Verbänden errichtet werden. Mit dem Ausbau dieser Einrichtungen zeigt sich nun in erschreckender Weise ein Mangel an pädagogisch und sozial vorgebildeten Fachkräften. Es zeigt sich deutlich, daß es nicht damit getan ist, die Einrichtungen zu schaffen, noch so gute und neuzeitliche Häuser zu bauen, wenn nicht zugleich in diesen Heimen und Tagesstätten auch ein guter und neuzeitlicher Stil und Geist gewährleistet ist, das heißt, daß in ausreichender Zahl qualifiziertes Personal eingestellt wird.

Das Landesjugendamt hat im Jahre 1957 Richtlinien erarbeitet, und zwar gemeinsam mit den Trägern der freien und gemeinnützigen Kindertagesstätten, Richtlinien für die Kindertagesstätten im Lande Hessen. Sie sind im Februar 1957 beschlossen worden und sollen am 1. April 1962 in Kraft treten. Es sind Richtlinien sowohl über die bauliche Ausgestaltung und zweckmäßige Einrichtung als auch über die personelle Besetzung. Sie sind alle in Einzelheiten begründet und in einem notwendigen Rahmen gemeinsam festgelegt worden. Nun stellt sich ein Jahr vor dem endgültigen Inkrafttreten dieser Richtlinien heraus, daß es nicht möglich ist, daß sie schon gültig werden, weil die Träger der Kindertagesstätten die Bedingungen in bezug auf die personelle Besetzung gar nicht erfüllen können. Wir werden uns also im Landesjugendausschuß damit befassen müssen, daß sich die Übergangszeit zwangsläufig verlängert.

Hier möchte ich noch kurz den Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. Abt. I Nr. 854 — heranziehen, in dem davon gesprochen wird, daß auch die Unterhaltung der Mütter- und Elternschulen eine Rolle spielt. Die Mittel selber sind schon vermehrt worden, und zwar zur Begründung und Ausgestaltung von Eltern- und Müttertschulen. Wir sind von 30 000 DM auf 50 000 DM gekommen. Aber auch hier ist die entscheidende Frage die der personellen Besetzung.

Hinsichtlich der Kindergärten ist zu sagen, daß viele Kindergärten im Lande nicht ordnungsgemäß besetzt und

geleitet sind. Es fehlt an ausgebildeten Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen in der Führung, und es fehlt damit der notwendige pädagogische Einfluß, so daß statt der Kindergärten, wie sie seit mehr als 150 Jahren — damals durch Fröbel — gefordert werden, heute oft nur noch Kinderbewahranstalten vorhanden sind. Zwei Petitionen sind an den Haushaltsausschuß gegangen, die sich mit dieser Frage befassen. Der Haushaltsausschuß hat sie dem Sozialpolitischen Ausschuß zur Besprechung überwiesen. Im Haushaltsausschuß selbst sind wir noch nicht dazu gekommen, die Empfehlungen wieder zur Kenntnis zu nehmen. Es handelt sich um eine Petition des Jugendwohlfahrtsausschusses Schlüchtern, die in der Forderung gipfelt, die Personalkosten für die Kindertagesstätten möge das Land übernehmen, und es handelt sich um eine Petition der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Diese hat in einer sehr gründlichen Weise 60 Kindergärten in Hessen untersucht und fordert nach sehr ausführlicher Begründung der Unzulänglichkeiten eine ganze Anzahl von Fachkräften des Landesjugendamtes über das Land verteilt, die die Garantie dafür geben sollen, daß diese Kindergärten durch Beratung der Träger und Fortbildung der Erzieherinnen leistungsfähig gemacht werden, soweit das möglich ist.

Das Landesjugendamt hat als obere Landesbehörde die Aufsichtspflicht über die Kindergärten, und zwar handelt es sich hier um die Befreiung von der gesetzlich geforderten Pflegekinderhalteerlaubnis. An Hand der Richtlinien ist festgelegt worden, daß die Befreiung von der Pflegekinderhalteerlaubnis und damit die Möglichkeit, eine Kindertagesstätte zu halten, nur dann gegeben ist, wenn die Mindestbedingungen der Richtlinien erfüllt sind. Ich sagte schon eingangs, die Erfüllung dieser Bedingungen scheidet daran, daß nicht genügend geschultes Fachpersonal da ist. Zur Zeit ergibt sich auch die Schwierigkeit, daß Kindergärten draußen in den Gemeinden eingerichtet wurden, ohne daß die Gemeinden in der Lage sind, die laufenden Kosten für das Personal zu tragen, so daß einzelne Kindergärten wieder geschlossen wurden, viele weiter in völlig unzureichender Weise von unausgebildeten Frauen oder nur von Kinderpflegerinnen betreut werden. Wir haben im Sozialpolitischen Ausschuß eingehend über diese Frage gesprochen und sehen sie für die nächsten Jahre in sehr entscheidender Weise auf uns zukommen. Wir schlagen als ersten Schritt vor — und das schlägt sich in dem Antrag der Fraktion der SPD nieder —, daß wir die Aufsichtspflicht des Landesjugendamtes in besserer Weise ausführen lassen als bisher. Wir hatten für die Aufsicht über annähernd 1200 Kindergärten im Landesjugendamt bisher nur eine Kraft in Nordhessen und eine für die Regierungsbezirke Darmstadt und Wiesbaden, also je eine Jugendleiterin. Diese beiden sind natürlich gar nicht in der Lage, die große Zahl der Kindergärten zu besuchen, zu besichtigen, die Träger zu beraten und dem Fachpersonal helfend und fortbildend zur Seite zu stehen. Eine weitere Stelle ist aus sachlichen Gründen bereits für 1961 neu bewilligt worden. Wir stellen nun den Antrag, daß diese drei Stellen der aufsichtsführenden Jugendleiterinnen im Interesse der notwendigen Kindergartenarbeit verdoppelt werden, daß diese sechs Jugendleiterinnen so über das Land verteilt werden, daß sie eine planende Arbeit leisten können, daß sie zur Kontaktaufnahme und zur Aussprache mit den Trägern draußen im Lande bereitstehen, daß sie ferner zur Beratung und Fortbildung der Kindergartenfachkräfte bereit sind, damit aus den dann zu untersuchenden Erkenntnissen ihrer Arbeit sich eine echte Planung hinsichtlich der Kindergartenfrage und hinsichtlich der Personalfrage ergeben kann.

Beim Landesjugendplan habe ich es sehr begrüßt, daß wir uns diesmal auch mit der Frage der Kleinkinder befassen, und zwar im Zusammenhang mit den Kindertagesstätten und den Elternschulen. Wir Sozialdemokraten haben im Landesjugendplan nicht nur eine Zusammenstellung aller Leistungen

Abg. Frau Gärtner

für die Jugendhilfe gesehen und nicht nur eine planende Mittelverteilung nach den richtigen Relationen, sondern ein Jugendplan soll sich so auswirken, daß die, die in 12 oder 15 Jahren Jugendliche sind, nicht wieder mit den gleichen erworbenen Schäden vor uns stehen werden wie ihre Altersgenossen von heute. Die geplante Jugendhilfe muß da einsetzen, wo es der § 4 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vorschreibt, nämlich bei der Verhütung von Schäden bei jungen und jüngsten Kindern. Wenn sie das nicht tut, werden immer wieder Schäden entstehen, die nicht mehr reparabel sind.

Wir stehen ja nicht nur in einer Zeit der Wandlung der Gesellschaft, der entscheidenden Wandlung in der Familie, wir haben auch seit einem halben Jahrhundert die Erkenntnis beschert bekommen, daß wir durchaus Möglichkeiten haben, den Weg des Menschen entscheidend zu beeinflussen durch die Führung seiner ersten Kinderjahre. Hierin sehe ich im wesentlichen im Landesjugendplan auch die politische Bedeutung, daß wir zur rechten Zeit erkennen, daß der Staatsbürger von morgen hier der Hilfe bedarf und daß wir, wie andere Kulturländer das vor uns getan haben, denen das Dritte Reich erspart geblieben ist, auch gerade die Bedeutung der Vorsorge und Fürsorge für die jüngsten Kinder einsehen. Die Schweiz, Frankreich, England, zum Teil auch Österreich und die Länder in den USA haben es längst zur Staatspflicht gemacht, wie es bei der Schulpflicht ist, daß zumindest das letzte Kindergartenjahr finanziell vom Land getragen wird. Die Frage, die nun einmal aufgebrochen ist, wird uns zweifellos in den nächsten Jahren beschäftigen.

Wenn es heute so aktuell — und mit Recht aktuell — geworden ist, daß wir uns um die Entwicklungsländer kümmern — und es erscheint auch in unserem Haushaltsplan an mehreren Stellen eine solche Hilfe —, dann muß ich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Vor wenigen Monaten ist eine sehr kluge und sehr aufmerksam beobachtende Indonesierin in meinem Hause gewesen. Wir haben natürlich, weil sie sehr vieles wissen wollte, auch über die Jugendhilfe gesprochen. Da hat sie mir gesagt, weil sie nämlich auch eine lebendige Kritik übt: „Bei uns sind die Kinder nicht einsam, bei uns sind sie sich nicht selbst überlassen, sie sind auch nicht Fremden überlassen.“ Das hat mir doch sehr zu denken gegeben.

Ich möchte Sie bitten, daß Sie den Einzelplan 08 des Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Zinnkann:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß mir ein Kugelschreiber übergeben wurde, der im Nebenraum am Telefonapparat liegengeblieben ist. Der Besitzer mag sich bei mir melden.

Und nun hat das Wort Herr Abg. Waller.

Abg. Waller (GB/BHE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir auf zwei Jahre Arbeit des Ministeriums für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen zurückblicken, dann fällt uns — der Fraktion des Gesamtdeutschen Block/BHE — weniger auf, daß Stellenvermehrungen vorgekommen sind, sondern dann fällt uns auf, daß aus der Arbeit dieses Ministeriums drei gravierende Punkte herausleuchten, Punkte, die in einer Landespolitik schlechthin und in der Gesellschaftsordnung von maßgebender Bedeutung sind. Das ist einmal der Hessenjugendplan, der sich in einer umfassenden Weise mit den Problemen der jungen Menschen hier in diesem Lande beschäftigt.

Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich es viel lieber hätte, wenn die Leistungen aus diesem Plan für Jugendfürsorge und Jugendpflege sich etwa die Waage hielten. Wir

sind der Auffassung, je mehr man die Jugendpflege stärkt — also die Arbeit dieser jungen Menschen, die in freien Gemeinschaften, ganz gleich, in welcher Gruppe sie tätig sind, ihr Leben gestalten wollen —, um so weniger wird man sich in der Folge mit der Jugendfürsorge beschäftigen müssen.

(III. Vizepräsident Wittrock übernimmt den Vorsitz)

Je mehr man das Eigenleben der Jugendgruppen fördert, um so weniger, glaube ich, muß man später Erzieher und Erziehungshilfe bei der Jugendhilfe einsetzen.

(Abg. Frau Platel [SPD]: Jugendgerichte!)

Aus der Eigenverantwortung und Eigenständigkeit der jungen Menschen heraus wächst nämlich das Verantwortungsgefühl gegenüber Gemeinschaft und Staat. Ich weiß, daß man nicht alles in wenigen Monaten und Wochen vollbringen kann, aber der Hessenjugendplan ist nicht nur ein Schritt vorwärts in eine gesicherte soziale Ordnung unseres Staates, sondern er ist der Beginn zu einer neuen Ordnung auf diesem Gebiet. Denn erstmalig schlägt sich doch in diesem Jugendplan sichtbar nieder, daß nicht mehr verteilt wird nach irgendwelchen Kopfquoten, sondern daß hier das echte Leistungsprinzip zur Grundlage gemacht wurde.

Neben dem Jugendplan möchte ich den Sozialplan für alte Menschen herausgreifen. Wer mit offenen Augen durch unser Land Hessen fährt, der wird feststellen, daß auf diesem Gebiet in dieser kurzen Zeit — ich möchte sagen — beinahe mehr geschehen ist, als man in dieser Zeit zu leisten vermag.

Ich darf nur eine Zahl anführen: In diesen wenigen Jahren haben wir immerhin über 2000 neue Plätze in den Altersheimen Hessens geschaffen, und ich glaube, wir sind auch auf dem besten Wege, die Altersheime zu bauen, in denen sich alte Menschen wohlfühlen und in denen sie ihrer Eigenart entsprechend ihren Lebensabend verbringen können.

Auch die Frage des Personalmangels haben wir in erstaunlich kurzer Zeit gelöst,

(Zuruf der Abg. Frau Kletke [FDP])

wenn auch nicht zur Zufriedenheit, Frau Kollegin Kletke, das ist selbstverständlich, aber wir haben diese Frage zumindest gelöst. Über die Zahlen, die uns vor wenigen Wochen im Sozialpolitischen Ausschuß gegeben wurden, kann man doch nicht mehr hinweggehen. Und wenn wir diese Entwicklung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konstant weiterführen, dann werden wir die Probleme lösen.

Als dritter Punkt ist das Gesundheitswesen herauszuheben. Zu Beginn dieser Diskussion wurde festgestellt, daß es genauso gekommen sei, wie man es vorausgeahnt habe; von der Verwaltung seien mehr Menschen gebraucht worden. Dem darf ich entgegenstellen, daß diese Verwaltung damals, als sie begann, auf dem Gebiet der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens 5 Millionen DM verwaltete; heute sind es 16 Millionen DM.

Daß eine Aufgabenvermehrung auch eine größere Anzahl von Menschen bedingt, die diese Aufgaben durchführen, ist eine Selbstverständlichkeit. Sie wissen es natürlich selbst, und es geht ja auch aus dem Haushaltsplan hervor, daß die meisten Stellen für die technische Überwachung gebraucht wurden. Warum sage ich das? Weil ich es vor zwei Jahren gewesen bin, der hier die Frage aufwarf, ob man diese Dinge nicht privaten Unternehmen übertragen könnte. Nach den Erfahrungen muß ich heute sagen, daß diese Stellenvermehrungen dem Lande aber auch erheblich mehr Einnahmen an Gebühren gebracht haben und daß eine erheblich intensivere technische Überwachung stattfinden kann, so daß wir es hier doch praktisch mit einem Gebührehaushalt zu tun haben.

Wenn wir diese Dinge sehr sachlich und sehr nüchtern betrachten, dann müssen wir doch sagen, daß das Ministerium in den zwei Jahren seines Bestehens nicht nur ein fester Bestandteil der hessischen Landespolitik geworden ist, sondern daß es Perspektiven aufgezeigt hat und Wege geht, mit denen

wir zufrieden sein können. Dabei möchte ich gar nicht abstreiten, daß es da oder dort noch Verbesserungen und Anregungen geben muß.

Meine Damen und Herren, wenn meine Fraktion, der Gesamtdeutsche Block/BHE, diesmal keine Anträge gestellt hat, so nicht deshalb, weil wir etwa auf diesem Gebiet keine Vorstellungen hätten, sondern weil wir meinen, daß wir jetzt nach dem Halbzeitablauf einmal sehen wollen — — —

(Abg. Dr. Ludwig Schneider [FDP]: Dann dürfen Sie nach Ihrer Auffassung nicht solange reden, wenn Sie von der Halbzeit sprechen!)

— Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Dr. Schneider, was unter „Halbzeit“ zu verstehen ist. Ich meine damit die Legislaturperiode. In zwei Jahren beginnen wir ja neu!

(Abg. Dr. Ludwig Schneider [FDP]: Das wissen wir!)

— Sie wissen das nicht, Herr Kollege Dr. Schneider?!

(Abg. Walter [GB/BHE]: Er weiß noch mehr nicht!)

— Doch! Über die Meldezettel weiß Herr Dr. Schneider Bescheid!

Wenn wir also keine Anträge gestellt haben, so deshalb, weil wir meinen, daß die Planungen in der Sozialpolitik, im Gesundheitswesen und in der Arbeit für alte Menschen bekanntlich über eine lange Zeit laufen; das können wir auch aus den uns in den Ausschüssen erstatteten Berichten ersehen. Wir möchten die Maßnahmen zunächst einmal in der jetzigen Rangordnung weiterlaufen lassen.

Der Hessenjugendplan wäre uns ein echtes Anliegen gewesen, und dort hätten wir eingesetzt; wir haben jedoch gesehen, daß auch hier die Ansätze erhöht wurden, und zwar von 7 auf 11 Millionen DM. Ich bin überzeugt, wenn es notwendig ist, werden wir die Mittel auch weiter erhöhen, und wir werden sie für bestimmte Maßnahmen mit Sicherheit erhöhen.

Daß in der Jugendarbeit erheblich höhere Zuweisungen zum Zwecke der Förderung staatspolitischer, kultureller und sozialpolitischer Erziehung der jungen Menschen an diejenigen Verbände vorgesehen sind, die diese Aufgaben zu leisten haben, verdient besonders erwähnt zu werden. Was meiner Fraktion Sorge macht, ist, daß zum Beispiel manche Kreisjugendämter die dargebotene Hand des Landes noch nicht ergreifen. Wir können nicht verstehen, daß die Mittel, die das Land zur Ausstattung des sogenannten lebendigen Jugendamtes zur Verfügung stellt, kaum in Anspruch genommen werden. Auch hier ist das Land Hessen vorbildlich in der Bereitstellung von Mitteln. Leider werden sie von den Kreisen nur zu 10 Prozent abgerufen. Ich weiß, daß das mit dem Kostenzuschuß der Kreise zusammenhängt. Aber auch hier sollte man doch die Gelegenheit nutzen, um eine solche vorbildliche Bezuschussung auszuschöpfen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein Wort zu einem Antrag der Fraktion der CDU sagen. Auch wir sind absolut der Auffassung, daß für den Gedanken der Einigung Europas mehr getan werden muß. Aber wir sind nicht der Auffassung, daß man einen Jugendverband unter vielen im Etat verankern kann. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Jungen Europäischen Föderalisten ruhig mehr Geld bekommen sollen. Dazu bekennen wir uns, und das unterstützen wir auch. Aber es soll auf dem Antragswege und im Rahmen des Volumens der zur Verfügung stehenden Mittel geschehen; wir sollten das nicht extra im Haushaltsplan festlegen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Das könnte zur Folge haben, daß andere Jugendverbände mit ebenfalls spezifischen Aufgaben auch verlangen könnten, mit einem festen Betrag im Haushalt verankert zu sein.

Einen besonderen Hinweis möchte ich namens meiner Fraktion noch vorbringen: Wir werden uns vorbehalten, zur

dritten Lesung noch einen Antrag zu stellen. Meine Fraktion sieht in der Dotierung des Landeswohlfahrtsverbandes eine echte Aufgabe, und wir meinen, daß uns der Landeswohlfahrtsverband viele Aufgaben abnimmt, die sonst auf das Land zukämen. Deshalb sollten für diesen Verband entsprechende und ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Abschließend darf ich sagen, daß wir den Einzelplan 08 des Ministeriums für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen vollinhaltlich billigen und dem Herrn Minister und seinen Mitarbeitern Dank sagen für die vorbildlich geleistete Arbeit.

(Beifall bei GB/BHE und SPD)

III. Vizepräsident Wittrock:

Das Wort hat Herr Minister Hemsath.

Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen Hemsath:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gehört zum Wesen der zweiten Lesung — wenn sie richtig verlaufen soll —, daß in ihr Maßarbeit verrichtet wird. Die großen Gedanken fehlen in der Regel, und dafür gehen wir auf die echte Substanz der Einzelpläne und damit schließlich auch des Gesamthaushaltsplans zu. Ich darf auf Grund des bisherigen Ablaufs der Beratung des von mir zu vertretenden Einzelplans an sich zufrieden sein. Ich hätte vielleicht nicht einmal einen sachlich zwingenden Grund, zu dem bisher Gesagten kurz Stellung zu nehmen. Wenn ich es trotzdem tue, dann möchte ich es erstens tun, um für den knappen, aber sehr objektiven Bericht des Herrn Berichterstatters, des Herrn Abg. Bachmann, persönlich zu danken, dann allerdings auch für die Ausführungen, die die einzelnen Vertreter der Fraktionen zu diesem Einzelplan gemacht haben.

Frau Abg. Kletke hat gemeint, das Charakteristische dieses Einzelplans bestehe darin, daß er erstens um 5 Millionen DM höher sei als im vergangenen Jahr und zweitens 70 neue Stellen ausweise. Nun, ich will auf die 5 Millionen DM nicht eingehen, denn ich müßte sonst sehr genau darauf hinweisen, daß die Erhöhung auf Grund der Aufstockungsbeiträge aus dem Einzelplan 17 wesentlich mehr ausmacht. Dieses Problem will ich überspringen.

Was aber die 70 Stellen betrifft, Frau Abgeordnete, und Ihre — sagen wir einmal — Bezugnahme auf alte Äußerungen Ihrer Fraktion, so möchte ich gerade das ohne eine Interpretation durch mich nicht passieren lassen.

70 Stellen, das ist in der Tat kein kleiner Fisch, aber die Aufgliederung, die schon der Berichterstatter, Herr Abg. Bachmann, vorgenommen hat, und das, was die anderen Sprecher hier zur Erläuterung und zur Begründung ihrer Stellungnahme gesagt haben, ist nach meiner Überzeugung eine sehr sachlich fundierte Erklärung für diese 70 Mehrstellen.

Wenn Sie berücksichtigen, daß allein 40 Mehrstellen auf Grund des zwingenden Bedarfs vor allen Dingen der technischen Überwachung, allerdings auch der Gewerbeaufsicht, neu ausgewiesen werden mußten und nur 9 Stellen zusätzlich für das Ministerium in Anspruch genommen werden, von denen noch vier schon früher tatsächlich vorhanden waren und im Ablauf des ersten Arbeitsjahres des neuen Ministeriums von nachgeordneten Behörden her in das Ministerium herübergeholt wurden, um überhaupt zügig und termingerecht mit allen Arbeiten fertig zu werden, wenn Sie das alles berücksichtigen, dann muß man nicht unter allen Umständen auf frühere Äußerungen hinweisen, die man gemacht und derentwegen man nun recht behalten hat.

Die Frage der Personalwirtschaft eines Ministeriums ist ein tiefgegliedertes Problem. Aber ich bin Herrn Abg. Bachmann dankbar dafür, daß er als Berichterstatter drei oder vier Punkte genannt hat, die als Ursache für diese Stellenvermehrung angesehen werden müssen und bewiesen werden

Minister Hemsath

können. Es sind erstens vor allen Dingen unbestritten neue Aufgaben. Meine Damen und Herren, und hier muß ich mich gerade an Frau Abg. Kletke wenden, mit welcher Vehemenz haben wir uns für die Notwendigkeit eines wirksamen und praktikablen Lebensmittelgesetzes eingesetzt!

(Abg. Wöll [SPD]: Sehr gut!)

Sie selbst, Frau Abgeordnete, haben immer wieder gefordert, daß wir bei keiner einzigen Position der dreizehn Durchführungsvorordnungen zu dem Gesetz nachgeben sollten.

(Abg. Frau Kletke [FDP]: Ja, ich weiß!)

Es ist doch klar, Frau Abg. Kletke, daß ein solches Gesetz, im Lande durchgeführt, Menschen erfordert, die es durchführen. Wir werden in diesem Punkt ganz sicher, und zwar uns anpassend an das Tempo der Durchführung, auch im nächsten Jahr mit einigen zusätzlichen Personalwünschen kommen. Der Landtag ist souverän. Er kann die Stellen ablehnen. Dann werde ich als verantwortlicher Minister erklären müssen: Wir sind nicht in der Lage, das Gesetz so, wie es der Gesetzgeber verlangt, durchzuführen.

Dasselbe gilt von der Straßenverkehrsordnung, meine Damen und Herren. Der Technische Überwachungsdienst funktioniert qualitativ, auch wenn sie diese 30 neue Stellen nicht bewilligen würden. Die Frage ist nur, ob die technischen Überwachungsämter in der Lage wären, das anfallende Arbeits-Ist zu bewältigen und ob wir nicht als Land, als Exekutive und Legislative, in Verzug kämen bei der Durchführung der Straßenverkehrsordnung, und ob wir uns nicht verständigen würden, weil wir nicht unsere Pflicht tun könnten hinsichtlich des staatlichen Auftrages, für die Sicherheit auf unseren Straßen im Rahmen des technisch und menschlich Möglichen zu sorgen. Das sind die Probleme.

Wenn ich jetzt noch kurz auf die neun zusätzlichen Stellen meines Ministeriums im engeren Sinne eingehen darf, so muß ich noch einmal darauf hinweisen, daß diese zusätzlichen Aufgaben auch in der Spitze zusätzliche Arbeit erfordern. Ich will nicht auf die Mitarbeit im Bundesrat im einzelnen eingehen. Es wäre ein interessantes Thema für eine Landtagssitzung, aber es gehört nicht in die Kleiderordnung hinein. In anderen Ländern geschieht es gelegentlich, und wir könnten präzise Nachweise liefern, daß wir auch drüben in Bonn unsere Pflicht tun. Und damit wir sie erfüllen können, sind in den einzelnen Ministerien qualifizierte, zum Teil hochqualifizierte Mitarbeiter notwendig, die den Minister in die Lage versetzen, das zu sagen, was zu sagen ist. Wir können es auf keinen Fall allein bewerkstelligen.

Nun, meine Damen und Herren, zu ein paar anderen Punkten, die von den Rednern der rechten Seite dieses Hauses, also der CDU und der FDP, besonders unterstrichen worden sind. Ich kann nicht alle einzelnen Anträge hier behandeln und meine persönliche Stellungnahme und die Stellungnahme des Ministeriums vor Ihnen ausbreiten. Ich würde vorschlagen, das sollten wir im Haushaltsausschuß tun. Aber wenn hier einige Schwerpunktfragen anzudeuten wären, dann wäre das meines Erachtens zum Beispiel die Frage, ob wir den Ansatz von jetzt 1 Million DM zugunsten der karitativen Verbände, Frau Abg. Kletke, um 150 000 DM erhöhen müssen, oder ob man zu einem solchen Antrag nicht auch eine andere Einstellung hier bekunden darf, sogar bekunden muß.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß das Land Hessen im Verhältnis zu seiner Finanzkraft und im Verhältnis zu anderen Ländern die karitativen Verbände und ihre auch von uns vorbehaltlos anerkannte Arbeit in einem Umfang unterstützt, der mit an der Spitze aller Länder im Bundesgebiet liegt. Ich möchte das mit großem Nachdruck sagen, und wenn Sie noch hinzunehmen, daß wir für die spezifischen Aufgaben dieser Verbände, vom Hessenjugendplan über den Sozialplan für alte Menschen bis zur verstärkten Förderung des Krankenhauswesens, Millionenbeträge, nämlich insgesamt

fast 42 Millionen DM, zur Verfügung stellen, dann wissen Sie, daß mit der Steigerung dieser Mittel die Chancen und die Möglichkeiten zu einer wirksamen Arbeit dieser Verbände geradezu vervielfacht worden sind. Ich möchte nur noch hinzufügen, daß der frühere Ansatz 800 000 DM betragen hat und wir wegen des Mangels an Mitteln zum Teil sachliche Auflagen erteilen mußten hinsichtlich der Verwendung dieser Mittel, Auflagen, die jetzt weggefallen sind, so daß die Verbände in voller Freiheit diese 1 Million DM verkräften können, mit ihr arbeiten können, daß sie sogar berechtigt sind, 15 Prozent Verwaltungskosten aus den ihnen gewährten Zuweisungen abzubuchen und nachzuweisen. Deshalb glaube ich, meine Damen und Herren, daß wir, ich sage es noch einmal, mit an der Spitze im finanziellen Beziehungsverhältnis des Landes zu den karitativen Verbänden liegen.

Die andere Frage, meine Damen und Herren, der ich hier nicht ausweichen will, ist, ob man etwa die Leistungen zugunsten der privaten Träger auf dem Gebiete des Landesjugendplans oder des Krankenhauswesens wesentlich erhöhen soll, entweder um so zu einer größeren Abschlußsumme zu kommen oder zu Lasten der kommunalen Träger. Herr Abg. Fleckenstein hat vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß das doch eigentlich ein Mißverhältnis sei, nachdem er einige Zahlen verlesen hat. Ich muß zunächst darauf aufmerksam machen, Herr Abg. Fleckenstein, daß nach meiner Statistik — ich weiß nicht, welche richtig ist, ich bin nicht überall in diesem Lande — 35 Prozent der im Lande vorhandenen Betten in der gemeinnützigen Trägerschaft stehen und 65 Prozent in der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft, außer den 12 000 Betten des Landeswohlfahrtsverbandes. Wir meinen, daß diese Relation, von der Sie sagen, sie sei nicht gerecht und den Umständen entsprechend, durchaus gerecht ist. Sie müssen nämlich, wenn Sie eine echte Relation haben wollen, unseres Erachtens die Beträge hinzufügen, die die gemeinnützigen Träger aus anderen Quellen beziehen, und das ist sowohl beim Landesjugendplan wie auch beim Krankenhauswesen der Bund. Beim Bundesjugendplan in einer Größenordnung, die Sie kontrollieren können, wenn Sie im Kapitel 08 46 die Einnahmen aus Mitteln des Bundesjugendplanes in Höhe von 2 Millionen DM und die Landesgegenmittel in Höhe von 2 Millionen DM, also 4 Millionen DM, hinzuzählen, die so gut wie ausschließlich den privaten Trägern, hier also Jugendbünden und Jugendverbänden, zugute kommen. Dann kommen Sie zu einer erstaunlich hohen Begünstigung der gemeinnützigen Verbände.

(Abg. Erhard [CDU]: Man kann doch die Krankenhausträger nicht in einen Topf werfen!)

— Ich spreche jetzt vom Hessen-Jugendplan und werde gleich auf die Krankenhausträger zu sprechen kommen, haben Sie keine Angst!

Die Frage ist also, meine Damen und Herren, ob das, was wir für richtig halten, vertreten werden kann. Ich betone noch einmal, soweit der Geltungsbereich des Hessischen Landesjugendplans in Frage kommt, kann es weiß Gott vertreten werden. Die Träger brauchen keine Angst zu haben, daß wir sie aus irgendwelchen Gründen auch nur in Gedanken benachteiligen. Wir werden im Haushaltsausschuß berichten.

Frau Abg. Kletke, Sie haben eben beanstandet, daß wir unser Versprechen noch nicht gehalten haben. Ich habe gemeint, das sollte man am Ende des Haushaltsjahres tun, weil es dann einen echten Überblick gibt; aber das ist Ansichtssache. Wir werden im Haushaltsausschuß den exakten Nachweis führen, daß wir mit größter Toleranz im Rahmen der vom Landtag beschlossenen Richtlinien diese Mittel verteilt haben. Ich habe neulich erst noch Herrn Abg. Dr. Großkopf an einem einfachen Beispiel, das für Sie von besonderem Interesse sein muß und ist, nachgewiesen, wie sehr wir diese Toleranz üben durch eine entsprechende Honorierung der Anträge, die von den karitativen Verbänden gestellt werden. Sie

Minister Hemsath

können natürlich die These aufstellen, meine Damen und Herren, daß es, gemessen an dem Bedarf, zu geringe Mittel sind. Wenn ich aber darauf aufmerksam machen darf, daß wir in drei Haushaltsjahren von 5 Millionen DM auf etwa 16,3 oder 16,4 Millionen DM bei den Krankenhausmitteln gestiegen sind, und wenn ich darauf aufmerksam machen darf, daß es sich hier nicht um Darlehen, sondern um echte staatliche Zuschüsse handelt, so glaube ich, daß Hessen sich mit diesem Betrag sehen lassen kann, mindestens neben den 25 Millionen DM des Bundes für das ganze Bundesgebiet, die nicht in Form von Zuschüssen und staatlichen Beihilfen, sondern in der Form von Darlehen gegeben werden.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, wir können uns hier wirklich sehen lassen, und ich bin der festen Überzeugung, Herr Abg. Fleckenstein, daß wir im nächsten Jahr die Frage des Bedarfs erneut stellen werden und daß wir uns langsam aber sicher an die Wirklichkeit heranarbeiten, mit der wir gemeinsam fertig werden wollen.

Ich darf vielleicht zum Schluß noch eine zweitrangige Frage anschnitten, die Frage nach dem 7. Senat des Landesozialgerichts. Ich darf das deswegen tun, weil ich während meiner Amtszeit in Wiesbaden nie einen Zweifel darüber gelassen habe, daß ich auch gegenüber diesen Einrichtungen kritisch eingestellt bin. Ich bin für die Errichtung dieses 7. Senats, nicht weil ich jemanden zum Senatspräsidenten machen möchte, sondern ich bin für den 7. Senat, weil auf Grund der gesetzlichen Neuregelung des § 210 des SGG die Zeitsenate am 31. Dezember kassiert werden müssen. Und wenn ich jetzt die Überhänge von über 2400 Fällen einmal kritisch überprüfe und auch jene 450 besonders alten Fälle bewerte, und wenn ich davon ausgehe, daß durch die Entwicklung des Sozialrechts einschließlich des Kriegsofferrechts die Kurve der strittigen Fälle wieder steigen wird, dann, meine ich, sollten wir diesen 7. Senat aus der Überzeugung heraus vertreten, daß wir diesen Überhang so schnell wie möglich beseitigt sehen wollen, damit wir den kommenden Stoß von vornherein parieren können.

Es kommt hinzu, meine Damen und Herren, daß im Laufe der nächsten zwei Jahre drei Herren wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheiden, so daß wir die endgültige Entscheidung in zwei oder drei Jahren, wenn wir völlige Klarheit über die Geschäftslage und die Entwicklung haben, in großer Ruhe treffen und die Bildung eines 7. Senats eventuell korrigieren können. Das möchte ich zu dieser Frage noch einmal ausdrücklich betonen.

Zur Frage der Errichtung eines Frauenreferats, die Frau Abg. Kletke angeschnitten hat, möchte ich ganz knapp meine persönliche Meinung bekunden. Ich halte dieses Frauenreferat für unbedingt notwendig. Wir haben in Hessen rund 1,75 Millionen Arbeitnehmer. Von diesen 1,75 Millionen sind 36 bis 37 Prozent Frauen. Es gibt eine Fülle von Schutzfragen für die berufstätigen Frauen, die von einer hochqualifizierten Frau besser behandelt werden können, denen von einer Frau besser nachgegangen werden kann als von überlasteten Männern. Das ist meine sachliche Auffassung und der Grund, warum ich die Errichtung eines Frauenreferats gefordert habe. Ich bin Ihnen, Frau Abg. Kletke, sehr dankbar dafür, daß Sie mich bei diesem Wollen ausdrücklich und in voller Öffentlichkeit unterstützt haben. Das, meine Damen und Herren, waren die wesentlichen Gesichtspunkte.

Wenn ich noch zu einer Äußerung des Herrn Abg. Walther kurz positiv Stellung nehmen darf, dann meine ich seine Forderung hinsichtlich des lebendigen Jugendamtes, das heißt zunächst hinsichtlich eines verwaltungsstarken Jugendamtes. Meine Damen und Herren, hier sitzen soviel Repräsentanten der kommunalen Gebietskörperschaften: Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich an Sie alle appelliere, sich einmal die personelle Seite Ihrer Jugendämter anzusehen und sich sehr kritisch zu fragen, ob diese wenigen Menschen die große Auf-

gabe bewältigen können. Ich glaube, daß wir in vielen Fällen zu einem glatten Nein kommen würden. Es ist nach meiner Meinung notwendig, hier die Verhältnisse positiv zu ändern, nicht nur, damit unsere Millionen aus dem Hessischen Jugendplan und aus dem Bundesjugendplan dauerwirksam werden, sondern auch im Interesse unserer gesamten Jugendhilfe.

(Bravo! und Beifall bei SPD und GB/BHE)

III. Vizepräsident Wittrock:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen nunmehr zu Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Einzelplan 08 — Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen — gemäß den Beschlüssen des Haushaltsausschusses — Drucks.-Abt. II Nr. 174 — zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, FDP und GB/BHE)

— Ich danke. Die Gegenprobe.

(Dagegen CDU)

— Ich stelle fest, daß dem Einzelplan 08 mit übergroßer Mehrheit zugestimmt worden ist. Der Einzelplan 08 geht mit den hierzu vorliegenden Abänderungsanträgen der einzelnen Fraktionen zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuß zurück.

Ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 07

— Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr —

hierzu:

Anträge der Fraktion der SPD

— Drucks. Abt. I Nr. 821 bis 823, 903, 906 und 908 —

Anträge der Fraktion der CDU

— Drucks. Abt. I Nr. 842 bis 848 —

Anträge der Fraktion der FDP

— Drucks. Abt. I Nr. 739 bis 742 —

Anträge der Fraktion des GB/BHE

— Drucks. Abt. I Nr. 895 bis 898 —

Berichterstatter ist Herr Abg. Albert Weber. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Abg. Albert Weber:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 22. September dieses Jahres behandelte der Haushaltsausschuß den Einzelplan 07. Er schließt in Einnahmen ab mit 5 389 400 DM, in Ausgaben schließt er ab mit 130 977 100 DM. Hieraus ergibt sich ein Zuschußbedarf von 125,6 Millionen DM. Dieser Zuschußbedarf ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 13,1 Millionen DM angewachsen. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß in diesem erhöhten Zuschußbedarf allein 12,5 Millionen DM mehr für den Straßenbau enthalten sind.

Zum Kapitel 07 02 ist zu bemerken, daß der Ansatz für die Förderung der Wirtschaft — Titel 602 — von 1,5 Millionen DM im Vorjahr auf 880 000 DM herabgesetzt worden ist. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß in dieser Position im Vorjahr auch ein Betrag von 750 000 DM enthalten war, der für die Errichtung der Industriestraße der Gemeinde Allendorf bestimmt gewesen ist. Das bedeutet also letztlich, daß dieser Ansatz von 880 000 DM eine Erhöhung um 70 000 DM darstellt.

Zu Titel 655 dieses Kapitels ist zu bemerken, daß eine weitere Anhebung des Zinsverbilligungsprogramms für die Handwerksbetriebe vorgesehen ist. Ich darf hierzu mitteilen, daß zu dieser Position eine Petition des Handwerktags eingereicht wurde, und Sie wissen, daß dem Hohen Hause zu

Abg. Albert Weber

diesem Punkte auch entsprechende Anträge einzelner Fraktionen vorliegen. Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr schlägt eine Erweiterung der Zweckbestimmung vor, damit der Ansatz der gesamten mittelständischen Wirtschaft zugute kommt.

Zu Kapitel 07 23 kann ich bemerken, daß infolge verstärkten Arbeitsanfalls beim Landesamt für Bodenforschung 9 neue Stellen vorgesehen sind. Durch das neue Hessische Wassergesetz haben sich in diesem Bereich neue Aufgaben ergeben.

Zum Kapitel 07 24 — Bergbauverwaltung — ist zu sagen, daß vom Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr der Vorschlag gemacht wurde, die dort bei Titel 602 vorgesehenen 500 000 DM auf ein Jahr zurückzustellen, weil die erforderlichen Arbeiten vom Landesamt für Bodenforschung wegen Arbeitsüberlastung nicht durchgeführt werden können.

Zum Kapitel 07 27 Titel 950 — Neu-, Um- und Ausbauten der Landstraßen I. Ordnung — ist zu bemerken, daß sich der Ansatz von 41,5 Millionen DM im vergangenen Jahr auf 55 Millionen DM im Haushaltsjahr 1961 erhöht hat. In diesen 55 Millionen DM ist allerdings ein Vorgriff in Höhe von 11 Millionen DM enthalten, der aus diesem Betrag mit abzudecken ist.

Bei der Beratung des Einzelplans 07 kam es auch zu einer Aussprache über den sogenannten Gemeindepfennig. Im Ausschuß konnte noch keine Klarheit darüber erzielt werden, in welcher Weise von seiten der Bundesregierung ganz konkret die Verwendung des Gemeindepfennigs für die Zukunft vorgesehen ist.

Ein weiterer Punkt, der eine angeregte Aussprache auslöste, war das Förderungsprogramm für die Praktikanten aus den Entwicklungsländern. Es wurde hervorgehoben, daß gerade im Lande Hessen ganz besondere Anstrengungen zur Förderung der Praktikanten aus den unterentwickelten Gebieten gemacht werden.

Im übrigen darf ich Ihnen bekanntgeben, daß die Kapitel 07 01, 07 02, 07 23, 07 25, 07 26 und 07 27 unverändert vom Haushaltsausschuß genehmigt wurden. Ich möchte noch hinzufügen, daß zum Kapitel 07 27 eine Ermächtigung für den Minister für Wirtschaft und Verkehr ausgesprochen worden ist, wonach er Verpflichtungen im Betrage von 15 Millionen DM eingehen kann, um eine kontinuierliche Verwendung der Gelder für den Straßenbau herbeizuführen.

Ich darf noch erwähnen, daß im Kapitel 07 24 — Bergbauverwaltung —, wie ich es bereits angedeutet habe, der Betrag von 500 000 DM gestrichen wurde; der Titel 602 — Beihilfen für Aufschluß- und Untersuchungsarbeiten im sonstigen Bergbau — entfällt also.

Meine Damen und Herren, das ist alles, was über den Einzelplan 07 — Minister für Wirtschaft und Verkehr — zu berichten war.

(Beifall bei SPD und GB/BHE)

III. Vizepräsident Wittrock:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen und eröffne die Aussprache. Als erstem Redner erteile ich das Wort Herrn Abg. Fischer.

Abg. Fischer (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus dem Bericht haben wir gehört, daß sich auch bei diesem Haushaltsplan — wie bei allen anderen Haushaltsplänen — die Ausgaben erhöht haben, und zwar um 13,2 Millionen DM auf 130,9 Millionen DM und daß diese Erhöhung in der Hauptsache Förderungsmaßnahmen der gewerblichen Wirtschaft und dem Straßenbau zugeflossen ist. Damit komme ich auch gleich zu den Anträgen, die von der Fraktion der SPD gestellt worden sind.

Zu Kapitel 07 02 Titel 602 — Förderung der Wirtschaft — wurde hier schon vermerkt, daß man den Eindruck hat, als ob der Betrag von 1,5 Millionen DM auf 880 000 DM

herabgesetzt worden sei. Es handelt sich aber, wie bereits erwähnt, darum, daß eine einmalige Leistung aus dem vergangenen Jahr jetzt weggefallen ist, so daß hier keine Senkung des Betrages vorliegt.

Bei dem Titel 602 handelt es sich um vielerlei Dinge: um Zuschüsse für die Gewerbeförderung in Handwerk und Handel, um Zuschüsse für Messen und Ausstellungen, um Maßnahmen für die Wirtschaftswerbung, um Maßnahmen für die unterentwickelten Gebiete und um besondere Maßnahmen im Rahmen des Strukturverbesserungsplanes zur Aufschließung von Industriegelände usw. Die Fraktion der SPD hat den Antrag gestellt — Drucks. Abt. I Nr. 821 —, die Mittel für die Gewerbeförderungsmaßnahmen, die in der Summe mit 365 000 DM enthalten sind, auf 400 000 DM zu erhöhen. Weiter wurde von meiner Fraktion der Antrag gestellt — Drucks. Abt. I Nr. 822 —, den Ansatz für Maßnahmen für unterentwickelte Gebiete von 120 000 DM auf 300 000 DM, also um 180 000 DM, zu erhöhen. Die Gesamtsumme bei Titel 602 würde durch diese Erhöhungen auf etwas über 1 Million DM anwachsen. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Anträgen zustimmen würden.

Ich darf noch folgendes vermerken: Hier liegt ein Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. Abt. I Nr. 842 — vor, den Ansatz bei diesem Titel 602 um 120 000 DM zu verringern, von 880 000 DM auf 760 000 DM. Ich darf aber darauf hinweisen, daß die Fraktion der CDU andererseits beantragt — Drucks. Abt. I Nr. 847 zu Titel 656 neu —, die Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer um 200 000 DM zu erhöhen. Ich würde doch bitten, das zu überprüfen. Meiner Meinung nach gehört diese Maßnahme in den Titel 602. Vielleicht werden Sie dann die von Ihnen beantragte Senkung wieder verändern.

Zu Titel 604 — Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft — ist zu sagen, daß er mit 360 000 DM gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist. Es liegt ein Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 739 — vor, den Ansatz um 500 000 DM zu erhöhen. Auch ein Antrag der Fraktion der CDU — Drucks. Abt. I Nr. 843 — liegt vor. Meine Damen und Herren, man könnte ebensogut sagen, daß man den Titel um 1 Million oder 2 Millionen DM erhöht, wenn es nur darauf ankommt, etwas zu fordern. In Wirklichkeit sollte man bei Betrachtung dieser Maßnahmen doch nicht übersehen, daß die großen Leistungen im Lande Hessen gerade auf dem Gebiet der Fremdenverkehrsförderung sehr große Erfolge gehabt haben und sehr erheblich gewesen sind. Zum Beispiel wurden für diese Maßnahmen im Jahre 1950 150 000 DM vorgesehen, sie sind jetzt auf 360 000 DM gestiegen. Dazu kommt aber noch der Titel 654 — Zinsverbilligungsmaßnahmen für den Fremdenverkehr — mit 750 000 DM. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 1,1 Millionen DM. In einem Zeitraum von knapp zehn Jahren hat sich also diese Summe praktisch verachtfacht. Ich glaube, das ist sehr beachtlich. Wir können noch hinzusetzen, daß im Zeitraum der letzten zehn Jahre für diese Maßnahmen rund 5,9 Millionen DM ausgegeben worden sind. Das ist, glaube ich, ein ansehnlicher Betrag. Ich glaube, früher oder später werden wir uns einmal mit der Frage beschäftigen müssen, wo denn überhaupt die Grenze für die Zinsverbilligungsmaßnahmen liegt.

Ich komme zu Titel 606: Förderungsmaßnahmen der wirtschaftlich wichtigen Forschung. Hier ist zu bemerken, daß auch dieser Posten wiederum um 25 000 DM auf 700 000 DM erhöht worden ist. Es liegt ein Antrag der Fraktion des GB/BHE — Drucks. Abt. I Nr. 895 — vor, diesen Betrag um weitere 50 000 DM zu erhöhen. Meine Fraktion stimmt diesem Verlangen zu.

Zu Titel 609: Förderung des Luftsports. Auch hier liegen verschiedene Anträge vor. Meine Fraktion hat beantragt — Drucks. Abt. I Nr. 906 —, den Betrag von 70 000 DM auf 120 000 DM zu erhöhen. Von der Fraktion des GB/BHE ist ein gleicher Antrag — Drucks. Abt. I Nr. 896 — gestellt wor-

den, und die Fraktion der CDU wünscht eine Erhöhung um 70 000 DM auf 140 000 DM.

Einer der wichtigsten Ausgabentitel dieses Einzelplans ist aber sicher der Titel 655. Es handelt sich um die Zinsverbilligungen für Kredite für das Handwerk, die also neben den Förderungsmaßnahmen, die im Titel 602 stehen, mit über 1 Million DM vorgesehen sind. Der Ansatz beträgt 1 300 000 DM, er hat sich wiederum um 225 000 DM erhöht. Hier liegen Anträge sowohl von der FDP als auch von der CDU vor. Im übrigen hat der Herr Berichterstatter schon darauf aufmerksam gemacht, daß auch ein Schreiben der Handwerkskammern vorliegt, in dem darauf hingewiesen wird, daß im Grunde genommen die Steigerung von 225 000 DM bereits verplant sei und daß deshalb weitere Erhöhungen notwendig seien.

Ich darf in dem Zusammenhang auf die Erläuterungen im Haushaltsplan hinweisen, in denen auf die starke Belastung des Handwerks durch Darlehenszinsen, Kapitalzinsen usw. hingewiesen wird. Die FDP verlangt eine Erhöhung von 250 000 DM und andererseits die Schaffung eines neuen Titels 655 a für besondere Zinsverbilligungsmaßnahmen für die Einzelhandelsbetriebe in Höhe von 200 000 DM, so daß sich diese Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um rund 700 000 DM erhöhen würden. Die CDU verlangt eine Erhöhung von 500 000 DM. Meine Fraktion, die SPD, verlangt in einem Antrag, daß man zunächst einmal in diesem Titel die Zweckbestimmung ändern sollte, da die Maßnahmen längst über die Grenzen der Handwerksbetriebe hinausgehen. Man sollte daher von „Zinsverbilligungen für Kredite an Betriebe des gewerblichen Mittelstandes“ sprechen. Außerdem beantragt die SPD, den vorgesehenen Etatsansatz von 1,3 Millionen DM auf 1,8 Millionen DM zu erhöhen. Ich glaube, wenn wir diesen Anträgen zustimmen, daß man dann der Sache am besten gerecht werden kann. Ich halte es aber nicht für gut, daß ein Sondertitel für den Einzelhandel eingesetzt wird. Ich werde aber auf diese Angelegenheit noch einmal zurückkommen.

Zu Titel 957 ist zu erwähnen, daß die Frachthilfen für Betriebe im Zonenrandgebiet um weitere 240 000 DM auf 800 000 DM erhöht worden sind.

Ein Wort ist auch zu Titel 961 zu sagen. Für die Erstellung eines Kartenwerks für die Lahnkanalisierung ist eine zweite Rate von 35 000 DM eingesetzt. Die Gesamtkosten für dieses Kartenwerk sollen sich auf 355 000 DM belaufen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß bereits in früheren Jahren schon mehr als 200 000 DM für die Vorbereitung dieses Kartenwerks bzw. für die Lahnkanalisierung ausgegeben worden sind. Dieses Kartenwerk soll jetzt systematisch weitergeführt werden, bis sich einmal der Bund darauf besinnt, seinen Pflichten nachzukommen.

(Abg. Dr. Best [SPD]: Sehr richtig!)

Hierzu liegen Anträge des GE/BHE und auch der CDU vor, mit denen ich mich nicht weiter beschäftigen will. Aber der Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 742 — verlangt, daß dieser Ansatz auf 2 Millionen DM erhöht wird. Das, meine Damen und Herren, kann nicht unwidersprochen bleiben. Offenbar hatte die FDP, als sie sich mit diesem Etat beschäftigte — wir werden das auch noch morgen erleben —, einen ganz besonders frohen Tag gehabt. Sie hat bei den verschiedenen Gelegenheiten sehr große Summen gefordert, so auch hier. Ich glaube, nach all den Debatten, die wir bisher in diesem Hause erleben mußten, ist es nicht notwendig, noch einmal zu unterstreichen, daß das Land Hessen sich für die Beteiligung und die Mithilfe und Mitarbeit bei der Lahnregulierung in jeder Hinsicht bereit gezeigt und unbestrittenweise auch ganz erhebliche Vorleistungen gemacht hat.

In einem unmittelbaren Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vor Jahr und Tag an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Bundesverkehrsminister — also an die zu-

ständigen Stellen — wurde deutlich und ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß das Land Hessen diese Arbeiten für erforderlich hält und bereit ist, seinen Anteil zu leisten. Es ist ja so, daß wir selbst dort einen Zuschuß geleistet haben, wo wir dazu gar nicht verpflichtet waren; so haben wir beispielsweise gegenüber Rheinland-Pfalz einen Zuschuß übernommen. Es ist nicht die Schuld der Hessischen Landesregierung, und ich meine, es ist auch nicht die Schuld dieses Parlaments, wenn bisher die Arbeiten nicht in Angriff genommen wurden. Es gehört schon eine ganze Portion Demagogie dazu, der Hessischen Landesregierung oder uns hier immer wieder die Schuld zuzuschreiben, daß das Lahnprojekt noch nicht in Gang gekommen ist. Ich bin zwar nicht der Meinung, daß wir uns im Rahmen der Etatberatung mit diesem bedeutsamen Problem endgültig beschäftigen können, aber, meine Damen und Herren von der FDP, nicht dadurch, daß man solche Demonstrationen wiederholt und immer wieder neue Millionenbeträge fordert, wird die Sache besser. Ich bin der Auffassung, daß diese Anträge, die hier gestellt werden, schon deshalb zurückgewiesen werden müssen, weil erneut der Versuch unternommen wird, dem Lande Hessen die Verantwortung für eine Maßnahme zuzuschreiben, für die der Bund verantwortlich ist.

Im übrigen würde ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, empfehlen, wenn Sie schon nachweisen wollen, daß von Seiten des Landes Hessen eine Pflichtverletzung zum Schaden der Bevölkerung und der Wirtschaft des Lahn-Dill-Gebiets vorliegt, Ihre Freunde im Bundestag aufzufordern, dort im Bundestag zu beantragen, daß der Bund dieses Projekt in die Hand nimmt und dann von sich aus die Hessische Landesregierung zwingt, Farbe zu bekennen, ob sie sich beteiligen oder nicht beteiligen will. Sehen Sie, die Bundesregierung kann wohl das Land Hessen, aber das Land Hessen kann nicht die Bundesregierung zwingen, etwas zu tun, was sie nicht tun kann oder nicht tun will. Ich meine, das muß ein für allemal in diesem Zusammenhang gesagt werden.

Ich darf noch ein Wort zu dem sehr bedeutsamen Gebiet der Landesstraßenbauverwaltung sagen. Es ist schon festgestellt worden, daß die Ausgaben sich hier um etwa 12 Millionen DM auf 112,5 Millionen DM erhöht haben. Gegenüber den Ist-Ausgaben des Jahres 1959 sind sie sogar um 30,5 Millionen DM erhöht. Das ist sehr beachtlich, zumal man nicht übersehen darf, daß jetzt durch den Kraftfahrzeugsteuerbund ebenfalls erhebliche Mittel an die Gemeinden und kommunalen Verbände fließen. Die Personalausgaben betragen 10,5 Millionen DM, die Sachausgaben 2,3 Millionen DM. Für die Unterhaltung, Instandsetzung und Betreuung der Landstraßen I. Ordnung und für die technische Betreuung der Landstraßen II. Ordnung sind nochmals 23,4 Millionen DM vorgesehen. Das sind insgesamt 36,2 Millionen DM für die fortdauernden Ausgaben. Ich darf noch erwähnen, was wir auch nicht übersehen sollten, daß für den Um-, Neu- und Ausbau der Landstraßen I. Ordnung sowie für Brückenbauten, Planungskosten usw. 76,5 Millionen DM ausgeworfen werden. Diese Beträge sind also gegenüber dem Vorjahr und gegenüber den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, wo wir davon sprachen, das Land Hessen sollte Darlehen in Höhe von 30 Millionen DM aufnehmen, um die Straßenbauprobleme zu lösen. Wir sehen, daß in den letzten zwei Jahren der Etat um mehr als 40 Millionen DM angewachsen ist, und wir werden trotzdem noch vor sehr großen und sehr schwierigen Aufgaben stehen. Der strukturelle Wandel im Verkehr vollzieht sich mit einer Beschleunigung, mit der der Straßenbau und auch all die Fragen, die mit der Verkehrssicherheit zu tun haben, einfach nicht Schritt halten können. Diese Fragen sind nicht nur für das Land, sondern auch für die Kreise und Städte außerordentlich dringlich geworden. Man darf bei der Betrachtung dieses Kapitels, glaube ich, auch nicht übersehen, daß durch die Zuweisung aus der Kraftfahrzeugsteuer zwar

Abg. Fischer

diese Kreise und Gemeinden ihrer Aufgabe vielleicht besser gerecht werden können, aber daß es doch im großen und ganzen Aufgaben einer Gesamtplanung bleiben müßten.

Die Fraktion der SPD hat deshalb zwei Anträge gestellt. Wir verlangen mit dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 908, daß der Ansatz im Titel 950, also die unmittelbaren Ausgaben für den Um- und Ausbau der Landstraßen, von 55 Millionen DM auf 58 Millionen DM, das heißt um 3 Millionen DM, erhöht wird.

Wir ersuchen in dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 903 die Landesregierung, durch Untersuchungen festzustellen, wo in Hessen der Bau von Radfahr- und Mopedwegen dringend erforderlich ist und a) dem Landtag das Ergebnis der Untersuchungen bekanntzugeben und b) ein Bau- und Finanzierungsprogramm vorzulegen.

Freilich ist es dann immer noch fraglich, ob wir — selbst bei einer weiteren Erhöhung der Mittel — die Situation ändern können, weil hier wieder die Frage der Kapazitäten des Straßenbaues ganz allgemein und viele andere Fragen mit gesehen werden müssen. Wir sind aber der Auffassung, daß bei den großen Planungen von Autobahnen und Landstraßen I. Ordnung eine wichtige andere Seite nicht übersehen werden darf, nämlich die Regelung des vielfältigen Verkehrs in den Ballungsgebieten, wobei nicht nur der Straßenbau, sondern auch die Anlage von Park- und Einstellplätzen eine ebenso dringliche Frage geworden sind.

Man sollte also auch vom Lande her diese Aufgabe, die den Kreisen und Städten besondere Schwierigkeiten bereitet, sehen, weil die Verkehrsregelung und der Straßenbau vom Land nur dann sinnvoll weitergeführt werden kann, wenn die Probleme in den Ballungsgebieten ebenfalls mit geregelt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich wieder einmal ein besonderes Wort über den Bau von Fahrrad- und Mopedwegen, denen wir ebenfalls unsere Aufmerksamkeit schenken müssen, sagen. Solche Wege sind zwar in der Hauptsache wahrscheinlich bei den Landstraßen II. Ordnung, das heißt im engeren Wirtschaftsraum, notwendig, aber man kann die Aufgaben weder den Kreisen und Städten allein überlassen, noch sie aus einer Gesamtplanung herausnehmen. Wir sind weiter der Meinung, daß auch jetzt — in diesem Haushalt — die Frage des Baues von Rad- und Mopedwegen leider zu wenig beachtet wurde.

Aus einer Statistik ergibt sich, daß in den letzten zwei Jahren wiederum fast 3 Millionen neue Fahrräder und Mopeds angeschafft worden sind, die sich ja auf den Land- und Bundesstraßen und auf den Kreisstraßen bewegen.

(Abg. Kohl [FDP]: Die Zahl der Radfahrer nimmt neuerdings zu!)

— Die nimmt weiter zu, jawohl! Aus der Statistik ist weiter zu ersehen — — —

(Weitere Zurufe)

— Sie fahren jetzt auch rad?

(Abg. Jansen [CDU]: Manche Landräte sind seither geflogen, jetzt fahren sie rad! — Abg. Seiboth [GB/BHE]: Die machen immerhin weniger Gestank als die Autos!)

Aus der Statistik ist weiter zu ersehen, daß im Bundesgebiet im Jahre 1959 rund 805 000 Verkehrsunfälle geschehen sind und daß diese Unfälle, wie es heißt, mehr als 417 000 Verkehrstote gefordert haben, darunter über 13 500 Verkehrstote. Es ist unbestritten, daß bei diesen Unfällen die Moped- und Radfahrer sehr, sehr stark beteiligt sind. Ich will die Zahlen im einzelnen nicht anführen, die hier vorliegen.

All diese Zahlen machen deutlich, daß die Verkehrsunfälle in den dichten Siedlungsgebieten auf den unübersichtlichen und schmalen Landstraßen vorkommen, die in der Hauptsache von Moped- und Radfahrern bevölkert werden,

weil eben dort Rad- und Mopedwege fehlen. Auf diesen Straßen muß der Verkehr — wie man so schön sagt — „entmischt“ werden. Wir sind der Auffassung, daß diese Fragen so allgemein und so dringlich sind, daß das Land initiativ werden muß. Wir glauben, daß im Rahmen einer Gesamtverkehrsplanung auch die Entmischung der Straßen in den Ballungsgebieten mit berücksichtigt werden muß. Darum unsere Anregung. Wir würden uns freuen, wenn Sie ihr zustimmen wollten.

Schließlich, meine Damen und Herren, sollten wir bei dem Haushaltsplan 07 nicht übersehen, daß im außerordentlichen Haushalt zur Förderung wirtschaftspolitischer Maßnahmen und für Strukturverbesserungsmaßnahmen ebenfalls erhebliche Mittel vorgesehen sind.

Ich darf nun noch einmal in einer Gesamtbetrachtung darauf hinweisen, daß die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in den letzten zehn Jahren eine große Entwicklung in unserem Lande gehabt haben. Wenn wir die Förderungsmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft, im Fremdenverkehr und auch die Zinsverbilligungsmaßnahmen zusammennehmen, so betragen die Aufwendungen dafür im Jahre 1950 rund 182 000 DM, und in diesem Rechnungsjahr — falls die Abänderungsanträge angenommen werden — übersteigen diese Maßnahmen bereits 4 Millionen DM. Das ist eine mehr als zwanzigfache Steigerung dieser Leistungen. Und für diese Förderungsmaßnahmen sind in den letzten zehn Jahren — von 1950 bis 1960 — über 14,2 Millionen DM ausgegeben worden.

Wir alle, meine Damen und Herren, waren für diese Förderungsmaßnahmen; die Anträge beweisen ja, daß wir auch heute noch dafür sind und zwar aus der Überzeugung, daß im Rahmen der Volkswirtschaft nicht nur das gesamte Handwerk und mittelständische Unternehmertum seinen Platz haben soll, sondern auch seinen Platz haben muß. Das Handwerk und das mittelständische Unternehmertum ist in vielfacher Hinsicht förderungswürdig.

Ich will nicht sagen, daß der Facharbeiter, der in den Lehrwerkstätten der Großbetriebe ausgebildet wird, schlechter wäre als der aus dem Handwerksbetrieb. Aber ich möchte sagen, daß vom Blickpunkt des Staatsbürgers her unter Umständen der Lehrling, der durch den Handwerksbetrieb geht, sehr wertvoll ist, weil die Beziehungen zwischen dem Handwerksmeister oder dem Chef eines kleinen Unternehmens und seinen Mitarbeitern sehr viel enger, sehr viel intimer und auch sehr viel menschlicher sein können, eine Tatsache, die wir — glaube ich — gerade vom staatspolitischen Gesichtspunkt her nicht unterschätzen sollten.

Ich möchte weiter sagen, daß wir auf die Ausbildung von Nachwuchskräften in den Handwerksbetrieben und kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmungen nicht verzichten können, schon deswegen nicht, weil wir in vielen Sektoren unserer Wirtschaft auf die handwerkliche Facharbeit, die ich jetzt einmal von der industriellen unterscheiden möchte, nicht verzichten können. Denken Sie an den Bauhandwerker, an den Installateur, an den Bautischler und an viele andere Berufe, die mit dem menschlichen Alltag, dem Wohnen und Leben der Menschen, auf das engste verbunden sind. Das sind die Gründe, warum wir trotz unserer großartigen Wirtschaft und Konjunktur helfen müssen, dadurch helfen müssen, daß diese Betriebe ihre Rationalisierungsmaßnahmen durchführen können, daß sie bessere Maschinen und Einrichtungen anschaffen können als sonst.

Wir müssen auch durch unsere Förderungsmaßnahmen helfen, daß gewisse soziale Ansprüche, die von der Industrie sehr leicht zu erfüllen sind, aus eigener Kraft aber vom Handwerk und vom mittelständischen Gewerbe nur sehr schwer herausgewirtschaftet werden können, nicht vernachlässigt, sondern erfüllt werden. Wir sind uns in all diesen Jahren hier in diesem Hohen Hause in dieser Frage immer einig gewesen.

Ganz anders aber, so meine ich, wäre die Situation gegenüber dem Einzelhandel zu sehen. Man versucht schlechthin die Sache damit zu begründen, daß man eben auch wieder verallgemeinert und sagt: So, wie die großen Industriebetriebe die Existenz der kleineren Handwerksbetriebe bedrohen oder erschweren, so ist es auch im Handel. Die großen Versandhäuser, Genossenschaften, Warenhäuser, so sagt man, machen es dem Einzelhandel sehr schwer, zu bestehen. Bestehen könne nur der, der ein modernes Geschäft hat, das auf den Kunden wirkt, und der auch in der Lage ist, eben seinen Mitarbeitern all die Vorteile zu bieten, die die anderen — eben das große Warenhaus — zu bieten vermögen.

Hier ist nach meiner Meinung ernsthaft die Frage zu stellen, ob solche Förderungsmaßnahmen im Einzelhandel vergleichbar sind mit den Förderungsmaßnahmen im Handwerk oder im gewerblichen Unternehmerbereich.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Im Kleinhandel!)

In der gewerblichen Wirtschaft wird es ohne die einen und die anderen — ohne Handwerk, mittelständische Unternehmen und Großbetriebe — nicht gehen. Ist das aber auch beim Einzelhandel der Fall? Das ist die Frage. Zweifellos hat der Einzelhandel und haben alle Wirtschaftsbetriebe eine große Funktion.

Die Großkaufhäuser, die Warenhäuser, nennen sich ja ebenfalls Einzelhandelsunternehmen und sind auch Mitglieder des Einzelhandelsverbandes. Sie nennen sich nur eine Konzentrierung verschiedener Einzelhandelsbetriebe. Und viele Kaufleute haben sich schon früher in der „Edeka“, in der „Spar“, der „A & O“ und wie diese großen Gemeinschaften heißen, zusammengeschlossen, ähnlich wie die Genossenschaften, weil diese Kaufleute längst eingesehen haben, daß man in der Gemeinschaft besser bestehen kann, als wenn man allein bleibt.

Wir haben uns ja schon im vergangenen Jahr mit dieser Frage hier beschäftigt und große und — meiner Meinung nach — auch berechtigte Bedenken gehabt, die heute noch bestehen. Handelt es sich hier um echte, volkswirtschaftlich notwendige Maßnahmen, die wir durchführen wollen? Geht es um Rationalisierungsmaßnahmen, die man normalerweise einem Geschäftsmann nicht zumuten kann?

Ich beobachte in meiner Stadt und in vielen anderen Städten, wie die Läden immer moderner eingerichtet werden. Wer bestehen will, muß eben einen modernen Laden haben. Es geht also nicht darum, daß man einen Stand aus volkswirtschaftlichen Gründen erhalten müßte, es gibt viele Bewerber für diesen Stand, meiner Meinung nach allzu viele Bewerber.

Denn schließlich, meine Damen und Herren, sind wir uns einig, daß wir nicht dem Mayer oder Schulze verbilligte Kredite geben, damit diese sich dann in einen erfolgreicherem Wettbewerb gegeneinander begeben und sich vielleicht totkonkurrieren können. Die Frage ist auch, ob solche Maßnahmen nicht zu einem unlauteren Wettbewerb führen. Wir haben im übrigen in unserem Land und in der Bundesrepublik schon Ähnliches erlebt. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir uns hier in diesem Hohen Hause vor vielen Jahren mit der Frage beschäftigt haben, wie wir den kleinen Mühlen und Sägewerken helfen könnten. Stützungs- und Förderungsaktionen wurden durchgeführt. Und heute werden von Staats wegen — vom Bund — Prämien an diejenigen gezahlt, die einen solchen Betrieb stilllegen, um die Ertragsfähigkeit der anderen zu verbessern. Wir wollen das hier auf diesem Gebiet nicht noch einmal erleben. Wenn wir schon bei der Marktwirtschaft und ihren Prinzipien bleiben, muß auch nach unserer Auffassung das Prinzip der Wettbewerbsfreiheit unbeeinflusst gelassen werden.

Wenn wir heute dem Ladeneinhaber Lehmann einen verbilligten Kredit oder eine Zinshilfe geben, damit er sich

einen Selbstbedienungsladen einrichten kann, dann wird er natürlich wettbewerbsfähiger sein als sein Nachbar oder sein Freund auf der gegenüberliegenden Seite der Straße, der keinen Selbstbedienungsladen hat. Ich habe aber große Zweifel, ob wir diesem anderen auf der anderen Straßenseite einen solchen Antrag, wenn er eingereicht würde, mit gutem Grund ablehnen könnten.

Wenn wir uns unter großen Bedenken dennoch dazu entschlossen haben, die Förderungsmittel trotz alledem zu verstärken, um auch dem Einzelhandel in besonderen Fällen zu helfen, dann muß bei diesen Maßnahmen nach unserer Auffassung mit sehr, sehr strengen Richtlinien und sehr guten Überlegungen gearbeitet werden. Die Situation ist hier eine völlig andere als bei den Förderungsmaßnahmen für das Handwerk und das mittelständische Gewerbe, und man muß daher auch von ganz anderen Grundsätzen ausgehen. Auch die Situation in unserer Landwirtschaft zum Beispiel ist im Rahmen der Volkswirtschaft anders zu sehen als die Situation im Einzelhandel; sie ist nicht vergleichbar.

Die Zeiten der sogenannten Kolonialwarengeschäfte, der Spezerei- oder Krämerläden aus der alten vergangenen Zeit, in denen das Salzgurkenfaß neben dem Petroleumbehälter oder dem Butterfaß stand, sind vorbei. Die Situation in den Einzelhandelsgeschäften wird in einer interessanten Statistik dargestellt. Nach dieser Statistik haben die Groß- oder Filialbetriebe einen Anteil am Einzelhandel von 12,8, die Konsumgenossenschaften von 9,6, die Warenhäuser — soweit ihre Lebensmittelabteilungen in Frage kommen — von 2,1, die Edeka-Geschäfte von 19,6; die Rewe-Gemeinschaft von 7,9, die Spar-Gemeinschaft von 8,3, die A & O-Gemeinschaft von 7,1, und der echte noch verbliebene Einzelhandel hat nur noch einen Anteil von 8 Prozent. Nach dieser Statistik sind in den letzten zehn Jahren mehr als 100 000 Einzelhandelsgeschäfte untergegangen, und die Fachleute meinen, daß dieses Massensterben noch längst nicht zu Ende ist.

Wer von uns glaubt nun, diese Entwicklung mit solchen Maßnahmen, wie wir sie hier vor uns sehen, aufzuhalten? Ich fürchte, daß es auch für das Ministerium nicht sehr leicht sein wird, hier Richtlinien zu erarbeiten, um gute Förderungsmaßnahmen durchzuführen, die auch den Prinzipien der Marktwirtschaft und der Gerechtigkeit entsprechen. Es könnte sonst passieren, daß auch Gastwirte und ähnliche Zweige unserer Wirtschaft, die sich im selben Strudel befinden, Förderungsmaßnahmen von uns verlangen könnten und einbezogen werden müßten.

Wir sind also für die Bereitstellung von Mitteln, erwarten aber, daß uns alsbald eingehende Richtlinien vorgelegt werden, nach denen verfahren werden soll. Das war im übrigen auch ein Beschluß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man darf es uns auch nicht übelnehmen, wenn wir in diesem Zusammenhang auf gewisse Entwicklungstendenzen und Gefahrenquellen einer kapitalistischen oder, sagen wir, unserer heutigen Wirtschaftsordnung oder meinetwegen auch auf die gefährlichen Situationen der Marktwirtschaft unserer Zeit hinweisen. Das sind übrigens Fragen und Probleme, die nicht nur in unserer Bundesrepublik, sondern in allen Industrieländern ständig auf der Tagesordnung stehen.

Wir erleben in unserer Bundesrepublik in den letzten Monaten eine lebhafte Diskussion wegen der überhitzten Konjunktur oder wegen des nicht antizyklischen Verhaltens. Wir erleben das Hinauf- und Herabsetzen der Diskontsätze und die Veränderung der Zinsen. Wir erleben auch die Entwicklung der Aktienkurse, die man nur noch als Fieberkurven bezeichnen kann. Es wird für jeden offenbar, daß man auch in der jetzigen Wirtschaftssituation sowohl in Kreisen der Wirtschaft als auch in den Kreisen der Arbeitnehmerschaft und bei allen verantwortlichen Politikern große Sor-

Abg. Fischer

gen hat. Die größte Sorge ist wahrscheinlich die, daß wir um den Bestand der Währung bangen.

(Abg. Kohl [FDP]: Weihnachtsgratifikation!)

— Herr Kollege Kohl, ich nehme an, daß Sie dieselben Sorgen haben! Und im Mittelpunkt dieser Betrachtungen stehen merkwürdigerweise nicht in erster Linie die Probleme der Weltmärkte, sondern das Thema Preise, Arbeitslohn, Arbeitszeit.

Ich verstehe durchaus die besonderen Sorgen, die beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat und die er vor kurzem in einem interessanten Aufsatz im August dieses Jahres zum Ausdruck brachte, indem er schrieb — Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren —:

„Das sind die Feinde des deutschen Volkes“,

— so schreibt er —,

„die seiner bequemen Neigung entgegenkommen, sich im Maßlosen verlieren und um der Gunst des Augenblicks willen das Glück und die Zukunft derer, die nach uns kommen, aufs Spiel setzen.“

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Diese Kritik, so schreibt die Verbandszeitung der Arbeitgeber, hatte einen „Allround-Charakter“. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sowohl an die Adresse der Unternehmer als auch an die Gewerkschaften gerichtet ist.

Erst vor wenigen Tagen erhob Professor Erhard erneut seine Stimme auf einer Tagung der Arbeitgeberverbände in Bad Godesberg und forderte äußerste Wachsamkeit und erhob schwerste Vorwürfe. Bundesbankpräsident Blessing forderte auf derselben Tagung die Arbeitgeber auf, mehr Disziplin in der Lohn- und Preispolitik zu üben und mit den Investitionen zurückhaltender zu sein. Er sagte, es ginge nicht an, daß die Unternehmer Konjunkturgewinne machten und gleichzeitig die Gewerkschaften zum Maßhalten aufforderten, denn schließlich könne es keine ewige Hochkonjunktur geben.

Es ist auch interessant, was die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ erst vor wenigen Tagen, nämlich am 27. November, geschrieben hat. Es sei merkwürdig, daß jetzt plötzlich die Unternehmer nach dem Staat oder nach einer staatlichen Schlichtungsordnung riefen, während die Gewerkschaften eine solche ablehnten. Die Rollen seien jetzt plötzlich vertauscht.

Bei einer anderen Gelegenheit wird von Vertretern der Wirtschaft die Frage gestellt: Was ist wichtiger als die Wirtschaft? Diese Frage zu stellen, wird als kühn bezeichnet, weil die Antwort „Nichts“ heißen müßte. Denn, so heißt es in diesem Aufsatz:

„Ohne methodisches Wirtschaften können die modernen Völker nicht leben. Mit Jagen, Fischen, Beerenpflücken und Wurzelstechen, mit dem ursprünglichen Leben also, würden wir nicht weit kommen. Da wir somit ohne Wirtschaft nicht leben können, kann man also durchaus berechtigt sagen, daß nichts wichtiger ist als die Wirtschaft.“

(Präsident Zinnkann übernimmt den Vorsitz)

Nun, meine Damen und Herren! Wir könnten zustimmen, hätte man hier nicht eine Kleinigkeit vergessen. Man hätte vor das Wort „Wirtschaft“ noch das Wörtchen „sinnvoll“ setzen sollen, weil das richtiger gewesen wäre. Im Grunde genommen muß man es als ein Kuriosum ansehen, daß wir uns in Zeiten der größten Wirtschaftskonjunktur oder einer großartigen Wirtschaft, wie Sie es bezeichnen, hier immer wieder und erneut steigend mit Förderungsmaßnahmen für die gewerbliche Wirtschaft befassen und solche Maßnahmen beschließen müssen.

Man hat ja bei vielen Gelegenheiten die früher so oft diskutierte Konzentration und Monopolisierung der Wirtschaft

zurückgewiesen. Aber, meine Damen und Herren, sie ist da, und sie ist wirksam. Man hat auch bestritten, daß in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung für das Handwerk, für den kleinen Gewerbetreibenden, kaum oder nur wenig Raum sei. Es ist aber schwer zu bestreiten, daß viele, viele Handwerktätigkeiten in den letzten 40 oder 50 Jahren — insbesondere aber in den letzten zwei Jahrzehnten — untergegangen sind, daß es sie nicht mehr gibt, viele eben in unserer Position überhaupt nicht mehr denkbar sind und keinen Raum haben. Ich könnte das, wenn Sie wollen, mit vielen interessanten Zahlen belegen.

Man kann auch nicht bestreiten, daß bis in die neueste Zeit hinein handwerkliche und Kleinbetriebe in bestimmten Sektoren der Wirtschaft stark bedroht sind. Denken Sie an die Hufschmiede, die Wagner, die Stellmacher, Schneider, Schuster und manche andere. Schon allein von den Stoffen her, die in der Wirtschaft heute verarbeitet werden, hat sich vielerlei geändert.

Die Tatsache jedenfalls, daß in allen Ländern der Bundesrepublik und vom Bund selbst große Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, insbesondere für das Handwerk, für das mittelständische Unternehmertum und auch für die Landwirtschaft in dieser Zeit der großen Prosperität notwendig sind, läßt doch, glaube ich, deutlich werden, daß der Stand dieser Betriebe in unserer Wirtschaftsordnung nicht besonders fundiert ist.

Die Sorgen, die in der Wirtschaft bei den Verantwortlichen bestehen, müssen wir jedenfalls allesamt mittragen, und sie bedrücken auch uns.

Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hohen Hauses, haben sich in all den Jahren von unseren Argumenten nicht überzeugen lassen. Aber die Wirtschaft selbst überzeugt Sie, oder sie zwingt Sie, vielerlei Steuerungs- und Lenkungsmaßnahmen in der Wirtschaft heute selbst durchzuführen, die Sie früher stets ablehnten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Das Dumme ist, daß Sie sich sozusagen durch die Entwicklung zu solchen Maßnahmen immer zwingen ließen, anstatt sie bewußt zu tun, denn dann wären sie sicherlich sehr viel sinnvoller und auch sehr viel wirksamer gewesen.

Das alles, meine Damen und Herren, macht die Einrichtung der Wirtschaftsministerien in den Länderregierungen ebenso wie auch in der Bundesregierung noch sehr viel notwendiger als in der Vergangenheit.

(Sehr gut! bei der SPD)

Das sind auch die Gründe, weshalb wir dem Haushaltsplan 07 mit den von uns vorgelegten Abänderungsanträgen zustimmen. Hoffentlich kommen Sie nicht wieder mit Ihrer alten Zahlenakrobatik, um nachzuweisen, daß wir in Hessen auf das Wirtschaftsministerium verzichten könnten, und auch nicht mit Ihren alten, aber deswegen doch nicht besser gewordenen Argumenten, daß in Bonn alles großartiger und besser gemacht würde und wir in Hessen nichts anderes als Nutznießer der von Ihnen erdachten und erfundenen großartigen Wirtschaftspolitik seien.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Das hat sich ja in Hannover gezeigt!)

— In Hannover wollten wir auch Ihr Ahlener Programm behandeln, aber wir haben uns gesagt, das wäre doch zu radikal.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ja, wenn Sie das man sagen!)

Ich möchte die Feststellung, daß das Wirtschaftsministerium in Hessen so notwendig und dringlich ist wie anderswo mit den Worten unseres Heimatdichters Stoltze aussprechen:

„Es will mer net in den Kopp enei,
Warum es bei uns soll anners sei,

Als dort, wo immerzu
Allein regiert die CDU.
Der Unnerschied is doch nur der,
Bei uns in Hesse geschieht viel mehr!“

(Große Heiterkeit und starker Beifall bei SPD und GB/BHE — Abg. Rodemer [FDP]: War der Stoltze auch in der SPD?!)

Präsident Zinnkann:

Meine Damen und Herren! Den Einzelplan 07 müssen wir heute noch erledigen. Es sind nun noch drei Redner vorgemerkt, und außerdem wird der Herr Minister sprechen wollen. Ich wage jetzt aber nicht, den nachfolgenden Rednern zu empfehlen, sich kürzer zu fassen.

(Abg. Kohl [FDP]: Noch kürzer?! — Heiterkeit)

Ich wiederhole aber noch einmal, daß der Einzelplan 07 heute noch in zweiter Lesung verabschiedet werden muß. Und nun mag sich jeder der folgenden Redner danach richten. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Loew.

Abg. Dr. Loew (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will der versteckten Mahnung unseres Herrn Präsidenten Folge leisten und nicht die Befürchtung meines Herrn Vorredners wahr machen, noch einmal damit anzufangen, über die grundsätzliche Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit eines Wirtschaftsministeriums zu sprechen.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Das ist entschieden!)

Wir haben auch das Wirtschaftsministerium gar nicht für überflüssig erklärt, sondern wir haben gerade das Umgekehrte getan. Wir haben gesagt, man hätte ruhig die beiden Ministerien, die man auseinandergerissen hat, zusammenlassen und insofern eine Einsparung erzielen können.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Die Fraktion der FDP hat etwas anders argumentiert.

(Heiterkeit)

Ich glaube aber doch, daß man es sich bei dieser Frage nicht so leicht machen sollte, wie das hier geschehen ist, nämlich daß man sagt: Das ist eine politische Frage, und die ist entschieden. Es wäre gut gewesen, wenn man der Anregung des Bundes der Steuerzahler, die der Herr Wirtschaftsminister aufgegriffen hatte, gefolgt wäre und eine Untersuchung vorgenommen hätte. Es ist immerhin das Geld der Steuerzahler, über das hier verfügt wird, und es sollte möglichst so ausgegeben werden, daß es sinnvoll ist.

Aber, wie gesagt, ich will mich kurz fassen,

(Abg. Albert Weber [SPD]: Ausgezeichnet!)

denn ich habe heute abend noch wo anders zu sprechen. Ich werde mich deshalb auf die Anträge meiner Fraktion zum Einzelplan 07 beschränken. Zu Beginn seiner Ausführungen hat Herr Minister Fischer uns den Rat gegeben, unsere Anträge Drucks. Abt. I Nr. 842 und 847, mit denen eine Minderung des Ansatzes bei Kapitel 07 02 Titel 602 um 120 000 DM und die Schaffung eines neuen Titels 656 — Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer — mit einem Ansatz von 200 000 DM vorgesehen wird, noch einmal zu überdenken. Ich will Ihnen sagen, warum wir das so gemacht haben. Wir glauben, daß es richtiger ist, die Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer nicht in dem Titel unterzubringen, aus dem die Maßnahmen zugunsten der heimischen Wirtschaft finanziert werden. Wir wissen, daß die Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer sich in der Zukunft steigern werden, und gerade aus optischen Gründen meinen wir, daß man das nach außen hin kundtun sollte; hier soll nicht etwas zugunsten der heimischen Wirtschaft geschehen — selbstverständlich, daß auch wir an die hessische Wirtschaft denken —, aber in der Hauptsache dient doch dieser Ansatz dazu, die

Abg. Dr. Loew

Entwicklungsländer zu fördern. Und deshalb meinen wir, daß eine Trennung des Ansatzes herbeigeführt werden sollte. Wir begrüßen die Aufwendungen, die für die Entwicklungsländer gemacht werden und haben deshalb diesen Antrag gestellt.

Ich freue mich, daß der Antrag der Fraktion der SPD in der Höhe noch über unseren Antrag hinausgeht. Wir werden ihm selbstverständlich zustimmen. Es scheint uns sehr notwendig zu sein, daß wir nunmehr neben der Ausbildung der Oberschicht der Entwicklungsländer an den Universitäten und Hochschulen auch daran denken, daß eine Mittelschicht ausgebildet werden muß — Facharbeiter und Vorarbeiter, Spezialhandwerker, Helferinnen in sozialen Berufen usw. —, um dadurch das allgemeine Lebensniveau in diesen Ländern zu heben. Es darf nicht so sein, daß da eine Oberschicht entsteht, die sich von dem übrigen Volk losgelöst hat, sondern es muß eine Verbindung bestehen zwischen dieser Oberschicht

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

und der unteren Schicht, die heute noch in diesen Ländern weitgehend aus Analphabeten besteht. Es ist so, daß heute noch in den meisten dieser Entwicklungsländer ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind

(Ministerpräsident Dr. Zinn: Noch höher!)

und zum Teil ist die Zahl noch höher, wie der Herr Ministerpräsident hier gerade sagt. Die Menschen kennen nur ganz primitive Formen der Bodenbearbeitung; sie kennen überhaupt keine hygienischen Begriffe. Da muß etwas geschehen, und gerade dafür sehen wir diesen Titel als sehr wertvoll an. Wir können dadurch die geistige Entwicklung dort neu prägen. Sie steht heute noch wesentlich auf dem Erfahrungs- und Gedankengut der überlieferten Tradition. Wir müssen diese Menschen dazu bringen, daß sie möglichst schnell den Anschluß an die Zivilisation gewinnen, ohne daß sie dadurch Schaden nehmen, daß sie lesen und schreiben lernen und damit systematisches und selbständiges Handeln. Die Voraussetzungen dafür sind aber in ihren Heimatländern weitgehend nicht gegeben. Deshalb sollten wir in Deutschland und vordringlich hier in Hessen Lehrräume, Werkstätten und dergleichen für diese Leute schaffen und auch an Unterbringungsmöglichkeiten für sie denken. Aus diesem Grund also unser Antrag auf diesem Gebiet.

Von dem Vorredner ist unser Antrag betreffend Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft — Drucks. Abt. I Nr. 843 — etwas angegriffen worden. Hier haben wir 500 000 DM beantragt. An sich sind wir mit dem Ansatz bei diesem Titel durchaus zufrieden. Die 500 000 DM sollen der Förderung eines einzelnen Projektes dienen, nämlich des Tiergartens zwischen Weilburg und Braunfels,

(Hört, hört! — Heiterkeit und Zurufe)

nachdem nunmehr das Gutachten des Herrn Professors Hediger aus Zürich vorliegt. Allerdings ist mir das Gutachten bis heute noch nicht zugänglich gemacht worden; der Herr Finanzminister brütet anscheinend noch darüber. Ich nehme deshalb an, daß es sehr günstig für dieses Projekt ausgefallen ist. Nachdem die Mittel etwas flüssiger geworden sind, braucht der Herr Finanzminister ja nicht mehr so zu denken wie früher. Er weiß natürlich genau, daß dann, wenn ein günstiges Gutachten vorliegt, auch neue Aufgaben und Ausgaben auf ihn zukommen, und da will er vielleicht etwas Zurückhaltung üben. Nach den Äußerungen jedenfalls, die Professor Hediger bei der Besichtigung in Weilburg getan hat, glaube ich annehmen zu dürfen, daß das Gutachten sehr günstig ausgefallen ist, und wir sollten nun auch damit beginnen, den Plan auszuführen.

(Zurufe)

— Das für den Tiergarten ausersehene Gelände ist für diese Aufgabe denkbar geeignet. Es liegt an einer festen Straße, und die Gegend dort ist sowieso schon ein Zentrum des

Abg. Dr. Loew

Fremdenverkehrs, wenn ich die Orte Weilburg und Braunfels, die in unmittelbarer Nähe liegen, betrachte. Es könnte hier also eine Oase der Erholung für den Großstädter des Rhein-Main-Gebietes geschaffen werden, und nicht nur für diesen: Es könnte eine Sehenswürdigkeit für ganz Deutschland und darüber hinaus sogar für das Ausland werden. Außerdem wäre es eine Forschungsstätte für die tierärztliche Fakultät der Universität in Gießen, und wir könnten unsere Schulkinder hinschicken. Ich glaube, daß wegen all dieser Fragen, die mit dem Projekt verbunden sind, das Vorhaben doch gefördert werden sollte. Wir sollten nicht noch ein Jahr warten, bis wir damit anfangen. So etwas läßt sich nicht von heute auf morgen schaffen. Es müssen noch Ländereien getauscht und andere gekauft werden, es muß einmal festgelegt werden, wie groß der Gesamtkomplex sein soll, es müssen Einzelpläne für die Unterbringung der Tiere und ihrer Betreuer angefertigt werden, die Gleisanlage für die Parkbahn muß festgelegt werden, die Waldungen müssen ausgelichtet werden, es muß eine Gaststätte geschaffen werden.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Für wen?! — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Die Affen müssen beschafft werden! — Anhaltend große Heiterkeit)

— Die sind wohl am leichtesten zu beschaffen!

(Weitere Zurufe)

— Ich glaube, wir sollten diese Sache doch etwas ernsthaft ansehen. Damit die Aufgabe in Angriff genommen werden kann, haben wir also den Antrag gestellt, vorerst einmal 500 000 DM zur Verfügung zu stellen.

Zu Kapitel 07 02 Titel 604 ist von der Landesregierung jetzt vorgeschlagen worden, den Ansatz um 100 000 DM zu erhöhen, weil in Amerika Prospekte verteilt werden sollen usw. Hierzu müßte uns von dem Herrn Minister etwas näher erklärt werden, was da im einzelnen beabsichtigt ist. Ich glaube, „Reist nach Hessen“ allein kommt in Amerika nicht besonders gut an. So, wie wir kaum eine Vorstellung davon haben, wie es in Illinois oder Michigan aussieht, so geht es den Amerikanern mit Hessen. Man kann das doch wohl nur in Verbindung mit einer Werbung für Westdeutschland, also für die gesamte Bundesrepublik, machen, man kann es auch nur in Verbindung mit den Fremdenverkehrsverbänden machen. Wenn man das so vorhat, dann können auch wir zu dieser Erhöhung des Ansatzes ja sagen. Aber ich bitte hier noch um Erläuterung. Mit Anzeigen in der „New York Times“, wie das in anderen Fällen schon geschehen ist, ist es da, glaube ich, nicht getan.

(Abg. Albert Weber [SPD]: Es genügt schon: Reist nach Rüdesheim!)

Dann haben wir ebenso wie die Mehrzahl der anderen Fraktionen beantragt — Drucks. Abt. I Nr. 844 —, den Ansatz zur Förderung des Luftsports um 70 000 DM auf 140 000 DM zu erhöhen. Die 70 000 DM, die bisher in diesem Titel zur Verfügung standen, dienen der gesamten hessischen Sportluftfahrt, also dem Segelflug, dem Motorflug, dem Ballonflug und dem Modellflug. Das war natürlich für alle diese Vereine und Vereinigungen, die sich mit derartigen Fragen beschäftigen und die sich sportlich betätigen, zu wenig. Wir können zwar die Mittel nicht wahllos erhöhen, aber wir müßten doch auch hier dazu kommen, Schwerpunkte zu bilden, damit nach und nach alle Bedürfnisse befriedigt werden können, also auch der Motorflug von Herrn Kohl.

(Heiterkeit)

Aber zunächst sollte man doch einmal an den Segelflugsport denken. Ich halte gerade ihn für eine besonders wertvolle Sportart. Er fördert die Selbstdisziplin, die Kameradschaftlichkeit, die Selbstüberwindung, die wissenschaftliche Gründlichkeit in der Ausbildung, die handwerkliche Fertigkeit, und er dient der charakterlichen Festigung unserer Jugend.

Es kommt hinzu, daß Hessen die Geburtsstätte dieses Sportes ist. Kurz nach dem ersten Weltkrieg, 1920, ist auf der Wasserkuppe zum ersten Mal ein Segelflugsportwettbewerb gestartet worden; wir haben gerade in diesem Jahr die 40jährige Wiederkehr dieses Festes in Gersfeld und auf der Wasserkuppe begehen können.

Es ist aber nicht so, daß diese Sportart nur in der Rhön betrieben wird. Auch im Vogelsberg und im Westerwald, also in wirtschaftlich besonders schwach strukturierten Gebieten, spielt dieser Sport eine Rolle. Dadurch gewinnt diese Angelegenheit auch eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung. Außerdem ist jetzt durch den Motorschleppflug die Möglichkeit gegeben, diesen Sport auch in der Nähe der Großstädte auszuüben.

Schwerpunkt ist aber nach wie vor das Mittelgebirge, und hier sollten wir vor allen Dingen einmal an die Wasserkuppe denken, an die Segelflugschule, die dort besteht. Sie ist die einzige in Hessen, die vom Deutschen Aero-Club anerkannt und mit hauptamtlichen Lehrkräften ausgestattet ist. Es können dort in einem Kursus bis zu 40 Schüler unterrichtet werden. Gerade in den Ferien hat es sich gezeigt, daß diese Zahl zu niedrig ist und ein erhöhtes Bedürfnis besteht. Erst in allerletzter Zeit ist ein Antrag der Stadt Dortmund, deren Stadtjugendamt eine ganze Gruppe hinschicken wollte, abgelehnt worden, weil keine Möglichkeiten für die Unterbringung bestanden. Es existiert zwar eine Gesellschaft zur Förderung des Segelflugs auf der Wasserkuppe, aber diese Gesellschaft kann aus eigenen Mitteln nicht die notwendigen Beträge aufbringen, obwohl sie schon laufend aus diesem Titel unterstützt worden ist. Unterhaltung der Gebäude, Verbesserung der Start- und Landemöglichkeiten usw. verschlingen schon die gesamten zur Verfügung stehenden Mittel. Es müßten jetzt noch dringend Verbesserungsarbeiten durchgeführt werden, die bisher zurückgestellt werden mußten. Vor allen Dingen ist neben einer Erweiterung der Unterkunftsräume auch die Ergänzung des Fluggeräts erforderlich, insbesondere auch die Anschaffung von Sicherheitsgerät, wie Funksprechgerät usw. Schließlich muß auch, wenn man die Schule erweitert, an die höheren Kosten für das Personal gedacht werden, und es muß Lehrmaterial für die Segelflugschule zur Verfügung gestellt werden. Gerade im Hinblick darauf, daß die Wasserkuppe einmal die Geburtsstätte dieses Sportes war, aber auch mit Rücksicht darauf, daß die Wasserkuppe im Zonenrandgebiet liegt, sollten wir uns dem nicht verschließen und sollten dem Antrag zustimmen, zumal wir ja auch in den übrigen Einzelplänen des Etats für die sportliche Erziehung der Jugend mehr Geld als bisher ausgegeben haben.

Ich komme dann zu einem weiteren Titel im Kapitel 07 02, Titel 654: Zinsverbilligungen für Kredite an Fremdenverkehrsbetriebe und kommunale und private Kur- und Heilbäder. Hier haben wir den Antrag — Drucks. Abt. I Nr. 845 — gestellt, den Ansatz um 200 000 DM auf 950 000 DM zu erhöhen. 1959 standen in diesem Titel für Neubewilligungen 300 000 DM zur Verfügung, und zwar durch vorzeitige Rückzahlungen und Nichtinanspruchnahmen, und außerdem natürlich durch den Titelansatz. 1960 ermäßigte sich der Ansatz auf 150 000 DM. Dieser Betrag war schon Anfang September zum größten Teil vergriffen. Erfahrungsgemäß ist es aber so, daß der Hauptanfall an Anträgen erst im Herbst kommt, wenn die Hauptsaison vorbei ist und die Gaststätten und Fremdenbeherbergungsbetriebe Zeit haben zu planen, was sie im nächsten Jahr vorhaben. Die 150 000 DM reichen also schon für dieses Jahr nicht aus. Für 1961 sollen nach dem Etat nur 100 000 DM zur Verfügung stehen. Wir glauben, daß das zu wenig ist; denn das ist nur ein Betrag, der aus den nach und nach auslaufenden Krediten für 1956 zur Verfügung steht und also nicht auf einmal anfällt. Es wäre deshalb notwendig, hier eine Aufstockung um 200 000 DM vorzunehmen. Es ist vorhin ja schon von Herrn Minister Fischer betont worden, welche wertvolle Arbeit gerade aus

Abg. Dr. Loew

diesem Titel geleistet worden ist. Wenn wir heute auch auf dem flachen Lande endlich einmal Gaststätten erleben, in denen man sich wohlfühlt, wenn man dort Beherbergungsbetriebe erlebt, in denen man gern einmal übernachtet, dann ist das ganz wesentlich auf diesen Titel zurückzuführen, und wir sollten da in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Ich komme nun zum Kapitel 07 02 Titel 655, Zinsverbilligungen für Kredite an Handwerksbetriebe. Wir haben beantragt — Drucks. Abt. I Nr. 846 —, die Zweckbestimmung zu ändern in „Zinsverbilligungen für Kredite an Handwerksbetriebe und sonstige Betriebe der gewerblichen Wirtschaft“. Unser Antrag stimmt also fast genau mit dem der Fraktion der SPD überein. Ich könnte mir nun eigentlich weitere Worte ersparen, da ich doch annehme, daß diese Sache nun endlich durchgehen wird und damit unsere langjährigen Bemühungen in dieser Hinsicht auch von der SPD endlich anerkannt werden.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Sagen Sie, was Sie unter „sonstigen Betrieben“ verstehen!)

— Sonstige Betriebe? Wir waren uns ja im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr einig, daß wir — obwohl ich ursprünglich einmal angeregt hatte und es auch vom GB/BHE unterstützt wurde, da auch die freien Berufe mit hineinzunehmen — da vielleicht noch einmal einen besonderen Titel schaffen sollten. Aber es ist auch so, daß für die freien Berufe ja aus ERP-Mitteln für Berufsgründungen heute vom Bund aus Gelder zur Verfügung stehen, so daß diese Frage vielleicht nicht mehr ganz so dringlich ist. Aber das müßten wir noch einmal überprüfen.

Wir haben hier also an alle Betriebe der gewerblichen Wirtschaft gedacht — wie das auch in dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr beschlossen worden ist —, die außerhalb des Handwerks bestehen, und hier natürlich in erster Linie mit an den Einzelhandel. Ich muß sagen, daß es mich sehr gewundert hat, daß vorhin die Rationalisierung im Einzelhandel so angegriffen worden ist. Das wird vielleicht doch nicht ganz richtig gesehen. Es ist nicht so, daß der selbständige Einzelhandel verschwindet. Edeka, Rewe, SPAR, ASO-Läden: das sind ja selbständige Einzelhandelsläden geblieben. Sie sind nicht etwa von einem Großbetrieb, der sich Edeka nennt, aufgesaugt worden, sondern die Edeka ist eine Genossenschaft, in der sich die Einzelhändler des Lebensmittelhandels zusammengeschlossen haben,

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr richtig! — Abg. Fischer [SPD]: Das habe ich ja gesagt!)

wodurch sie erreichen, daß sie ebenfalls zu einem billigeren Einkauf kommen und dadurch auch billiger verkaufen können. Es ist also eine echte Selbsthilfe des Einzelhandels.

Wir sollten das Problem auch nicht nur von der Großstadt aus sehen, Herr Minister Fischer, wie Sie das getan haben, sondern auch einmal von den kleineren Städten und vom flachen Lande aus.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr gut!)

Die von Ihnen geschilderten Kolonialwarenläden, in denen der Kamm neben der Butter liegt, sind heute auch dort weitgehend überholt. Die wollen auch wir nicht, und gerade weil wir die nicht wollen, deshalb glauben wir, daß die Mittel für eine Rationalisierung und Modernisierung dieser Betriebe richtig angewandt sind. Es ist heute ja so, daß unter dem Zwang der Supermärkte — ich erinnere nur an das Vordringen des Weston-Konzerns — die Großfilialisten auch auf kleinere Städte ausweichen.

Ich kann ein Beispiel aus meinem Heimatkreis nennen. Herr Minister Wagner wird mir bestätigen, daß die Firma Schade & Füllgrabe, die bisher in der Stadt Weilburg mit einem verhältnismäßig kleinen Laden vertreten war, dort einen hochmodernen Selbstbedienungsladen er-

richtet, der natürlich dem örtlichen Einzelhandel ganz erhebliche Schwierigkeiten machen wird. Es ist dort leider das beste Hotel verpachtet worden an die Firma Schade & Füllgrabe, die dort etwas Derartiges einrichten will. In solchen Fällen gilt es aber doch, glaube ich, die dort bestehenden mittelständischen Betriebe zu erhalten und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, Kredite zu bekommen. Warum sollen wir sie nicht erhalten? Sie haben ihre Daseinsnotwendigkeit gerade in der Zeit, als es am freien Markt keine Lebensmittel gab, bewiesen. Damals war der kleine Einzelhändler derjenige, der immer wieder darum bemüht war, seine Stammkunden mit Lebensmitteln zu versorgen. Wir wissen nicht, ob nicht derartige Schwierigkeiten wieder kommen. Dann ist es nicht der Großfilialbetrieb, dann ist es der kleine Einzelhändler, der sich Tag und Nacht darum bemüht, seine Kunden zu versorgen. Deshalb sollte man auch ihm die Möglichkeit geben, weiter zu existieren und nicht von den Großen aufgefressen zu werden.

Wir haben hier deshalb 500 000 DM beantragt. Wir glauben allerdings, daß 250 000 DM davon noch zusätzlich für das Handwerk zur Verfügung gestellt werden müßten, eventuell sogar 275 000 DM, denn es liegen dort schon wieder so viele Anträge vor, daß, wie Sie vorhin schon gehört haben, die Mittel nicht ausreichen werden. Die in diesem Titel neu zur Verfügung gestellten 225 000 DM werden für die heute schon vorliegenden Anträge benötigt. Hier sollte man also dazu kommen, daß man für die Handwerksbetriebe zusätzlich 250 000 bis 275 000 DM zur Verfügung stellt und die restlichen 225 000 DM für die Einzelhandelsbetriebe, aber auch für die sonstigen Betriebe der gewerblichen Wirtschaft nimmt. Ich denke hier an Buchdruckereien und ähnliche Betriebe, die bisher noch nicht erfaßt wurden. Ich glaube, daß mit diesem verhältnismäßig kleinen Betrag doch Objekte von insgesamt 6 Millionen DM gefördert werden können. Erfahrungsgemäß laufen derartige Aktionen verhältnismäßig langsam an.

Ich will nun nicht noch die nähere Notwendigkeit begründen, denn darüber ist im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr sehr ausgiebig gesprochen worden. Es wird sich dazu dort auch wieder Gelegenheit bieten, zumal auch das Gutachten, das der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr am 20. Oktober dem Ausschuß vorgelegt hat, die Probleme, die anstehen, sehr deutlich aufzeigt. Ich möchte gerade einen dieser Gründe, die dort für die Ausdehnung der Bedingungen dargestellt werden, nennen, um darzulegen, daß die bisherige Regelung eine gewisse Ungerechtigkeit in sich barg. Es war bisher zum Beispiel so, daß ein Elektrogeschäft, dessen Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen war, für die Modernisierung seines Geschäfts etwas bekommen konnte. Wenn aber ein Fachgeschäft des Elektrohandels neben einem Großbetrieb, z. B. einem Kaufhaus, lag und unbedingt gezwungen war, seinerseits zu rationalisieren und zu modernisieren, dann konnte es nichts bekommen, weil es ein Fachgeschäft und nicht in die Handwerksrolle eingetragen war. Das war zum Beispiel schon eine der Ungerechtigkeiten, die bei der bisherigen Regelung vorlagen.

Wir sind uns alle darüber einig, daß aus diesem Fonds auf keinen Fall Betriebsmittelkredite gegeben werden sollen, sondern daß in einem solchen Fall auf das ERP-Vermögen zurückgegriffen wird.

Auch zu der Frage der Kosten für die Erstellung eines Kartenwerks für die Kanalisierung der Lahn will ich nur kurz sprechen. Wir haben hier eine Erhöhung des Ansatzes beantragt, und zwar deshalb, weil sich herausgestellt hat, daß mit den bisher bewilligten Mitteln der Fortgang der Arbeiten zu langsam ist. Wir sind alle davon über-

Abg. Dr. Loew

zeugt, daß wir möglichst schnell dazu kommen müssen, daß von Hessen aus restlos alle Voraussetzungen geschaffen sind, die für eine Kanalisierung der Lahn sprechen. Hierzu gehört auch die Erstellung des Kartenwerks, denn das ist eine hessische Aufgabe. Es hat sich herausgestellt, daß es bei dem bisherigen Umfang der Arbeit ungefähr 10 Jahre dauert, bis das Kartenwerk vollendet ist

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Hört, hört!)

und nicht fünf Jahre, wie es in Aussicht gestellt wurde.

(Abg. Schauf [FDP]: Der Herr Minister hat aber in der Fragestunde gesagt: Fünf Jahre!)

— Ja, so ist es in Aussicht genommen! Aber nach den Ausführungen, die uns zum Teil von Stellen, die sich auch dafür interessieren, gemacht worden sind, würde es tatsächlich zehn Jahre dauern.

(Abg. Walter [GB/BHE]: Die wissen es wahrscheinlich besser als der Herr Minister!)

— Jedenfalls ist der Betrag auch nicht sehr groß, und der Herr Minister mag sich selbst erkundigen. Er kann vielleicht einmal in Mainz beim Wasserwirtschaftsamt anrufen. Vielleicht bekommt er da eine ähnliche Auskunft, und dann, glaube ich, könnte man schon dazu kommen.

Es hat sich gerade bei der Mosel herausgestellt, wie notwendig ein systematisches und genaues Kartenwerk ist. Bei der Mosel hat das damals nicht vorgelegen, und wir haben heute bei der Moselkanalisierung dauernd die Schwierigkeiten, weil die Überstauungen nicht festgestellt wurden. Das wirkt sich aus auf die Abwässer, das wirkt sich aus auf den Grundwasserspiegel, und das wirkt sich aus auf die Überschwemmungsgebiete. Alles das sollte vorher festliegen, und deshalb unser Antrag, der sich hierauf beschränkt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch wissen, Herr Minister Franke, wie weit ist eigentlich das Gutachten, das Sie zur Frage der Strukturierung des Lahngbietes angefordert haben, welchen Einfluß die Moselkanalisierung darauf hat. Das Gutachten sollte bis Ende dieses Monats fertiggestellt sein, und ich kann Ihnen sagen, nach meinen Erkundigungen in Bonn ist man dort sehr daran interessiert und wünscht, das Gutachten möglichst schnell zu erhalten.

Ich darf nun zum Schluß kommen. Wir haben absichtlich keine Anträge zum Straßenbau gestellt, und zwar nicht deshalb, weil wir sie etwa nicht für notwendig ansehen. Wir begrüßen es, daß die SPD einen Antrag auf Erhöhung um 3 Millionen DM gestellt hat, und wir sind mit diesem Antrag durchaus einverstanden. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen, daß wir dann auch noch in Titel 955 des Kapitels 07 27 150 000 DM für Planungskosten einsetzen müssen. Wir haben bis jetzt immer 5 Prozent der Baukosten für die Planung vorgesehen. Dann müßten also noch 150 000 DM zusätzlich eingesetzt werden.

Auch bei dem Antrag für den Bau von Fahrrad- und Mopedwegen sind wir der Ansicht, daß dies eine prüfenswerte Angelegenheit ist, gerade hinsichtlich der Entmischung des Verkehrs. Wenn wir aber zu dem Straßenbau-Etat keine Anträge gestellt haben, dann ist das auf zwei Gründe zurückzuführen, und zwar erstens einmal darauf, daß wir es gern sähen, wenn endlich diese Straßenbauvorhaben, ehe sie ins Plenum kommen, ehe sie, also veröffentlicht werden, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr vorgelegt würden. Dann hätten wir doch Gelegenheit, wirklich einen echten Einfluß ausüben zu können. Wir können uns nachher nicht mehr hinstellen und sagen, diese Straße soll gestrichen werden, dafür soll eine andere gebaut werden. Das ist nicht mehr gut möglich, denn

dann macht man sich da die Feinde, wo man etwas wegnehmen will. Aber gerade wir Abgeordnete kommen soviel draußen herum, daß wir aus eigener Anschauung manches dazu beitragen können, und deshalb meinen wir, daß man das Straßenbauprogramm rechtzeitig dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr vorlegen sollte, und zwar, bevor es veröffentlicht wird. Es wäre sogar vielleicht möglich, die Planung nicht von einem Jahr zum anderen vorzunehmen, sondern man sollte sie, wie uns das schon einmal versprochen worden ist, für eine längere Sicht vornehmen.

Ein zweiter Grund war noch für uns maßgebend, daß wir keine Anträge gestellt haben. Das ist der, daß wir glauben, daß aus dem Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer mehr Mittel den Gemeinden für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden sollten. Das ist eine Sache, die nicht hierher gehört, sondern in den Einzelplan 17 und in das Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz. Wir glauben, daß gerade diese Position im diesjährigen Haushalt viel zu schlecht weggekommen ist. Es wird aber darüber noch bei dem von mir genannten Einzelplan 17 und bei dem Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz zu sprechen sein. Ich kann deshalb darauf verzichten, hier zu dieser Frage noch weitere Ausführungen zu machen.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir doch eine Fülle von Anträgen gestellt haben und daß wir deshalb dem Etat des Herrn Ministers für Wirtschaft und Verkehr noch nicht zustimmen können. Aber vielleicht ändert sich unsere Einstellung, wenn einmal unseren Wünschen Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Kohl.

Abg. Kohl (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Grund der kritischen Stimmen, die in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit anlässlich der letzten Haushaltsberatung am 3. März laut geworden waren, ist in diesem Hohen Hause über die Frage debattiert worden, ob die Aufrechterhaltung eines Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr im Lande Hessen noch gerechtfertigt erscheint,

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Na und?!)

nachdem anlässlich der Kabinettsbildung im Jahre 1958 das Ressort Arbeit abgespalten und mit einigen Abteilungen anderer Ministerien zu einem Sozialministerium vereinigt worden war. Nur der Vollständigkeit halber möchte ich heute bemerken, daß man dieses Anliegen nicht damit abtun kann, das Ministerium sei nicht überflüssig, weil es mit allerlei Anträgen und Anfragen laufend in Anspruch genommen würde. Solange eine Behörde zuständig ist, wird man sich immer an sie wenden, auch mit Anträgen und Anfragen. Zu der Frage aber, ob diese Zuständigkeit zweckmäßigerweise mit einer anderen Behörde zu vereinigen ist, ist damit überhaupt nichts gesagt.

Zur Klärung des Problems hatte damals der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr selbst den Landesrechnungshof um ein Gutachten gebeten. Der Landesrechnungshof hat die Erstattung des Gutachtens mit der Begründung abgelehnt, daß es sich bei der Errichtung oder Aufrechterhaltung eines Ministeriums um eine politische Frage handelt,

(Abg. Walter [GB/BHE]: Natürlich! — Abg. Seiboth [GB/BHE]: Genau!)

für deren Beantwortung nicht der Landesrechnungshof, sondern allein die politischen Instanzen zuständig seien.

Wenn es auch bedauerlich ist, daß auf diese Weise eine sachliche Untersuchung ausblieb, müssen wir doch die Konsequenz ziehen, daß sich zur Zeit an den gegebenen Verhältnissen nichts ändern läßt. Wer daran etwas ändern möchte, wird sich wohl mit der Frage der Zweckmäßigkeit unseres föderativen Staatsaufbaues beschäftigen müssen. Dazu wäre viel zu sagen, aber an dieser Stelle würde es sicher zu weit führen. Eines aber — und das möchte ich hinzufügen — ist erfreulich: Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Verkehrspolitik gibt es offensichtlich nicht die Verfassungsverreitigkeiten und Klagen, von denen zuweilen das Verhältnis zwischen Bund und Land getrübt wird. Die Arbeit der Wirtschafts- und Verkehrsminister der Länder — insbesondere auch des Landes Hessen — ist nach unserer Meinung von der Überzeugung getragen, daß die Wirtschafts- und Verkehrspolitik in der Bundesrepublik nur eine einheitliche sein darf, wenn sie erfolgreich sein soll. Diese Politik, die dem allgemeinen Interesse dient, kann anderen Ressorts nur zur Nachahmung empfohlen werden. Ich glaube, auch die bisherige Aussprache hat ähnliches ergeben.

Zur Begründung der Anträge der Fraktion der FDP möchte ich folgendes sagen: Mit dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 739 haben wir beantragt, den Ansatz in Kapitel 07 02 Titel 604 — Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft — um 500 000 DM auf 860 000 DM zu erhöhen. Dieser Antrag würde am 21. September 1960 gestellt. Die CDU hat einen entsprechenden Antrag einen Monat später gestellt, allerdings, wie wir heute gehört haben, mit einer anderen Zweckbindung.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Sprich schneller, Genosse!)

Zu unserem Antrag ist folgendes zu sagen: Für das Rechnungsjahr 1960 waren für den gleichen Zweck insgesamt 360 000 DM vorgesehen, wovon für die Fremdenverkehrswerbung 180 000 DM veranschlagt wurden. Der Rest von 180 000 DM wurde für Einzelmaßnahmen — Wanderwege, Ruhebänke usw. — vorgesehen. Infolge der Kürzung um ein Viertel ergab sich, daß von der gesamten Summe von 270 000 DM 180 000 DM für die Werbung verbraucht wurden. Es verblieben für die Einzelmaßnahmen nur 90 000 DM. Die Anträge aber, die inzwischen gestellt und die auch von der Landesregierung bereitwillig angereizt worden waren, beliefen sich allein im Regierungsbezirk Kassel auf 240 000 DM. Wenn man das auf das ganze Land Hessen überträgt, dann mag darin die Begründung liegen für die Erhöhung, die wir beantragen.

Es geht uns darum, eine Aktion, die man im Jahre 1960, dem Jahr der Kommunalwahlen, angeregt hat, in dem Sinne zu einem Abschluß zu bringen, daß die Anträge, die hereinkamen und die sich angestaut haben, auch im Laufe von ein bis zwei Jahren erledigt werden können. Wir sind durchaus damit einverstanden, wenn dieser Ansatz danach wieder herabgesetzt wird.

Nun ist zu demselben Titel auch in der neuen Ergänzung zum Landeshaushaltsplan ein weiterer Ansatz von 100 000 DM zur Verstärkung der Mittel für die Fremdenverkehrswerbung vorgesehen. Wie die dazu gegebene Erläuterung ausweist, soll in Chicago eine Firma damit beauftragt werden, in den USA für den Fremdenverkehr Hessens zu werben. Wir stehen diesem Vorhaben durchaus positiv gegenüber und würden wünschen, daß es Erfolg haben möge. Damit ist aber unserem Anliegen auf Anhebung um 500 000 DM nicht entsprochen; damit bleibt unser Antrag noch immer im Raum.

Mit unseren Anträgen Drucks. Abt. I Nr. 740 und 741 wollen wir zum Kapitel 07 02 Titel 655 bzw. 655a neu die Mittel für Zinsverbilligungen um insgesamt 450 000 DM erhöhen. Dies geschieht einmal zu dem Zweck, die Aktion

Abg. Kohl

im Interesse der auch weiterhin erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich des Handwerks fortsetzen zu können, und zum anderen, endlich auch den mittelständischen Einzelhandel in die Zinsverbilligungsaktion einzubeziehen.

Diese Sache hat ja eine interessante Vorgeschichte. Bereits zum Haushaltsplan 1960 hatte die Fraktion der FDP einen Antrag im Interesse des mittelständischen Einzelhandels — nicht der großen Warenhäuser — gestellt; ich verweise auf den Antrag Drucks. Abt. I Nr. 447 vom 9. Februar 1960, der einen Ansatz von 100 000 DM vorsah. Herr Abg. Dr. Dörinkel hat diesen Antrag damals begründet, und ein Sprecher der Fraktion der SPD hat ihn zurückgewiesen. Was seinerzeit angeführt wurde, möchte ich im Augenblick nicht noch einmal zitieren; es ist nachzulesen im Protokoll über die 21. Sitzung auf Seite 737. Demgemäß wurde unser Antrag damals im Haushaltsausschuß am 10. März 1960 niedergestimmt. Immerhin wurde damals der Beschluß gefaßt, der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr möge sich noch einmal mit dem Fragenkomplex beschäftigen, um dem Haushaltsausschuß Empfehlungen für den Etat 1961 zu geben.

Das gab damals meinem Kollegen Dr. Dörinkel Veranlassung, dem Einzelhandelsverband in etwa zu schreiben, man möge wohl damit rechnen, daß nach einem Jahr — nämlich im Haushaltsjahr 1961 — das sicher vorgeesehen würde, was schon für 1960 beantragt, aber abgelehnt worden sei.

Genau das ist eingetroffen mit einer ganz geringen Abwandlung. Unsere Anträge richten sich darauf, für das Handwerk weitere 250 000 DM und für den mittelständischen Einzelhandel 200 000 DM neu vorzusehen. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen zusätzlichen Ansatz von insgesamt 500 000 DM beantragt und hat das durch Herrn Kollegen Fischer im einzelnen begründen lassen. Wir sind mit dieser Begründung durchaus einverstanden. Auch uns ging es damals und geht es heute darum, daß hier strenge Richtlinien, strenge Maßstäbe angelegt werden. Etwas anderes haben auch wir zur Begründung nicht vorgetragen.

Im Ergebnis möchten wir aber hier zum soundso vielen Male feststellen, daß die Anträge der Opposition — auch wenn ihnen die sachliche Berechtigung nicht versagt werden kann — mit einer Begründung abgelehnt werden, die die SPD offenbar selbst nicht ernst nimmt. Herr Kollege Fischer hat heute — zur Rechten gewandt — gesagt: Sie haben sich von unseren Argumenten nicht überzeugen lassen. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß Sie auf der Linken sich jeweils von unseren Argumenten hier überzeugen ließen.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Wieso?!)

Anders kann man es nicht bezeichnen, wenn jeweils bei der nächsten Haushaltsberatung der gleiche Antrag mit geringfügigen Veränderungen von der SPD gestellt und dann natürlich auch von ihr angenommen wird. Es fragt sich nur, meine Damen und Herren, inwieweit die Arbeit des Landtags noch ernstzunehmen ist, wenn man sich in dieser Weise von Jahr zu Jahr eine Komödie vorspielt.

Im vergangenen Jahr ging es uns mit unserem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 525 betreffend Förderung des Luftsports genauso. Die Fraktion der FDP hatte damals beantragt, man möge eine Erhöhung um 30 000 DM vorsehen. Die Begründung, die Herr Dr. Dörinkel seinerzeit gab, können Sie ebenfalls nachlesen; sie steht auf Seite 737 des damaligen Sitzungsprotokolls.

Was sich hier nun heute vollzieht, entspricht der gleichen Methode. Wir stellen fest, daß die Fraktion der SPD mit Antrag Drucks. Abt. I Nr. 906 und die Fraktion des

Abg. Kohl

GB/BHE mit Antrag Drucks. Abt. I Nr. 896 eine Erhöhung um 50 000 DM beantragt haben; die Fraktion der CDU wünscht mit Antrag Drucks. Abt. I Nr. 844 eine Erhöhung um 70 000 DM.

Sehen Sie, wir sind inzwischen soweit gekommen, daß wir uns sagen: Am besten, wir beantragen nichts, dann wird die betreffende Erhöhung wenigstens aus dem großen Füllhorn der Landesregierung beschert. Die Mittel mögen also dem Luftsport zugute kommen, aber die Methode ist nicht schön.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Wieso denn? Ihr Wunsch ist doch erfüllt!)

— Sie haben nachher ja Gelegenheit, sich zu äußern! Diese Methode ist jedenfalls eines Parlaments nicht würdig, wenn Sie es genau wissen wollen!

Herr Kollege Fischer hat, als er auf die Lahn zu sprechen kam — ich will dazu im einzelnen keine Ausführungen machen; das wird der Kollege Schauß tun —, in etwa gesagt: Die FDP hat bei der Erörterung des Einzelplans 07 einen freudigen Tag gehabt, denn sie hat — so wie hier bei der Lahn — große Millionensummen eingesetzt. Dabei hat Herr Kollege Fischer von Demonstrationen und ähnlichen Dingen gesprochen. Das ist eine Polemik, die ich zurückweisen muß; denn wenn wir von diesem Antrag Lahn absehen, dann dürfen wir auch absehen von den 3 Millionen DM, die ihre Fraktion zum Straßenbauprogramm im Kapitel 07 27 beantragt hat. Wenn wir davon absehen und diese Bemerkung auf die Förderungsmaßnahmen für den Fremdenverkehr, das Handwerk und dergleichen mehr beziehen, dann stellt sich heraus, daß wir insgesamt nicht einmal 1 Million DM beantragt haben, und die Fraktion der SPD hat nur ein paar Tausend DM weniger beantragt. Wozu dann von Herrn Fischer solche polemischen Bemerkungen, die FDP habe mit den Millionen um sich geworfen?

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Was soll denn mit den 2 Millionen gemacht werden, Herr Kohl?)

Das sind freundliche Worte, aber sie dienen nicht der sachlichen Arbeit eines Parlaments.

Ich komme dann noch zu den Anträgen zugunsten des Mittelstandes. Alle diese Anträge wären unnötig, wenn die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Nachkriegszeit einen einheitlichen liberalen Charakter aufzuweisen gehabt hätte. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Die konfiskatorischen Steuersätze, die zumindest bis 1953 gegolten haben, wirkten sich insofern gegenüber dem gewerblichen Mittelstand besonders hart aus, als dort die Investitionen, die auf dem Abschreibungswege zu steuerlichen Erleichterungen hätten führen können, einfach nicht gemacht werden konnten.

Bedenken Sie bitte auch, daß der gewerbliche Mittelstand seit jeher mit dem Hausbesitz, namentlich mit dem Althausbesitz, verbunden war, daß es aber gerade dem Althausbesitz infolge jahrzehntelanger Zwangswirtschaft besonders schlecht ging. Daß die alten Häuser in der Zeit der Kapitalknappheit nicht als Kreditunterlage dienen konnten, das bedarf keiner Ausführungen. Was man später — übrigens nur in kleinen Dosen — zugunsten des gewerblichen Mittelstandes getan hat und auch heute noch zu tun versucht, ist im Grunde genommen nichts weiter als eine bescheidene Wiedergutmachung.

Wenn ich das ausdrücklich hervorhebe, so geschieht es letztlich im Hinblick auf die in der Diskussion befindlichen Pläne für bescheidene Steuersenkungen zugunsten des gewerblichen Mittelstandes. Ich meine hierbei vornehmlich den Plan, einen Unternehmerlohn in Höhe von 7 200 DM von der Gewerbesteuer freizustellen. Die Fraktion der

FDP erwartet von der Hessischen Landesregierung, daß sie sich diesem Plan bei der Beratung im Bundesrat nicht widersetzt, sondern ihm zustimmt.

Wenn die Sprecher der kommunalen Verbände mit Recht Bedenken wegen der Finanzlage der kleinen Gemeinden geltend gemacht haben, so möchte ich darauf hinweisen, daß es bei der derzeitigen Finanzlage des Bundes und der Länder möglich sein muß, aus ihrer Finanzmasse den kleinen Gemeinden untragbare Ausfälle zu ersetzen.

Jedenfalls handelt es sich bei der Festsetzung eines Freibetrags von 7 200 DM um einen Akt der steuerlichen Gerechtigkeit, der im Rahmen der vorliegenden Reformpläne unbedingt verwirklicht werden sollte. Es ist das Anliegen der Fraktion der FDP, daß vornehmlich die Erhaltung und Förderung eines gesunden gewerblichen Mittelstands gesichert bleiben.

Erlauben Sie mir ein paar Bemerkungen zum Kapitel Straßenbau. Wir begrüßen den Antrag der Fraktion der SPD — Drucks. Abt. I Nr. 903 — betreffend Untersuchung und Planung für den Bau von Moped- und Radwegen. Wir sind auch damit einverstanden, daß der Ansatz für Landstraßen I. Ordnung — obgleich er vom Jahr 1960 auf 1961 noch einmal um 13,5 Millionen DM erhöht wurde — im Hinblick auf die Rad- und Mopedwege gemäß dem Antrag der Fraktion der SPD Drucks. Abt. I Nr. 908 um weitere 3 Millionen DM auf 58 Millionen DM erhöht wird.

Wir möchten dann aber zu bedenken geben, daß im Verhältnis dazu die Kreis- und Gemeindestraßen in Zukunft in ebenbürtigem Maße bedacht werden müssen. Wenn Kollege Fischer die 30 Millionen DM Darlehen erwähnt, von denen ich damals geträumt haben soll — Herr Kollege Fischer hat wohl so etwas vorgetragen —, dann darf ich feststellen: Hätte man damals die 30 Millionen DM eingesetzt, in einer Zeit, in der man auch in wirtschaftlicher Hinsicht noch viel besser bauen konnte als heute, so hätte man den hessischen Straßen und der hessischen Wirtschaft etwas Gutes getan und hätte dies später aus dem steigenden Steuerertrag finanzieren können. Das war unsere damalige Idee, und das war damals nicht falsch, wie das Ansteigen des Steuerertrages beweist.

Noch eine Anregung zum Ausbau unseres Straßennetzes: Schon bei den Landstraßen I. Ordnung ergibt sich ein Engpaß bei der Landbeschaffung. Beim Ausbau des Bundesstraßennetzes — insbesondere bei Umgehungsstraßen — ist das in noch stärkerem Maße der Fall. Wir bitten den Herrn Wirtschaftsminister, sich wegen der Bereitstellung von Land einmal mit den zuständigen Ressortministern zusammensetzen, insbesondere mit dem Landwirtschafts- und Finanzminister.

Wenn eine Gemeinde von 1 000 oder 1 200 Einwohnern das Land für eine Umgehungsstraße von 2 bis 3 km beschaffen soll — nicht ohne Entgelt, aber sie muß es immerhin beschaffen —, und es werden dadurch 6 bis 8 Hektar einigen wenigen kleinen Landwirten weggenommen, dann sind wir der Meinung, es wäre ein richtigeres Prinzip, wenn jede Gelegenheit benutzt würde, fiskalisches Gelände heranzuziehen, das in der Umgebung erreichbar ist und in ein Austausch- oder Umliegungsverfahren einbezogen werden kann. Manche Vorbereitung und Planung für eine Umgehungsmaßnahme wäre dann leichter und schneller zu lösen. Dies war nur eine Anregung; leider wird bisher nicht in diesem Sinne verfahren.

Außerdem möchten wir wünschen, daß die Ausbau- und Umklassifizierungsprogramme auf Landesebene, von denen zwar hier und da gesprochen wird, die dann aber mit einem Mal fertig auf dem Tisch liegen, rechtzeitig im Ausschuß erörtert werden können.

Zum Schluß noch ein Anliegen wegen des Gemeindepfennigs: Im Bundestag hat man den Gemeindepfennig beschlossen mit dem Ergebnis, daß der Bund nunmehr Richtlinien herausgebracht hat, nach denen sich die Länder mit einem Drittel beteiligen sollen. Ich möchte wünschen, daß sich das Land Hessen dieser Regelung — wenn auch einer vorläufigen Regelung zunächst einmal — bald anschließt.

Wenn das, was im Bundesrat offenbar angestrebt wird, wahr wird, daß man zunächst noch eine Novelle zum Bundesfernstraßengesetz abwarten will, dann werden die Gemeinden und Kreise vier Jahre lang auf die Auswirkung dieses Gemeindepfennigs warten, nur deshalb, weil die Länder — jetzt in toto gesprochen — sich noch nicht bereit erklärt haben, die in diesen Richtlinien geforderten Zuschüsse in Höhe von einem Drittel ihrerseits zur Verfügung zu stellen. Wir möchten wünschen, daß sich die Hessische Landesregierung hier engagiert und zu ihrem Teil dafür Sorge trägt, daß sich dieser Gemeindepfennig zum Nutzen und zugunsten unserer kommunalen Straßen auswirken kann.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Seiboth.

Abg. Seiboth (GB/BHE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde sehr kurz sprechen.

(Sehr gut!)

Herr Abg. Kohl, darf ich Ihnen zunächst sagen, daß es vielleicht merkwürdig ist, wenn ich darauf noch einmal zurückkomme, denn ich glaubte, mit der letzten Debatte zum Haushaltsplan 1960 sei dieses Thema erledigt. Sie haben noch einmal die Frage des Wirtschaftsministeriums und seiner Bedeutung angesprochen. Um Ihnen weiteren Ärger in dieser Sache zu ersparen, möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag machen:

(Abg. Walter [GB/BHE]: Er hört nicht hin!)

Sobald in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen die von FDP-Ministern geleiteten Wirtschaftsministerien aufgelöst worden sind, können wir in Hessen über die ganze Sache noch einmal debattieren. Das ganze hat doch nur einen parteipolitischen Anstrich. Das ist meine felsenfeste Überzeugung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nun unsere Anträge ganz kurz begründen. Wir haben in dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 895 zu Kapitel 07 02 Titel 606 beantragt, die Mittel zur Förderung der wirtschaftlich wichtigen Forschung um 50 000 DM auf 750 000 DM zu erhöhen. Die Fraktion der SPD hat durch den Herrn Kollegen Fischer bereits erklärt, daß sie diesem Antrag zustimmen wird. Trotzdem will ich sagen, warum wir diese Erhöhung beantragt haben. Es ist so, daß bereits zur Zeit Anträge in Höhe von über 900 000 DM vorliegen. Es handelt sich dabei in der Mehrzahl um Anträge, die eigentlich eine Fortsetzung bisheriger Schwerpunktmaßnahmen der Forschung bedeuten. Rund 500 000 DM sind dabei schon fest zugesagt. Da wir wissen, daß sehr wichtige Maßnahmen der Forschung, zum Beispiel für die Luftreinigung, die Verarbeitung neuer Werkstoffe und ähnliches, wiederum auf uns bzw. das Ministerium zukommen, meinen wir, daß dieser Titel nochmals erhöht werden sollte. Wir bitten Sie, unserem Antrag, wie das die Fraktion der SPD freundlicherweise schon getan hat, zuzustimmen.

Zu der Frage des Luftsports möchte ich mir eine Begründung ersparen. Ich schließe mich dem an, was Herr Kollege Dr. Loew gesagt hat, obwohl wir, wie die Frak-

Abg. Seiboth
tion der SPD, nur 50 000 DM beantragen. Ich möchte aber darüber hinausgehend sagen, wir haben diese Erhöhung auch deshalb vorgeschlagen, weil wir meinen, daß mit dem Erfordernis einer erhöhten Luftsicherheit, besonders da, wo Flugplätze nahe aneinanderliegen — ich will Orte nicht nennen —, es notwendig sein könnte, höhere Zuwendungen zu geben.

Ich möchte dann unseren Antrag Drucks. Abt. I Nr. 897 zu Kapitel 07 02 Titel 654 kurz begründen. Der Antrag ist ähnlich einem entsprechenden Antrag der Fraktion der CDU. Es handelt sich um die Erhöhung der Mittel für Zinsverbilligungen für Kredite an Fremdenverkehrsbetriebe und kommunale und private Kur- und Heilbäder. Ich darf, weil Herr Kollege Fischer hier sagte, wir müßten überlegen, wo die Grenze bei Zinsverbilligungsmaßnahmen sei — dieser Auffassung sind wir auch —, aber doch das Besondere eines solchen Antrages kurz hervorheben.

Darüber, daß die bisherigen Maßnahmen, die ja schon seit sieben Jahren, seit 1953 also, laufen, eine gute Initialzündung gewesen sind, sind wir uns alle im klaren. Das ist auch des öfteren schon hervorgehoben worden. Ich möchte Zahlen nennen. Wir haben die 14-Millionengrenze bei den Fremdübernachtungen im Lande Hessen überschritten, und wir haben im Fremdenverkehr sogar in diesem regenreichen Sommer noch einmal Fortschritte gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen gehabt — ein Beweis dafür, daß Hessen sich als Urlaubsland und nicht nur als Fremdenverkehrs-Durchgangsland durchaus gut entwickelt, nicht zuletzt auf Grund dieser Maßnahmen. Wenn wir hier noch einmal höhere Mittel haben möchten, so hat das zwei Gründe. Einmal deshalb, weil tatsächlich die Anforderungen beim Ministerium nach wie vor groß sind und die aus Rückflüssen zu erwartenden Mittel vermutlich nicht ausreichen werden, um den Bedarf zu decken. Zum zweiten aber — und das ist das, was ich als das Besondere bezeichnet habe — meinen wir, daß beim Fremdenverkehr auf diesem für das Land immer noch billigsten Wege doch etwas gefördert wird, was unabhängig von künftigen technischen Entwicklungen, zum Beispiel dem Trend zum Großbetrieb in anderen Sparten, unbedingt zukunftsträchtig ist. Das sollten wir uns besonders überlegen. Der Fremdenverkehr ist unabhängig von solchen Entwicklungen, die wir sonst bei der mittelständischen Wirtschaft leider trotz aller Maßnahmen befürchten müssen. Deshalb sollten wir die höhere Ausgabe nicht scheuen.

Wir haben weiter 35 500 DM mehr für die Erstellung eines Kartenwerks in unserem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 898 zu Kapitel 07 02 Titel 961 vorgeschlagen. Es handelt sich um die Lahnkanalisierung. Herr Abg. Dr. Großkopf, Ihre Fraktion hat 115 000 DM mehr gefordert. Wir haben uns nur für 35 500 DM entschieden, weil das nach unseren Überprüfungen bei der Erstellung eines Kartenwerks für die Kanalisierung der Lahn verkraftet werden kann — also ein Gesamtbetrag von 70 000 DM —, und zwar auch dann, wenn der Bund dazu seinen Beitrag leisten würde. Zu dem Antrag der Fraktion der FDP — Drucks. Abt. I Nr. 742 — möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, Herr Abg. Kohl — obwohl Sie dem Herrn Kollegen Fischer hier schon erwidert haben —, daß die Einwände des Herrn Kollegen Fischer doch irgendwie berechtigt sind.

(Abg. Kohl [FDP]: Wo sind denn die Millionen beantragt?!)

— Sie haben 2 Millionen DM bei diesem gleichen Titel „Lahnkanalisierung“ beantragt, allerdings nicht, daß weiß ich, für die Erstellung eines Kartenwerks. Ein solch teures Kartenwerk wäre wahrscheinlich auch nie zu erstellen. Sie

Abg. Seiboth

haben in Ihrem Antrag geschrieben: „Beitrag des Landes Hessen zur Umkanalisierung der Lahn bis Wetzlar.“ Wir wissen doch aus dem Ausschuß und von dem Herrn Minister — er hat das im Ausschuß gesagt —, daß der Bund bis heute noch nicht seine Bereitschaft erklärt hat, sich an der Kanalisierung der Lahn zu beteiligen. Herr Kollege Kohl, mir geht es in Ihrem Falle wie dem Kollegen Fischer von der SPD. Wir sehen gar nicht ein, welchen Zweck diese 2 Millionen DM als Beitrag des Landes Hessen zur Kanalisierung der Lahn haben sollen, es sei denn den, dem Antrag einen demonstrativen Charakter zu geben. Wem gegenüber, stelle ich anheim, ob dem Bund gegenüber oder der Wählerschaft gegenüber.

(Abg. Schauß [FDP]: Der Antrag ist ja noch gar nicht begründet!)

— Entschuldigen Sie, Herr Kollege Kohl hat zu diesem Antrag gesprochen, und er hat sich gegen das verwahrt, was Herr Kollege Fischer aus dem Antrag herausgelesen hat. Ich mußte annehmen, da von jeder Fraktion nur ein Redner zu den Anträgen spricht, daß das die Begründung sein sollte.

(Abg. Schauß [FDP]: Nein, ich begründe den Antrag!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dann über diese Anträge hinaus zu zwei anderen Anträgen sprechen, und zwar zu einem von der Fraktion der SPD und einem von der Fraktion der CDU zu der Frage der Mittel für die Förderung der Beziehungen zu Entwicklungsländern. Es handelt sich um die Anträge Drucks. Abt. I Nr. 822 und 842. Wir selber haben keine Anträge gestellt. Wir waren uns nicht darüber im klaren, ob selbst die von der Fraktion der SPD beantragte Erhöhung auf 300 000 DM ausreichend sein wird. Es ist heute früh von Herrn Finanzminister Dr. Conrad dargelegt worden, was in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplan steht, daß nämlich das Land Hessen entsprechend den Wünschen des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesfinanzministers erstmalig 30 Millionen DM für die Entwicklungshilfe, die die Länder aufbringen sollen, und zwar im Rahmen der gesamten Entwicklungshilfe, eingesetzt hat. Es geht uns darum, in nächster Zeit Klarheit zu schaffen, inwieweit solche Leistungen der Länder, wie wir sie im Vorjahr hatten und wie wir sie dieses Jahr im Haushalt des Wirtschaftsministeriums, im Kultushaushalt und vielleicht auch in anderen Haushalten eingestellt haben, auf die vom Bund erwarteten Leistungen der Länder mit angerechnet werden können bzw. ob wir, wenn wir mit den vorgesehenen Mitteln bei Planungen für unsere eigene Entwicklungskonzeption nicht auslangen sollten, die Möglichkeit eines Eingriffs in die 30 Millionen DM haben, die wir dem Bund für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen werden.

Diese Sache ist noch ziemlich unklar. Weil wir der Meinung sind, daß wir in Deutschland schlechthin — ob Bund, Hessen oder Industrie — auf die Mittel, die wir für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, einen möglichst genauen und kontrollierenden Einfluß in bezug auf ihre Verwendung und Verplanung haben sollten,

(Sehr richtig! beim GB/BHE)

weil wir auch wissen, daß den Entwicklungsländern mehr an einer Partnerschaft mit uns, mit einzelnen Ländern, als mit dem Westen schlechthin als dem globalen Helfer liegt, deshalb hätten wir diese Frage gern geklärt. Ich bezweifle allerdings, ob das bis zur dritten Lesung des Haushalts möglich sein wird, denn diese Fragen sind ja in Bonn und auch mit anderen ausländischen Ländern noch in der Debatte und nicht restlos abgeklärt.

Wir messen allen diesen Maßnahmen eine sehr große Bedeutung bei, und ich habe mich für verpflichtet gefühlt zu erklären, aus welchen Gründen wir zu diesem Titel keine besonderen Anträge gestellt haben.

Wir sind der Auffassung, daß wir uns über diesen Ansatz mit dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister in den zuständigen Ausschüssen bei nächster Gelegenheit ausführlich besprechen sollten. Wir begrüßen es auch, daß die Fraktion der CDU zugleich beantragt hat, einen eigenen Titel im Haushaltsplan für die Entwicklungshilfe zu schaffen. Wir sind hierin Ihrer Auffassung, daß es richtig ist, diese Mittel aus dem Titel „Allgemeine Förderung der Wirtschaft“ herauszunehmen, damit wir eine klare Übersicht haben, was wir in diesem Sektor tun und damit wir auch leichter erkennen können, was wir für die Zukunft noch tun müssen.

Ich darf Sie bitten, unseren Anträgen zum Einzelplan 07 zuzustimmen.

(Beifall beim GB/BHE)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Abg. Schauß. Herr Abg. Schauß hat sich verpflichtet, nur fünf Minuten zu reden.

(Widerspruch des Abg. Schauß)

— Sie haben sich Ihrem Fraktionsvorsitzenden gegenüber verpflichtet, der es mir weitergegeben hat. Ich werde mir erlauben, Sie nach fünf Minuten daran zu erinnern.

Abg. Schauß (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem zu dem vorliegenden Einzelplan 07 einige der Herren Vorredner fast dreiviertel Stunden gesprochen haben und der Antrag Drucks. Abt. I Nr. 742 zu Kapitel 07 02 Titel 961, den wir vorgelegt haben, noch nicht begründet ist, Herr Kollege Seiboth, fühle ich mich doch verpflichtet,

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Das konnte ich nicht wissen!)

den Antrag zu begründen, zumal es um ein wichtiges Thema und einen hohen Betrag geht, und Ihre Aufmerksamkeit einige Minuten auf dieses Thema zu lenken, zumal Sie, Herr Kollege Fischer, uns etwas unterstellt haben, was von Ihrer Partei, so hoffe ich, vielleicht zurückgenommen wird.

(Lachen bei der SPD und Zurufe)

Wir hatten schon bei den Haushaltsberatungen 1960 für denselben Zweck 1 Million DM beantragt, und ich darf darauf verweisen, daß unser Nachbarland Rheinland-Pfalz für den Ausbau der unteren Lahn tatsächlich weit mehr in seinem Haushaltsplan vorgesehen hat, obwohl die Lahn eine Bundeswasserstraße ist.

In der Begründung unseres Antrages vor einigen Jahren in diesem Hohen Hause habe ich versucht, unsere Stellungnahme zu dem Thema Lahnkanalisierung darzulegen, und ich möchte über dieses Thema heute nicht mehr sprechen. Wenn Herr Kollege Fischer uns anspricht und sagt, wir sollten versuchen, auf Bonner Ebene etwas zu tun, dann muß ich ihm entgegenen, daß wir weder in Bonn noch in Hessen am Drücker sitzen und etwas entscheiden können.

(Abg. Fischer [SPD]: Daran sind doch nicht wir schuld!)

— Daran sind nicht Sie schuld, Herr Kollege Fischer! Aber wir haben uns trotzdem mit unserer Bundestagsfraktion und unserer Landtagsfraktion am 17. Oktober — es ist noch nicht lange her, vielleicht vier oder fünf Wochen — in Wetzlar an Ort und Stelle mit den führenden Kreisen

der Industrie zusammengesetzt, um zu versuchen, Wege zu finden, wie man hier weiterkommen kann, nachdem Bund und Land nicht sehr aktiv sind.

Hier darf ich daran erinnern, daß Herr Dr. Seehoß einen Blitzbesuch nach Wetzlar gemacht hat, einen Tag bevor wir unsere Sitzung hatten, und anschließend eine Presseerklärung abgegeben hat, die ich hier doch einmal kurz erwähnen möchte. Er hat nämlich den Vertretern der Wirtschaft anheimgestellt und sie zugleich auch gebeten, in Verbindung mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesverkehrsministerium doch einmal eine strukturelle Untersuchung des Lahn-Dill-Raumes anzufertigen. Herr Dr. Seehoß hat vor vier Wochen erklärt, daß die Bundesregierung bereit sei, die Frage des Ausbaues der Lahn im Rahmen eines zweiten Vierjahresplans für die Bundeswasserstraßen näher zu prüfen — und jetzt kommen die beiden Einschränkungen —, falls sich ergeben sollte, daß dem Lahn-Dill-Gebiet auf diesem Wege geholfen werden könnte und in der Erwartung, daß die in Frage kommenden Länder sich entsprechend an den Kosten beteiligen würden.

Hierzu hat am 17. Oktober — also alles nach den Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, in denen das Thema in einer gewissen Form erledigt worden war — Herr Staatsminister Franke eine Presseerklärung abgegeben, in der es hieß, daß sein Haus bereits Anfang dieses Jahres eine strukturelle Untersuchung des Lahn-Dill-Gebietes in die Wege geleitet habe. Herr Dr. Loew hat ja eben die Frage an den Herrn Wirtschaftsminister gerichtet, ob dieses Gutachten denn nun bis Ende des Jahres zu erwarten sei. Ich darf daran erinnern, Herr Minister, daß ich eine diesbezügliche Kleine Anfrage an Sie gerichtet habe, deren Beantwortung noch aussteht, in der ich mich persönlich dafür interessiert habe, ob sich das Gutachten auch speziell mit der Schiffbarmachung der Lahn befaßt.

Nachdem nun das Gutachten Leibbrand vorliegt und auf der anderen Seite das Gegengutachten, wie ich es einmal nennen will, des Wirtschaftsministeriums aussteht — es wird uns wahrscheinlich in den nächsten Wochen in irgendeiner Form zugehen —, muß doch einmal die Frage geprüft werden, wie wir denn nun etwas weiterkommen. Und hier möchte ich jetzt den Antrag meiner Fraktion (Drucks. Abt. I Nr. 742 zu Kapitel 07 02 Titel 961 dahingehend interpretieren, daß die Erhöhung um 2 Millionen DM dazu verwendet werden soll, einen ersten Grundstock für die Errichtung einer Lahn-Schiffahrts-A. G. oder einer Lahn-Ausbau-A. G. zu bilden. Mit diesem Beitrag würde das Land Hessen nach außen hin eine klare Stellung beziehen. Der Lahn-Ausbau-A. G. müßten weiterhin angehören: das Land Rheinland-Pfalz, das für die Lahn-Schiffahrtsstraße mit in Frage kommt, der Bund, ferner die interessierten Wirtschaftskreise und schließlich vielleicht auch die kommunalen Träger, die sich im Raum dieser Kanalstraße befinden. Das, Herr Kollege Fischer, ist der tiefere Sinn unseres Antrags. Es werden nicht einfach 2 Millionen DM gefordert, die dann im Raum stehen, sondern im Rahmen der zu schaffenden Ausbau-A. G. soll ein Grundstock gebildet werden, mit dem wir in irgendeiner Form praktisch einmal zum Zuge kommen, damit nicht ständig nur geredet wird: Das Land tut nichts! Der Bund tut nichts!

Zu dem Antrag Drucks. Abt. I Nr. 848 der Fraktion der CDU, der sich damit befaßt, den Ansatz bei Titel 961 auf 150 000 DM aufzustocken, und dem Antrag der Fraktion des GB/BHE — Drucks. Abt. I Nr. 898 —, den Ansatz auf 70 000 DM zu erhöhen, darf ich wohl einen Widerspruch feststellen, Herr Minister, gegenüber dem, was mir an Mitteilungen zugegangen ist. Sie hatten mir in der letz-

Abg. Schaub

ten Fragestunde geantwortet, die Herstellung des Kartenwerks werde fünf Jahre in Anspruch nehmen und jährlich 35 000 DM kosten. Nach den mir zugegangenen Berichten sowohl des Landesvermessungsamtes Wiesbaden als auch der Schifffahrts-Direktion Mainz, die sich beide mit dem Kartierungswerk befassen, dürfte nicht damit gerechnet werden, daß bei 35 000 DM das Kartenwerk in fünf Jahren zu Ende geführt wird. Man rechnet — und ich glaube, das dürfte auch zutreffen —, daß die Fertigstellung des Werks bei dieser Summe und bei den zur Zeit eingesetzten Beamten mindestens 8 bis 10 Jahre in Anspruch nehmen dürfte. Im übrigen müßten die Grundwasserbeobachtungsstellen, wie Herr Dr. Loew schon sagte, ebenfalls dringendst in Angriff genommen werden. Ich darf daran erinnern, daß die Grundwasserbeobachtungsstellen jahrelang vor Inkrafttreten der Kanalstraße tätig sein müssen, wenn sie Beschwerden der Anlieger entsprechend berücksichtigen wollen.

(Glockenzeichen des Präsidenten)

— Ich bin fertig, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Wenn wir auf die Frage noch einmal im Haushaltsausschuß zurückkommen und Sie sich dann die Interpretation klar vor Augen halten, wofür die 2 Millionen DM aufgewendet werden sollen, und wenn Sie sich auch einmal in den Wirtschaftskreisen und bei den zuständigen Kammern erkundigen, dann liegen Sie nicht falsch, wenn Sie dieser Richtung folgen. Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Zinnkann:

Das Wort hat Herr Minister Franke.

Minister für Wirtschaft und Verkehr Franke:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der nun abgelaufenen Diskussion haben fast alle Sprecher zu den gleichen Fragen — Zinsverbilligung für das Handwerk, zusätzlich für den Handel, Zinsverbilligung für den Fremdenverkehr, Luftsport, Gesamtplanung für den Straßenausbau, Entwicklungshilfe und dergleichen — Stellung genommen. Ich werde jetzt auf einige dieser Fragen eingehen.

Beginnen möchte ich mit dem Luftsport, und hier möchte ich doch den Vorwurf zu entkräften versuchen, der den Antragstellern gemacht worden ist, indem man sagte, im vorigen Jahr seien die Anträge der CDU und der FDP abgelehnt worden, und in diesem Jahr wurden sie von den Regierungsparteien auf den Tisch des Hauses gelegt. In diesem Jahr ist ja auch die Situation eine andere. Meine Damen und Herren, den Fachleuten ist bekannt, daß sich auf dem Gebiet des Luftverkehrs, insbesondere durch die notwendige stärkere Absicherung im Bereich des Rhein-Main-Flughafens, Einschränkungen auf dem Gebiet des Luftsports ergeben haben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den Luftsportverbänden stärker als bisher zu helfen, damit sie ihre Tätigkeit auch unter den erschwerten Bedingungen ausüben können. Das war der Grund für die Vorlage der Anträge und die Erhöhung des Ansatzes.

Zur Zinsverbilligungsaktion für den Fremdenverkehr ist zu sagen, daß eine genaue Berechnung vorgenommen wurde, nach der es möglich sein wird, die vorliegenden Anträge in etwa zu bedienen. Ich werde — darauf bin ich bei der Sichtung der vorliegenden Anträge gekommen — möglicherweise dem zuständigen Ausschuß einen neuen Vorschlag unterbreiten und darin die Frage stellen, ob die Zinsverbilligungsaktion für den Fremdenverkehr in der bisherigen Weise fortgesetzt werden soll, oder ob wir nicht zweckmäßigerweise einen neuen Weg einschlagen

Minister Franke

wollen. Daß ich nicht in der Lage bin, eine genaue Auskunft über zur Verfügung stehende Beträge zu geben, liegt im System begründet.

Die Zinsverbilligungsaktion für das Handwerk ist im zuständigen Ausschuß diskutiert worden. Der Ausschuß hat mich beauftragt, Änderungen für die Erläuterungen zum Haushaltsplan vorzulegen. Ich habe diese Erläuterungen gestern dem Herrn Präsidenten und dem Herrn Vorsitzenden des Ausschusses zugeleitet; sie können also in der nächsten Ausschußsitzung diskutiert werden. Ich habe ausgeführt, daß es mir notwendig erscheint, die Erläuterungen so zu fassen, daß wir „Zinsverbilligung für Kredite an Betriebe des gewerblichen Mittelstandes“ sagen. Damit liegt es im Ermessen des Ministeriums, auch Anträge des Handels zu berücksichtigen. Es ist daran gedacht, Zinsverbilligungen für Investitions- und Rationalisierungskredite zu gewähren.

Die Entwicklungshilfe spielt für das Land Hessen und den Haushalt meines Hauses eine entscheidende Rolle. Ich glaube, über die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe ist kaum ein Wort zu verlieren. Wir alle wissen, daß sie nicht nur ein wirtschaftliches und finanzielles, sondern vor allem auch ein politisches Erfordernis ist. Auf die Bedeutung der Entwicklungshilfe und der Hilfe für diese Länder ist verschiedentlich hingewiesen worden, und die Herren Finanzminister der Länder haben diese Frage bereits mit dem Herrn Bundesfinanzminister diskutiert. Herr Finanzminister Dr. Conrad hat darauf hingewiesen, daß er für die Entwicklungshilfe einen Betrag von 30 Millionen DM vorgesehen hat. Die Entwicklungshilfe ist nicht nur eine humanitäre und moralische Verpflichtung, das wissen wir, sondern auch ein Gebot des politischen und wirtschaftlichen Eigeninteresses der Industrie der westlichen Welt.

Das Thema Entwicklungshilfe hat auch in der in Paris stattgefundenen Nato-Parlamentariertagung acht Tage lang eine entscheidende Rolle gespielt. Ich war eigentlich der Meinung, daß in einer Nato-Parlamentariertagung nur militärische Fragen zur Behandlung anstehen. Die Anwesenden waren anderer Meinung und stützten sich auf den Hinweis, daß der kalte Krieg ebenso ein Wirtschaftskrieg ist und man sich deshalb auch mit der Frage der Entwicklungshilfe beschäftigen muß. Ich verknüpfe diese Ausführungen mit der Bitte an das Hohe Haus zu überprüfen, ob der vorgesehene Ansatz für die Entwicklungshilfe nicht erhöht werden könnte. Wir kommen mit den jetzt vorgesehenen Mitteln tatsächlich nicht aus.

Es geht in erster Linie — und damit wird dem Wunsch des Hauses entsprochen — um die Ausbildung bzw. Heranbildung eines entsprechenden Nachwuchses auf der handwerklichen und industriellen Ebene. Es geht aber auch um die Zurverfügungstellung von Studienfreiplätzen für einige Länder. Große Länder wie Niger sind 1960 erst in der Lage, 14 Abiturienten von der Schule zu bringen. Diese gehen nach Paris, sind also untergebracht. Man will aber Praktikanten in Deutschland ausgebildet haben, und in dieser Richtung erwartet man auch eine entsprechende Hilfe vom Lande Hessen. Man wünscht diese Unterstützung außerhalb des Bundesprogramms, und ich bin der Meinung, daß der Auffassung, die der Herr Ministerpräsident schon im Frühjahr dieses Jahres zu dieser Frage eingenommen hat, Rechnung getragen werden sollte. Wer die Verhältnisse in den afrikanischen Ländern an Ort und Stelle studieren konnte, der wird nicht lange zögern und sich für eine Erhöhung des Ansatzes im Haushalt einsetzen.

Die Schulfrage und das Analphabetentum in den afrikanischen Ländern sind heute hier schon angesprochen worden. Die Situation auf diesen Gebieten ist in den ein-

zelnen Ländern verschieden. Im Lande Obervolta z. B. sind die Behörden nicht in der Lage, die Kinder in die Schule aufzunehmen, die mit ihren Eltern aus dem Busch nach tagelangen Märschen, die sie bis zur nächsten Schule zurückzulegen haben — und sie tun das heute freiwillig und ohne Aufforderung —, kommen. Nur 12 Prozent der Kinder können Schulunterricht erhalten, weil mehr Schulen nicht vorhanden sind und die notwendigen Lehrer fehlen. In anderen Ländern bestehen bessere Verhältnisse. Im Lande Dahomey z. B. können schon 68 Prozent der Kinder eine Schulausbildung erhalten. Das ist schon ein wesentlicher Fortschritt. Es liegen uns aus einer Reihe von Ländern Anträge vor, über die ich im zuständigen Ausschuß gerne berichten will, weshalb ich der Auffassung bin, daß wir mehr als bisher tun sollten.

Herr Kollege Fischer hat die Gesamtplanung im Straßenbau angesprochen und dabei erwähnt, daß er es für notwendig halte, daß dies auch für die Gemeindestraßen geschieht. Ich möchte heute die Diskussion nicht verlängern, ich werde aber bei Punkt 5 der Tagesordnung Gelegenheit nehmen, ausführlich zu dieser Frage zu sprechen, weil es hierzu wirklich eine Menge zu sagen gibt.

Zum Bau von Rad- und Moped-Wegen ist hier von der Fraktion der SPD der Antrag gestellt worden, eine Untersuchung einzuleiten, um festzustellen, wo am dringendsten Rad- und Moped-Wege anzulegen sind. Ich muß betonen, daß eine solche Untersuchung bereits durchgeführt worden ist. Sie liegt vor, und das Landesstraßenbauamt arbeitet bereits danach. Ich muß weiter betonen, daß ich bereits am 5. November 1959 dieses Untersuchungsergebnis mit einem entsprechenden Schreiben dem Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zugeleitet habe, und zwar mit den Mehr Exemplaren für die Mitglieder des Ausschusses. Das Untersuchungsergebnis liegt also vor, und jedes Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr wird bei einer Einsichtnahme sofort feststellen können, wo die Schwerpunkte im Rad- und Moped-Wegebau liegen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß der Bau von Rad- und Moped-Wegen keine selbständige Angelegenheit sein kann, denn sie sind nun einmal Bestandteil der Straße, und man kann ihre Verwirklichung nur mit der Gesamtplanung in Einklang bringen. Sie finden auch in diesem Haushaltsplan, daß wir nach dem vorliegenden Ergebnis der Untersuchungen den Bau von Rad- und Moped-Wegen miteingeplant haben. Dieser Ausbau wird schon im nächsten Jahr mit zur Durchführung kommen.

Herr Abg. Dr. Loew hat gebeten, noch etwas zur Werbung zu sagen. Es geht hier um die Werbung für den Fremdenverkehr in den Vereinigten Staaten. Herr Abg. Seiboth hat erwähnt, daß es uns gelungen ist, in diesem Jahr in Hessen steigende Übernachtungszahlen auszuweisen. Im nordhessischen Raum machen diese Steigerungen über 15 Prozent aus, und das ist bestimmt eine sehr erfreuliche Entwicklung. Ich bin der Meinung, daß wir gerade für die Kur- und Heilbäder des Landes Hessen mehr tun sollten, um sie noch mehr als bisher für den Fremdenverkehr zu nutzen. Wenn wir die Entwicklung, die sich in einem ständig steigenden Luftverkehr anbahnt, in Betracht ziehen, dann, glaube ich, ist es durchaus gerechtfertigt, daß wir die Werbung auch auf die Vereinigten Staaten ausdehnen. Wir haben nun einmal diesen Weltflughafen Frankfurt in unserem Lande liegen, und wir sollten darauf bedacht sein, daß die Reisenden, die auf diesem Flugplatz ankommen, nicht nur Durchreisende sind, sondern wir sollten sie durch eine entsprechende Werbung in den Vereinigten Staaten schon vor Antritt ihrer Reise auf die hervorragenden Fremdenverkehrsgebiete unseres Landes, insbesondere auch auf die Kur- und

Minister Franke

Heilbäder, hinweisen und versuchen, sie doch stärker an das Land Hessen zu binden. Der Bund macht übrigens das gleiche. Auch er betreibt Werbung in den Vereinigten Staaten, und ich bin der Meinung, daß man in einer modernen Zeit ohne Werbung überhaupt nicht mehr auskommt. Ich glaube, daß sich die hier vorgesehenen Mittel, wenn sich überhaupt ein Institut dafür findet — denn die Mittel sind beachtlich gering, und die Werbung ist sehr teuer —, doch rentieren.

Von dem Herrn Abg. Dr. Loew ist auch das Gutachten für das Lahn-Dill-Gebiet angesprochen worden, auch von dem Vertreter der Fraktion der FDP. Ich habe auf Grund der Ausführungen des Herrn Kollegen Seebohm in Wetzlar eine Erklärung abgegeben, weil tatsächlich ein solches Gutachten von uns im Frühjahr dieses Jahres in Auftrag gegeben worden ist. Herr Abg. Schauß, ich habe gestern die Beantwortung Ihrer Kleinen Anfrage unterschrieben. Darin finden Sie bereits auch diese Frage beantwortet. Das Gutachten liegt vor, es wird jetzt in meinem Hause ausgewertet, und es wird dann selbstverständlich im zuständigen Ausschuß besprochen werden. Es war also nicht mehr notwendig, daß in der Sitzung in Wetzlar ein solches Gutachten gefordert wurde. Ich hatte auch in den Gesprächen auf Bundesebene darauf hingewiesen, daß ein Gutachten in Arbeit ist. Interessant finde ich es, Herr Abg. Schauß, daß Herr Bundesminister Seebohm ausgerechnet am 14. Oktober, also neun Tage vor der Kreiswahl, in Wetzlar aufgekreuzt ist, ohne dem zuständigen Ressortminister überhaupt nur Mitteilung davon zu machen. Er hat sich mit den dortigen Wirtschaftskreisen zu einem Gespräch über den Ausbau der Lahn zusammengesetzt und hierbei wieder Vorwürfe gegen das Land Hessen erhoben, die jeder Grundlage entbehren. Ich habe Herrn Seebohm am 7. Oktober einen Brief geschrieben. Von dem hat er in Wetzlar nicht gesprochen. Ich habe darin noch einmal die Frage der Lahn behandelt. Zu meinem Bedauern liegt mir eine Stellungnahme zu diesem Schreiben bislang nicht vor. In meinem Schreiben habe ich weiter folgendes ausgeführt: Ich würde es begrüßen, wenn Sie mir nunmehr Ihre Stellungnahme alsbald zugehen ließen, da ich die Erörterung der Frage der Schiffbarmachung der Lahn in der Fragestunde des Deutschen Bundestags vom 22. und 24. Juni dieses Jahres nicht als Beantwortung meines Schreibens vom 13. Mai anzusehen vermag. Im übrigen erwecken Ihre Ausführungen in der Fragestunde vom 24. Juni den Eindruck, daß eine Entscheidung hinsichtlich einer Kanalisierung der Lahn frühestens im Jahre 1964 zu erwarten sei. In einem anderen Sinn kann ich die Bemerkung, daß die Bundesregierung die später möglichen Auswirkungen des Ende 1963 durchgeführten Ausbaues der Mosel in den nächsten Jahren besonders sorgfältig beobachten wird, nicht auslegen. Für eine solche inhaltliche Behandlung einer für das Lahn-Dill-Gebiet lebenswichtigen Frage habe ich kein Verständnis. Abschließend bitte ich, in Ihrer Stellungnahme zu dem Bezugsschreiben auch darauf einzugehen, ob der Bund grundsätzlich bereit ist, der sofortigen Kanalisierung der Lahn zuzustimmen, wenn sich das Land Hessen an den Kosten des Ausbaues, der zwar ausschließlich Bundesache ist, finanziell beteiligt.

Nach den Ausführungen der FDP ist an die Bildung eines Zweckverbandes oder einer Gesellschaft gedacht, für die bereits 2 Millionen DM in den Etat eingestellt werden sollen. Herr Abg. Schauß, es würde mich interessieren, ob diese Stellen, die Sie genannt haben, auch für eine finanzielle Beteiligung herangezogen werden können oder nur zur Diskussion. Wenn das Land Hessen die Kosten allein tragen soll, dann kann man das auch ohne eine Gesellschaft machen. Wenn wir die Kosten zu über-

nehmen haben, ist die Gründung einer eigenen Gesellschaft nicht notwendig.

(Abg. Schauß [FDP]: Die sollen auch mit Kosten tragen!)

— Wenn sie mit als Kostenträger vorgesehen sind, muß man im Ausschuß darüber sprechen.

(Abg. Kohl [FDP]: Eine bestimmte Gesellschaft ist das!)

Ich habe noch zu der Anfrage über das Kartenwerk zu sprechen. Ich habe in der letzten Landtagssitzung erklärt, daß 1958 die Arbeiten begonnen haben, daß fünf Jahre dafür vorgesehen sind, daß wir also in fünf Jahren mit der Fertigstellung dieses Kartenwerks rechnen können. Meine Damen und Herren, ich habe meiner Abteilung den Auftrag gegeben, auf Grund der vorliegenden Anfrage diese Angelegenheit zu überprüfen. Das, was ich als Ergebnis auf meinen Tisch bekommen habe, habe ich dem Plenum vorgetragen, und das ist für mich wohl bindend. Ich werde diese Frage erneut überprüfen und werde Ihnen im Ausschuß darüber berichten.

Die Fraktionen haben einen Antrag auf Erhöhung des Ansatzes gestellt, und ich darf Ihnen sagen, daß die Rückfrage beim Bund, der sich ja daran zu beteiligen hat, ergab, daß hier an einer beschleunigten Fertigstellung des Kartenwerks kein Interesse besteht.

(Abg. Seiboth [GB/BHE]: Aha!)

Das ist also die Frage, die sich bereits wieder stellt. Wenn also der Bund sagt, er halte es nicht für notwendig, daß die Fertigstellung des Kartenwerks beschleunigt wird, dann weiß ich nicht, zu welcher Auffassung Sie im Ausschuß über die vorliegenden Anträge kommen werden. Ich bin der Meinung, daß wir in dieser Frage Hand in Hand mit dem Bund arbeiten müssen. Herr Kollege Kohl hat das befürwortet und unterstrichen, und auch ich bin der Auffassung, daß es wohl richtig sein wird, wenn eine Abklärung zwischen Land und Bund geschieht.

Herr Kollege Kohl hat sodann darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Anlage zum Haushaltsplan, die die Baumaßnahmen für das kommende Jahr enthält, früher als bisher zuzuleiten. Es ist in diesem Jahr so früh als nur möglich geschehen; früher geht es beim besten Willen nicht. Daß es in diesem Jahr knapp vor den Ferien des Landtags geschehen ist, daran bin auch ich nicht schuld. Ich habe es aber — Herr Abg. Dr. Loew — ausdrücklich unterlassen, und zwar auf Grund der Diskussion im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, meinerseits diese Vorlage zu veröffentlichen. Sie ist in diesem Jahr nicht veröffentlicht worden, und deshalb ist diese Kritik wohl unangebracht. Im vorigen Jahr war sie veröffentlicht worden, in diesem Jahr nicht.

Nun ergibt sich für mich eine Frage. Wenn ich Ihnen diese Vorlage, die ich mit meinen Mitarbeitern erarbeitet habe, zuleite, und Sie als Ausschußmitglieder erhalten sie, dann bitte ich Sie, sie ebenfalls nicht der Presse zu geben. Wenn Sie das tun, dann muß ich Ihnen sagen, tue ich dasselbe. Auch ich bin Mitglied dieses Hohen Hauses, und dann steht auch mir das Recht der Veröffentlichung zu. Darüber müssen wir uns einigen. Das ist die Kernfrage. Ich habe es meinerseits in diesem Jahre unterlassen, damit der Ausschuß die Möglichkeit hat, Maßnahmen auszuwechseln zu können. Mit einer solchen Arbeitsweise bin ich auch einverstanden.

Herr Abg. Kohl hat an dem Gemeindepfennig Kritik geübt. Er hat dafür plädiert, das Land Hessen solle sich doch schnellstens den vom Bund aufgestellten Richtlinien anschließen.

(Abg. Kohl [FDP]: Damit überhaupt etwas geschieht!)

Minister Franke

— Herr Kohl, ich habe als einziger Herrn Seebohm widersprochen — damit Sie es wissen —, und zwar aus dem einfachen Grund, weil nicht daran gedacht war, daß der Gemeindepfennig den Gemeinden außerhalb der bisherigen Ansätze des Bundeshaushalts in vollem Umfang zukommen sollte. In der Diskussion um den Gemeindepfennig war nicht daran gedacht, daß der Bund daraus seine bisherigen Maßnahmen finanzieren sollte.

Ich setzte mich dagegen zur Wehr, weil der Herr Bundesverkehrsminister Richtlinien herausgegeben hat, nach denen das Land Hessen erneut zu Dotationsauflagen verpflichtet wurde.

Herr Abg. Kohl, auf Grund dieses Einspruches wird die Frage weiter diskutiert. Sie ist noch nicht abgeschlossen; sie wird auf der nächsten Verkehrsminister-Konferenz wieder anstehen.

(Abg. Kohl [FDP]: Dann haben wir Hoffnung!)

Ich möchte doch bitten, für diesen Schritt Verständnis zu haben, selbst wenn er etwas Zeit kostet. Ich versuche, für das Land Hessen Geld zu sparen und den Gemeinden die

sen Gemeindepfennig wirklich in vollem Umfang in bar zukommen zu lassen. Das war nicht der Gedanke des Bundes.

(Beifall bei SPD und GB/BHE)

Präsident Zinnkann:

Meine Damen und Herren! Die Debatte ist beendet. Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Einzelplan 07 — Minister für Wirtschaft und Verkehr — entsprechend den Ausschlußbeschlüssen in zweiter Lesung zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, FDP und GB/BHE)

Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU)

Das erste war die Majorität.

Wir beginnen morgen früh um 9 Uhr — wie verabredet — mit dem Einzelplan 04. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19,17 Uhr)